



Niedersächsischer Landtag

Stenografischer Bericht

54. Sitzung

Hannover, den 14. Dezember 2009

Inhalt:

Mitteilungen des Präsidenten	6807	Ina Korter (GRÜNE)	6821, 6826	
<i>Feststellung der Beschlussfähigkeit</i>	6807	Christa Reichwaldt (LINKE)	6822, 6828	
Tagesordnungspunkt 1:				
Aktuelle Stunde	6808	Karl-Heinz Klare (CDU)	6824, 6825	
a) Scheinlösung beim Bleiberecht für Flüchtlinge				
- Die Schwächsten bleiben auf der Strecke - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen -				
Drs. 16/1958	6808	Hans-Henning Adler (LINKE)	6825	
Filiz Polat (GRÜNE)	6808, 6814, 6817	Hans-Werner Schwarz (FDP)	6827	
Klaus-Peter Bachmann (SPD)	6809	Claus Peter Poppe (SPD)	6829	
Editha Lorberg (CDU)	6811	Hartmut Möllring, Finanzminister	6831	
Jan-Christoph Oetjen (FDP)	6812	Dr. Karl-Ludwig von Danwitz (CDU)	6831	
Pia-Beate Zimmermann (LINKE)	6813	Elisabeth Heister-Neumann, Kultusministerin ...	6832	
Uwe Schünemann, Minister für Inneres, Sport und Integration	6815, 6817	c) Arbeit der SPD im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss - keine Beweise, keine Fakten, kein Stil? - Antrag der Fraktion der CDU -		
Drs. 16/1959				6818
Drs. 16/1962.....				6834
und				
e) Bildungsqualität hat Vorrang! Für ein Schulsystem, bei dem unsere Kinder im Mittelpunkt stehen - Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 16/2006				6818
Frauke Heiligenstadt (SPD)	6818	Karl-Heinrich Langspecht (CDU)	6834	
Björn Försterling (FDP)	6819	Stefan Wenzel (GRÜNE)	6835	
d) Reformieren, bis kein Arzt mehr kommt - Steigt Gesundheitsminister Rösler sein Amt pauschal zu Kopf? - Antrag der Fraktion DIE LINKE -				
Drs. 16/1996.....				6840
Patrick-Marc Humke-Focks (LINKE)				6840
Ursula Helmhold (GRÜNE)				6841
Roland Riese (FDP)				6842, 6846
Uwe Schwarz (SPD)				6843
Björn Thümler (CDU)				6845
Uwe Schünemann, Minister für Inneres, Sport und Integration				6846

Tagesordnungspunkt 2:

19. Übersicht über Beschlussempfehlungen der ständigen Ausschüsse zu Eingaben - Drs. 16/1965 - Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE - Drs. 16/2004 - Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 16/2013 - Änderungsantrag der Fraktion der SPD - Drs. 16/2014 -6847
Beschluss6848

Tagesordnungspunkt 3:

Zweite Beratung:
Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2010 (Haushaltsgesetz 2010 - HG 2010) - Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 16/1560 - Beschlussempfehlungen des Ausschusses für Haushalt und Finanzen - Drs. 16/1970 bis Drs. 16/1983 - Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE - Drs. 16/1984 - Änderungsantrag der Fraktion der SPD - Drs. 16/2011 - Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 16/2015 neu - Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP - Drs. 16/2016 - dazu gemäß § 23 Abs. 1 Satz 2 GO LT: Mit dem Haushalt 2010 in der Krise Impulse setzen für ein soziales Niedersachsen - Antrag der Fraktion DIE LINKE - Drs. 16/1985 - **Einfach Grün statt doppelt Schwarz-Gelb - Wir befreien den niedersächsischen Haushalt aus dem Schwitzkasten von Bundes- und Landesregierung** - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 16/1986 - **Für ein zukunftsfähiges Niedersachsen - finanzielle Handlungsfähigkeit des Landes und der Kommunen wiederherstellen** - Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 16/20126848

und

Tagesordnungspunkt 4:

Zweite Beratung:
Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2010 - Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und der FDP - Drs. 16/1640 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen - Drs. 16/19336848

und

Tagesordnungspunkt 5:

Einzige (abschließende) Beratung:
Streit nicht zulasten unserer Kinder führen - EU-Schulobstprogramm sofort umsetzen - Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 16/1514 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft,

Verbraucherschutz und Landesentwicklung - Drs. 16/1947.....6848

und

Tagesordnungspunkt 6:

Einzige (abschließende) Beratung:
Bedürftige Kinder und Jugendliche in Sportvereinen fördern! - Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 16/1745 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Inneres, Sport und Integration - Drs. 16/19886848
Beschluss (TOP 3 bis 6).....6848
 (zu TOP 3: Erste Beratung: 45. Sitzung am 23.09.2009;
 zu TOP 4: Erste Beratung: 45. Sitzung am 23.09.2009;
 zu TOP 5: Direkt überwiesen am 25.08.2009;
 zu TOP 6: Ohne erste Beratung überwiesen in der 50. Sitzung am 30.10.2009)

Bericht des Vorsitzenden des Ausschusses für Haushalt und Finanzen zum Entwurf des Haushaltsgesetzes 2010 und zum Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 20106850
 Heinrich Aller (SPD), Berichtersteller6850

Allgemeinpolitische Debatte
 (über Regierungs- und Haushaltspolitik)6853
 Wolfgang Jüttner (SPD)6853, 6885
 David McAllister (CDU).....6861, 6878
 Hans-Jürgen Klein (GRÜNE).....6870, 6874, 6879
 Dr. Manfred Sohn (LINKE)6870, 6881, 6887
 Christian Dürr (FDP).....6879, 6881, 6887
 Hartmut Möllring, Finanzminister.....6891

Zur Geschäftsordnung:
 Stefan Wenzel (GRÜNE)6848
 Christian Wulff, Ministerpräsident.....6849

Zur Geschäftsordnung:
 David McAllister (CDU).....6888
 Ursula Helmhold (GRÜNE).....6889
 Christian Wulff, Ministerpräsident.....6890
 Hans-Henning Adler (LINKE)6890

Persönliche Bemerkung:
 Helge Limburg (GRÜNE)6890

Tagesordnungspunkt 7:

Einzige (abschließende) Beratung:
Entwurf eines Niedersächsischen Gesetzes über die Anerkennung als Markscheiderin oder Markscheider (Niedersächsisches Markscheidergesetz - NMarkG) - Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 16/1735 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr - Drs. 16/1937 - Schriftlicher Bericht - Drs. 16/1994 ...6895
Beschluss.....6895
 (Direkt überwiesen am 27.10.2009)

Tagesordnungspunkt 8:

Einzig (abschließende) Beratung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Ausführungsgesetzes zum Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetz - Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 16/1775 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung - Drs. 16/1938 - Schriftlicher Bericht - Drs. 16/1995 6896
Beschluss 6896
(Direkt überwiesen am 29.10.2009)

Tagesordnungspunkt 9:

Einzig (abschließende) Beratung:

Änderung der Geschäftsordnung des Niedersächsischen Landtages - Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP - Drs. 16/1906 - Beschlussempfehlung des Ältestenrates - Drs. 16/1964..... 6896
Beschluss 6896
(Direkt überwiesen am 25.11.2009)

Tagesordnungspunkt 10:

Einzig (abschließende) Beratung:

Antworten der Landesregierung auf Beschlüsse des Landtages zu den Haushaltsrechnungen für die Haushaltsjahre 2000 bis 2006 - Drs. 14/3982, Drs. 15/2328, Drs. 15/3282, Drs. 15/4198 und Drs. 16/611 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen - Drs. 16/1989..... 6897
Dr. Manfred Sohn (LINKE) 6897
Reinhold Hilbers (CDU) 6897
Beschluss 6898

Nächste Sitzung..... 6898

Vom Präsidium:

Präsident	Hermann Dinkla (CDU)
Vizepräsident	Dieter Möhrmann (SPD)
Vizepräsident	Hans-Werner Schwarz (FDP)
Vizepräsidentin	Astrid Vockert (CDU)
Schriftführerin	Ursula Ernst (CDU)
Schriftführerin	Ulla Groskurt (SPD)
Schriftführer	Wilhelm Heidemann (CDU)
Schriftführer	Hans-Jürgen Klein (GRÜNE)
Schriftführer	Lothar Koch (CDU)
Schriftführerin	Gabriela Kohlenberg (CDU)
Schriftführerin	Gisela Konrath (CDU)
Schriftführerin	Dr. Silke Lesemann (SPD)
Schriftführerin	Brigitte Somfleth (SPD)
Schriftführerin	Dörthe Weddige-Degenhard (SPD)
Schriftführerin	Ursula Weisser-Roelle (LINKE)

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Christian Wulff (CDU)	Staatssekretär Dr. Lothar Hageböling, Staatskanzlei
Minister für Inneres, Sport und Integration Uwe Schünemann (CDU)	
Finanzminister Hartmut Möllring (CDU)	Staatssekretärin Cora Hermenau, Finanzministerium
Ministerin für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit Mechthild Ross-Luttmann (CDU)	Staatssekretärin Dr. Christine Hawighorst, Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit
Kultusministerin Elisabeth Heister-Neumann	Staatssekretär Dr. Bernd Althmann, Kultusministerium
Minister für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung Hans-Heinrich Ehlen (CDU)	Staatssekretär Friedrich-Otto Ripke, Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung
Justizminister Bernhard Busemann (CDU)	Staatssekretär Dr. Jürgen Oehlerking, Justizministerium
Minister für Wissenschaft und Kultur Lutz Stratmann (CDU)	
Minister für Umwelt und Klimaschutz Hans-Heinrich Sander (FDP)	Staatssekretär Dr. Stefan Birkner, Ministerium für Umwelt und Klimaschutz

Beginn der Sitzung: 10.30 Uhr.

Präsident Hermann Dinkla:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich wünsche Ihnen einen guten Morgen und heiÙe Sie namens des gesamten Präsidioms zu unserer heutigen Sitzung herzlich willkommen.

Ich eröffne die 54. Sitzung im 19. Tagungsabschnitt des Niedersächsischen Landtages der 16. Wahlperiode.

Ich stelle die **Beschlussfähigkeit** des Hauses fest.

Mitteilungen des Präsidenten

Zur Tagesordnung: Die Einladung und die Tagesordnung für diesen Tagungsabschnitt liegen Ihnen gedruckt vor.

Für die heutige Aktuelle Stunde sind fünf Themen benannt worden.

Es liegen im Übrigen vier Dringliche Anfragen vor, die morgen früh ab 9 Uhr beantwortet werden.

Im Mittelpunkt unseres Tagungsabschnitts steht die Beratung des Haushalts für das Jahr 2010. Wie üblich ist die Debatte über ausgewählte Haushaltsschwerpunkte wieder in Blöcken zusammengefasst.

Der Bericht des Vorsitzenden des Haushaltsausschusses und die anschließende allgemeinpolitische Debatte, in der in grundsätzlicher Weise über die Regierungs- und Haushaltspolitik gesprochen werden soll, sind für heute Nachmittag vorgesehen.

Abgeschlossen werden die Haushaltsberatungen am Donnerstagvormittag mit den notwendigen Abstimmungen, die nach der vorgegebenen Haushaltsgliederung und weitgehend gebündelt durchgeführt werden sollen.

Auf der Grundlage der im Ältestenrat für die Beratung einzelner Punkte vereinbarten Redezeiten und des im Ältestenrat vereinbarten Verteilerschlüssels haben die Fraktionen die ihnen jeweils zustehenden Zeitkontingente so verteilt, wie Sie das aus der Ihnen vorliegenden Übersicht ersehen können.

Die für die einzelnen Beratungsblöcke zum Haushalt festgesetzten Redezeiten sind in diese Umverteilung gemäß § 71 Abs. 2 unserer Geschäftsordnung einbezogen worden.

Ich gehe davon aus, dass das Haus mit dem vorgeschlagenen Ablauf und den Redezeiten einverstanden ist. - Widerspruch zeigt sich nicht. Also setze ich Zustimmung voraus. Wir werden demnach wie dargestellt vorgehen.

Wir haben in den vor uns liegenden vier Tagen ein sehr umfangreiches Programm zu erledigen. Gerade angesichts der Vorkommnisse im letzten Tagungsabschnitt - Sie alle wissen, worauf ich anspiele - appelliere ich mit allem Nachdruck an Sie, trotz aller, in einer parlamentarischen Demokratie selbstverständlichen, unterschiedlichen Meinungen die Debatte fair und diszipliniert zu führen - in jedem Fall in einer Weise, die auch mit Blick auf unsere Besucherinnen und Besucher dem Anspruch, das „Hohe Haus“ unseres Landes zu sein, gerecht wird.

Die heutige Sitzung soll gegen 18.50 Uhr enden.

In der Wandelhalle ist die vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe konzipierte Ausstellung „Menschen gemeinsam schützen - Bevölkerungsschutz gestern - heute - morgen“ zu sehen.

Ein weiterer Hinweis: Vom 12. bis 30. November 2009 hatte die Landesarbeitsgemeinschaft Soziokultur in Niedersachsen e. V. im Landtag zum Thema „Demografie und kulturelle Orte - Mit Soziokultur den Wandel gestalten“ eine Ausstellung präsentiert. Die LAGS bot während der Eröffnung und zur Plenarsitzung am 24. und 25. November 2009 eine Kunstaktion zum Mitmachen an. Abgeordnete und Besucherinnen und Besucher konnten in der Wandelhalle ihr eigenes „Wertpapier“ schöpfen und aus Buchstaben die Werte zusammensetzen, die für sie besonders wichtig sind. Das Buch, das so entstanden ist, ist vom 14. bis zum 17. Dezember 2009 in der Portikushalle zu sehen. Ich würde mich freuen, wenn Sie ungeachtet der Fülle der von uns zu behandelnden Themen ein wenig Zeit finden könnten, sich die Ausstellung zum Bevölkerungsschutz und das während des letzten Tagungsabschnitts entstandene Buch anzusehen.

Die Initiative „Schulen in Niedersachsen online“ wird während der ersten drei Tage des Tagungsabschnitts wiederum mit einer Online-Radioübertragung live aus dem Landtag berichten. Es han-

delt sich um Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums am Bötschenberg aus Helmstedt.

Die Abgeordneten Detlef Tanke und Wittich Schobert haben sich dankenswerterweise bereit erklärt, als Paten die Arbeit der jungen Leute nach Kräften zu unterstützen und erste Ansprechpartner der Nachwuchsjournalisten zu sein.

Ich darf Sie herzlich bitten, Ihre Reden bis spätestens morgen Mittag, 12 Uhr, an den Stenografischen Dienst zurückzugeben.

Die mir zugegangenen Entschuldigungen teilt Ihnen nunmehr der Schriftführer mit.

Schriftführer Hans-Jürgen Klein:

Guten Morgen, meine Damen und Herren! Es haben sich entschuldigt von der Landesregierung der Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, Herr Bode, die Ministerin für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit, Frau Ross-Luttmann, ab 12 Uhr, von der Fraktion der CDU Frau Bertholdes-Sandrock von 12 Uhr bis 15.30 Uhr, Herr Dr. Matthiesen ab 15.30 Uhr, Herr Oesterhelweg bis zur Mittagspause, von der Fraktion der SPD Herr Brinkmann und Herr Schneck.

Präsident Hermann Dinkla:

Vielen Dank. - Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Aktuelle Stunde

Für diesen Tagesordnungspunkt sind fünf Themen benannt worden, deren Einzelheiten Sie dem Nachtrag zur Tagesordnung entnehmen können.

Ich halte das Haus für damit einverstanden, dass wir die Anträge unter den Buchstaben b und e des Nachtrags zur Tagesordnung gemeinsam beraten.

Zur Klarstellung sei darauf hingewiesen, dass das gemeinsame Aufrufen mehrerer Anträge zur Aktuellen Stunde nicht zu einer Aufhebung der in § 49 Abs. 4 Satz 2 unserer Geschäftsordnung vorgesehenen Einzelredezeit von fünf Minuten führt. Die einzelnen Redebeiträge sollen und dürfen daher höchstens fünf Minuten dauern.

Ungeachtet dessen gehe ich davon aus, dass es bei der Vereinbarung, die genannten Anträge zusammen zu behandeln, bleibt.

Die in unserer Geschäftsordnung für den Ablauf der Aktuellen Stunde geregelten Bestimmungen

setze ich bei allen Beteiligten, auch bei der Landesregierung, als bekannt voraus.

Ich eröffne jetzt die Besprechung zu **Tagesordnungspunkt 1 a:**

Scheinlösung beim Bleiberecht für Flüchtlinge - Die Schwächsten bleiben auf der Strecke - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 16/1958

Zur Einbringung erteile ich der Kollegin Polat von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

Filiz Polat (GRÜNE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das, was die Innenminister in der vorletzten Woche zum Bleiberecht beschlossen haben, ist für die meisten Flüchtlinge in Niedersachsen und in Deutschland eine Katastrophe.

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Der Beschluss der Innenministerkonferenz stellt eindeutig einen Rückschritt dar. Denn zuvor gab es ein klares Wort des Gesetzgebers. Die gesetzliche Regelung - das wissen Sie - läuft aber am 31. Dezember 2009 ab. Das ist Fakt. Somit gibt es keine Verlängerung der gesetzlichen Bleiberechtsregelung.

Vor diesem Hintergrund, liebe Kolleginnen und Kollegen, können gerade Sie von der FDP, Herr Oetjen, es mir nicht als demokratischen Fortschritt verkaufen, dass eine Galgenfrist beschlossen wird, die im Übrigen nur für diejenigen gilt, die bereits einen Aufenthaltstitel in der Tasche haben. Das wissen viele nicht.

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Selbst das Innenministerium, Herr Schönemann, lässt heute in seiner Anordnung an die Ausländerbehörden erkennen, dass dieser Beschluss der Innenministerkonferenz faktisch keine Relevanz hat. Für mich ist er damit überflüssig.

Es ist nämlich keine Lösung für all diejenigen, die nicht von der gesetzlichen Bleiberechtsregelung profitiert haben oder hätten profitieren können. Es ist keine Lösung für all diejenigen, insbesondere Familien, die aufgrund der Zahl ihrer Kinder, Herr Rolfes, faktisch vom Bleiberecht ausgeschlossen sind. Es ist keine Lösung für ältere Menschen -

dazu zählen alle Personen über 55; das wissen viele nicht. Es ist auch keine Lösung für all diejenigen, die ihren Lebensunterhalt aufgrund von Krankheit und/oder Behinderung nicht eigenständig durch Erwerbstätigkeit sichern können. All diese Menschen, Frau Lorberg, haben und werden nie von diesem Bleiberecht profitieren können. Meine Damen und Herren, das ist eine Scheinlösung. Die Schwächsten bleiben auf der Strecke.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD und bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, von wie vielen betroffenen Menschen sprechen wir in Niedersachsen? - 15 000 Menschen von ursprünglich 22 000 Menschen zu Beginn der gesetzlichen Bleiberechtsregelung bzw. der niedersächsischen Bleiberechtsregelung. 15 000 Menschen leben immer noch in Kettenduldung in Niedersachsen. Daran wird sich auch mit diesem Beschluss nichts ändern. 15 000 Menschen sind tagtäglich von Abschiebung bedroht. 15 000 Menschen! Das Erschreckende dabei ist, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass über die Hälfte Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene sind, Kinder und Jugendliche, die ein Ausbildungsverbot haben - auch das wissen viele nicht -, Kinder und Jugendliche, die aufgrund der Residenzpflicht bei jeder Klassenfahrt, bei einer Fahrt zum Landtag, einen Antrag bei der Ausländerbehörde stellen müssen.

Meine Damen und Herren, Herr Schünemann, Sie sprechen immer von der Zuwanderung in die Sozialsysteme. Sie drängen diese Menschen faktisch in die Isolation, in das Sozialsystem!

(Beifall bei den GRÜNEN, bei der SPD und bei der LINKEN)

Frau Ministerin Ross-Luttmann, Sie haben im Januar 2009 in einer Debatte im Plenum zum Kinderschutz gesagt:

„Kein Kind darf uns verloren gehen. Jedes Kind ist auf unser aller Aufmerksamkeit angewiesen. Ich stehe für eine Kultur des Hinschauens.“

Sie haben des Weiteren in einer anderen Debatte gesagt, Frau Ross-Luttmann:

„Aber wichtig ist mir vor allem, dass wir erkennen, dass die Kinder das Wertvollste in unserer Gesellschaft sind“.

Ich frage Sie hier: Gilt das denn nicht für die Kinder von Flüchtlingsfamilien, für diese Kinder in diesem Land?

(Beifall bei den GRÜNEN, bei der SPD und bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, fallen Sie bitte nicht auf das herein, was Ihnen die Innenminister immer wieder auftischen wollen. Innenminister sind keine Integrationsminister und werden nie Integrationsminister sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Innenminister haben es in den letzten Jahrzehnten - so kann man es fast sagen - nie gewollt, eine vernünftige Lösung für das Problem der Kettenduldung zu finden.

(David McAllister [CDU]: Was reden Sie denn da?)

Das haben wir Grüne zur Genüge erleben müssen, auch, liebe SPD, unter einem Bundesinnenminister Otto Schily.

(Beifall bei den GRÜNEN - David McAllister [CDU] - zur SPD -: Zu früh geklatscht!)

Aber diese Regelung toppt das Ganze wirklich noch einmal. Herr Schünemann, mit Ihrer Stimmungsmache gegen die Einwanderung in die Sozialsysteme - wir haben hier schon österreichische populistische Verhältnisse - haben Sie die Atmosphäre vergiftet. Damit haben Sie ein liberales Bleiberecht verhindert. Diese Politik, meine Damen und Herren, ist ein Skandal und muss ein Ende haben!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich kann nur sagen: Herr Schünemann, Sie haben dieses Jahr wieder zu Recht den Titel „Abschiebeminister des Jahres“ verdient!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Präsident Hermann Dinkla:

Ich erteile dem Kollegen Bachmann von der SPD-Fraktion das Wort.

Klaus-Peter Bachmann (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Eine kleine Korrektur, liebe Kollegin Polat: Nicht alle Innenminister sind schlecht. Unter Herrn

Bartling und unter Herrn Glogowski gab es wenigstens Bleiberechtslösungen.

(Beifall bei der SPD - Hans-Christian Biallas [CDU] lacht - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Von einer Katastrophe will ich zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht sprechen, weil ich damit rechne und darauf zähle, dass auch der Innenminister des Landes Niedersachsen das sehr ernst nimmt, was die Integrationsbeauftragten von Bund und Ländern vor Kurzem in einer Denkschrift zusammengestellt haben, die nämlich an ihre Innenminister appellieren, nicht nur eine zeitliche Verlängerung, wie sie jetzt vorgesehen wurde, zu vereinbaren, sondern auch die Möglichkeit der Senkung der Anforderungen an die Lebensunterhaltssicherung bei der weiteren Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis zu eröffnen, die Möglichkeit der Befreiung vom Nachweis der Lebensunterhaltssicherung für Studenten und auch die Möglichkeit der Erteilung eines Bleiberechts für Alte, Kranke und Behinderte, auch bei Inanspruchnahme öffentlicher Mittel.

Wenn Sie ein Integrationsminister sind, Herr Schünemann, nehmen Sie das, was Ihre Integrationsbeauftragte mit unterschrieben hat, bitte ernst.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Des Weiteren hat der Kollege Oetjen das Verhalten der sozialdemokratischen Innenminister am 4. Dezember in einer Presseinformation gerügt und gesagt: Die blockieren sozusagen das Bleiberecht! - Nein, die SPD-Innenminister haben versucht, im Sinne dessen, was die Kollegin Polat eben vorgetragen hat, eine dauerhafte humanitäre Lösung zu erreichen, und zwar auch für Menschen, die sonst durch den Rost fallen. Wenn die FDP wirklich an einer vernünftigen Bleiberechtslösung interessiert wäre, Herr Kollege Oetjen, hätten Sie das Verhalten der SPD-Minister lieber unterstützen sollen, anstatt sie zu kritisieren.

(Beifall bei der SPD)

Dass Sie zum Schluss wenigstens der Zwei-Jahre-Verlängerungslösung im Rahmen des Kompromisses mit zugestimmt haben, ist mit der Hoffnung verbunden, dass all das geklärt wird, was eben durch meine Kollegin im Detail vorgetragen wurde. Nur damit es jetzt zum Jahreswechsel nicht massenhaft zu Abschiebungen kommt, war es erforderlich, die Befristung um weitere zwei Jahre zu verlängern.

Wir appellieren auch, dass der Deutsche Bundestag zu verbesserten Regelungen kommt, dass es in Zukunft keine Sippenhaft geben wird, wegen der Familien abgeschoben werden, wenn sich nur einer aus der Familie danebenbenommen hat oder straffällig geworden ist, dass es Ausnahmen für Kranke, Traumatisierte und Alte gibt und dass Kinder und Jugendliche, die hier geboren sind, die dieses Deutschland als Heimatland empfinden, hier bleiben können, und dass das dann auch für die Eltern gilt. Ansonsten sind Sie ja auf dem richtigen Wege, wenn Sie für Kinder und Jugendliche erleichternde Regelungen erreichen wollen. Aber Sie können dann nicht die Familien trennen. Da zählt das Kindeswohl. Deswegen muss es dann hier auch um die Anerkennung des Bleiberechts von Familien gehen.

Was für ein Integrationsminister Sie sind, wird an dieser Veröffentlichung der HAZ vom 10. Dezember deutlich:

„Schünemann: Das war die letzte Bleiberegulation“.

(Zustimmung bei der CDU)

Herr Kollege Schünemann, es ist doch ein Unding, dass Sie als Minister jetzt schon wissen, wie sich Dinge in der Zukunft entwickeln, nach dem Motto: Es wird nie wieder ein Bleiberecht geben. - Das ist nicht die Aufgabenstellung eines Integrationsministers!

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Bewegen Sie sich also im Sinne dessen, was die Kollegin Polat im Detail vorgetragen hat. Ich muss das nicht wiederholen.

Ich möchte etwas Abschließendes sagen: Wir stellen in letzter Zeit immer wieder fest, dass Menschen, die zurzeit vom Bleiberecht profitieren, sich intensiv um Arbeit bemüht haben, aber nicht die Chance haben, diese Arbeit zu bekommen - sie würden sogar in Nischenarbeitsplätze gehen -, weil Ihnen die Arbeitsagentur dann sagt: Nein, diese Arbeit darfst du nicht aufnehmen, das ist ein unsozialer Lohn. - Unterstützen Sie uns auf dem Wege zum Mindestlohn. Dann werden auch diese Probleme der Vergangenheit angehören.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsident Hermann Dinkla:

Ich erteile der Kollegin Lorberg von der CDU-Fraktion das Wort. Bitte!

Editha Lorberg (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, allein die Überschrift Ihres Antrages zur Aktuellen Stunde zeigt einmal mehr, wie Sie mit diesem Thema umgehen.

(Zustimmung bei der CDU)

Statt die Chance auf ein Bleiberecht für zahlreiche Flüchtlinge zu würdigen und zu unterstützen, sprechen Sie von Scheinlösungen und erwecken den Eindruck, dass sich weder Bund noch Länder für die Probleme der langjährig hier lebenden Menschen einsetzen. Liebe Frau Polat, nicht die Beschlüsse der Innenministerkonferenz sind eine Katastrophe, sondern eine Katastrophe war allein Ihr Redebeitrag.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Oh! bei der SPD, den GRÜNEN und der LINKEN)

Denn, liebe Frau Polat, Sie sprechen von 15 000 Menschen, die hier in Niedersachsen betroffen seien, verschweigen aber der Bevölkerung ganz wichtige Fakten und Hintergründe, warum diese Menschen nicht in unserem Land bleiben können.

Meine Damen und Herren, die Fakten sind eindeutig. Sie zeigen ganz klar, dass die Beschlüsse der Innenministerkonferenz von 2006 zur Bleiberechtsregelung richtig und zielführend waren. Danach haben 2 362 Personen allein in Niedersachsen eine Aufenthaltserlaubnis erhalten. Aufgrund der 2007 beschlossenen Altfallregelung erhielten in Niedersachsen weitere 5 269 Personen eine Aufenthaltserlaubnis. Bundesweit, meine Damen und Herren, sind rund 65 000 Personen von diesen Regelungen betroffen, profitieren also davon. Ich finde, dass das schon ein bemerkenswerter Erfolg ist.

Frau Polat, wir dürfen an dieser Stelle nicht vergessen, dass es sich bei den Personen, auch bei denen, die jetzt hierbleiben können, um Asylsuchende handelt, deren Anträge bereits rechtskräftig abgelehnt wurden und bei denen dementsprechend keine Schutzbedürftigkeit vorgelegen hatte. Ich finde, es ist in diesem Zusammenhang sehr wichtig zu sagen, dass viele ihren Aufenthalt hier in Deutschland aus den unterschiedlichsten Gründen in die Länge gezogen haben, wobei wir aber doch

nicht generell sagen können: Wenn jemand ganz lange und immer wieder versucht, hier zu bleiben,

(Stefan Wenzel [GRÜNE]: Hat es auch Fluchtursachen gegeben?)

beispielsweise, Herr Wenzel, wenn auf einmal die Pässe weg sind usw. - die Gründe kennen Sie alle, die brauchen wir gar nicht weiter auszuführen -,

(Stefan Wenzel [GRÜNE]: Haben sie sich das selbst ausgesucht?)

dann ist es gerecht, dass wir für diejenigen einfach eine Regelung bereithalten.

(Beifall bei der CDU - Stefan Wenzel [GRÜNE]: Kann man nach zehn Jahren so etwas machen?)

Ich begrüße es sehr, dass viele Menschen, die langjährig hier bei uns leben, eine Perspektive bekommen haben. Ich halte es aber auch grundsätzlich für besonders wichtig, dass diese Menschen ihren Lebensunterhalt hier eigenständig sichern können. Dass dies für viele Flüchtlinge ein Bedürfnis ist, erkennt man an der großen Zahl derer, die nachweislich Arbeit gesucht und auch gefunden haben.

Meine Damen und Herren, nun befinden wir uns in einer wirtschaftlich angespannten Lage,

(Dr. Manfred Sohn [LINKE]: Krise, Frau Lorberg! Krise!)

die sich auch auf dem Arbeitsmarkt niederschlägt. Es gibt eine gewisse Anzahl von Personen aus diesem Kreis, die bisher trotz erheblicher Bemühungen nur Teilzeitarbeit oder noch gar keine Arbeit gefunden haben. Die Beschlüsse der letzten Innenministerkonferenz von Anfang Dezember tragen diesem Umstand Rechnung. Die Verlängerung des Bleiberechts auf Probe schafft dem ernsthaft bemühten Arbeit Suchenden eine weitere Perspektive auf ein selbstbestimmtes Leben hier in Deutschland. Sie haben nun weitere zwei Jahre Zeit, um eine Erwerbstätigkeit aufnehmen zu können.

Meine Damen und Herren, wirtschaftliche Integration ist nach wie vor die wesentliche Voraussetzung für ein dauerhaftes Bleiberecht. Schon allein aus Gründen der Gerechtigkeit denen gegenüber, die sich um Arbeit bemühen, die bei uns ihren Lebensunterhalt eigenständig sichern, kann und darf es zu keiner Regelung kommen, die diejenigen begünstigt, die sich eben nicht um diese Dinge bemühen.

Ich fasse zusammen: Inhaber einer Aufenthaltserlaubnis auf Probe, die am 31. Dezember 2009 mindestens für die letzten sechs Monate hier waren, haben auch die Chance, zum 31. Dezember eine Aufenthaltserlaubnis zu bekommen.

Die Beschlüsse der Innenministerkonferenz von Anfang Dezember werden von uns begrüßt.

(Stefan Wenzel [GRÜNE]: Sie weichen doch dem Thema aus! Auf Frau Polat haben Sie nicht geantwortet!)

Ich freue mich, dass gerade in Niedersachsen 2 000 Personen eine Perspektive bekommen und im Rahmen einer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung, Herr Wenzel, der Zuzug in die Sozialsysteme, auch wenn Frau Polat dies nicht hören möchte, unterbunden wird. Ich denke, dass wir an dieser Stelle ganz ehrlich miteinander umgehen müssen;

(Stefan Wenzel [GRÜNE]: Dem Kern des Anliegens werden Sie nicht gerecht!)

denn die Gesellschaft muss das schließlich tragen können.

(Kreszentia Flauger [LINKE]: Schürt Vorurteile!)

Der Zuzug in die Sozialsysteme ist gesellschaftspolitisch überhaupt nicht tragbar.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU und Zustimmung von Christian Dürr [FDP])

Präsident Hermann Dinkla:

Ich erteile dem Kollegen Oetjen von der FDP-Fraktion das Wort.

Zuvor aber noch einmal folgender Hinweis: Eine Minute vor Ablauf der Redezeit gibt es ein kleines und nach fünf Minuten das bekannte nicht mehr ganz so dezente Klingelzeichen. Ich glaube aber, das ist auch allen bekannt.

Bitte!

Jan-Christoph Oetjen (FDP):

Ganz herzlichen Dank. - Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Beschluss der Innenministerkonferenz bringt uns einen Zeitgewinn. Das ist das, was wir seitens der FDP erwartet haben, verehrte Kolleginnen und Kollegen. Wir haben hier ja schon mehrfach - so auch im letzten Plenarab-

schnitt - darüber diskutiert, was wir von der Innenministerkonferenz im Bereich des Bleiberechts erwarten. Ich sage hier: Wir von der FDP-Fraktion sind froh darüber, dass wir nun eine Atempause haben, um in den nächsten zwei Jahren eine gesetzliche Lösung zu finden. Das ist ein gutes Signal, das die Innenministerkonferenz ausgesendet hat.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Unruhe)

Präsident Hermann Dinkla:

Herr Kollege, ich darf Sie kurz unterbrechen. - In den Fraktionen finden intensive Gespräche statt. Das muss aber nicht sein, finde ich. Wenn jemand etwas zu klären hat, kann er das auch außerhalb des Plenarsaals tun. Ich lege Wert darauf, dass die Rednerin bzw. der Redner hier Gehör findet. - Bitte schön, Herr Kollege!

Jan-Christoph Oetjen (FDP):

Ganz herzlichen Dank, Herr Präsident. - Wissen Sie, ich habe den Eindruck, dass einige von Ihnen erwartet haben, dass die Innenministerkonferenz in diesen zwei Tagen Donner was bewegt und Positionen, die in den vergangenen Monaten aufgebaut wurden, überbrückt. Ich sage hier sehr deutlich, liebe Kollegin Polat: Wenn Sie das von der Innenministerkonferenz erwartet haben, dann sind Sie ganz schön naiv an die Sache herangegangen. Ich glaube, dass das, was erreicht worden ist, das Maximum dessen war, was herauszuholen war.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Das müssen wir uns einmal vor Augen halten, verehrte Kolleginnen und Kollegen. Deshalb habe ich auch die SPD-Innenminister kritisiert, die in ihren Presseverlautbarungen deutlich gesagt haben: Wir wollen das jetzt unbedingt über die Bühne bringen. - Da in der Innenministerkonferenz das Einstimmigkeitsprinzip gilt und Sie genau wissen, dass die von Ihnen aufgebaute Position niemals tragbar wäre, habe ich gesagt: Die SPD-Innenminister müssen sich bewegen, damit wir wenigstens einen Kompromiss und einen Aufschub um zwei Jahre erreichen und auf diese Weise Luft bekommen, um eine gesetzliche Lösung zu finden. - Ich bin froh, dass das dabei herausgekommen ist.

(Zustimmung bei der FDP)

Der Deutsche Bundestag ist jetzt in der Pflicht, zu handeln und eine gesetzliche Lösung auf den Weg zu bringen. Es ist - das sage ich hier sehr deutlich - nicht die Aufgabe der Innenministerkonferenz,

ständig zu reparieren, sondern es ist die Aufgabe des Bundesgesetzgebers, eine gesetzliche Bleiberechtsregelung zu erarbeiten. - Insofern muss ich sagen: Der Innenminister hat recht, wenn er sagt, dass dies die letzte Bleiberechtsregelung sei, die von der Innenministerkonferenz gefunden wurde. Wir von CDU und FDP gehen nämlich davon aus, dass unsere CDU/FDP-geführte Bundesregierung entsprechend der Koalitionsvereinbarung eine Lösung für dieses Problem findet, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Aus Sicht der FDP ist Ziel einer solchen neuen Bleiberechtsregelung, für die betreffenden Menschen Rechtssicherheit und Rechtsklarheit zu bekommen. Ich sage aber ganz deutlich, dass wir nicht alle Wünsche werden erfüllen können. Nicht jedem, der gern zu uns kommen möchte, werden wir diesen Wunsch erfüllen können. Wir müssen uns aber insbesondere um diejenigen kümmern, die hier gut integriert sind. Das sind die Kinder, die hier zur Schule gegangen sind, die hier ihren Abschluss gemacht haben und die hier leben und arbeiten wollen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch das Problem der Kettenduldung müssen wir endlich lösen. Wir stehen diesbezüglich in der Pflicht; denn es ist - in diesem Punkt hat Frau Kollegin Polat ja auch recht - ein unhaltbarer Zustand, wenn jemand von einer Duldung zur nächsten kommt. Das ist für die betroffenen Menschen natürlich nicht haltbar.

Dazu gehört aber, dass sich die Ausländer tatsächlich integrieren. Aus meiner Sicht gehört dazu auch, dass sie arbeiten. Frau Kollegin Lorberg hat hier schon ausgeführt, dass eine der Grundvoraussetzungen für Integration ist, dass man bereit ist, eine Arbeit aufzunehmen und zu versuchen, seinen Lebensunterhalt selbst zu verdienen. Mir ist schon klar, dass es nicht immer zu 100 % klappen kann, den Lebensunterhalt für die ganze Familie komplett selbst zu verdienen. Es muss dabei aber ein größtmögliches Maß erreicht werden. Wir, verehrte Kolleginnen und Kollegen, müssen unsere Regelungen auch darauf ausrichten, dass dies ermöglicht wird. Mit Blick auf die Residenzpflicht, Herr Kollege Bachmann, müssen wir es den betreffenden Ausländern auch ermöglichen, weiter zu fahren, wenn es darum geht, eine Arbeit aufzunehmen. An dieser Stelle stehen wir in der Pflicht und müssen handeln. Ich sage Ihnen aber auch sehr deutlich: Diejenigen, die hier bleiben wollen,

sind gefordert, eine Arbeit zu suchen und aufzunehmen und sich in die Gesellschaft einzubringen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir von der FDP-Fraktion setzen darauf, dass der Bundesgesetzgeber eine ordentliche Regelung erlässt. Da wir eine ordentliche Bundesregierung haben, wird das auch passieren.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Präsident Hermann Dinkla:

Ich erteile der Kollegin Zimmermann von der Fraktion DIE LINKE das Wort.

Pia-Beate Zimmermann (LINKE):

Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Frau Lorberg, schön, dass Sie sich an so kleinen Dingen erfreuen können. Sie betrachten aber leider nicht das große Ganze. Außerdem betreiben Sie Verschleierung durch Ihre faden Argumente und reden an der Wirklichkeit vorbei.

(Beifall bei der LINKEN)

Herr Oetjen, wenn Sie von „langer Atempause“ und von dem „Maximum dessen, was hier rauszuholen ist“ reden, dann muss ich bedauern, dass Sie sich so schnell zufrieden geben. Das, was die Innenminister in Bremen beschlossen haben, meine Damen und Herren, ist keine konsequente Regelung. Es ist auch kein Bekenntnis zu einer menschenwürdigen Asylpolitik. Eigentlich ist es noch nicht einmal ein Tropfen auf dem heißen Stein.

Bei einer Verlängerung der Bleiberechtsregelung um zwei Jahre kann mit gutem Willen von einer „Minimallösung“ gesprochen werden. Für alle Betroffenen gilt: Sie fallen zum Jahreswechsel zunächst nicht in die Duldung zurück, aber sie bleiben weiter unter Bewährungsaufsicht der Ausländerbehörden, und sie sind weiterhin abhängig davon, dass an den Nachweis des Bemühens um die Lebensunterhaltssicherung keine überzogenen Anforderungen gestellt werden. Aber gerade aufgrund überzogener Ausschlussgründe hat ein großer Teil der Flüchtlinge überhaupt keine Chance, unter diese Regelung zu fallen. Weiterhin bleiben viele Menschen von einer Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis ausgeschlossen.

Meine Damen und Herren, es ist doch ein Unding, dass es Menschen, denen lange Zeit ein Arbeitsverbot und eine Residenzpflicht auferlegt wurden, die also überhaupt keine Chance hatten, sich einen Job zu suchen und einen Job zu finden, nur

durch eine gesicherte Existenz, also durch Arbeit, von der ein Mensch auch leben kann, möglich werden soll, hier zu bleiben, und das in einer wirtschaftlichen Situation, in der immer mehr Menschen von Arbeit überhaupt nicht mehr leben können. Höher kann man die Hürden wirklich nicht mehr legen.

(Beifall bei der LINKEN)

Herr Schünemann, Sie haben Ihre Hausaufgaben wieder nicht gemacht. Sie beurteilen Menschen nach ihrem Gebrauchswert für die hiesige Gesellschaft. Sie wollen keine humane Lösung, sondern sozialökonomische Selektion. Herr Schünemann, legen Sie bitte Ihr Trauma ab, durch Zuwanderung könnten unsere Sozialkassen gesprengt werden! Betrachten Sie die Flüchtlingsfamilie als Chance für kulturelle Vielfalt und als Chance, unserem negativ betrachteten demografischen Wandel entgegenzuwirken!

(Beifall bei der LINKEN und Zustimmung bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, es ist nicht mit anzusehen, wie die Verantwortung zwischen den Innenministern und der Bundesregierung hin- und hergeschoben wird. Denn das bedeutet in der Konsequenz für viele weiterhin ein Leben ohne Perspektive, in Unsicherheit, mit Angst vor Abschiebung, mit Residenzpflicht, Arbeits-, Ausbildungs- und Studienverboten. Notwendig ist aber eine Bleiberechtsregelung, die mit der jetzigen deutschen Ausländerpolitik bricht und geduldeten Flüchtlingen endlich eine Perspektive gibt. Aber das scheitert insbesondere auch an solchen Hardliner-Ländern wie Niedersachsen.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren von den Regierungsfractionen, verschließen Sie nicht die Augen vor den Aussagen und Forderungen der Flüchtlings- und Menschenrechtsorganisationen! Vielleicht können auch die Liberalen, Herr Oetjen, den ersten Schritt machen und damit ihr Versprechen einlösen, sich für eine humane Regelung einzusetzen.

Meine Damen und Herren, wir unterstützen die Forderungen des Niedersächsischen Flüchtlingsrats. Ich zitiere mit Ihrer Erlaubnis:

„Eine Aufenthaltserlaubnis muss auch gewährt werden, wenn Menschen nicht arbeiten können, weil sie z. B. alt oder krank sind, Kinder erziehen oder

Angehörige pflegen. Hier geborene und aufgewachsene Jugendliche und junge Erwachsene müssen ein gesichertes Bleiberecht erhalten, ohne dass damit die Familien auseinandergerissen werden, weil auf der Ausreise der Eltern bestanden wird. Unterbrechungen des Aufenthaltes dürfen nicht zu einem Verlust des Bleiberechts führen; frühere Aufenthaltszeiten sollen angerechnet werden. Die Bleiberechtsregelung muss auch für Personen greifen, die noch im Asylverfahren sind. Straftaten bei einzelnen Personen dürfen nicht dazu führen, dass auch alle anderen Familienmitglieder von der Altfallregelung ausgeschlossen werden.“

Das ist die sogenannte Sippenhaft, die es in der Bundesrepublik Deutschland eigentlich gar nicht gibt.

(Zustimmung von der LINKEN)

Ich zitiere weiter:

„Die Stichtagsregelung muss aufgehoben werden und stattdessen eine Mindestaufenthaltsdauer eingeführt werden.“

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Hermann Dinkla:

Es ist sicherlich nicht unbemerkt geblieben, dass ich schon im Vorgriff die neue Geschäftsordnung anwende. Sonst hätte ich bei dem einen Redner oder der anderen Rednerin schon längst im Blick darauf intervenieren müssen, dass Erklärungen und Reden nicht verlesen werden dürfen. Ich setze die Zustimmung des Hauses voraus, dass ich so verfare; denn wir werden das ohnehin im Verlauf der Debatte ändern.

Ich erteile jetzt der Kollegin Polat von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

Filiz Polat (GRÜNE):

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Oetjen, ich möchte noch einmal betonen, was ich vorhin gesagt habe. Sie sprechen hier von einer Atempause. Den Flüchtlingen steht im wahrsten Sinne des Wortes der Schweiß auf der Stirn. 15 000 Menschen haben nicht von der Bleiberechtsregelung profitiert. Diese sind jetzt schon von

der Abschiebung bedroht. Darunter befinden sich viele Roma. Sie wissen, Niedersachsen hat die meisten Roma. Gerade in dieser Woche wurde wieder die Abschiebung eines Vaters mit seiner jungen Tochter verhindert.

Die Anordnung des Innenministers sagt selbst, dass dieser Beschluss der Innenministerkonferenz überflüssig ist. Dann sagen Sie mir doch bitte, wie dieser Beschluss eine Atempause schaffen soll! Die Bundestagsfraktion der Grünen hat einen Gesetzentwurf vorgelegt. Stimmen Sie dem zu! Er enthält eine gesetzliche Verlängerung, die klar und deutlich ist, und orientiert sich an dem ehemaligen FDP-Gesetzentwurf.

Nun zu Ihnen, Frau Lorberg. Sie haben in Ihren Reden wirklich im Verhältnis 1 : 1 die Pauschalverdächtigungen, die Stereotypen und das tiefe Misstrauen gegenüber diesen Menschen von Innenminister Schönemann übernommen.

(Beifall bei den GRÜNEN, bei der SPD und bei der LINKEN)

Sie lassen die Flüchtlinge wie faule Betrüger und Lügner erscheinen. Ich betone noch einmal: Diese faulen Betrüger und Lügner sind zum größten Teil, zu über 60 %, Kinder und Jugendliche.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Sie schüren den Pauschalverdacht, dass diese Leute in der sozialen Hängematte liegen wollen.

(Jan-Christoph Oetjen [FDP]: Das hat sie doch gar nicht gesagt! Das ist falsch!)

Das Asylbewerberleistungsgesetz und alle anderen Gesetze erschweren es den Leuten, sich zu integrieren. Sie sind faktisch vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen. Den Jugendlichen ist es verboten, eine Ausbildung zu machen. Damit erzähle ich Ihnen doch nichts Neues!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Dann hören Sie doch bitte wenigstens auf Bischof Trelle, der Ihnen ins Stammbuch geschrieben hat: „Wir dürfen nicht alle Flüchtlinge unter Generalverdacht stellen.“ Das war ein Appell an die CDU und an Ihre Regierung.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD und bei der LINKEN)

Präsident Hermann Dinkla:

Ich erteile Herrn Minister Schönemann das Wort.

Uwe Schönemann, Minister für Inneres, Sport und Integration:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Bachmann, wir sind ja unter uns. Wenn Sie es nicht weiter erzählen, damit kein Mythos zerstört wird: Sie haben Herrn Glogowski und Herrn Bartling besonders gelobt. Ich darf Ihnen einmal die Abschiebezahlen nennen. Im Jahr 1998: 3 480.

(Klaus-Peter Bachmann [SPD]: Das war eine ganz andere Situation! Das sind olle Kamellen!)

Das ist zu den Zeiten von Herrn Glogowski gewesen. Im Jahr 2002: 2 390. Das war das letzte Jahr von Herrn Bartling. Wir haben mit Stand vom 30. November 2009 523 Abschiebungen. Ich wollte hier mit diesen Zahlen einmal darstellen, wie es tatsächlich gewesen ist.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren - - -

(Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

- Das gibt es erst seit fünf Jahren. Da hatte Herr Glogowski gar keine Chance.

Nun zu Ihnen. Wenn Sie hier darstellen, dass die Bleiberechtsregelung aus den Jahren 2006, 2007 und jetzt eine Scheinlösung ist, dann darf ich Ihnen auch hierzu einmal die Zahlen zur Bleiberechtsregelung aus der Zeit der von der SPD und den Grünen geführten Bundesregierung aufzeigen. Zum Beispiel 24. November 2000: 437. 24. November 2001: 22. 10. Mai 2001: 1 174. 8. November 2001: 12. 24. Juni: 44. Zum 19. November 2006 - das ist die IMK-Lösung -: 2 362, die bereits ein Aufenthaltsrecht bekommen haben. Mit der gesetzlichen Regelung haben jetzt 5 269 ein Aufenthaltsrecht auf Probe bekommen, davon schon 1 267 mit einem echten Aufenthaltsrecht. In Niedersachsen sind es mehr als 2 000, die hier auch wieder ein Aufenthaltsrecht bekommen. Hierbei von einer Scheinlösung zu sprechen vor dem Hintergrund, dass Sie das vorher nicht zustande bekommen haben, zeigt, dass Sie die Realität schlichtweg ausblenden. Das muss man eindeutig feststellen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich möchte an dieser Stelle einen Brief von Herrn Dr. Weber, den Sie ja kennen, von der evangelisch-lutherischen Landeskirche in Braunschweig zitieren:

„Sehr geehrter Herr Minister Schüne-
mann,

es ist mir ein Anliegen, sowohl als Ratsvorsitzender der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen, aber auch als Bischof der Braunschweigischen Landeskirche, Ihnen für Ihr Engagement in der letzten Sitzung der Innenministerkonferenz zu danken. Sie haben sich dafür stark gemacht, dass das Bleiberecht um zwei Jahre verlängert wird. Dies schafft mit Sicherheit eine Pause zum Atemholen, die vor allen Dingen die Menschen, um die es geht, entlastet, aber auch den politisch Verantwortlichen für weitere Klärungsprozesse Zeit gewährt.“

So weit dieses Zitat von der evangelischen Kirche. Dann können Sie ja wohl nicht von Scheinlösung sprechen!

(Klaus-Peter Bachmann [SPD]: Er hat noch ein bisschen mehr geschrieben!)

Jetzt noch einmal zu den Fakten.

(Zuruf von Klaus-Peter Bachmann [SPD])

- Warum sind Sie denn so aufgeregt? Sie werden doch einmal die Fakten zur Kenntnis nehmen wollen!

(Kreszentia Flauger [LINKE]: Er sagt nur, was er noch von Ihnen erwartet! - Stefan Wenzel [GRÜNE]: Können Sie vielleicht einmal auf die Rede von Frau Polat eingehen?)

- Das will ich jetzt tun. - Was haben wir jetzt bei der IMK beschlossen? Wir haben beschlossen, dass diejenigen, die bis zum 31. Januar 2010 eine Halbtagsbeschäftigung nachweisen können, ein Aufenthaltsrecht bekommen.

(Filiz Polat [GRÜNE]: Ja, aber nur die auf Probe!)

- Nein, ein Aufenthaltsrecht. Das müssen Sie richtig lesen. - Diejenigen, die bis zum 31. Dezember 2009 eine Berufsausbildung begonnen bzw. eine

Schulausbildung abgeschlossen haben, bekommen ein Aufenthaltsrecht.

(Zuruf von Filiz Polat [GRÜNE])

Diejenigen, die nicht darunter fallen, bekommen noch einmal eine Verlängerung. Sie müssen nur nachweisen, dass sie sich ernsthaft um einen Arbeitsplatz bemüht haben.

Meine Damen und Herren, wer jetzt acht bzw. zehn Jahre hier lebt und sich noch nicht ernsthaft um einen Arbeitsplatz bemüht hat, der darf auch kein Aufenthaltsrecht auf Probe bekommen. Dazu stehe ich, und das ist meiner Ansicht nach auch richtig.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Jetzt muss ich mit einigen Behauptungen aufräumen. Sie sagen, dass man keinen Arbeitsplatz annehmen kann oder dass man sogar keinen Ausbildungsplatz bekommen kann.

An dieser Stelle ist es interessant, einmal in das Gesetz zu gucken. Darin können Sie nämlich sehen: Es ist wahr, ein Jahr lang dürfen sie nicht arbeiten. In diesem Jahr sollen sie nämlich ihren Asylantrag vernünftig voranbringen. Danach können sie arbeiten. Allerdings gebe ich zu, dass dann eine Vorrangprüfung durchgeführt wird. Nach vier Jahren gibt es keine Vorrangprüfung mehr. Bei der Berufsausbildung ist das sogar schon vorher möglich. Hier darzustellen, dass diejenigen, die davon betroffen sind, keinen Ausbildungsplatz oder Arbeitsplatz bekommen können, ist schlicht die Unwahrheit. Manchmal ist es gut, in das Gesetz zu gucken.

(Beifall bei der CDU)

Frau Polat hat hier dargestellt, dass Schwache, Kranke und Ältere von der Bleiberechtsregelung nicht betroffen sind. Das ist wahr. Das war auch noch nie der Fall, weil die Bleiberechtsregelung für sie gar nicht gilt. Wenn man krank und gebrechlich ist und im Herkunftsland nicht vernünftig betreut wird, hat das BAMF allerdings auch die Möglichkeit, ein Aufenthaltsrecht aus besonderen humanitären Gründen zu erteilen. Das verschweigen Sie hier aber. Das hat mit Bleiberechtsregelungen nichts zu tun. Das hat etwas damit zu tun: Diejenigen, die hier sind und ihren Lebensunterhalt normalerweise bestreiten können, sollen unter diese Regelung fallen. Alle anderen haben eine andere Möglichkeit, nämlich das Aufenthaltsrecht aus besonderen humanitären Gründen. Das müssen Sie zur Kenntnis nehmen. Wenn Sie hier etwas

anderes sagen, dann sagen Sie nicht die Wahrheit.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Stefan Wenzel [GRÜNE]: Sie werfen hier Nebelkerzen, Herr Minister!)

Lassen Sie mich zum Schluss noch etwas zu einem Punkt sagen, der hier immer angesprochen wird. Ich habe tatsächlich gesagt, dass wir uns bei dieser Bleiberechtsregelung keine weitere Verlängerung vorstellen können. Stellen Sie sich das doch einmal vor: Es ist einmal um zwei Jahre verlängert haben. Dann waren sie schon acht Jahre da. Als sie dann zehn Jahre da waren, haben wir noch einmal um zwei Jahre verlängert, sodass sie jetzt schon zwölf Jahre da sind.

Es kann nicht sinnvoll sein, wenn wir die Regelung jedes Mal um zwei Jahre verlängern. Daher ist es doch sinnvoll, dass wir strukturell etwas verändern, indem wir diejenigen, die sich hier als Jugendliche besonders engagiert haben, die sich in der Schulbildung befinden und die 15 Jahre alt und älter sind, unabhängig von den Eltern ein Aufenthaltsrecht erteilen, und zwar auch dann, wenn die Eltern die Herkunft verschleiert haben. Das darf den Kindern nicht zur Last gelegt werden.

Deshalb habe ich eine Gesetzesinitiative in Berlin gestartet. Ich bin froh, dass die CDU/CSU-, aber auch die FDP-Bundestagsfraktion diese Initiative nicht nur prüft, sondern auch positiv begleitet.

Wenn wir so vorgehen, brauchen wir für diesen Personenkreis keine Bleiberechtsregelung mehr; denn dann haben wir eine klare gesetzliche Regelung. Ich bin sicher, dass Herr Dr. de Mazière als neuer Bundesinnenminister und die Regierungsfractionen diese Initiative aufnehmen. Dann brauchen wir nicht immer diese sogenannten Kettenuldungen, die eigentlich gar keine Duldungen sind. Das ist der richtige Weg.

Wir haben jetzt noch eine Bleiberechtsregelung für zwei Jahre. Danach müssen wir für unsere Jugendlichen strukturell etwas tun. Das ist der richtige und humanitäre Weg. Und grundsätzlich keine Zuwanderung in Sozialsysteme - das halte ich für richtig.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Präsident Hermann Dinkla:

Herr Minister, gestatten Sie noch eine Frage der Kollegin Polat?

Uwe Schünemann, Minister für Inneres, Sport und Integration:

Frau Polat gestatte ich das immer.

(Reinhold Coenen [CDU]: Sehr gut ist das!)

Präsident Hermann Dinkla:

Bitte sehr, Frau Polat!

Filiz Polat (GRÜNE):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Herr Minister Schünemann, ich möchte Ihnen noch eine Frage stellen bezüglich der Anordnung zu dem IMK-Beschluss, die heute aus Ihrem Haus gekommen ist. Ist Ihnen klar, dass die Regelung nicht in Gänze diejenigen Personen betrifft, die sich um Arbeit bemüht haben, sondern nur diejenigen Personen, die bereits einen Aufenthaltstitel haben?

Präsident Hermann Dinkla:

Bitte sehr, Herr Minister!

Uwe Schünemann, Minister für Inneres, Sport und Integration:

Der Gesetzgeber hat gesagt, dass es eine Bleiberechtsregelung und ein Aufenthaltsrecht auf Probe gibt. Davon sind in Niedersachsen, wie ich Ihnen dargestellt habe, etwa 5 200 Menschen betroffen. Etwa 2 000 Menschen haben es bisher noch nicht geschafft. Diese Menschen bekommen jetzt wieder ein Aufenthaltsrecht auf Probe, allerdings nur, wenn sie nachweisen können, dass sie sich um einen Arbeitsplatz bemüht haben. Das ist exakt die Regelung, die wir in der IMK beschlossen haben. Insofern verstehe ich Ihre Frage gar nicht.

Sie haben vorhin von 15 000 Menschen gesprochen. Das sind natürlich diejenigen, die überhaupt nicht unter diese Bleiberechtsregelung fallen, weil sie erst drei oder vier Jahre hier sind. Diese Menschen müssen bekanntlich, wenn sie alleinstehend sind, sechs Jahre hier sein, und wenn sie Kinder, also Familie haben, müssen sie acht Jahre hier sein. Das heißt, dass diejenigen von dieser Bleiberechtsregelung gar nicht betroffen sind.

(Filiz Polat [GRÜNE]: Das ist die Unwahrheit!)

Weil ich eine Bleiberechtsregelung nicht immer wieder verlängern will, meine ich, dass wir insbesondere für die Familien mit Kindern strukturell etwas verändern müssen. Deshalb habe ich diese

Gesetzesinitiative ergriffen. Das ist die richtige Antwort.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Präsident Hermann Dinkla:

Vielen Dank. - Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die Besprechung zu Punkt 1 a ab.

Wir kommen, wie vereinbart, zu den **Tagesordnungspunkten 1 b und 1 e**, die gemeinsam beraten werden sollen:

Alle Jahre wieder: Die FDP will den freien Elternwillen einschränken - Wer stoppt die „Freiheitlichen“? - Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 16/1959

Bildungsqualität hat Vorrang! Für ein Schulsystem, bei dem unsere Kinder im Mittelpunkt stehen - Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 16/2006

Ich erteile jetzt der Kollegin Heiligenstadt von der SPD-Fraktion das Wort.

Frauke Heiligenstadt (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen, in einer seiner ersten Reden hat der seinerzeitige Vorsitzende der FDP-Fraktion, Herr Dr. Rösler, hier im Landtag gesagt: „Wir sind angetreten, den Menschen in Niedersachsen die Freiheit wieder zurückzugeben.“

(Oh je! bei der SPD und bei der LINKEN - Christian Dürr [FDP]: Bei der Freiheit, die Sie den Menschen über viele Jahre genommen haben, hatten sie das auch dringend notwendig!)

Heute, meine sehr verehrten Damen und Herren und Herr Dürr, sechs Jahre später, müssen wir uns die Frage stellen, welche Menschen Herr Dr. Rösler von der FDP mit dieser Aussage meinte.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Präsident Hermann Dinkla:

Frau Kollegin, ich darf Sie kurz unterbrechen. - Wir haben auf jeden Fall die Freiheit, hier zuzuhören. Diese Freiheit sollten wir jetzt auch ganz konsequent nutzen. - Bitte schön!

Frauke Heiligenstadt (SPD):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Meinte er alle Menschen in Niedersachsen? - Ich meine, die Eltern unserer 900 000 Schulkinder kann Herr Dr. Rösler mit seiner Freiheitsrede nicht gemeint haben.

(Beifall bei der SPD)

Anders kann man den Beschluss der FDP, den schulgesetzlich garantierten freien Elternwillen abzuschaffen, nicht verstehen;

(Christian Dürr [FDP]: Sie wollen ja gar keine Wahlmöglichkeit!)

angeblich - das ist das Perfide - zum Wohle des Kindes. Meine Damen und Herren, Ihre Argumentation, das passiere zum Wohle des Kindes, ist an Heuchelei eigentlich kaum noch zu überbieten.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei der LINKEN)

Sie haben nur ein Wohl im Auge, nämlich das Wohl Ihrer ideologisch aufgebauten Idee von einem gegliederten Schulsystem.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung von Kreszentia Flauger [LINKE])

Meine Damen und Herren, es ist festzuhalten, dass die Zahlen beim Übergang auf die weiterführenden Schulen eine andere Sprache sprechen als die, die Sie sich wünschen. Die Zahlen belegen eindeutig: Die Eltern wollen den besten Schulabschluss für ihr Kind. Die Eltern wollen eben nicht, dass sofort nach der 4. Klasse entschieden werden muss, auf welche weiterführende Schule ihr Kind gehen muss. Das Märchen von der angeblichen Durchlässigkeit glauben Ihnen die Eltern doch schon lange nicht mehr, meine Damen und Herren. Das ist auch gut so.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei der LINKEN)

Die Konsequenz aus diesem Elternverhalten muss doch im Interesse der Kinder lauten, meine Damen und Herren: Wir müssen nicht das Kind dem System anpassen, sondern das System den Kindern!

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie es doch zu, dass ohne Zwang zur Auswahl alle, die ihr Kind z. B. zu einer Gesamtschule schicken wollen, dies auch tun können.

(Astrid Vockert [CDU]: Ah! Daher! Auch wieder angepasst!)

Verstehen Sie doch die Eltern als Partner im Prozess Schule! Beratung, Dialog und individuelle Förderung sind die Zauberworte einer modernen und guten Bildungspolitik, nicht aber Zwang, Hürden und Abschulung.

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

So weit zu der inhaltlichen Komponente dieses Vorschlags der FDP.

Aber es gibt auch noch eine eher machtpolitische Dimension des Vorstoßes der Freiheitlichen in Niedersachsen.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Angeblich, in Anführungszeichen!)

- Okay, das gebe ich zu: der angeblich Freiheitlichen. Diesen Einwurf bestätige ich.

Wie reagiert denn die CDU? - Beim Thema Elternwille kann man exemplarisch sehen, wie es zwischen den Regierungsfractionen, der Staatskanzlei und den Häusern knirscht.

(Christian Dürr [FDP]: Bei der SPD knirscht es ja nicht, oder?)

Wir haben gehört, Herr von Danwitz und Herr Klare haben nichts Eiligeres zu tun, als den Flurschaden zu begrenzen, den der kleine Koalitionspartner anrichtet. Sie versuchen zu beschwichtigen. Es heißt: „Der Elternwille bleibt frei“ oder „So etwas ist mit der CDU nicht zu machen“. Dazu kann ich nur sagen, meine Damen und Herren von der rechten Seite dieses Hauses: Hoffentlich halten Sie sich beide an die Aussagen, die Sie gestern noch gemacht haben.

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Nachdem sich die Fraktion gerührt hat, teilt auch die Kultusministerin mit: „Der freie Elternwille steht nicht zur Disposition.“ Doch was macht der Ministerpräsident? - Er verspricht auf dem Philologentag in Goslar, dass man über differenzierte Lösungen nachdenke. Was heißt das denn? - Er stellt infrage - so zumindest erklärt es Herr Klare den dort anwesenden Journalisten -, dass sich die Schülerinnen und Schüler an einer weiterführenden Schule eben nicht mehr drei Jahre lang bewähren können. Stattdessen denkt er laut darüber nach, dass eine Abschulung vielleicht schon nach der 5. Klasse möglich sein soll.

Ich sage Ihnen ganz deutlich: Der Ministerpräsident desavouiert mit dieser Aussage seine eigene

Fraktion und auch noch die zuständige Kultusministerin.

(Beifall bei der SPD und bei der LINKEN - Karl-Heinz Klare [CDU]: Sie waren doch dabei! Sie haben es doch gehört! Können Sie nicht einmal etwas differenzierter darstellen, ein bisschen differenzierter? - Heiner Bartling [SPD]: Klare und differenziert, zwei Welten begegnen sich!)

- Herr Klare, hören Sie doch zu!

Statt solche Machtspielchen über uns ergehen zu lassen, sollten wir doch darüber reden, wie wir allen Kindern den gleichen Zugang zu Bildung ermöglichen und Bildung nicht vom Elternhaus abhängig machen, wie wir flexible Lösungen vor Ort kreieren können,

(Karl-Heinz Klare [CDU]: Einheitschule!)

damit Schulträger gemeinsam mit Eltern die Schullandschaft neu ordnen können, oder wie wir qualitätsvolle Schule mit kleinen Klassen und wenig Unterrichtsausfall gewährleisten.

Präsident Hermann Dinkla:

Frau Kollegin, Sie müssen jetzt bitte zum Schluss kommen.

Frauke Heiligenstadt (SPD):

Ich sage: Hände weg vom freien Elternwillen in Niedersachsen!

(Lebhafter Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Präsident Hermann Dinkla:

Ich erteile dem Kollegen Försterling von der FDP-Fraktion das Wort. Bitte!

(Dr. Manfred Sohn [LINKE]: Partei- oder Regierungstreue, das ist hier die Frage! - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Björn Försterling (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Sohn, es gibt Parteien und Fraktionen, die halt gelegentlich unterschiedliche Auffassungen haben. Das ist nicht überall so gleichgeschaltet wie in Ihrem Haufen.

(Heiterkeit bei der FDP und bei der CDU)

Frau Heiligenstadt hat eben sehr deutlich zum Ausdruck gebracht, dass sie eine der Vertreterinnen ist, denen es darum geht, das Schulsystem ihrer Ideologie anzupassen, nicht aber den Notwendigkeiten, die das Wohl der Kinder dieses Landes erfordert.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Stefan Wenzel [GRÜNE]: Das ist aber wohl falsch!)

Wir müssen endlich die ideologischen Debatten der 70er-Jahre, diese Strukturdebatten, endlich hinter uns lassen. Ich hätte mir auch gewünscht, dass Sie sie hinter sich gelassen hätten.

(Widerspruch von Stefan Wenzel [GRÜNE])

- Herr Wenzel, ich führe keine Strukturdebatte. Ich kann mit der Struktur, die wir in Niedersachsen haben, wunderbar leben. Sie führen immer wieder die Strukturdebatte!

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Zurufe von den GRÜNEN)

Präsident Hermann Dinkla:

Herr Kollege, ich darf Sie kurz unterbrechen. - Alle Fraktionen haben noch Redezeit, und jede Kollegin, jeder Kollege hat auch die Chance, sich hier vorne zu melden und vom Rednerpult aus einen Beitrag zu leisten. Eine solche Flut von Zwischenrufen muss wirklich nicht sein. - Bitte, Herr Kollege!

Björn Försterling (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir müssen das Wohl der Kinder in den Mittelpunkt stellen. Dies hat vor einigen Wochen in Loccum ansatzweise auch schon ganz gut funktioniert, als wir, Herr Poppe, Frau Korter, Herr von Danwitz und ich, gemeinsam über Bildung für nachhaltige Entwicklung diskutiert haben, also darüber, wie wir Inhalte wirklich verbessern können, wie wir Kindern Schlüsselqualifikationen wie Kooperations- und Konfliktfähigkeit sowie Verantwortungsbereitschaft vermitteln können, wie wir die Kinder in die Lage versetzen können, Wissen selbstständig zu erwerben, umzusetzen und miteinander zu verknüpfen.

Weil sich bei dieser Diskussion große Gemeinsamkeiten gezeigt haben, war ich über den Beitrag von Frau Heiligenstadt etwas enttäuscht. Sie war bei dieser Tagung auch nicht anwesend. Aber jetzt hat sie wieder die Strukturdebatte geführt.

(David McAllister [CDU]: Sie war nicht da? - Zurufe von der SPD)

- Es geht jetzt um das Thema, das die FDP hier eingebracht hat. Sie müssen mir schon zugestehen, dass ich definiere, was wir als Fraktion in die Aktuelle Stunde eingebracht haben.

(Zustimmung bei der FDP)

Wir beraten die Tagesordnungspunkte gemeinsam, Frau Heiligenstadt, und ich lasse mir Ihre scheinheiligen Diskussionen um Schulstrukturen nicht aufzwingen.

(Beifall bei der FDP)

Auch angesichts der Diskussion, die im Zusammenhang mit dem Bildungsgipfel vom deutschen Handwerk, aber auch im Raum Braunschweig, angestoßen von der IHK Braunschweig, derzeit um Bildungsstandards geführt wird - welches Wissen haben die Schülerinnen und Schüler eigentlich, wenn sie heute Abschlüsse erwerben? -, müssen wir einmal darüber reden, wie wir wieder Inhalte setzen, wie wir Bildungsstandards definieren und wie wir zu deren Umsetzung kommen.

Es ist ein falscher Ansatz, immer nur Abschlussquoten erhöhen zu wollen und die Leistungen herunterzusetzen, um dieses Ziel zu erreichen. Das ist eine typisch linke Mentalität: Wir senken die Standards, weil dann, wenn alle gleich wenig wissen, allen geholfen ist. - Das ist der falsche Ansatzpunkt.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Wir müssen Bildungsstandards definieren und dann die Schulen und die Bildungsakteure mit gut ausgerichteten Rahmenbedingungen in die Lage versetzen, diese Standards auch umzusetzen und den Schülerinnen und Schülern das Wissen zu vermitteln.

Dazu gehören natürlich auch die Eltern. Aber man kann nicht immer sagen „Die Eltern sollen Rechte einfordern können“, sondern man muss den Eltern auch ganz klar sagen, dass sie auch Verantwortung übernehmen müssen.

(Wolfgang Wulf [SPD]: Das wissen die selbst!)

Es ist leider festzustellen, dass in den letzten Jahren - deswegen haben wir in Niedersachsen Projekte wie Familienhebammen und Elternlotsen - immer weniger Eltern ihrer Verantwortung ausreichend nachkommen. Wir müssen daran ansetzen, Eltern von Beginn an, also nach der Geburt ihrer

Kinder, für den Bildungserfolg ihrer Kinder mit ins Boot zu holen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Stefan Wenzel [GRÜNE]: Warum wollen die Eltern denn ihre Kinder nicht mehr in die Hauptschule schicken?)

Darüber hinaus müssen wir die Eigenverantwortung der Schulen weiter voranbringen, damit die Profis, die Lehrerinnen und Lehrer und die Schulleiterinnen und Schulleiter, die die Bildungsstandards umsetzen und den Kindern das Wissen vermitteln sollen, in die Lage versetzt werden, gut zu handeln. Deswegen ist es wichtig, dass der Ministerpräsident auch während des Philologentages gesagt hat, er wolle mit den Lehrerverbänden darüber reden, wie man die Rahmenbedingungen so setzen kann, dass Lehrerinnen und Lehrer auch in Zukunft gut motiviert in die Schule gehen und unseren Kindern etwas beibringen. Dies ist die Verantwortung von Politik.

(Karl-Heinz Klare [CDU]: Sehr richtig!)

Wir müssen dafür sorgen, dass alle Akteure im Bildungswesen ein Ziel verfolgen: das Wohl unserer Kinder. Dies verfolgt die FDP in Niedersachsen vorrangig.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Johanne Modder [SPD]: Eine Luftblase nach der anderen!)

Präsident Hermann Dinkla:

Ich erteile jetzt Frau Korter von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

Ina Korter (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn der freie Elternwille uns nicht mehr passt, dann schaffen wir ihn eben ab - so scheinen die FDP und inzwischen auch der Ministerpräsident in Niedersachsen zu denken.

(Beifall bei den GRÜNEN - Karl-Heinz Klare [CDU]: Sie waren nicht einmal dabei!)

Die FDP will den Eltern die Entscheidung wegnehmen, die beste Schule für ihr Kind auszusuchen. So will sie gemeinsam mit dem Ministerpräsidenten das Gymnasium vor den „falschen“ Schülerinnen und Schülern retten. Dies sind in ihrer Sicht Hauptschul- und Realschulempfohlene.

Herr Ministerpräsident, vor lauter Anbiederung an Ihren Lieblingsverband beim Philologentag in Goslar

(Christian Dürr [FDP]: Wo waren Sie denn da, Frau Korter?)

haben Sie keine Skrupel gehabt, Ihre dort anwesende Kultusministerin und die Schulpolitiker Ihrer eigenen Fraktion vorzuführen.

(David McAllister [CDU]: Was reden Sie denn da?)

Gerade hatten Frau Heister-Neumann, Herr Klare und Herr von Danwitz der Presse erläutert und erklärt, am freien Elternwillen werde die CDU nicht rütteln, da sagt Christian Wulff genau das Gegenteil. So demontiert man seine eigene Ministerin.

(Beifall bei den GRÜNEN, bei der SPD und bei der LINKEN)

Herr Wulff, was ist eigentlich mit Ihnen passiert, dass Sie in der Schulpolitik in letzter Zeit derart die Mindestregeln von politischer Strategie und Anstand vergessen? Liegt es vielleicht daran, dass Sie selbst merken, dass Sie sich mit Ihrem Festhalten am gegliederten Schulsystem in eine Sackgasse manövriert haben, aus der Sie einfach nicht mehr herauskommen?

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Herr Wulff, die Eltern in Niedersachsen sind längst weiter. Sie wollen eine möglichst gute Bildung für ihr Kind. Sie wollen, dass der Bildungsweg für ihre Kinder lange offen bleibt, und sie wollen eine Schule, die zumindest eine Chance auf das Abitur ermöglicht. Damit liegen sie genau richtig. Denn die Arbeitsmarktforschung sagt uns längst: Wir brauchen in Zukunft viel mehr gut Qualifizierte und viel weniger gering Qualifizierte. - Da ist es nur konsequent, dass die Eltern ihre Kinder lieber zu einer Gesamtschule oder einem Gymnasium als an eine Hauptschule schicken.

Das beobachten wir inzwischen seit Jahren. Aber die Landesregierung weigert sich, dies zur Kenntnis zu nehmen. Statt die Schülerinnen und Schüler endlich so zu fördern, dass alle einen möglichst guten Abschluss erhalten können, richten Sie Hürden auf, immer neue Hürden: erst die Hürden für die Einrichtung von Gesamtschulen, jetzt Hürden für den Übergang an Realschule oder Gymnasium.

Als Vorwand dient Ihnen das Kindeswohl. Sie behaupten, die Eltern würden ihre Kinder überfordern. Deshalb müssten die Schulen wieder allein

entscheiden, was richtig ist. Aufnahmeprüfungen hat die FDP jetzt wieder aus der Mottenkiste geholt. Wie gut, dass die in den 60er-Jahren abgeschafft worden sind! Soll eine einzige Prüfung im Alter von zehn Jahren über den ganzen weiteren Lebensweg der Kinder entscheiden? - Ich finde, eine Prüfung im Alter von zehn Jahren gehört wirklich in die Mottenkiste der 60er-Jahre.

(Beifall bei den GRÜNEN, bei der SPD und bei der LINKEN)

Auch die Schullaufbahneempfehlungen sind nicht aussagekräftig. Das wissen wir längst, spätestens seit IGLU. Das sollten eigentlich auch Sie wissen. Es werden immer viel mehr Akademikerkinder als Arbeiterkinder für das Gymnasium empfohlen. Aber die allermeisten Kinder - das muss uns doch zu denken geben -, die entgegen der Empfehlung ein Gymnasium besuchen, schaffen es dort auch. Diesen Befund hat erst kürzlich der hannoversche Erziehungswissenschaftler Professor Tiedemann bestätigt. Nach seinen Untersuchungen bekommt jedes dritte Kind eine Empfehlung für die falsche Schulform. Seine Konsequenz: Eine sinnvolle Sortierung am Ende der vierten Klasse ist gar nicht möglich. Sie sollte, wenn überhaupt, deutlich später erfolgen.

(Beifall bei den GRÜNEN, bei der SPD und bei der LINKEN)

Aber diese Konsequenz, meine Damen und Herren, scheut diese Landesregierung wie der Teufel das Weihwasser. Lieber versucht sie, mit immer neuen Maßnahmen am gegliederten Schulsystem das zu retten, was schon lange nicht mehr zu retten ist. Auch ihr jüngster Versuch, die verstärkte Zusammenarbeit von Haupt- und Realschulen, wird scheitern. Meine Damen und Herren von CDU und FDP, Sie brauchen nur nach Schleswig-Holstein zu gucken! Das geht wieder am Bedarf und an den Wünschen der Eltern vorbei.

Herr Wulff, meine Damen und Herren von CDU und FDP, die Eltern in Niedersachsen haben die Nase voll von Ihrer Besserwisserei, vom Herumdoktern an Symptomen in der Schulpolitik.

(Karl-Heinz Klare [CDU]: Das mit dem Herumdoktern sagen Sie doch bei jedem Thema!)

Schaffen Sie endlich eine vernünftige Schule in Niedersachsen!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Wenn Sie den Eltern verbieten wollen, ihre Kinder an die von den Eltern für richtig gehaltene Schule zu schicken, dann ist Ihre Abwahl spätestens 2013 vorprogrammiert, wenn nicht sogar früher.

(Beifall bei den GRÜNEN, bei der SPD und bei der LINKEN - David McAllister [CDU]: Erst einmal erfolgt Ihre Abwahl in Wittmund!)

Präsident Hermann Dinkla:

Das Parlament diskutiert seit ca. einer Stunde. Im Ältestenrat ist vereinbart worden, dass die Fraktionen sich im Hinblick auf die Debattenkultur noch einmal zusammensetzen und auch die Frage der Selbstverpflichtung noch einmal diskutieren. Ich will nur einige Begriffe nennen, die jetzt aufgelaufen sind: sozialökonomische Selektion - vor allen Dingen auch wegen der Assoziation -, Heuchelei, Gleichschaltung, Scheinheiligkeit.

(Unruhe)

- Ich nehme jetzt keine Zuordnung zu den Rednerinnen und Rednern vor. Darum geht es mir nicht. Ich will hier aber deutlich an die Selbstverpflichtung erinnern und bitte darum, dass wir das zu Beginn des neuen Jahres in den Fraktionen, wie im Ältestenrat besprochen, noch einmal thematisieren.

Ich erteile jetzt der Kollegin Reichwaldt von der Fraktion DIE LINKE das Wort.

(Zustimmung bei der LINKEN - Anhaltende Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Christa Reichwaldt (LINKE):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Redebeitrag des Kollegen Försterling hat mich animiert, mich zunächst auf dieses von den beiden zusammengefassten Themen zu konzentrieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, ich bin Ihnen wirklich sehr dankbar für die Formulierung dieses Themas. Es bietet uns eine ideale Möglichkeit, dem Hause noch einmal unsere Vorstellung von einem Schulsystem, in dem Kinder im Mittelpunkt stehen, darzulegen. Es bietet die Möglichkeit, noch einmal in diesem Jahr unsere Vorstellung von einem Bildungssystem, in dem Bildungsqualität Vorrang hat, zu erläutern. Unsere Vorstellungen weichen sicherlich gravierend von Ihren ab.

Wenn die Kinder im Mittelpunkt unseres Schulsystems stehen sollen, dann - meine Damen und Her-

ren aufseiten der CDU und der FDP, Sie werden sich nicht wundern, das von uns zu hören - ist die Gliederung unseres Schulwesens, das Aussortieren und Selektieren das Problem an sich.

(Beifall bei der LINKEN)

Die angestrebte enge Kooperation zwischen Haupt- und Realschulen löst keines der gravierenden Probleme in unserem Schulsystem. Das Hauptschulsterben auf Raten geht weiter. Lebensverlängernde Maßnahmen für die Hauptschulen sind der falsche Weg. Im Hannover-Teil der *Hannoverschen Allgemeinen* ist heute ein Artikel über Laatzen; dort soll die Hauptschule geschlossen werden, weil sich nur noch sieben Kinder angemeldet haben. Das zeigt deutlich, wie die Situation tatsächlich ist.

Herr Kollege Försterling, vielfach habe ich von Ihnen hier die Formulierung „unser begabungsgerechtes gegliedertes Schulwesen“ gehört. Ich stelle Ihnen klar die Frage: Was ist das eigentlich? Begabungsgerecht ist unser Schulsystem mit Sicherheit nicht. Begabungen werden bei den Kindern gefördert, deren Eltern es sich leisten können. Was ist denn das für ein System bei der Schullaufbahneempfehlung, bei dem Kinder bildungsferner Schichten oder mit Migrationshintergrund so viel seltener aufs Gymnasium kommen?

(Beifall bei der LINKEN)

Sind Kinder, deren Eltern einen hohen Bildungsstand haben und in der Regel dann auch zu den einkommensstarken Schichten gehören, begabter? Wird Begabung sozusagen schichtenspezifisch vererbt? - Das ist doch Unsinn!

(Zustimmung von Filiz Polat [GRÜNE])

In den Ländern, in denen die Schullaufbahneempfehlung nach der vierten Klasse bindend ist, z. B. Bayern, werden schon Grundschulkinder einem unmenschlichen Leistungsdruck ausgesetzt, damit mangelnde Leistungen in diesem Alter nicht sämtliche sozialen Aufstiegschancen im späteren Leben zerstören. Das zerstört jede sinnvolle Grundschulpädagogik im Ansatz.

Meine Damen und Herren, es gibt eine Alternative. Eine andere Schule ist möglich, ohne Druck, mit individueller Förderung und hervorragenden Leistungen.

(Beifall bei der LINKEN)

Bei einer öffentlichen Anhörung des Kultusausschusses im Mai dieses Jahres zum Thema Inklusion wurde uns auch von der wissenschaftlichen

Seite eindringlich erläutert, wie viel leistungsstärker - das gezielt an Herrn Försterling - heterogene Lerngruppen sind. Ich zitiere dazu Professor Werning von der Universität Hannover, der zu unserem Schulsystem sagte, es erzeuge aufgrund seiner Selektivität „Kollateralschäden“,

(Widerspruch von Dr. Karl-Ludwig von Danwitz [CDU] und Björn Försterling [FDP])

und „die Separierung von Kindern in homogen leistungsschwachen Gruppen“ sei „ein Instrument zur Verhinderung von Lernfortschritt“.

(Beifall bei der LINKEN)

Aber Professor Werning gibt in dieser Anhörung auch zu, dass „Bildungspolitik nicht nach erziehungswissenschaftlichen Erkenntnissen gemacht“ werde. Dazu sage ich nur: Das merkt man der Politik der CDU und der FDP in diesem Hause deutlich an.

(Beifall bei der LINKEN)

Nun gibt es bei uns eine Schulform, die sich trotz aller Behinderungsversuche der jetzigen Landesregierung immer mehr Zulaufs erfreut, eine Schulform, an der trotz aller inzwischen vollzogenen Einschränkungen zurzeit noch in leistungsheterogenen Lerngruppen - binnendifferenziert, mit individueller Förderung - gelernt werden kann, zumindest in einigen Fächern. Sie wissen, wovon ich spreche: Ich spreche von integrierten Gesamtschulen.

(Beifall bei der LINKEN)

Es gibt integrierte Gesamtschulen, die aufgrund ihres pädagogischen Konzeptes ohne äußere Leistungsdifferenzierung auskommen und einen hohen Prozentsatz ihrer Schülerinnen und Schüler qualifiziert zum Abitur führen.

(Karl-Heinz Klare [CDU]: Wie viele?)

Meine Damen und Herren, wir möchten ein Schulsystem, in dem alle Kinder eine Chance bekommen, in kleinen Lerngruppen - ich denke da für alle Altersgruppen an Klassengrößen von höchstens 20 Schülerinnen und Schülern; ich weiß, dass das zurzeit eine Utopie ist - individuell gefördert zu werden. Wir möchten Schulen, in denen die Rahmenbedingungen stimmen, vom Zustand der Gebäude über ein vernünftig ausgestaltetes Ganztagsangebot bis hin zu einer angemessenen Ausstattung mit Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern und psychologischer Unterstützung für alle Schulen. Solche Möglichkeiten bieten Gesamt-

schulen, sofern nicht in Zukunft deren pädagogisches Konzept durch Ihre Schulgesetznovellen restlos zerschlagen wird.

(Beifall bei der LINKEN - Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren aufseiten der Regierungskoalition, Sie haben in den letzten Jahren erleben können, dass immer mehr Eltern erkennen, dass integrierte Gesamtschulen ihren Kindern die Möglichkeit bieten, individuell gefördert einen möglichst hohen Schulabschluss zu erreichen.

Präsident Hermann Dinkla:

Frau Kollegin, Sie müssen jetzt zum Schluss kommen.

Christa Reichwaldt (LINKE):

Die Linke will ein flächendeckendes Angebot integrierter Gesamtschulen. Das heißt für uns: individuelle Bildung für die Kinder mit den Kindern im Mittelpunkt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Hermann Dinkla:

Ich erteile dem Kollegen Klare von der CDU-Fraktion das Wort für fünf Minuten.

Karl-Heinz Klare (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wie man bei solch einem Thema so viel Polemik und falsche Unterstellungen hineinbringen kann, das verwundert und erschreckt mich regelrecht.

(Zustimmung von Heidemarie Mundlos [CDU] - Kreszentia Flauger [LINKE]: Jetzt sind wir gespannt, wie es bei Ihnen ist!)

Es geht um den freien Elternwillen, die freie Entscheidung der Eltern, auf welche weiterführende Schule sie ihr Kind nach der vierten Klasse anmelden wollen. Dies ist eine eminent pädagogische Frage und keine Schulstrukturdiskussion wert, die Sie hier wieder angezettelt haben. Das ist 1978 von Werner Remmers eingeführt worden, wenn ich es richtig in Erinnerung habe. Ich kann auch sagen: Der freie Elternwille in Niedersachsen hat sich bewährt und ist über die Jahre von niemandem ernsthaft in Frage gestellt worden,

(Dr. Manfred Sohn [LINKE]: Seit wann heißt Herr Wulff denn niemand?)

obwohl die Auswirkungen für jeden Einzelnen natürlich von sehr weitreichender Bedeutung sind.

(Hans-Henning Adler [LINKE]: Und wie ist es jetzt?)

Meine Damen und Herren, der freie Elternwille ist nicht dazu geeignet, Schulstandortfragen zu regeln oder zu diskutieren. Das ist auch nicht der Sinn. Er ist auch nicht dazu da, Schulformen zu bewerten. Frau Heiligenstadt und die anderen Redner der Opposition, wenn Sie die Schulstruktur- und Schulsystemdiskussion hier wieder anzetteln wollen, dann bitte ich Sie, sich ernsthaft mit dem Sinn des freien Elternwillens, so wie er gedacht ist, zu befassen.

Die niedersächsische Praxis ist von einer großen Verantwortung der Grundschullehrerinnen und Grundschullehrer und der Lehrerinnen und Lehrer der weiterführenden Schulen getragen. Unsere Grundschulen erstellen sehr gewissenhaft nach Beobachtung der einzelnen Kinder über vier Jahre in der Grundschule eine Schullaufbahnpflichtempfehlung, nach intensiver und genauer Dokumentation der Lern- und Leistungsentwicklung. Diese Schullaufbahnpflichtempfehlungen haben einen ganz großen Wert und sind für Eltern sehr wichtig, weil sie dann eine gute Grundlage haben, zu entscheiden, auf welche weiterführende Schule sie ihr Kind schicken. Wenn Eltern von dieser Empfehlung abweichen wollen, gibt es Beratungsgespräche. Es gibt sogar eine Vielzahl von Einzelgesprächen, teilweise unter Einbeziehung der Lehrerinnen und Lehrer der weiterführenden Schulen, aber immer gemeinsam mit den Eltern, meine Damen und Herren. Dieser große Aufwand wird betrieben, weil es wichtig ist, dass man eine richtige, am Kindeswohl orientierte Empfehlung geben kann.

(Gerd Ludwig Will [SPD]: Sagen Sie das doch Herrn Wulff!)

Die Praxis der Schullaufbahnpflichtempfehlung ist immer mit einem intensiven Austausch zwischen den Grundschulen, den Eltern und den weiterführenden Schulen verbunden. Das heißt, es gucken immer viele Beteiligte hin. Das ist wichtig für die Akzeptanz dieser Empfehlung.

Letztendlich treffen diese Entscheidung dann die Eltern. Das Erziehungsrecht der Eltern ist ein hohes Gut - es ist im Grundgesetz verankert -, unabhängig davon, ob es auch so ausgeführt wird, wie wir alle uns das wünschen.

Die Regierungskoalition hat insbesondere das Elternrecht zur Erziehung ganz deutlich unterstri-

chen und die Mitbestimmungsrechte von Eltern im Schulgesetz besonders gestärkt. Daraus resultiert, dass auch der freie Elternwille zur Schullaufbahnpflichtempfehlung dazugehört.

Meine Damen und Herren, in Niedersachsen bleibt der freie Elternwille erhalten.

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

Selbstverständlich können Eltern ihre Kinder weiterhin auf die Schule schicken, auf die sie sie schicken wollen. Aber es gibt keine Denkverbote.

(Zustimmung von Christian Dürr [FDP])

Das bedeutet, dass man in jeder Weise sehr genau hinschauen muss. Nach jetziger Rechtslage können Eltern von der Schullaufbahnpflichtempfehlung extrem abweichen. Ein hauptschulempfohlenes Kind kann an einem Gymnasium angemeldet werden

(Ursula Helmhold [GRÜNE]: Und hat sehr oft Erfolg!)

und dann drei Jahre auf diesem Gymnasium bleiben. Es geht in die fünfte Klasse, wiederholt die fünfte Klasse und kommt dann mit Ach und Krach und vielleicht mit viel Nachhilfe in die sechste Klasse. Dann erst kann die Schule eingreifen, meine Damen und Herren. Das Kind war dann drei Jahre auf der falschen Schule mit all den negativen Folgen wie Überforderung, Verlust des Selbstwertgefühls bis hin zu psychischen Erkrankungen. Meine Damen und Herren, hier ist Handlungsbedarf gegeben. Das sagen die Lehrkräfte uns und Ihnen doch auch!

(Beifall bei der CDU)

Da muss man ganz genau hinschauen, und das wollen wir auch. Wir wollen die Schulen handlungsfähiger machen. Wir wollen, dass die Schulen deutlich früher Maßnahmen ergreifen können, wenn es nötig ist.

Meine Damen und Herren, es geht darum, den Kindern Erleichterung zu verschaffen und sie wieder zu Erfolgserlebnissen zu führen. Genau das hat auch der Ministerpräsident gesagt.

Ich will Ihnen eines zum Schluss sagen: Diejenigen, die hier heute schon fast reflexartig den Elternwillen einfordern, sind genau die, die mit ihren Einheitsschulüberlegungen den Elternwillen total abschaffen, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Stefan Wenzel [GRÜNE]: Blödsinn!)

Wenn Sie Ihre politischen Ziele durchsetzen könnten, würde es keine Hauptschule, keine Realschule, kein Gymnasium, keine kooperative Gesamtschule geben. Dann gäbe es auch keine Wahlmöglichkeiten der Eltern. Also plustern Sie sich nicht auf! Machen Sie Politik für die Eltern, das ist wichtig!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Dr. Manfred Sohn [LINKE]: Wer plustert denn hier?)

Präsident Hermann Dinkla:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Adler?

Karl-Heinz Klare (CDU):

Herr Adler!

Hans-Henning Adler (LINKE):

Herr Kollege, Sie haben eben gesagt, dass Sie den freien Elternwillen achten wollen. Anschließend haben Sie gesagt, man darf sich aber keine Denkverbote auferlegen. Das ist ein Satz, der immer eine politische Änderung einleitet. Warum sagen Sie nicht, was Sie jetzt einführen und ändern wollen?

(Beifall bei der LINKEN und Zustimmung von Dörthe Weddige-Degenhard [SPD])

Karl-Heinz Klare (CDU):

Ich bin Ihnen dankbar für die Frage. Ich habe Ihnen sehr detailliert mehrere Beispiele genannt, wo man den Schulen flexiblere Möglichkeiten geben soll, aber *nach* Aufnahme in die weiterführende Schule, nicht vorher. Darauf kommt es an. Wenn wir die Informationen von den Schulen bekommen, dass Kinder wirklich überfordert sind, mit all den negativen Auswirkungen, dann müssen wir die Handlungsspielräume für die Schulen auch in Gesprächen mit Eltern erweitern. Das habe ich gesagt, und dazu stehen wir. Die Pädagogik verlangt nämlich von uns, dass wir, wenn wir Gesetze machen, immer die Auswirkungen dessen bedenken, was wir hier beschließen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Präsident Hermann Dinkla:

Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich bitte jetzt um Ihre besondere Aufmerksamkeit. In der Ehrenloge hat eine Delegation aus dem russischen Gebiet Kaluga Platz genommen, die auf Einladung

des Vorstandsvorsitzenden der Volkswagen AG, Herrn Professor Dr. Winterkorn am 13. und 14. Dezember 2009 Hannover und Wolfsburg besucht.

Ich begrüße Herrn Gouverneur Artamonov, Herrn Vizegouverneur Akimov und Frau Kopylova als Leiterin des Generalsekretariats der Volkswagen Group Rus. Ich heiße Sie herzlich willkommen und wünsche Ihnen einen angenehmen und vor allen Dingen auch informativen Aufenthalt in Niedersachsen.

(Beifall - David McAllister [CDU]: Die Linken klatschen am lautesten! - Dr. Manfred Sohn [LINKE]: Druschba, das haben wir gesagt! - Hans-Henning Adler [LINKE]: Aber Towarischtsch hast du nicht gesagt!)

Herr Gouverneur, Sie können sich jetzt auch persönlich davon überzeugen: Hier im niedersächsischen Parlament wird wirklich lebendig diskutiert.

Zu einem weiteren Beitrag hat jetzt die Frau Kollegin Korter von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort. Bitte!

Ina Korter (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Forderung der FDP, dass Kinder im Mittelpunkt der Schule stehen sollen, unterstütze ich gerne. Das ist genau richtig.

(Zustimmung von Christian Dürr [FDP])

Sie machen aber seit sechs Jahren genau das Gegenteil, Sie verhindern es seit sechs Jahren in Niedersachsen!

(Beifall bei den GRÜNEN, bei der SPD und bei der LINKEN)

Sie beklagen auch auf Ihrem Parteitag, in der Schule würden die Kinder durch Überforderung wegen zu ehrgeiziger Eltern frustriert. Bei so viel Scheinheiligkeit graust es mir!

(Beifall bei den GRÜNEN, bei der SPD und bei der LINKEN)

Das beklagen ausgerechnet die, die hier in Niedersachsen mit der CDU das Turboabitur, den Nachmittagsunterricht ohne Mittagessen in den Schulen, zentrale Abschlussprüfungen, das Zentralabitur, die Paukschule und den Turbostress eingeführt haben. Ausgerechnet die sorgen sich um das Kindeswohl!

(Beifall bei den GRÜNEN, bei der SPD und bei der LINKEN)

Eine Schule, in der das Kind im Mittelpunkt steht - genau das ist richtig. Aber was ist es für ein Hohn, wenn man sich die reale Politik in Niedersachsen ansieht. Dafür sind Sie ja wohl mit verantwortlich.

(Vizepräsident Dieter Möhrmann übernimmt den Vorsitz)

Was ist in Niedersachsen mit den Kindern mit besonderem Förderbedarf? - Sie werden oft gegen den Willen der Eltern und häufig gegen das Kindeswohl abgeschoben,

(David McAllister [CDU]: Abgeschoben?)

in Spezialeinrichtungen oder in Förderschulen geschickt, in denen der Lernzuwachs nachgewiesenermaßen häufig geringer ist als in einer Schule mit anderen Kindern. Wo steht bei Ihnen das Kindeswohl im Mittelpunkt, wenn diese Kinder zu den anderen Kindern nicht mehr dazugehören?

(Beifall bei den GRÜNEN - Karl-Heinz Klare [CDU]: Wissen Sie, was die Grünen im Landkreis Diepholz zu Ihren Reden sagen? - Weitere Zurufe)

- Fragen Sie einmal Herrn Schünemann, wohin Kinder abgeschoben werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was ist mit den Kindern, die einen Platz in einer Gesamtschule wollen? - Sie verhindern seit Jahren neue Gesamtschulplätze und sorgen dafür, dass jedes Jahr Kinder, die an der Schule, an der sie sich gerne anmelden wollen, keinen Platz bekommen, enttäuscht werden.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Und Sie vergießen hier Krokodilstränen über Überforderung und Frustration. Das ist nicht mehr glaubwürdig!

(Karl-Heinz Klare [CDU]: Wir haben mehr getan, als Sie jemals gemacht haben!)

Was ist mit dem erzwungenen Turboabitur an Gesamtschulen? Haben Sie auch dabei das Kindeswohl in den Mittelpunkt gestellt? Wer soll Ihnen das noch abnehmen?

(Zustimmung von Filiz Polat [GRÜNE])

Jetzt wollen Sie den Zugang zu Gymnasien und Realschulen beschränken und denjenigen vorbehalten, die das mit ihrem Elternhaus im Rücken schon hinkriegen.

(Karl-Heinz Klare [CDU]: Haben Sie bis jetzt gar nicht zugehört?)

- Ich habe sehr wohl zugehört, Herr Klare. Ich weiß auch, dass Sie selber nicht wissen, was Ihr Ministerpräsident in dieser Frage will.

(Beifall bei den GRÜNEN, bei der SPD und bei der LINKEN)

Ich möchte noch ein Wort zu den Schullaufbahneempfehlungen sagen, auf die Sie sich ja immer berufen und zu denen Sie sagen, die Schulen sollten entscheiden, was das Richtige für die Kinder sei. Die Schullaufbahneempfehlungen sind sehr fragwürdig; das habe ich schon vorhin betont. Das Bezeichnende für sie in Niedersachsen ist aber, dass sie überhaupt nicht evaluiert werden. Kein Mensch in Niedersachsen will wissen, ob die Schullaufbahneempfehlungen überhaupt valide sind. Das wird nicht erhoben, weil man nämlich gar nicht wissen will, was dabei herauskommen könnte. Das passt nämlich nicht in Ihr Konzept.

Meine Damen und Herren, der Vorstoß der FDP gegen den Elternwillen in Niedersachsen macht deutlich: FDP-Schulpolitik ist Klientelpolitik für die Kinder der Besserverdienenden und deren Bildungsprivilegien. Wenn Sie wirklich etwas für die Kinder tun wollen, dann machen Sie die Schule in Niedersachsen endlich besser! Machen Sie die Klassen kleiner! Sorgen Sie dafür, dass Lehrer gut ausgebildet und dass ausreichend Lehrer eingestellt werden! Dann sind wir bei Ihnen. Aber so nimmt Ihnen das niemand mehr ab.

(Beifall bei den GRÜNEN, bei der SPD und bei der LINKEN)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Meine Damen und Herren, der nächste Redner ist Herr Schwarz für die FDP-Fraktion. Bitte sehr!

Hans-Werner Schwarz (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach den Beiträgen von Frau Heiligenstadt, Frau Korter und Frau Reichwaldt stelle ich zunächst einmal fest, dass es Ihnen nicht gelingt, über Bildungspolitik zu sprechen, ohne die Systemfrage zu stellen.

(Karl-Heinz Klare [CDU]: So ist es! Leider!)

Das ist wirklich traurig. Wir unterhalten uns über ganz bestimmte, konkrete Maßnahmen, mit denen wir versuchen wollen, die Bildungsqualität zu

verbessern. Und in allen Ihren Beiträgen fällt Ihnen nur ein, über das System zu sprechen.

(Björn Thümler [CDU]: Genau! Das ist einfallslos!)

Das hat uns in den letzten sechs Jahren aufgehalten.

(Beifall bei der CDU - Claus Peter Poppe [SPD]: Sie handeln aber!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, bei dem Beitrag von Frau Heiligenstadt fiel mir ein, irgendjemand hat einmal gesagt: Denken ist schwer, deswegen urteilen die meisten. - In diesem Fall ist das tatsächlich ganz nah am Thema. Sie haben sich nicht damit auseinandergesetzt, welchen Beschluss wir beim Landesparteitag gefasst haben und worum es ganz konkret geht. Sie haben ganz schlicht und einfach geurteilt. Weil Sie es schon immer so gemacht haben, soll es auch in Zukunft so bleiben. Das ist nicht in Ordnung.

Zu dem Stichwort „gemeinsamer Unterricht“, verehrte Frau Korter, empfehle ich Ihnen den Beitrag von gestern in der *Welt am Sonntag*. Die gute Frau Goetsch, Schulsenatorin in Hamburg, hat Riesensprobleme. Vielleicht setzen Sie sich damit einmal auseinander.

Letzte Vorbemerkung: Ich finde es sehr bedauerlich, dass gerade von der linken Seite des Hauses das Vertrauen in die Lehrkräfte nicht so stark ist und dass bezweifelt wird, dass sie in der Lage seien, nach der Grundschule vernünftige Empfehlungen zu geben.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Hans-Werner Schwarz (FDP):

Ich habe bedauerlicherweise sehr wenig Zeit.

Jetzt möchte ich ganz gerne sagen: Alle Jahre wieder. - Das passt gut zu Weihnachten, aber auch nicht mehr; darauf komme ich noch zurück.

Fakt ist: Das Land Niedersachsen verfügt über ein differenziertes und vor allen Dingen vielfältiges Bildungsangebot. Dieses vielfältige Angebot muss erhalten bleiben; denn nur so kann Bildungsqualität entwickelt werden.

(Zustimmung von Ingrid Klopp [CDU])

Richtig ist: Frühkindliche Bildung hat in diesem System einen außerordentlich hohen Stellenwert.

Danach, am Ende der Grundschule, kommt es darauf an, die zahlreichen Möglichkeiten dieses Bildungssystems richtig zu nutzen. Eine falsche Entscheidung kann für die spätere Entwicklung eines Kindes in der Tat fatale Folgen haben. Dabei geht es um Überforderung und um Unterforderung.

Bei Überforderung stellt sich die Situation so dar: Schülerinnen und Schüler können ihrem eigenen Anspruch und dem von den Eltern geäußerten Wunsch nicht gerecht werden. Sie machen einen quälenden Frustrationsprozess durch und geben schließlich innerlich auf.

Wenn Schüler unterfordert werden, was übrigens damals in der Orientierungsstufe verstärkt der Fall war, verlernen Jungen und Mädchen sehr schnell das Lernen. Sie können ihr Potenzial nicht ausschöpfen und verlieren somit den Bezug zur schulischen Ausbildung. Genau diese Entwicklung muss verhindert werden.

Seit der Abschaffung der OS hat die Grundschule die Aufgabe, aber auch die Verantwortung, die Eltern bei der richtigen Schulauswahl zu unterstützen und ihnen die unterschiedlichen Entwicklungschancen aufzuzeigen. Aus der praktischen Erfahrung kann ich Ihnen nur sagen, dass vielen Eltern nicht bewusst ist, welche Möglichkeiten sich für ihr Kind nach einem entsprechenden schulischen Abschluss eigentlich bieten.

(Glocke des Präsidenten)

In der Diskussion um die Wahl der angemessenen Schulform wird häufig vergessen, dass die Ausrichtung unserer Schulformen völlig unterschiedlich ist. Da ist zum einen der wissenschaftliche Anspruch, der in Gymnasien erfüllt werden soll, und zum anderen der - ich sage einmal - dienstleistungsmäßige oder handwerklich orientierte Anspruch in den anderen Schulen.

Es gibt eben Fälle, in denen zwischen Elternwunsch und Schullaufbahnpflicht keine Einigung erzielt werden kann. Genau um diesen Anteil, verehrte Kolleginnen und Kollegen, geht es uns. Wir müssen eine Regelung finden, die dazu beiträgt, dass zahlreichen Kindern Überforderungen erspart bleiben. Kinder, die aufgrund eines besonders gut gemeinten Ehrgeizes in der sogenannten falschen Schulform landen, verlieren die Freude am Lernen. Sie werden Ängsten ausgesetzt.

(Glocke des Präsidenten)

Eine Abstufung der Kinder im Nachhinein lässt sich jedenfalls nach meiner Erfahrung nur mit deutlich negativen Spuren feststellen. Das lässt sich nur noch sehr schwer aufarbeiten.

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Herr Kollege, letzter Satz bitte!

Hans-Werner Schwarz (FDP):

Ja. - Wir möchten ganz gerne, dass in dem Moment, in dem sich die beiden Entscheidungen nicht decken, ein Instrument eingesetzt wird, bei dem die Kinder zum Schluss die Gewinner sind; denn ihnen wollen wir es ersparen, in Situationen zu kommen, in denen sie nur leiden.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Meine Damen und Herren, für die Fraktion DIE LINKE hat jetzt Frau Reichwaldt das Wort.

Christa Reichwaldt (LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Eine kleine Vorbemerkung dazu, warum wir die Diskussion über die Schulstruktur jetzt und an dieser Stelle führen wollen. Ich erinnere an die Steilvorlage der FDP. Über Bildungsqualität reden und Kinder in den Mittelpunkt stellen, das heißt für mich ganz klar: Wir reden über Schulstruktur.

Zu Ihnen, Herr Klare: Ich rede jetzt auch über den freien Elternwillen. Die FDP in Niedersachsen hat auf ihrem Parteitag am 28. November in Wilhelmshaven beschlossen, dass die Eltern für ihre Kinder die weiterführende Schule nicht mehr frei auswählen sollen. Sollte die Grundschule zu einer anderen Einschätzung bezüglich der weiteren Schullaufbahn des Kindes gelangen, müsse ein Eignungstest entscheiden, ob das Kind beispielsweise ein Gymnasium besuchen könne.

Nun erhob sich ob dieses Beschlusses ein vielfältiges Stimmengewirr im Land, recht unharmonisch, alle durcheinander. An einer angeblichen Grundfeste konservativer Schulpolitik war gerüttelt worden, nämlich am freien Elternwillen, und das auch noch von einem Teil der Regierungskoalition, ausgerechnet von der freiheitlich-demokratischen Partei. Der Ministerpräsident stellte dann prompt seine angebliche Grundüberzeugung in dieser Frage infrage. Wer stoppt die Freiheitlichen?

Lassen Sie mich etwas zur Schullaufbahnpflicht nach der vierten Klasse insgesamt sagen. Sie

ist für mich an dieser Stelle schlicht und einfach pädagogischer Unsinn,

(Beifall bei der LINKEN und bei der SPD)

vor allem in einem Bildungssystem, in dem der Bildungserfolg eines Kindes in so hohem Maße von der sozialen Herkunft abhängt wie bei uns.

(Zuruf von Ursula Ernst [CDU])

Der freie Elternwille ist in diesem eben nicht gerechten System besser als eine Entscheidung durch die Schulen; denn eines wollen Eltern sicher übereinstimmend: einen möglichst hohen Bildungsabschluss für ihr Kind.

Gibt es den freien Elternwillen überhaupt? Nein. Die Zahl der Anmeldungen bei den Gesamtschulen zeigen ganz deutlich, dass der freie Elternwille für die Landesregierung nicht viel zählt. In Hannover musste jedes fünfte Kind von den IGSen abgewiesen werden, weil die Kapazitäten nicht ausreichen. Wesentlich wichtiger als der freie Elternwille ist der Regierungskoalition der Erhalt des selektiven Schulsystems und damit die Aufteilung von Zehnjährigen auf unterschiedliche Einrichtungen mit unterschiedlichen Zukunftschancen. Wenn die Landesregierung wirklich für einen freien Elternwillen wäre, müsste sie die Hürden für die Gesamtschuleinrichtungen niederreißen und allen Eltern, die ihre Kinder dort hinschicken wollen, den Besuch dieser Schulform ermöglichen.

(Beifall bei der LINKEN)

In Nordrhein-Westfalen wurde der Abiturjahrgang 2009 an den Gesamtschulen genau untersucht. 70 % dieser Abiturienten hatten keine Gymnasialempfehlung und haben es trotzdem geschafft. Ein Drittel davon sind Migranten. An den Gymnasien liegt die Migrantenquote unter den Abiturienten bei nur 14 %. In Niedersachsen ist die Quote höher. Gesamtschulen, die es hier gibt, machen aber die gleichen Erfahrungen wie in Nordrhein-Westfalen.

Die Durchlässigkeit ist in unserem Schulsystem nicht gegeben. Der Bildungsweg nach oben ist dicht. Einmal selektiert bedeutet zementiert. Die Eltern wissen das und schicken ihre Kinder deswegen nicht auf die Hauptschulen. Im aktuellen Schuljahr gab es in Niedersachsen 21,7 % Hauptschulempfehlungen, aber nur 12,4 % Anmeldungen. Sie alle kennen diese Zahlen.

Die Quote der Klassenwiederholungen von unter 5 % zeigt deutlich, dass die Kinder mit der Anmeldung an einer höheren Schule zurechtkommen.

Auch wenn unsere Lehrerinnen und Lehrer in der vierten Klasse nach bestem Wissen und Gewissen versuchen, eine Aussage über die Zukunft zu machen, bleibt festzuhalten: Sie können das zu diesem Zeitpunkt nur begrenzt zutreffend tun, weil der Zeitpunkt dafür zu früh ist, weil die Kinder sich unterschiedlich entwickeln, weil ihre soziale Herkunft zu unterschiedlich ist. Deshalb brauchen wir ein Bildungssystem, das den Kindern alle Chancen offenhält. Das ist auch der Elternwille.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn Sie den freien Elternwillen jetzt verteidigen wollen, dann setzen Sie ihn auch um und ermöglichen mehr Gesamtschulen in Niedersachsen.

Liebe Kolleginnen und Kollegin von der CDU, stoppen Sie die merkwürdigen „freiheitlichen“ Gedankenspiele Ihres kleineren Koalitionspartners. Zum Schluss noch einmal: Die Linke in Niedersachsen will ein flächendeckendes Angebot an Integrierten Gesamtschulen. Das hat nichts mit Einheitsschule zu tun. Wir wollen eine gemeinsame Schule für alle Kinder bis Klasse 10 verwirklichen.

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Klare?

Christa Reichwaldt (LINKE):

Nein. - Das heißt, das von der FDP in diese Aktuelle Stunde eingebrachte Thema - Vorrang für Bildungsqualität, die Kinder in den Mittelpunkt unseres Schulsystems stellen - zu verwirklichen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN - Zurufe von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Meine Damen und Herren, es ist wegen der Zwiesgespräche etwas laut. Wenn Sie sich untereinander erst noch unterhalten wollen, kann ich die Sitzung unterbrechen. Wenn Sie wieder bereit sind, der Sitzung zu folgen, sagen Sie Bescheid; dann eröffne ich die Sitzung wieder. - Danke schön.

Der nächste Redner ist Herr Poppe für die SPD-Fraktion.

Claus Peter Poppe (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Eines hat die aktuelle Debatte bereits in aller Deutlichkeit gezeigt: In der Bildungspolitik der

FDP und dieser Regierung stehen nicht die Kinder im Mittelpunkt. Im Mittelpunkt stehen vielmehr das Aufrechterhalten von Strukturen, das Aufrechterhalten von Privilegien und der Versuch der Stabilisierung eines gescheiterten Dreiklassenschulsystems.

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Vor allem Sie von der FDP, die Ideologien der Zwangseinteilung, haben offenbar längst den Bezug zu der Freiheit, die Sie im Parteinamen tragen, verloren.

(Karl-Heinz Klare [CDU]: Sie sind doch ein Obergymnasialer! Sie müssen da vorsichtig sein!)

Herr Försterling hat völlig am Thema vorbeigeredet, und Herr Klare und Herr Schwarz haben Zwangsmaßnahmen pädagogisch verbrämt. Ich frage Sie hier und jetzt: Wollen Sie den Elternwillen einschränken, Ja oder Nein?

(Beifall bei der SPD und bei der LINKEN)

Wollen Sie, Frau Ministerin und Herr Ministerpräsident - wo ist der Ministerpräsident eigentlich bei dieser Debatte über Schulfragen? -, das Niedersächsische Schulgesetz in diesen Punkten ändern, ja oder nein?

(Hans-Werner Schwarz [FDP]: Wir haben gesagt, was wir wollen!)

- In dieser Frage nicht. Deshalb die klare Frage: Soll das Schulgesetz geändert werden, ja oder nein? Sagen Sie es uns doch, Herr Schwarz!

Sie haben auf dem Parteitag in Wilhelmshaven, auf den keiner von Ihnen eingegangen ist, nicht nur die Aushöhlung des Elternwillens beschlossen, sondern neben mancher Leerformel - auch zu BNE - weiter eine Reihe von interessanten Punkten. So fordern Sie die Beitragsfreistellung des ersten und zweiten Kindergartenjahres, die Verbesserung des Betreuungsschlüssels im gesamten Bereich der frühkindlichen Bildung, den Einsatz von Sozialpädagoginnen und -pädagogen in Primarstufen, langfristig aber auch in Haupt- und Realschulen,

(Beifall bei der SPD und bei der LINKEN)

Bestandsschutz für die Vollen Halbtagschulen,

(Beifall bei der SPD und bei der LINKEN)

kleinere Klassen, wobei als Zielzahlen Klassenteiler von 18 für Hauptschulen und 24 für Realschulen angegeben werden.

(Beifall bei der SPD und bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren von der FDP, wenn dies ein Antrag der Linken wäre, würden Sie wohl fragen: Ist denn heute schon Weihnachten?

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Sie würden dann aufzeigen, dass alles dies unrealistisches Wunschdenken ist. Da der Wunschzettel aber von der FDP kommt, schaut ihn der Weihnachtsmann Wulff allenfalls mit einigem Stirnrunzeln an.

Im Landtag müssen wir aber doch wohl fragen dürfen, was sich die angeblichen Liberalen dabei gedacht haben. Haben Sie nun die heimliche Oppositionspartei in sich entdeckt, oder versuchen Sie in den genannten Punkten nur eine gigantische Wählertäuschung? Meine Antwort lautet: Wählertäuschung, und zwar von vorn bis hinten.

(Beifall bei der SPD und bei der LINKEN)

Überall dort, wo Kosten im Raum stehen, wird das Wörtchen „langfristig“ eingefügt. „Langfristig“ bedeutet dann wohl: Wenn wir nichts mehr zu sagen und zu verantworten haben.

(Beifall bei der SPD und bei der LINKEN)

Schlimm ist, dass zwar alles und jedes gefordert wird, dass aber Parteitagsrhetorik und Regierungshandeln in einer Weise auseinanderfallen, dass die Kennzeichnung „unehrlich“ noch eine dramatische Untertreibung ist.

(Beifall bei der SPD und bei der LINKEN)

Herr Grascha schüttelt den Kopf. Wo war denn die FDP-Fraktion, als es um die Verbesserung des Betreuungsschlüssels in Krippen und Kindergärten ging? Wo war denn die FDP-Fraktion, als es um Sozialpädagogen für alle Schulen ging? Wo war denn die FDP-Fraktion, als es um die Vollen Halbtagschulen ging? Wo war sie denn, als es um kleinere Klassen ging, worum es auch heute noch geht?

War sie in den Büschen? - Nein, schlimmer als das: In Nibelungentreue zur CDU hat sie die Abschaffung der Vollen Halbtagschulen mitgetragen, den SPD-Gesetzentwurf, der einen besseren Betreuungsschlüssel forderte, abgelehnt und dem

13-Punkte-Programm, das für noch größere Klassen sorgte, zugestimmt.

(Beifall bei der SPD und bei der LINKEN)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Claus Peter Poppe (SPD):

Nein, ich habe nur noch eine Minute Redezeit, Herr Präsident.

In anderen Bereichen wissen Sie so wenig wie die CDU, was zu tun ist, gerade was Strukturen angeht.

(Hans-Werner Schwarz [FDP]: Tragen Sie Ihre Meinung doch einmal vor!)

Im Hinblick auf Förderschulen schafft es die Parteitagsrhetorik, für Inklusion durch Exklusion zu plädieren: Alle Förderschulen erhalten! Kooperation statt Integration! Das ist Aussonderung statt Inklusion.

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Die Haupt- und Realschulen - hier haben wir es typischerweise wieder einmal mit einem Strukturthema zu tun, das Herr Klare in den letzten Tagen gerade aufgeworfen hat - sollen erhalten werden und sollen mehr zusammenarbeiten dürfen. Ob viel mehr oder eher weniger mehr, ist nicht ganz klar und ergibt sich auch aus den Presseartikeln nicht. Ich möchte Ihnen hier sagen: Bevor Sie mit bildungspolitischen Beschlüssen an die Öffentlichkeit gehen, die alles versprechen und nichts halten, klären Sie erst einmal, was Sie wirklich wollen.

(Starker Beifall bei der SPD und Beifall bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Nun hat sich der Herr Finanzminister zu Wort gemeldet. Herr Möllring, Sie haben das Wort.

Hartmut Möllring, Finanzminister:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich werde jetzt nicht, wie Sie vielleicht gehofft haben, zur Schulpolitik sprechen.

Herr Kollege Poppe hat sich gerade beschwert, dass der Herr Ministerpräsident bei diesem wichtigen Thema nicht anwesend ist. Ich möchte Ihnen nur mitteilen, dass er gerade mit Herrn Artamonov,

dem Gouverneur der Region Kaluga aus Russland, im Gespräch ist, den wir eben alle mit Applaus begrüßt haben. Sie wissen, dass VW in Kaluga ein Werk bauen wird. Sicherlich sind auch solche Kontakte durchaus wichtig.

Das wollte ich hier nur gesagt haben, weil Herr Poppe glaubte, die Schulpolitik sei dem Herrn Ministerpräsidenten nicht wichtig.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Meine Damen und Herren, zum Thema der Aktuellen Stunde hat sich jetzt Herr Dr. von Danwitz von der CDU-Fraktion gemeldet. Bitte schön!

Dr. Karl-Ludwig von Danwitz (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn es um Bildung geht, ist die Opposition immer sofort, quasi reflexartig, bei ihren Schulstrukturdiskussionen. Uns ist das eindeutig zu wenig. Wir reden über Qualitätsentwicklung. Wir denken vom Kind her. Wir denken von Anfang an. Bei uns fängt Bildung in der Krippe und in den Kindertagesstätten an.

(Zustimmung bei der CDU)

Schon hier wollen wir die Grundlagen für Chancengerechtigkeit schaffen. Hier wird Sprachförderung intensiv betrieben. Wir haben für eine verbesserte Zusammenarbeit mit den Grundschulen gesorgt, in denen die Kinder dann gut auf den Sek-I-Bereich vorbereitet werden.

(Zustimmung von Ingrid Klopp [CDU])

Danach - das will ich hier noch einmal klarstellen - entscheiden die Eltern, auf welche weiterführenden Schulen ihre Kinder gehen. Die Eltern kennen ihre Kinder am besten. Der freie Elternwille bleibt.

(Zurufe von der SPD: Jawohl! - Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN - Zustimmung bei der CDU - Weitere Zurufe von der SPD)

Im Sek-I-Bereich werden die Kinder mit ihren Stärken und Schwächen abgeholt. Hier werden sie individuell gefördert und gefordert, und wir sorgen dafür, dass es nicht zu einer Unter- oder Überforderung kommt. Das Kind ist uns wichtig, nicht der Elternehrgeiz. Wir müssen auch immer wieder auf die hohe Durchlässigkeit des niedersächsischen Schulsystems hinweisen. Wir müssen immer wieder sagen, dass alle Abschlüsse im Sek-I-Bereich an allen Schulformen zu erreichen sind, der

Hauptschulabschluss nach Klasse 9, nach Klasse 10, der Sek-I-Abschluss und der erweiterte Sek-I-Abschluss.

Wichtig ist, dass wir die berufsbildenden Schulen viel stärker in unsere Überlegungen mit einbeziehen und über die tollen Abschlüsse reden, die man an den einjährigen und den zweijährigen Fachschulen und an den beruflichen Gymnasien erreichen kann. Es ist wichtig, die Zusammenarbeit mit allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen in Bezug auf Praktika und Berufsorientierung noch weiter zu intensivieren. Das sind ganz wichtige Bereiche.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Kein Abschluss ohne Anschluss - das steht bei allen unseren Überlegungen im Vordergrund. Für uns ist ebenso wichtig, dass in unseren Schulen unsere Kinder im Mittelpunkt stehen. Dazu gehört der flächendeckende Erhalt der Schulstandorte unter Berücksichtigung der Erfordernisse des demografischen Wandels. Wir wissen, dass die Schülerzahlen zurückgehen. Mir ist es wichtig, auch an kleineren Schulstandorten möglichst lange die Schule im Dorf zu lassen.

(Beifall bei der CDU)

Die Schule am Ort ist ein wichtiger Standortfaktor insbesondere im ländlichen Raum, und wir sind ländlicher Raum in Niedersachsen. Es kann doch nicht sein, dass Gebäude, die wir erst vor einigen Jahren erstellt, renoviert oder saniert haben - zum Teil haben wir mit aufwändigen Investitionsprogrammen Menschen gebaut, im Moment bringen wir mit dem Konjunkturpaket Renovierungs- und Sanierungsmaßnahmen auf den Weg -, in einigen Jahren leer stehen, nur weil Sie von der Opposition an einigen Stellen Mammut-IGSen errichten wollen.

(Zustimmung von Ingrid Klopp [CDU])

Das ist der Tod für viele kleine ländliche Schulstandorte.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Um diese Schulstandorte zu erhalten, muss die Zusammenarbeit zwischen Haupt- und Realschulen erweitert werden. Dafür werden wir uns in ganz enger Abstimmung mit Schulen und Schulträgern einsetzen. Diese Zusammenarbeit ist notwendig, um ein gutes Bildungsangebot vor Ort zu gewährleisten, um Gebäude weiter zu nutzen und insbesondere auch, um die guten Beziehungen zwi-

schen Handwerksbetrieben, die Ausbildungs- und Praktikumsplätze zur Verfügung stellen, und den Schulen in der Fläche zu erhalten. Auch das ist bei kleineren, standortgebundenen Schulformen viel besser möglich als bei Mammutschulen, an denen kaum noch jemand den anderen kennt.

(Beifall bei der CDU)

Ich komme zum Schluss. Wir orientieren uns an den Erfordernissen vor Ort. Dafür hat uns auch der Städte- und Gemeindebund ausdrücklich gelobt. Wir sorgen für ein flächendeckendes begabungsgerechtes Bildungsangebot. Bildungsqualität steht bei allen unseren Überlegungen im Vordergrund.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Meine Damen und Herren, die letzte Rednerin - für mich zumindest im Moment erkennbar - zu den Punkten 1 b und 1 e ist Frau Ministerin Heister-Neumann. Bitte schön!

Elisabeth Heister-Neumann, Kultusministerin:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die größte Unfreiheit, die ich mir im Zusammenhang mit der Diskussion um den freien Elternwillen vorstellen kann, ist die zwangsweise flächendeckende Einrichtung der Gesamtschule.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir stehen für die Pluralität der Förderorte, und den Eltern steht das natürliche, verfassungsrechtlich verankerte und vom Grundgesetz geschützte Recht zur Erziehung und Bildung der Kinder zu, nicht dem Staat. Es sind die Eltern, meine Damen und Herren, nicht der Staat.

(Beifall bei der CDU)

Die Landesregierung hat sehr großes Vertrauen in das Verantwortungsbewusstsein aller Eltern zur Durchführung dieses Erziehungs- und Bildungsauftrages, und deshalb bleibt der freie Elternwille zur Anwahl der angebotenen Schulform in Niedersachsen auch bestehen. Er steht nicht zur Disposition.

Wir setzen in Niedersachsen auf ein starkes Miteinander von Schulen und Eltern. Wir setzen auf Information. Wir setzen auf Beratung. Wir setzen auf einen kontinuierlichen Austausch im Hinblick auf die Lern-, Leistungs- und Persönlichkeitsentwicklung eines jeden einzelnen Kindes. Deshalb haben wir in unserem Schulgesetz verankert, dass

in der Grundschule eine Laufbahnempfehlung für die weiterführenden Schulen erarbeitet und vorgelegt wird, aber die Eltern die Letztentscheidung im Hinblick auf die Anwahl der weiterführenden Schulform haben.

Meine Damen und Herren, auch bei der weiterführenden Schulform steht die individuelle Förderung jedes einzelnen Kindes im Vordergrund. Das ist in unserem Schulgesetz fest verankert; wir haben es hineingeschrieben.

Damit geht auch eine kontinuierliche Dokumentation der Lern-, Leistungs- und Persönlichkeitsentwicklung einher, sodass man sehr früh schon die Situation des Kindes und eine eventuelle Überforderung oder Unterforderung erkennen kann.

Wir alle sind uns sicher darüber einig, dass die dauerhafte Überforderung eines Kindes in der Schule zu einem Motivationsverlust führt und für das Kind nicht gut ist. Deshalb haben wir im Schulgesetz auch die Möglichkeit vorgesehen, nach mindestens zweijährigem Schulbesuch und gegebenenfalls einem Wiederholungsjahr durch Beschluss der Klassenkonferenz den Wechsel auf eine geeignete andere Schule zu veranlassen.

Meine Damen und Herren, das macht deutlich: Es kommt auf die Qualität der Begleitung und die individuelle Förderung des Kindes an.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb bin ich offen für jede Diskussion über konkrete Vorschläge zur Verbesserung des Instrumentariums zur Beratung der Eltern im Laufe der kindlichen Entwicklung, angefangen bei frühkindlicher Bildung bis hin zu den weiterführenden Schulen. Da sind wir uns völlig einig innerhalb der Koalition, und da gibt auch keinen Dissens zwischen FDP- und CDU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Qualität muss Vorrang haben im Bildungswesen. Für uns heißt das: Jeder zählt. Jedes einzelne Kind zählt. - Dieses Credo hat sich bei uns entwickelt aus einem christlichen Menschenbild. Dieses christliche Menschenbild und der Grundsatz „Jeder zählt“ müssen Grundlage und Leitidee eines jeden gerechten Schulsystems sein.

„Jeder zählt“ bedeutet auch: Wir müssen akzeptieren und anerkennen, dass es differenzierte Begabungen und unterschiedliche Talente gibt, für die man auch ein differenziertes Angebot braucht. Das müssen wir nicht nur anerkennen, sondern in Bezug auf die Angebote sollten wir auch eine mög-

lichst große Vielfalt vorhalten. Deshalb setzen wir gleichermaßen auf ein klar strukturiertes gegliedertes Schulwesen, auf die Gleichwertigkeit der Abschlüsse und auf die Durchlässigkeit unserer Schullaufbahnen - das ist ganz wichtig -

(Frauke Heiligenstadt [SPD]: Nach unten vor allen Dingen!)

sowohl horizontal als auch vertikal.

Meine Damen und Herren, schauen Sie sich doch einmal in den Bundesländern um: Überall dort, wo es kontinuierliche Schulstrukturen gibt, wo wenig Schulstrukturdebatten stattfinden, finden wir die Pisa-Sieger. Wir finden sie nicht dort, wo durch Schulstrukturdiskussionen immer wieder Unruhe in die Schulen getragen wird, wo es immer wieder zu Veränderungen kommt und man sich immer wieder umstellen muss.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Kreszentia Flauger [LINKE]: Sie vergleichen wieder Äpfel mit Birnen!)

Deshalb heißt es für uns: Aus der Schule in die Mitte der Gesellschaft. Das bedeutet, dass wir unseren Kindern den Weg in die Mitte der Gesellschaft durch die Schule ebnen müssen.

Das bedeutet gleichermaßen, meine Damen und Herren, dass wir bestimmte Maßstäbe an die Qualitätsentwicklung anzulegen haben. Bei der Qualitätsentwicklung geht es uns um eine ganzheitliche Bildung im Sinne von Wissensvermittlung, Kompetenzvermittlung, aber auch Wertevermittlung.

Es geht auch um die Gleichwertigkeit der Abschlüsse in der eher akademischen Schullaufbahn und der berufsorientierten Schullaufbahn. Auch das ist wichtig. Wir brauchen Fachkräftenachwuchs in allen Bereichen. Deshalb müssen die Abschlüsse auch als gleichwertig betrachtet werden.

(Zustimmung bei der CDU)

Auf einen Punkt möchte ich noch hinweisen: Wenn wir unsere Schulen als das sehen, was sie sind, nämlich das Abbild unserer Gesellschaft, dann brauchen wir für die Zukunft auch neue Bildungslandschaften. Wir werden in einer sich weiterentwickelnden Gesellschaft mit zunehmend flächendeckenden Ganztagschulen die Unterstützungssysteme für die Kinder dorthin legen müssen, wo sich der Lebensmittelpunkt der Kinder befindet - nämlich in der Ganztagschule. Darum müssen wir das ranken.

Ich glaube, wir sind auf einem sehr, sehr guten Weg. Bildung hat in Niedersachsen Vorrang - und die Freiheit des Elternwillens auch.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Meine Damen und Herren, zu den Punkten b und e liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schließe die Beratung.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1 c** auf:

Arbeit der SPD im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss - keine Beweise, keine Fakten, kein Stil? - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 16/1962

Für die CDU-Fraktion hat sich der Kollege Langspecht zu Wort gemeldet. Bitte schön, Herr Langspecht!

Karl-Heinrich Langspecht (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die letzte Sitzung des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses ist für uns Anlass genug gewesen, zu klären, wie wir künftig grundsätzlich miteinander umgehen sollten. Der Untersuchungsausschuss hat einen Auftrag. Die Bürger und Steuerzahler sollten darauf vertrauen dürfen, dass dieser Auftrag gründlich, zügig und seriös abgearbeitet wird.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Damit ist es nicht vereinbar, dass Manipulationsvorwürfe erhoben, also strafbare Handlungen vorgeworfen werden, dies mit der Forderung nach sofortigem Rücktritt des Umweltministers verbunden wird, wobei sich diese Vorwürfe nach näherem Hinsehen, meine Damen und Herren, als haltlos erweisen.

(Beifall bei der CDU - Karl-Heinz Klare [CDU]: Wer hat das denn gemacht?)

Ich möchte drei Anmerkungen machen. Erstens. Schon die Einladung der SPD zur Pressekonferenz am 1. Dezember ist bemerkenswert gewesen.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Bei uns ist alles bemerkenswert!)

Die Einladung richtete sich wörtlich ausnahmsweise ausschließlich an Medienvertreter. - Im Nachhinein wird klar, warum. Transparenz, meine Damen und Herren, ist etwas anderes.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP - Lachen bei der SPD und bei den GRÜNEN - Wolfgang Jüttner [SPD]: Der war gut!)

Die zweite Bemerkung: Wir bedauern es jedenfalls, dass auf unsere Aufforderung hin im Ausschuss nicht erklärt werden konnte, welche Akten im Einzelnen manipuliert worden sein sollen. Erst über Pressevertreter - das ist schon empörend - ist es uns gelungen, an eine Liste der SPD über Aktenangaben zu kommen. Diese Liste ist daraufhin im Ausschuss beraten worden.

Kurzum: Bei drei von fünf beanstandeten Vorgängen konnte noch während der Sitzung nachgewiesen werden, dass die Akten vorhanden und für uns verfügbar sind. Es kann als sicher gelten, dass sich auch die beiden anderen Vorgänge im Aktenbestand befinden. Es handelt sich hierbei um zwei stinknormale Vorgänge, nämlich zum einen um einen Vermerk des MU über den Bericht des damaligen Umweltministers Gabriel zur Asse in 2007 und zum anderen um eine Staatssekretärsvorlage. Die Recherche läuft. Bei einem Bestand von 1 130 Akten ist das aber auch nicht ganz einfach.

(Zuruf von der CDU: Sehr richtig!)

Es ist jedenfalls nur peinlich, wenn dann der Obmann der SPD kleinlaut einräumen muss, vermisste Unterlagen übersehen zu haben.

(Heinz Rolfes [CDU]: Was?)

Die *Neue Osnabrücker Zeitung* vom 4. Dezember spricht von einem Rohrkrepierer, meine Damen und Herren. Man fühlt sich hinter die Fichte geführt.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Wir hätten es schon für angemessen gehalten, Herr Tanke, wenn Sie den Mut aufgebracht hätten, sich zumindest bei den Bediensteten des Umweltministeriums zu entschuldigen.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Meine dritte Anmerkung: Uns treibt auch Ihr weiteres Vorgehen um. Das ist auch eine Frage des Umgangs, des Stils.

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Karl-Heinrich Langspecht (CDU):

Nein, ich möchte das zu Ende führen.

Nachdem der Manipulationsvorwurf nicht mehr zu halten war, wird stattdessen eine völlig neue Begründung für die Forderung nach dem Ministerrücktritt nachgeschoben. Nach dem Fehlschlag bei der ersten Begründung folgte also ein zweiter Versuch mit einer neuen Begründung. Entscheidend soll jetzt die schleppende, zögerliche Herausgabe der Akten durch das Umweltministerium sein.

Die Rechtslage, meine Damen und Herren, ist so, wie sie ist. Die Akten sind natürlich unverzüglich vorzulegen, allerdings unter Berücksichtigung der Interessen der Landesregierung nach Artikel 24 Abs. 3.

(Zuruf von Hans-Dieter Haase [SPD])

Dabei geht es um schutzwürdige Interessen Dritter, Herr Haase, und um den Kernbereich der Exekutive. Den Katalog haben wir x-mal besprochen.

Meine Damen und Herren, mitunter sind bis zu 50 Bedienstete des MU eingesetzt worden, um die Aktenvorlagen zu bewerkstelligen,

(Zuruf von Helge Limburg [GRÜNE])

um die Akten intensiv zu lesen, zu paginieren und zu kopieren. Bis jetzt sind 1 138 Akten vorgelegt worden. Übrigens sind das auf einen Monat bezogen im Durchschnitt mehr Akten, als das Bundesumweltministerium vorgelegt hat. Die Mitarbeiter im MU haben erstklassige Arbeit geleistet - sie einer Straftat zu verdächtigen, ist absurd. Wir sollten ihnen danken, anstatt sie zu beschimpfen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wenn Sie ernsthaft der Auffassung sind, die Akten seien nicht unverzüglich vorgelegt worden, dann kann ich Sie nur ermuntern - das haben wir auch schon x-mal besprochen -, nach Bückeburg zum Staatsgerichtshof zu gehen. Nach allem, was wir wissen, kann ich Ihnen da nur viel Spaß wünschen.

Meine Damen und Herren, die Menschen haben die Nase voll von Taktieren und Gezanke. Wir sollten zur ehrlichen Aufklärungsarbeit zurückkehren.

(Gerd Ludwig Will [SPD]: Das fangen Sie mal an!)

Herr Tanke, Ihnen wünsche ich erholsame Weihnachtsferien - mit Betonung auf „erholsam“.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Heiner Bartling [SPD]: Das ist aber nett von Ihnen! - David McAllister [CDU]: Ganz schwerer Tag für Tanke!)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Meine Damen und Herren, für die Fraktion der Grünen hat sich jetzt Herr Wenzel gemeldet. Bitte!

Stefan Wenzel (GRÜNE):

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Langspecht, Sie sprechen über die Form, ich sage etwas zu den Inhalten:

2002 forderte der agrarpolitische Sprecher der FDP im Bundestag, Herr Heinrich, den Rücktritt der Grünen-Ministerin Renate Künast, weil sie, wie Herr Heinrich es formulierte, seiner Meinung nach dem vorsorgenden Verbraucherschutz nicht gerecht geworden sei.

2008 forderte der verkehrspolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Herr Friedrich, den Rücktritt von Umweltminister Gabriel wegen der Probleme bei der Förderung von Dieselmotoren. Originalton Friedrich:

„Normalerweise gehört es zum politischen Anstand, dass ein Minister für diese Pleiten-, Pech- und Pannensorgie die Verantwortung übernimmt.“

Und weiter:

„Wenn ich überlege, weswegen Minister in Deutschland schon zurückgetreten sind, frage ich mich: Was muss eigentlich noch passieren?“

(Zustimmung bei der LINKEN - Zuruf von der CDU: Da hat er recht!)

2009, meine Damen und Herren, forderte der Vorsitzende der FDP-Fraktion in der Bremischen Bürgerschaft, Herr Woltemath, den Rücktritt des Bremer Innensenators Mäurer, SPD. Die Liberalen warfen Herrn Mäurer Ahnungslosigkeit und Führungsschwäche vor. Ihm und seiner Behörde seien bereits mehrfach schwerwiegende Pannen unterlaufen.

Meine Damen und Herren, ich fasse zusammen: Die Gründe für diese FDP-Rücktrittsforderungen lauteten: Ahnungslosigkeit, Führungsschwäche, Pleiten, Pech und Pannen und Versagen bei Vorsorge und Schutz der Bevölkerung.

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Herr Sander, können Sie uns erklären, warum Sie eigentlich noch im Amt sind?

(Beifall bei den GRÜNEN, bei der SPD und bei der LINKEN)

Ahnungslosigkeit, Führungsschwäche, Pleiten, Pech und Pannen - das sind ja wohl noch die harmlosesten Vorwürfe, die Sie sich als für die Atomaufsicht verantwortlicher Minister im Zusammenhang mit dem Asse-Skandal in Niedersachsen vorwerfen lassen müssen.

(Klaus Krumfuß [CDU]: Wie gehen Sie denn mit den Menschen um?)

In der Asse gab es kriminelle Machenschaften, Rechtsbruch, Unfälle, Betrug, Vertuschung und Lügen. Es gab radioaktiv verseuchte Laugen, geplatzte Atomfässer, Arsen, Plutonium, Pflanzenschutzmittel, Tierkadaver und Bundeswehrrabfälle. Das Atom Mülllager droht einzustürzen, und die Sanierung dieses atomaren Drecklochs wird Milliarden kosten.

Dann setzen Sie sich hier im Landtag hin, Herr Sander, packen Ihr Schinkenbrot aus und erzählen dem Untersuchungsausschuss: Meine Name ist Sander, ich weiß von nichts.

(Beifall bei den GRÜNEN, bei der SPD und bei der LINKEN - Heiner Bartling [SPD] und Wolfgang Jüttner [SPD]: Das muss doch „Hase“ heißen!)

Sie sind seit sechs Jahren der Chef der Atomaufsicht in Niedersachsen, aber Sie wollen von alledem nichts gewusst haben. Ja, das Ministerium, das wusste Bescheid, Herr Langspecht, aber der Minister nicht. „Mir sagt ja keiner etwas“, Schuld haben immer die anderen - was für eine jämmerliche Ausrede!

(Beifall bei den GRÜNEN, bei der SPD und bei der LINKEN)

Sie sind der erste Minister, Herr Sander, der stolz darauf ist, dass er keine Ahnung hat. Wissen Sie was? - Ahnungslosigkeit und Führungsschwäche

plus Feigheit sind eine gefährliche Mischung für einen Minister!

(Beifall bei den GRÜNEN, bei der SPD und bei der LINKEN - Zurufe von der CDU: Lümmel! - Frechheit! - Frech!)

Herr Sander, Sie können den Journalisten noch viele lustige Geschichten erzählen, aber fest steht: Sie haben seit fast sieben Jahren die Aufsicht, und die haben Sie nicht wahrgenommen. Spätestens im Jahr 2006 haben vier Personen bei der Atomaufsicht in Ihrem Ministerium und die Verantwortlichen im Landesbergamt Kenntnis vom Abpumpen radioaktiv kontaminierter Laugen gehabt. Das Ihnen unterstellte Landesbergamt hat im März 2008 den rechtswidrigen Sonderbetriebsplan Nr. 18 genehmigt. Sie haben eine Teilflutung der Asse zugelassen, bevor überhaupt der Entwurf des Antrags auf Genehmigung vorlag.

Meine Damen und Herren, Herr Minister, gegenüber der Presse haben Sie am 4. Dezember erklärt - ich zitiere die HAZ -, dass Sie „zu Detailfragen im Asse-Skandal keine Antwort geben“ können und werden, weil Sie „als Minister ‚vor allem die politische Verantwortung für die Bearbeitung des Themas‘“ haben. Da frage ich Sie: Was heißt „politische Verantwortung“ eigentlich? Gehört es nicht dazu, dass man auch für die Fehler geradesteht, die im eigenen Haus passiert sind?

(Beifall bei den GRÜNEN, bei der SPD und bei der LINKEN)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Herr Kollege Wenzel, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Emmerich-Kopatsch?

Stefan Wenzel (GRÜNE):

Nein, ich möchte bis zum Ende ausführen.

Ich möchte noch einmal den Kollegen Friedrich von der FDP-Bundestagsfraktion zitieren:

„Wenn ich überlege, weswegen Minister in Deutschland schon zurückgetreten sind, frage ich mich: Was muss eigentlich noch passieren?“

Herr Sander, seit Sie im Amt sind, sind Sie von einem Fettnapf zum nächsten gestolpert. Aber weil mit der Entlassung eines Ministers die Schwächen einer Regierung eingestanden werden, glaubt der Herr Ministerpräsident, es sich nicht erlauben zu können, Sie zu entlassen. Ihr Ministeramt ist mitt-

lerweile ein Zeichen für die Schwäche des Ministerpräsidenten!

Ich danke Ihnen.

(Starker Beifall bei den GRÜNEN, bei der SPD und bei der LINKEN - Karl-Heinrich Langspecht [CDU]: Kein Wort zur Manipulation!)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Meine Damen und Herren, nächster Redner ist der Kollege Bartling für die SPD-Fraktion. Bitte!

Heiner Bartling (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe von Herrn Langspecht jetzt etwas gelernt: Wenn man Medienvertreter einlädt, dann ist das ein schwerer Schlag gegen die Verbesserung der Transparenz. - Das muss man sich vor Augen führen.

Meine Damen und Herren, für die freundlichen Wünsche, die Sie Herrn Tanke für die Weihnachtsferien mitgegeben haben, hätte es keiner Aktuellen Stunde bedurft. Das hätten Sie auch persönlich machen können.

(Beifall bei der SPD)

Er ist da in der Tat - darüber sind wir uns durchaus nicht nur einig, sondern das haben wir auch lesen können - mit dieser Bemerkung, die er vorher gemacht hat, über das Ziel hinausgeschossen. Wenn Sie aber glauben, mit dieser Aktuellen Stunde und dem, was Sie hier veranstalten wollen, über den eigentlichen Tatbestand, der Inhalt des Ausschusses war, hinwegzukommen, dann gehen Sie an der Realität vorbei. Der Ausschuss beweist in jeder Sitzung, dass hier über Jahrzehnte hinweg eine organisierte Verantwortungslosigkeit bei der Einlagerung von atomarem Müll geherrscht hat.

(Karl-Heinrich Langspecht [CDU]: Es geht um Manipulation, Herr Bartling!)

- Es geht überhaupt nicht um Manipulation, sondern es geht um das Thema! Dieses Thema ist die Endlagerung von atomaren Abfällen. Das ist das Entscheidende!

(Beifall bei der SPD - Björn Thümler [CDU]: Nicht ablenken! Herr Tanke hat etwas anderes behauptet!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es bleibt ein Tatbestand, der überhaupt nicht wegzudiskutieren ist. Sie - die Landesregierung - sind verpflichtet, vollständig und unverzüglich alle Akten

vorzulegen. In der letzten Sitzung ist Herrn Tanke auf die Frage, ob denn nun alles vorgelegt worden sei, geantwortet worden: Das wissen wir nicht genau. - Ihrer Verpflichtung kommen Sie nicht nach! Das ist das Entscheidende dabei!

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Wenn ich eben von der organisierten Verantwortungslosigkeit im Umgang mit dem Thema sprach, dann ist es doch das Entscheidende, dass diese Landesregierung mit Herrn Sander diese organisierte Verantwortungslosigkeit fortführt und eben keinen Schlussstrich darunter zieht.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wenn wir heute noch zur Kenntnis nehmen dürfen, dass Herr Röttgen sagt, Gorleben sei etwas, wohin man müsse, das favorisiere er, dann sehe ich, dass Sie die Verantwortlichen dafür sind, dass Niedersachsen zum Atomklo der Bundesrepublik Deutschland werden wird.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, das, was wir durch den Untersuchungsausschuss schon ermittelt haben, die Aktivitäten, die dort entfaltet worden sind, um Atomendlager zu ermitteln und zu untersuchen, wohin so etwas kann - - -

(Christian Dürr [FDP]: Weil Sie die Fragen jahrelang verschleppt haben, Herr Bartling!)

Wenn Sie das jetzt mit der Zielsetzung machen, Gorleben zu favorisieren, dann wissen wir, wohin das geht. Sie werden immer unseren entschiedenen Widerstand gegen ein solches Verfahren finden.

(Lebhafter Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Meine Damen und Herren, jetzt hat Herr Herzog für die Fraktion DIE LINKE das Wort. Bitte!

(Beifall bei der LINKEN)

Kurt Herzog (LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bedanke mich ausdrücklich bei der CDU, dass es hier möglich wird, an exponierter Stelle auch ein-

mal über Ihren Stil, Ihre Fakten und Ihre Aufklärungsleistung zu sprechen.

(Beifall bei der LINKEN und bei der SPD)

Vorweg: Ich wäre nicht so vorgegangen wie die SPD. Mir ist es wichtiger, dem Untersuchungsauftrag zu folgen. Mediale Platzpatronen sind da nicht hilfreich.

(David McAllister [CDU]: Oha!)

Wenn Atomminister Sander zurücktreten müsste, dann zuvorderst wegen inhaltlicher Überforderung und unterlassener Atomaufsicht.

(Beifall bei der LINKEN)

Aber auch Sie von der CDU haben ja quasi geschworen, das Asse-Desaster brutalstmöglich zu erhellen. Herr Langspecht, ich erlebe aber etwas völlig anderes. Ich erlebe eine fleißig fragende Opposition und auf der anderen Seite eine CDU, deren wichtigstes Ziel es ist, die Atomindustrie, ihre Minister, die wegbereitenden Wissenschaftler und vor allem die saubere Atomenergie als solche zu schützen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ihre Fragen sind Alibifragen, so gestellt, dass herauskommen soll: Erstens. Es war alles die SPD.

(Karl-Heinrich Langspecht [CDU]: Das haben wir nicht gesagt!)

Zweitens. Das mit der Asse ist ein bisschen schlimm, aber so schlimm nun auch wieder nicht. Drittens. Heute ist alles besser. Viertens. In Gorleben wurde alles richtig gemacht.

Hier will ich Herrn Försterling - wo ist er? - einmal ausnehmen. Er gibt sich nämlich deutlich mehr Mühe, in die Skandalkatakomben der Asse hinabzusteigen, als Sie, Herr Langspecht.

Schlechter Stil ist es aber durchaus, wenn von CDU und FDP alle, aber auch wirklich alle Verfahrensentscheidungen mit ihrer Mehrheit und nach ihrem Gusto durchgedrückt werden.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Wie Ihr Vorsitzender Nacke Fragen unterbindet, zeugt von einem hohen Maß an Unkenntnis über den Untersuchungsauftrag.

(Beifall bei der LINKEN - Karl-Heinrich Langspecht [CDU]: Das ist eine Unverschämtheit!)

Herr Nacke, ich empfehle Ihnen, den Auftrag noch einmal genau zu studieren. Denn ich werde mir nicht mehr gefallen lassen, wie Sie in der Manier eines Kreisklassenausputzers grobschlächtig in meine Fragen grätschen,

(Beifall bei der LINKEN)

wenn sie sich um den Fragenkomplex Nr. 5 drehen.

(Karl-Heinrich Langspecht [CDU]: Dann lassen Sie das doch klären! - Christian Dürr [FDP]: Weil Sie nicht in der Lage sind, richtige Fragen zu stellen!)

In dem geht es bekanntermaßen - daran will ich erinnern, Herr Nacke - um wissenschaftliche Ausarbeitungen zur Eignung von Salzstöcken und darum, ob Informationen ausgesondert wurden, wie z. B. bei der PTB-Stellungnahme zu Gorleben 1983, oder welche Schlussfolgerungen man aus der Asse für die Auswahl anderer Standorte zog, ob Erkenntnisse auf andere Salzstöcke übertragbar sind, ob sie Auswirkungen auf die Erkundung weiterer Salzstöcke hatten etc.

Meine Damen und Herren, beinahe lachen musste ich aber dann, Herr Nacke, als der vermeintliche Kronzeuge der CDU, der Historiker Anselm Tiggemann, auftrat. Der hat zu Asse kaum gearbeitet, Herr Langspecht, aber zu Gorleben hat er viel gemacht. Zu Gorleben ließ der Vorsitzende Nacke Sie und Ihre Kollegen diesen Ihren Zeugen stundenlang befragen. Pech war allerdings, dass das total in die Hose ging, weil Tiggemann nämlich freimütig zugab, dass ihm schleierhaft sei, wie man „die Probleme der Asse ausblendete“, weil er die Manipulation des PTB-Gutachtens zu Gorleben im Jahr 1983 mit den Worten, hier habe „ein Ministerium nicht hineinzupfuschen“, bestätigte und weil er die Aussortierung des Gorleben-kritischen Projektleiters der PTB, Professor Duphorn, im Jahr 1981 als „sehr problematisch“ und „wissenschaftlich nicht korrekt“ brandmarkte. Das sind die Fakten, Herr Langspecht, Herr Nacke, die wir aus den Zeugen rauszuzeln. Für Sie ist das natürlich ein Schlag ins Atomkontor, weil die das Prinzip von wissenschaftlichem und politischem Versagen, von Vertuschen und bewusstem Manipulieren aufdecken, mit dem die Atomindustrie jahrzehntelang befördert wurde.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Sie haben auch kein Problem damit, dass die Akten des NMU so schnarchlappig daherklecken, dass wichtige Dokumente des NMU exakt erst an dem Tag vorgelegt werden, als sein Chef im PUA schwitzen musste - wohlgermerkt: nach einem halben Jahr -, so z. B. die Minister- und Kabinettsvorlagen aus Ihrer Regierungszeit, Berichte über kontaminierte Laugen aus der Zeit vor Sanders angeblicher erstmaliger Kenntnisnahme usw.

(Widerspruch von Karl-Heinrich Langspecht [CDU])

Lücken gibt es in den Akten genug; z. B. 15 fehlende Jahre in den Staatssekretärsvorlagen. Diese Lücken sind meiner Meinung nach genauso schlimm wie die Lücken im Gedächtnis und in der Sachkunde des Ministers.

(Beifall bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Fazit: Wir fördern im Gegensatz zu Ihnen etliches an Beweisen und Fakten zutage. Hören Sie auf, die Arbeit des Ausschusses durch Verfahrenstricks und Zeugenverschiebungen zu behindern! Wir brauchen im Untersuchungsausschuss, Herr Langspecht, keine Verzögerungstaktiker und politischen Weichzeichner, sondern wir brauchen ehrlichen Aufklärungswillen. Das ist unser Auftrag. Das erwarten die Menschen an der Asse, aber auch in Gorleben und anderswo.

Danke.

(Beifall bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Meine Damen und Herren, nächster Redner ist für die FDP-Fraktion Herr Försterling. Bitte!

Björn Försterling (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Von Beginn der Diskussion über die Einsetzung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses an habe ich mir als Bewohner des Landkreises Wolfenbüttel und als Mitglied der Asse-II-Begleitgruppe die Frage gestellt, worum es den Beteiligten beim Untersuchungsausschuss eigentlich geht: Geht es um politischen Klamauk, um das Zufeldeziehen einiger gegen die Atomwirtschaft

(Kreszentia Flauger [LINKE]: Um Aufklärung!)

oder darum, Verantwortlichkeiten zu klären, um den Sachverhalt aufzuklären, der zu den Folgen in der Asse geführt hat, und darum, daraus auch die richtigen Schlussfolgerungen - durchaus auch für die Suche nach neuen Endlagern - zu ziehen?

Meine sehr geehrten Damen und Herren, im Laufe der Zeit habe ich feststellen müssen, dass es gerade der Opposition scheinbar eher um den politischen Klamauk geht. Das konnte man in der Tat am vorvergangenen Donnerstag sehr gut feststellen. Die Abläufe an jenem Tag haben deutlich gezeigt, dass es insbesondere Herrn Tanke nur um politischen Klamauk geht.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Da wurde der Versuch gestartet, sich selbst politisch zu erhöhen, indem man andere erniedrigt. Das ist ein schlechter, im politischen Geschäft aber mitunter üblicher Brauch. Es ist auch kein Problem, wenn sich Politiker gegenseitig so behandeln. Wenn sie meinen, sie müssten das so machen, dann sollen sie das so tun. Was aber nicht geht, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist, dass man Landesbedienstete mit hineinzieht, indem man auch ihnen vorwirft - strafrechtlich relevant im Übrigen -, Akten manipuliert zu haben. Das ist die unterste Schublade.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Herr Tanke, leider haben Sie die Chance verpasst, sich heute bei den Bediensteten des niedersächsischen Umweltministeriums dafür zu entschuldigen.

(Zuruf: Das muss er ja auch gar nicht!)

Wer diese Größe nicht besitzt, Herr Tanke, der disqualifiziert sich selbst auch für Größeres.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Am Abend des 3. Dezember war dann die Luft aus den aufgeblähten Tanke-Vorwürfen raus. Im Raum standen dann nur noch zwei Fragen, nämlich zum einen die Frage, ob die Vermerke zu nicht zum Untersuchungsauftrag gehörenden entnommenen Aktenbestandteilen ausreichend sind oder nicht. Das ist eine spannende juristische Frage. Ich glaube - ich selbst kann dies auch nur glauben, weil ich kein Jurist bin -, dass diese Vermerke ausreichend sind.

Die andere Frage, die sich dann noch stellt, ist, ob das niedersächsische Umweltministerium die Aktenherausgabe schuldhaft verzögert. Meine sehr geehrten Damen und Herren, bisher haben wir 19 Tranchen von Akten der Landesregierung erhalten.

Mehr als 1 400 Akten mit mehr als 260 000 Seiten liegen für die Mitglieder des Untersuchungsausschusses bereit. Dazu kommen noch die Akten des Bundesumweltministeriums und des Bundesamtes für Strahlenschutz, das auch die alten GSF- und Helmholtz-Akten geliefert hat. Trotzdem kommt immer wieder der Ruf der Opposition nach mehr Akten.

Herr Tanke, aber gerade Sie haben am vorvergangenen Donnerstag sehr eindrucksvoll bewiesen, dass Sie auch mit den derzeit schon vorliegenden Akten maßlos überfordert sind.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU -
David McAllister [CDU]: So ist es!)

Vielleicht muss man das niedersächsische Umweltministerium an dieser Stelle auch einmal bitten, ein halbes Jahr lang keine Akten zu liefern, damit Sie, Herr Tanke, sich zunächst einmal in die bereits vorliegenden Akten anständig einlesen und dann im Untersuchungsausschuss auch sachlich mitarbeiten können.

(Starker Beifall bei der FDP und bei
der CDU)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Meine Damen und Herren, zu Tagesordnungspunkt 1 c liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen jetzt zum **Tagesordnungspunkt 1 d:**

Reformieren, bis kein Arzt mehr kommt - Steigt Gesundheitsminister Rösler sein Amt pauschal zu Kopf? - Antrag der Fraktion DIE LINKE - Drs. 16/1996

Als Erster hat sich Kollege Humke-Focks von der Fraktion DIE LINKE zu Wort gemeldet. Bitte schön!

(Beifall bei der LINKEN)

Patrick-Marc Humke-Focks (LINKE):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Schritte weg von der paritätischen Finanzierung wurden bereits vollzogen. Minister Rösler legt jetzt auch noch mächtig nach. Die Arbeitgeber sollen überhaupt nicht mehr an den steigenden Kosten des Gesundheitssystems beteiligt werden. Stattdessen soll allein den Versicherten diese Last aufgebürdet werden.

Herr Rösler, der bei der Bundeswehr ausgebildete und unheimlich erfahrene Arzt, salbadert von einer neuen Gerechtigkeit. Ein Hartz-IV-Empfänger soll künftig den gleichen Anteil am sozialen Sicherungssystem zahlen wie Menschen mit einem guten oder sehr guten Einkommen wie wir hier in diesem Hause. Das Verlassen der Solidargemeinschaft ist das eigentliche Problem.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Umverteilung von unten nach oben ist falsch und antisozial. Die Linke wird diese Umverteilung selbstverständlich nicht unwidersprochen hinnehmen. Diese Umverteilung hat nichts, aber auch rein gar nichts mit einer Form von Gerechtigkeit zu tun.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Herr Rösler verzichtet mit seinen Vorschlägen auf Einnahmen in Höhe von 35 Milliarden Euro. Das ist die Wahrheit. Ich habe Ihnen ja gesagt, wer diese Lasten künftig zu tragen hat.

Der Gesundheitsminister meint gleichzeitig, dass ein Ausgleich zwischen Arm und Reich über Steuern und nicht über das seit mehr als 100 Jahren weiterentwickelte Solidarprinzip erfolgen sollte. Jeder von Ihnen weiß, welcher Unsinn das ist, wenn man sich die steuerpolitischen Vorschläge der FDP vor Augen führt. Dabei geht es nämlich nur darum, die Besserverdienenden wie uns hier im Landtag - ich habe es ja schon gesagt - weiter zu entlasten.

(Beifall bei der LINKEN)

Laut seiner Antwort auf eine Frage in der *Berliner Zeitung* vom Donnerstag letzter Woche versteht er unter Solidarität nicht etwa einen Lastenausgleich zwischen Arm und Reich, sondern er will sich in eine andere Richtung beschränken als auf die der Sicherung der sozialen Sicherungssysteme. Er spricht hier explizit von einer gelebten Solidarität in der Familie und vom Ehrenamt.

Es ist ein sinnverdrehtes Verständnis von Solidarität, die Reichen und die Vermögenden immer weiter zu entlasten, die Gesundheitsversorgung weiter ausbluten zu lassen, indem man freiwillig auf die 35 Milliarden Euro Einnahmen verzichtet, und in der Folge dafür zu sorgen, dass die Gesundheit nach den Gesetzen der Betriebswirtschaft weiter zu einer Ware verkommt und damit eine menschenwürdige Versorgung des ärmsten Teils der Bevölkerung nicht mehr zugelassen wird. Das ist Manchester-Kapitalismus pur in der Gesundheits-

versorgung und reiht sich nahtlos in die Politik des sozialen Abbaus der Regierenden in diesem Land ein.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie greifen die Gedanken und Ideen der Agenda 2010 weiter auf und pervertieren diese schamlos weiter. Das ist bitter gerade für das untere Drittel dieser Gesellschaft, auf das Sie die Lasten abwälzen. Das ist nichts anderes als eine billige Klientelpolitik für Ihre Wählerschaft.

Wir Linken stehen zu den Grundsätzen der Weltgesundheitsorganisation, die unter Gesundheit das vollkommene körperliche, seelische und soziale Wohlbefinden versteht. Ihre Politik steht dazu in krassem Widerspruch.

(Beifall bei der LINKEN)

Kehren Sie endlich zu einer Politik der Solidarität in der Gesundheitsversorgung zurück, indem man unabhängig vom Geldbeutel die beste Versorgung bekommt! Schaffen Sie endlich eine solidarische Bürgerversicherung, die die Trennung von privater und gesetzlicher Kranken- und Pflegeversicherung aufhebt und sich über die gesamte Bevölkerung erstreckt!

(Beifall bei der LINKEN)

Wir Linken sagen: Schluss mit dem marktradikalen Mechanismus eines Herrn Rösler und seiner Regierung! Solidarität und Parität sind unsere Leitgedanken für die sozialen Sicherungssysteme.

Herr Rösler, wenn einem wie Ihnen sein Amt pauschal zu Kopfe steigt, dann kann es nur heißen: Rücktritt, und in Ihrem Falle: Ab in die Praxis - im wahrsten Sinne des Wortes - in die bevölkerungsarmen Gebiete Niedersachsens, damit auch Sie endlich Bodenhaftung bekommen!

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Meine Damen und Herren, für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat sich jetzt Frau Helmhold zu Wort gemeldet.

Ursula Helmhold (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Über den schwarz-gelben Koalitionsvertrag jubelten ja Ärzte, Apotheker, die Versicherungswirtschaft und die Pharmaindustrie, sichert er ihnen doch ordentlich neue Einkünfte.

Die Rechnung dafür zahlen andere. Bezahlt wird u. a. mit der Aufkündigung der Solidarität im Gesundheitswesen. Denn die Rechnung für Ihre Wahlgeschenke geht vor allem an die gesetzlich Versicherten. Die Arbeitgeber sind zukünftig nach dem Willen des Gesundheitsministers von allem ausgeschlossen.

Und: Sie wollen die Kopfprämie. Im Klartext heißt das, dass die alleinerziehende Sekretärin genauso viel für ihre Krankenversicherung bezahlt wie ihr Chef, der Bankdirektor.

(Christian Dürr [FDP]: Das ist Quatsch!)

Der Unterschied ist aber, dass der Bankdirektor in Zukunft weniger zahlt als vorher und sie mehr.

(Zuruf: Wo steht das geschrieben?)

Allerdings gibt es noch einen Unterschied: Er wird durch Ihre ungerechte Familienförderung sehr viel mehr für seine Kinder bekommen und durch Ihre Steuerpläne noch deutlich stärker entlastet werden. Das heißt, es gibt mehr Netto vom Brutto für den Bankdirektor, und es gibt weniger Netto vom Brutto für seine Sekretärin.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Das, meine Damen und Herren, ist Umverteilung von unten nach oben. Man könnte auch sagen: Das ist Klassenkampf von oben.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Kopfprämie ist letztlich die Abwrackprämie für das Solidarsystem.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Dann erzählen Sie, insbesondere die FDP und der neue Gesundheitsminister, so viel von dem neuen Sozialausgleich. Einmal abgesehen davon, dass Sie mit den Plänen Millionen von Versicherten zu Bittstellern beim Staat machen, erzählen Sie uns doch einmal, woher Sie die mindestens 22 Milliarden Euro holen wollen, die nach Expertenmeinung mindestens für diesen Ausgleich erforderlich sind! Gleichzeitig wollen Sie die Steuern senken. Das passt doch vorn und hinten nicht!

(Zustimmung bei der LINKEN)

Weil demnächst in Nordrhein-Westfalen Landtagswahlen sind, schieben Sie das Ganze erst noch einmal fein in eine Kommission. Denn Sie wollen vor der Wahl den Menschen verschweigen, dass Sie mit diesen Plänen entweder weiterhin

eine unverantwortliche Staatsverschuldung betreiben oder die Leistungen in der Krankenversicherung extrem senken oder schlimmstenfalls sogar beides. Natürlich wollen Sie das vor Mai 2010 nicht erzählen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren von der FDP, Sie reden ja immer so viel vom Bürokratieabbau. Erklären Sie uns doch einmal, wie es dazu passt, dass Anträge von Millionen von Versicherten auf Zuschüsse bearbeitet werden müssen, entschieden werden müssen und die sicherlich nicht ausbleibenden Widersprüche auch noch bearbeitet werden müssen!

Sie bezeichnen schon den Gesundheitsfonds, bei dem etwa 21 Beschäftigte 170 Milliarden Euro verteilen, als Bürokratiemonster. Vor diesem Hintergrund ist das, was Sie vorhaben, der reinste Bürokratiewahnsinn. Das Geld würde ich lieber für die Patienten ausgeben.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Aber seien wir doch einmal ehrlich: Es ist nicht so wie in dem Titel der Linken, den ich übrigens sehr nett finde - Respekt! -, dass Herr Rösler sein Amt zu Kopf steigt. Nein, das hat System. Im letzten Sommer hat er hier, noch als Wirtschaftsminister, vor Zahnärzten die Katze aus dem Sack gelassen. Ich habe den Redetext hier. Dabei geht es ihm nicht mehr um den Solidarausgleich zwischen Arm und Reich, zwischen Jung und Alt, sondern nur noch, wenn überhaupt, zwischen Gesund und Krank. Seine Maßstäbe sind: Erstens. Die Menschen müssen von sich aus mehr Geld für Gesundheit ansparen und ausgeben. Zweitens. Erst einmal sollen mehr als 10 % der Leistungen aus dem Solidarsystem hinaus.

Meine Damen und Herren, daran merkt man wirklich, wo es in Zukunft langgehen soll: Abgespeckte Leistungen für viele, gute Geschäfte für die Versicherungswirtschaft mit denen, die es sich in Zukunft noch leisten können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Frau Kollegin, letzter Satz!

Ursula Helmhold (GRÜNE):

Anders gesagt: Aufgabe der paritätischen Finanzierung und Privatisierung der gesundheitlichen Risiken. Das ist sehr gut für die Versicherungswirtschaft. Die hat sich mit den Spenden insbesondere für die FDP etwas erkaufte, was jetzt gutgemacht werden muss.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der LINKEN und Zustimmung von der SPD - Zuruf von Christian Dürr [FDP])

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Meine Damen und Herren! Herr Dürr, Ihr Kollege hat jetzt das Wort. Er kann das alles zurückweisen.

Herr Riese hat für die FDP-Fraktion das Wort. Bitte!

Roland Riese (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! „Reformieren, bis kein Arzt mehr kommt“ könnte die Überschrift der Gesundheitspolitik der Bundesregierung mit der Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt in den letzten Jahren gewesen sein.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung bei der CDU)

Denn eines der Probleme, mit denen wir uns auch in Niedersachsen in der Gegenwart und in der Zukunft zu beschäftigen haben, sind der zunehmende Ärztemangel, die Versorgung mit Gesundheit im ländlichen Raum. Das zu ändern, ist die Bundesregierung aus CDU und FDP angetreten.

(Beifall bei der FDP - Hans-Christian Biallas [CDU]: Und die CSU!)

Meine Damen und Herren, selbstverständlich steht im Mittelpunkt des Gesundheitswesens der Mensch, der Patient oder die Patientin.

Ein Gesundheitswesen allerdings, in dem keine Leistungserbringer vorhanden sind, in dem Krankenhäuser und Ärzte nicht möglichst wohnortnah vorhanden sind, kann auch nicht das richtige Gesundheitswesen sein.

Wie ich schon ausgeführt habe: Wir müssen feststellen, dass die Begeisterung junger Ärzte, Hausarzt im Land zu werden, leider nachlässt. Mich rufen Ärzte aus Niedersachsen an und erzählen, von 25 jungen, frisch studierten Ärzten bleibt einer in Deutschland, 24 wandern aus. - Das kann es

doch wohl nicht sein! Da müssen wir ein paar Dinge ändern.

(Dr. Manfred Sohn [LINKE]: Wo haben Sie denn dieses Schreckensszenario her?)

Wenn ich Herrn Humke-Focks hier über das Solidaritätsprinzip referieren höre, dann möchte ich daran erinnern, dass es im System der gesetzlichen Krankenversicherung eine Beitragsbemessungsgrenze gibt. Bei 3 750 Euro hört derzeit die Solidarität auf. Das kann auch nicht der richtige Weg sein.

(Christian Dürr [FDP]: Das wollen aber die Linken erreichen!)

Wenn ich in Ihren Programmen, verehrte Kollegen, lese, dass Sie Mieten, Kapitaleinkommen und dergleichen zu den Gesundheitsbeiträgen heranziehen wollen,

(Beifall bei der LINKEN)

dann wünsche ich viel Spaß bei den Gesprächen mit Mietern, für die sich als Erstes die Miete erhöht, und zwar bei Wohnungsgenossenschaften und bei privaten Vermietern. Das wird richtig lustig werden.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Unser langjähriger Landtagskollege Dr. Philipp Rösler hat in seiner Antrittsrede als Bundesgesundheitsminister vor dem Deutschen Bundestag ausgeführt, er stehe dafür, dass in Zukunft alle Menschen in Deutschland unabhängig von Einkommen, Alter, sozialer Herkunft und gesundheitlichem Risiko die notwendige medizinische Versorgung qualitativ hochwertig und wohnortnah erhalten sollen und alle am medizinischen Fortschritt teilhaben sollen. So ist es richtig.

Sie haben völlig zu Recht ausgeführt, dass das Ganze auch einen Preis hat und dass die Kosten im Gesundheitswesen schneller als in vielen anderen Bereichen steigen. Wir können im Produktionssystem aber unmöglich nur den Faktor Arbeit mit diesen Kosten belasten.

Man kann sich nun lange darüber unterhalten, ob wir tatsächlich eine solidarische Finanzierung haben. Je nach Betrachtungsweise hat entweder der Arbeitnehmer durch seine Tätigkeit im Unternehmen diese Kosten miterwirtschaftet, oder sie belasten durch Arbeitgeber- und Arbeitnehmeranteil wirtschaftlich den Arbeitgeber, sei es die öffentliche Hand, wenn sie Arbeitgeber ist, oder sei es der kleine Mittelständler. Das ist also immer eine Frage

der Betrachtungsweise. Jedenfalls ist es immer wunderschöne Semantik, wenn man an dieser Stelle von einer solidarischen Finanzierung spricht, indem man auf die gemeinsame Finanzierung von Arbeitgeber und Arbeitnehmer hinweist. In wirtschaftlicher Hinsicht stellt sich das anders dar.

Wir brauchen im Gesundheitswesen mehr Wettbewerb. Der Wettbewerb ist in den letzten Jahren verkürzt worden. Wir haben, wenn es um die Krankenversicherungsbeiträge geht, keinen Kostenwettbewerb mehr. Der Leistungswettbewerb dürfte sich bei gegenwärtiger Informationslage den meisten Kunden verschließen.

Der richtige Weg besteht - deshalb ist noch die rot-grüne Koalition im Jahre 2005 in dieses Projekt eingestiegen - in der Entkopplung von Lohnzusatzkosten und Krankenversicherungsbeiträgen. Mit dem Sonderbeitrag von 0,9 %, den gesetzlich Versicherte seit Juli 2005 zahlen, ist dieser Weg beschritten worden. Wenn er damals richtig war, dann ist er immer noch richtig. Der soziale Ausgleich gehört in ein anderes System, nämlich in das beim Finanzamt.

Ich lade Sie alle herzlich ein, uns auf diesem Weg zu begleiten. So bringen wir wieder mehr Wettbewerb in das Gesundheitswesen und sorgen am Ende dafür, dass die wohnortnahe gesundheitliche Versorgung vorhanden ist, dass sie qualitativ hochwertig sein kann und dass daher die Menschen gesünder sind.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Meine Damen und Herren, der nächste Redner kommt von der SPD-Fraktion. Es ist Herr Schwarz. Bitte schön!

Uwe Schwarz (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich finde, der atemberaubende Fehlstart dieser neuen Bundesregierung ist mindestens ein Beweis dafür, dass aus einer Liebesheirat nicht automatisch eine Traum-Ehe wird.

(Beifall bei der SPD - Roland Riese [FDP]: Wer hat Ihnen denn den Satz aufgeschrieben?)

Ich sage Ihnen: Die richtigen Zumutungen kommen ja erst noch. Frau Helmhold hat darauf hingewiesen. Wenn wir die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen hinter uns haben, dann geht es richtig los. Ohne Not, finde ich, aber mit viel Leidenschaft

wollen Herr Rösler und die Koalition unser seit 130 Jahren gewachsenes Sozialsystem auf den Kopf stellen.

Meine Damen und Herren, ich weiß, warum die CSU schon eine eigene Arbeitsgruppe gebildet hat und sich da nicht in Koalitionsräson nehmen lassen will. Denn eines steht bei allen Mängeln, die wir an unserem Gesundheitssystem kritisieren können, doch fest: Das deutsche Solidarsystem ist eines der besten Gesundheitssysteme der Welt.

(Beifall bei der SPD - Christian Dürr [FDP]: Fragen Sie mal die Patienten, Herr Schwarz!)

- Wissen Sie, der amerikanische Präsident orientiert sich bei der Umstellung des amerikanischen Systems nicht ohne Grund am deutschen Modell.

Dieses System ist in der Bevölkerung hoch akzeptiert. Die Menschen wollen einen solidarischen Ausgleich und Sicherheit durch Ausgleich zwischen Starken und Schwachen.

Wer daran die Axt legt, der kann sich warm anziehen. Wenn Sie mit diesem Systembruch und diesem Systemwechsel anfangen, dann werden Sie die Menschen in Deutschland schneller auf die Straße treiben, als Ihnen lieb ist. Das werden Sie nächstes Jahr erleben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD sowie Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Es kommt doch nicht von ungefähr, dass bei den Lobbyisten der Ärzteschaft, der Zahnärzteschaft und der Pharmaindustrie seit der Amtsübernahme durch Herrn Rösler Hochstimmung herrscht. Die Ärzte in Niedersachsen haben in diesem Jahr übrigens einen Zuwachs von stolzen 17,6 % zu verzeichnen. Das muss ihnen eine andere Berufsgruppe erst einmal nachmachen.

Wer den Ärzten unbegrenzte Zuwächse zusichert, wer die Arbeitgeberbeiträge einfriert, wer den Patienten das Sachleistungssystem wegnimmt und sie zukünftig mit ihrer Rechnung zu ihrer Krankenkasse schickt, wo sie dann den Mindestbetrag erstattet bekommen, weil der Arzt deutlich stärker zugehört hat, der wird relativ schnell merken, wie massiv und stark unser Sozialsystem einmal gewesen ist.

Ich sage Ihnen: Die Leute werden sehr schnell merken, dass Sie mit diesem Systemwechsel dabei sind, den sozialen Frieden in Deutschland ka-

putt zu machen. Das verträgt hier niemand, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD sowie Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Sie können übrigens besichtigen, wo das endet. Das mit Abstand teuerste Versicherungssystem in der Welt haben die Vereinigten Staaten. Dort sind 50 Millionen Menschen ohne soziale Absicherung. Ich sage Ihnen: Das wollen wir in Deutschland nicht, und das brauchen wir auch nicht, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD sowie Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der LINKEN - Christian Dürr [FDP]: Sie wollen lieber die Zweiklassenmedizin! Das ist Ihre Strategie!)

Frau Helmhold hat darauf hingewiesen: Zukünftig zahlt bei Ihrem System der Abteilungsleiter genau das Gleiche wie seine Sekretärin oder seine Reinemachfrau. Weil das nicht in Ordnung ist, kommt Herr Rösler auf die Idee, aus Steuermitteln einen Sozialausgleich zu zahlen. Momentan schätzen Experten diesen Sozialausgleich auf 20 Milliarden Euro zu Beginn.

(Ursula Helmhold [GRÜNE]: Mindestens!)

Das ist eine tolle Leistung für die Steuersenkungspartei FDP. À la bonne heure, kann ich Ihnen dazu nur sagen.

(Christian Dürr [FDP]: Sie wollen doch die hohen Einkommen nicht beteiligen!)

Das hat übrigens in der Schweiz, die das gleiche System hat, dazu geführt, dass zwischenzeitlich 50 % der Bevölkerung zu Transferleistungsempfängern geworden sind.

(Ursula Helmhold [GRÜNE]: In den Niederlanden auch!)

Meine Damen und Herren, was für ein sozialpolitischer und verwaltungspolitischer Irrsinn, nur um ein gewachsenes System kaputt zu machen und Ihre Ideologie, meine Damen und Herren, durchzudrücken!

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei den GRÜNEN)

Die gesetzliche Krankenversicherung gibt in jedem Jahr 160 Milliarden Euro aus. 80 % davon gehen an Schwerstkranke, an Pflegebedürftige und an Hochbetagte im letzten Lebensstadium. Die brau-

chen Ihre Mindestleistungen nicht, meine Damen und Herren. Die brauchen optimale, bezahlbare medizinische Leistungen, ohne Millionär zu sein und zig Zusatzversicherungen zu haben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Wenn ich Herrn Rösler so reden höre - ich weiß nicht, wie er wirklich zu diesem Amt gekommen ist -

(Kreszentia Flauger [LINKE]: Verzockt haben sie sich!)

dann bin ich mir über eines nicht im Klaren: Entweder wird Herr Rösler ein Opfer seiner blindwütigen Ideologie, oder Herr Rösler wird, was ich eher glaube, ein strategisches Opfer von Herrn Westerwelle und Frau Merkel. Eines steht jedenfalls fest: Die Entzauberung von Herrn Rösler hat mit seinem Amtsantritt begonnen.

Für mich ist ziemlich klar: Wenn Sie in Deutschland dazu übergehen, aus einem gesunden System ein System zu machen, bei dem sich nur noch Gutsituierte Gesundheit leisten können und die anderen durch die Roste fallen, dann werden Sie grandios, aber zu Recht scheitern.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Herr Kollege, letzter Satz!

Uwe Schwarz (SPD):

Meine Damen und Herren, unsere Alternative ist klar: Wir sind für eine solidarische Bürgerversicherung, die die Lasten gerecht verteilt und die nicht Millionen auf dem Sparbuch notwendig macht, um eine anständige Gesundheitsversorgung zu bekommen.

(Beifall bei der SPD sowie Zustimmung bei den GRÜNEN und bei den LINKEN)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Meine Damen und Herren, Herr Thümler von der CDU-Fraktion erhält nun das Wort. Bitte schön!

Björn Thümler (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben vieles gelernt oder den scheinbaren Versuch erlebt, uns hier etwas einreden zu wollen, was mit der Realität möglicherweise gar nicht so viel zu tun hat. Wenn ich das Bild, das

Herr Humke-Focks hier versucht hat zu malen, übertragen würde, würden wir in einem sehr unsozialen Staat leben, in dem jeder Angst haben müsste, ob er eine medizinische Versorgung bekommt.

(Dr. Manfred Sohn [LINKE]: Nicht jeder! Das ist ja das Problem!)

Ich kann feststellen, dass das so nicht der Fall ist. Ich möchte Sie daher bitten, solche Aussagen zu unterlassen, weil sie der Wahrheit nicht entsprechen.

(Beifall bei der CDU)

Es ist in der Tat freundlich, dass Sie sich nach dem Wesenszustand des Bundesministers Rösler erkundigen; so jedenfalls nehme ich zumindest die Überschrift Ihres Beitrags zu dieser Aktuellen Stunde wahr. Ich kann Ihnen mitteilen - ich habe vorhin kurz mit ihm gesimst -: Es geht ihm ausgezeichnet, er freut sich auf das, was vor ihm liegt, und wird sozusagen im Sinne aller seine Kraft einsetzen - so, wie es gelobt wurde: zum Wohle des deutschen Volkes.

(Beifall bei der CDU)

Das ist sicherlich das, was Sie wissen wollten. Es geht ihm also gut.

(Beifall bei der CDU - Dr. Manfred Sohn [LINKE]: So einen Blödsinn simst ihr hin und her?)

- Herr Dr. Sohn, Sie haben danach gefragt. Dann sollten Sie Ihre Fragen vielleicht anders formulieren, um auf den Kern zukommen, wobei ich Ihnen ohnehin den Hinweis geben möchte, dass Sie sich - die Geschäftsordnung gibt das her - in Aktuellen Stunden mit aktuellen Themen beschäftigen sollten, die wir hier direkt beeinflussen können, und keine Fragen stellen sollten, die uns sozusagen irgendwie vor die Füße kommen.

(Kreszentia Flauger [LINKE]: Die Frage kann Herr Rösler doch gar nicht selbst beantworten!)

- Ich sage es Ihnen ja nur. Das ist ein freundlicher Hinweis. Vielleicht nehmen Sie ihn gelegentlich einmal wahr. Es sei denn, es fällt Ihnen landespolitisch nichts mehr ein. Das wäre dann auch in Ordnung.

(Kurt Herzog [LINKE]: Die Angst ist unbegründet!)

- Ich weiß, dass die Angst unbegründet ist, weil Sie immer zu wissen meinen, was kommt.

Weil Sie gerade „zum Thema“ sagen: Das Thema ist beschrieben, und das, was Herr Riese, ausgeführt hat, ist im Wesentlichen das, was auch wir dazu mitzuteilen hätten.

Erlauben Sie mir noch folgenden Hinweis: Lesen Sie dies einfach im Koalitionsvertrag nach, dann werden Sie feststellen, dass das, was Sie hier behauptet haben, so nicht stimmt. Ansonsten rate ich Ihnen, die ruhigen Weihnachtstage zu nutzen, um etwas zu entspannen, die Dinge auf sich wirken zu lassen und zu gucken, was die neue Bundesregierung auf den Weg gebracht hat.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Kreszentia Flauger [LINKE]: Das war ja ein vor Substanz strotzender Beitrag!)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Bevor die Landesregierung zu Wort kommt, hat sich Herr Riese von der FDP-Fraktion noch einmal zu Wort gemeldet. Bitte schön, Sie haben noch 20 Sekunden.

Roland Riese (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die frühere grüne Bundesgesundheitsministerin Andrea Fischer hat vor wenigen Tagen Folgendes gesagt:

„Es ist im Prinzip kein falscher Gedanke, mit einer Prämie für jeden Menschen festzulegen, welchen Preis er für seine Gesundheit in einem solidarischen System aufbringen muss. Die Umverteilung ist eine sozialpolitische Aufgabe danach - und getrennt von der Gesundheitspolitik. ... Das Steuersystem ist der Ort, an dem die gesamte finanzielle Situation eines Menschen erfasst und wo er entsprechend seiner Leistungsfähigkeit zu Abgaben verpflichtet wird.“

Dem habe ich nichts hinzuzufügen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

In Vertretung für die Gesundheitsministerin hat Herr Minister Schünemann das Wort. Bitte schön!

Uwe Schünemann, Minister für Inneres, Sport und Integration:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Thümler hat mit seinem freundlichen Hinweis völlig recht, dass es schon sinnvoll ist, Themen anzumelden, die vom Landtag an irgendeiner Stelle noch mit beeinflusst werden können. Ein Blick auf die Pressetribüne zeigt dies auch. In aller Regel sind wir noch nicht einmal in der Lage, im Bundesrat darüber zu befinden. Dies zeigt, wie wenig sinnvoll es ist, über etwas zu reden, bei dem wir erstens nicht zuständig sind und bei dem zweitens noch gar nichts auf dem Tisch liegt.

Meine Damen und Herren, völlig zu Recht hat die neue Koalition festgelegt, dass eine Regierungskommission eingesetzt wird. In der Sache geht es um die Reform der Gesundheitskasse, der Krankenversicherung.

Dass man hier nicht pauschal über einen Königsweg verfügt, haben die letzten zehn, fünfzehn Jahre eindeutig bewiesen. Es ist jetzt sinnvoll, sich einmal genau anzuschauen, wie man in der Zukunft die Beiträge stabilisieren kann, aber trotzdem ein solidarisches System erarbeitet und vor allen Dingen den Menschen in unserem Land die richtige, notwendige und hochqualifizierte ärztliche Versorgung garantiert.

Schauen wir uns dies nicht zunächst genau an, werden wir das erleben, was wir in der Vergangenheit gehabt haben: Zwei Minister sitzen vielleicht nachts zusammen und versuchen, den richtigen Weg zu finden, werden aber anschließend sofort wieder korrigiert. Da dies keinen Sinn macht, geht es jetzt darum, wie wir die Herausforderungen grundsätzlich annehmen können.

Dass den Ergebnissen der Regierungskommission nicht vorgegriffen werden soll, weiß auch die Koalition in Berlin. Deshalb hat sie es aus meiner Sicht völlig zu Recht abgelehnt, mit einem kurzfristigen Sparprogramm auf die Finanzierungsprobleme in der GKV zu reagieren.

Dass mittel- und langfristig die Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung weiterentwickelt und zukunftsfest gemacht werden muss, fordern übrigens auch die Abgeordneten der Linken im Deutschen Bundestag. Ich zitiere die Abgeordnete Dr. Bunge, die am 12. November dieses Jahres im Bundestag sagte:

„Der Reformbedarf für die Sicherung einer bedarfsgerechten, wohnortna-

hen gesundheitlichen und pflegerischen Versorgung der Bevölkerung ist da.“

(Zustimmung von Dr. Manfred Sohn [LINKE])

„Neue Herausforderungen brauchen eine dauerhafte und gerechte Finanzierungsgrundlage.“

(Beifall bei der LINKEN - Kreszentia Flauger [LINKE]: Da hat sie recht!)

Völlig richtig. Das ist genau das, was wir auch gesagt haben. Wenn dies nicht nur Lippenbekenntnisse sind, meine Damen und Herren von den Linken, müssen Sie auch den Regierungsfractionen und deren Ministerinnen und Ministern eigenständige Auffassungen zugestehen, selbst wenn deren Vorstellungen von Ihren politischen Forderungen wie einer Einheitskasse und einem zentralistischen staatlichen Gesundheitssystem abweichen.

Bei einem können Sie übrigens völlig sicher sein: Egal, welches Finanzierungsmodell sich am Ende durchsetzen wird, die Beitragserhebung wird auch in Zukunft nicht nach der Rasenmähermethode ohne sozialen Ausgleich erfolgen. Das ist für uns völlig selbstverständlich. Es gab und gibt einen Konsens in Union und FDP, dass bei der Gesundheitsversorgung und ihrer Finanzierung das Prinzip der Solidarität gilt. Dies ist kein leeres Versprechen, sondern es bedeutet, dass die Starken die Schwachen stützen sollen. Dies ist im Koalitionsvertrag nachzulesen. Wer also behauptet, auf Bundes- oder Landesebene werde der Grundsatz der Solidarität aufgeweicht oder gar aufgegeben, sagt schlicht die Unwahrheit.

Lassen Sie mich abschließend Folgendes feststellen: Es war und ist das Ziel der Landesregierung, eine bezahlbare medizinische Versorgung für alle auf höchstem Niveau zu erhalten und für die Zukunft sicherzustellen. Beispielhaft erwähne ich unser Engagement für die Sicherstellung der hausärztlichen Versorgung in Niedersachsen, eines der ganz zentralen Themen, bei denen auch wir etwas tun können.

(Beifall bei der CDU)

Am runden Tisch sind innerhalb des letzten Jahres gemeinsam mit allen Gesundheitsakteuren in Niedersachsen gute Ansätze für die Weiterentwicklung von Medizinstudium, Weiterbildung und Tätigkeit als Hausarzt entwickelt worden. Wenn hier

dargestellt worden ist, dass die Hausärzte jetzt etwas mehr bekommen können, dann müssen Sie sich einmal anschauen, wie die Versorgung im ländlichen Raum ist. Dort drohte, dass die Arztpraxen überall geschlossen werden.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Deshalb können wir nur froh sein, dass wir hier zumindest eine positive Trendwende verzeichnen können. Weil die meisten im ländlichen Raum wohnen, ist dies für uns ein ganz wichtiges Thema.

(Zustimmung von der CDU)

Die Landesregierung wird sich nicht nur auf Landes-, sondern auch auf Bundesebene mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger für eine solide Gesundheitspolitik einsetzen und die niedersächsischen Interessen vertreten. Auch können Sie ganz sicher sein, dass der jetzige Bundesgesundheitsminister, der aus Niedersachsen kommt, weiß, wie die Probleme hier vor Ort sind. Deshalb bin ich ganz optimistisch, dass wir eine gute Lösung erarbeiten werden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen zur Aktuellen Stunde liegen nicht vor. Ich schließe damit die Beratungen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf.

19. Übersicht über Beschlussempfehlungen der ständigen Ausschüsse zu Eingaben

Drs. 16/1965 - Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE - Drs. 16/2004 - Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 16/2013 - Änderungsantrag der Fraktion der SPD - Drs. 16/2014 -

Wie immer haben die Fraktionen im Ältestenrat vereinbart, die Eingaben, zu denen Änderungsanträge vorliegen, erst später, nämlich am Donnerstag, dem 17. Dezember, zu beraten. Ich halte das Haus für damit einverstanden, dass wir heute nur über die Eingaben beraten, zu denen keine Änderungsanträge vorliegen.

Ich rufe daher zunächst die Eingaben aus der 19. Eingabenübersicht in der Drs. 16/1965 auf, zu denen keine Änderungsanträge vorliegen.

Das Wort wird nicht gewünscht. Ich schließe die Beratungen.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer die Beschlussempfehlungen, zu denen keine Änderungsanträge vorliegen, so bestätigen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Es ist so beschlossen.

Meine Damen und Herren, wir treten nunmehr in die Mittagspause ein und werden uns um 15 Uhr zur Königsdebatte des Parlaments, der Haushaltsdebatte, wiedersehen.

(Unterbrechung der Sitzung von
13.18 Uhr bis 15.00 Uhr)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir setzen die Beratungen fort.

Ich rufe die **Tagesordnungspunkte 3 bis 6** auf, die wir vereinbarungsgemäß zusammen behandeln:

Zweite Beratung:

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2010 (Haushaltsgesetz 2010 - HG 2010) - Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 16/1560 - Beschlussempfehlungen des Ausschusses für Haushalt und Finanzen - Drs. 16/1970 bis Drs. 16/1983 - Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE - Drs. 16/1984 - Änderungsantrag der Fraktion der SPD - Drs. 16/2011 - Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 16/2015 neu - Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP - Drs. 16/2016 - dazu gemäß § 23 Abs. 1 Satz 2 GO LT: **Mit dem Haushalt 2010 in der Krise Impulse setzen für ein soziales Niedersachsen** - Antrag der Fraktion DIE LINKE - Drs. 16/1985 - **Einfach Grün statt doppelt Schwarz-Gelb - Wir befreien den niedersächsischen Haushalt aus dem Schwitzkasten von Bundes- und Landesregierung** - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 16/1986 - **Für ein zukunftsfähiges Niedersachsen - finanzielle Handlungsfähigkeit des Landes und der Kommunen wiederherstellen** - Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 16/2012

Zweite Beratung:

Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2010 - Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und der FDP - Drs. 16/1640 - Beschlussempfehlung des

Ausschusses für Haushalt und Finanzen - Drs. 16/1933

Einzige (abschließende) Beratung:

Streit nicht zulasten unserer Kinder führen - EU-Schulobstprogramm sofort umsetzen - Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 16/1514 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung - Drs. 16/1947

Einzige (abschließende) Beratung:

Bedürftige Kinder und Jugendliche in Sportvereinen fördern! - Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 16/1745 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Inneres, Sport und Integration - Drs. 16/1988

Die Beschlussempfehlung zum Haushaltsgesetz lautet, den Gesetzentwurf mit Änderungen anzunehmen. Zudem empfiehlt der Haushaltsausschuss Änderungen zu 13 der 15 Einzelpläne.

Die Beschlussempfehlung zum Haushaltsbegleitgesetz lautet auf Annahme mit Änderungen.

Die Beschlussempfehlungen zu den Anträgen der Fraktion der SPD in den Drs. 16/1514 und 16/1745 lauten auf Ablehnung.

Bevor ich Ihnen den Ablauf der Beratungen erkläre, gebe ich zunächst einmal Herrn Wenzel von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort **zur Geschäftsordnung**. Bitte schön, Herr Wenzel!

Stefan Wenzel (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Heute beginnen wir mit der zweiten Beratung zum Haushalt 2010, über den am Donnerstag abschließend abgestimmt werden soll. Wir sollen am Donnerstag allerdings über einen Haushalt abstimmen, dessen Einnahmesituation wir nicht kennen, weil erst am Freitag im Bundesrat über das Wachstumsbeschleunigungsgesetz abgestimmt wird. Das widerspricht meines Erachtens elementar den Grundsätzen von Wahrheit und Klarheit, die in dem Zahlenwerk, das uns vorliegt, gegeben sein müssen.

Seit heute wissen wir - allerdings nur aus der Talkshow, der Herr Ministerpräsident Wulff beigewohnt hat -, dass der Ministerpräsident erst in der Nacht von Donnerstag auf Freitag sein Abstimmungsverhalten klären kann. Das ist jedoch nicht angemessen.

sen, wenn hier am Donnerstag über den Haushalt abgestimmt werden soll.

(Beifall bei den GRÜNEN, bei der SPD und bei der LINKEN)

Herr Wulff hatte sich erst als FDP-in-die-Schranken-Weiser betätigt, kam dann aber erst so richtig in Schweiß, als der Kollege aus Schleswig-Holstein sagte: „Ihr habt sie doch nicht mehr alle!“ Daraufhin drohte der Ministerpräsident dann mit einem Scheitern im Bundesrat, wenn es Sonderregelungen für Schleswig-Holstein gibt.

Wenn wir den Haushalt am Donnerstag abschließend beraten, müssen wir wissen, ob und welche Einnahmeausfälle für Niedersachsen zu erwarten sind. Es ist, glaube ich, eine Selbstverständlichkeit, dass wir hier belastbare Zahlen haben. Alles andere wäre skandalös.

Deshalb beantrage ich im Namen meiner Fraktion, die Schlussabstimmung zum Haushalt 2010 zu vertagen, bis eine Entscheidung über das Wachstumsbeschleunigungsgesetz getroffen wurde.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den GRÜNEN, bei der SPD und bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herzlichen Dank, Herr Kollege Wenzel. - Zu Wort gemeldet hat sich der Ministerpräsident. Herr Ministerpräsident Wulff, Sie haben das Wort. Bitte schön!

Christian Wulff, Ministerpräsident:

Ich habe nicht ganz verstanden, wo in der Geschäftsordnung sich dieser Antrag findet. Aber Sie können sicher sein, dass wir für diejenigen, die nicht die Zeitung lesen, in der Debatte selbstverständlich wiederholen werden, was wir über die Zeitungen kommuniziert haben. Dass diese Landesregierung dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz am Freitag selbstverständlich zustimmen wird, das habe ich wiederholt begründet. Das tun wir aus innerer Überzeugung. Das haben wir im Kabinett festgelegt. Sie brauchen sich darüber keine Sorgen zu machen. Auf diese Landesregierung ist Verlass.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Wolfgang Jüttner [SPD]: Das *Handelsblatt* hat das alles falsch verstanden?)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Danke schön. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Herr Wenzel, ich frage Sie, ob Sie bei dem Antrag bleiben, die Schlussabstimmung zu verschieben. - Sie bleiben dabei. Das heißt, wir stimmen zunächst einmal über diesen Antrag ab.

Wer also dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zustimmen und damit die Schlussabstimmung verschieben möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen.

(Zurufe von der SPD: Die Mehrheit! - Eindeutig die Mehrheit!)

Wer stimmt gegen diesen Antrag?

(Zuruf von der SPD: Weniger!)

Wir hier oben sind uns einig.

(Heiner Bartling [SPD]: Hammelsprung! - Unruhe bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN - Die Präsidentin bespricht sich mit Schriftführerin Dörthe Weddige-Degenhard)

- Mir wird signalisiert: Es ist nicht so ganz klar. Dann lasse ich zunächst einmal durch Aufstehen abstimmen.

Wer also dem Antrag zustimmt, den möchte ich jetzt bitten, sich vom Platz zu erheben.

(Die Schriftführerinnen zählen die Stimmen - Abgeordnete der CDU betreten den Plenarsaal - Unruhe bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

- Ich bitte um etwas Ruhe! Hier wird noch gezählt. Die Schriftführer arbeiten ganz ordentlich. - Sie dürfen sich wieder setzen. - Nun diejenigen, die gegen den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stimmen! Bitte schön, auch Sie müssen stehen bleiben.

(Während die Schriftführerinnen die Stimmen zählen, betreten weitere Abgeordnete der CDU und der FDP den Plenarsaal - Unruhe bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

- Ich bitte um Ruhe im Saal! - Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie können sich alle wieder hinsetzen. - Enthält sich jemand der Stimme? - Das ist offenkundig nicht der Fall. Dann stelle ich in Übereinstimmung mit den Schriftführerinnen fest, dass

der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt ist.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP -
Klaus-Peter Bachmann [SPD]: Die
Zahlen! - Anhaltende Unruhe)

- Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich weiß nicht, was ich jetzt sagen soll. Wir hätten auch einen Hammelsprung durchführen können. Das wäre für viele, die hier im Landtag sind, das erste Mal gewesen. Aber das Ergebnis war eindeutig, und wir im Präsidium sind uns einig, sodass wir jetzt zum weiteren Ablauf der Beratungen kommen.

Zunächst wird der Vorsitzende des Ausschusses für Haushalt und Finanzen einen zusammenfassenden Bericht über die Ausschussberatungen zum Haushaltsgesetz und zum Haushaltsbegleitgesetz geben.

Zu der anschließenden Beratung der beiden Gesetzentwürfe und der darin einbezogenen Anträge weise ich auf Folgendes hin: Nachdem die Fraktionen von der Möglichkeit des Umverteilens von Redezeiten gemäß § 71 Abs. 2 unserer Geschäftsordnung Gebrauch gemacht haben, entnehmen Sie die jeweils geplanten Zeitkontingente bitte der Ihnen vorliegenden Redezeitentabelle.

Danke schön, dass es wieder ruhig geworden ist. - Nun hat der Berichterstatter, Herr Kollege Aller von der SPD-Fraktion, das Wort.

Bericht des Vorsitzenden des Ausschusses für Haushalt und Finanzen zum Entwurf des Haushaltsgesetzes 2010 und zum Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2010

Heinrich Aller (SPD), Berichterstatter:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! In den soeben von der Präsidentin genannten Drucksachen empfiehlt Ihnen der federführende Ausschuss für Haushalt und Finanzen mit den Stimmen der Vertreter der Regierungsfractionen gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Oppositionsfractionen, die Gesetzentwürfe mit einigen Änderungen anzunehmen. Die das Haushaltsgesetz mitberatenden Fachausschüsse haben sich den Empfehlungen mit gleichem Abstimmungsergebnis angeschlossen. Der beim Haushaltsbegleitgesetz mitberatende Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen hat sich diesem Teil der

Empfehlung ebenfalls mit gleichem Abstimmungsergebnis angeschlossen.

Meine Damen und Herren, die Beratung des Haushaltsplanentwurfs 2010 war durch einige Faktoren geprägt, die zum Teil erheblichen Einfluss auf seine ursprüngliche Fassung hatten und auch noch haben. Ich weise insbesondere darauf hin, dass noch immer nicht klar ist, wie sich die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise sowohl auf die Einnahmen als auch auf die Ausgaben auswirken wird. Die Ergebnisse der Steuerschätzung liegen zwar vor. Wie sie sich auf den Länderfinanzausgleich vor allen Dingen im nächsten Jahr auswirken werden, ist aber nicht klar.

Dass wir uns intensiv mit dem Dritten Nachtragshaushalt 2009 auseinandergesetzt haben, ist bekannt. Er wird vor dem Staatsgerichtshof beklagt.

Die Steuersenkungspläne, die die neue Bundesregierung mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz verfolgt, sind, wie wir eben gehört haben, ein Problem. Die Eckdaten liegen zwar vor und sind in die Beschlussempfehlung zum Haushaltsplanentwurf eingearbeitet worden. Das Wachstumsbeschleunigungsgesetz wird aber erst am Freitag im Bundesrat verabschiedet, und die Landesregierung hat angekündigt, dass sie schon im Januar in einer Kabinettsklausur die Finanzplanung für Niedersachsen neu justieren will.

Auch die Initiative der Regierungsfractionen und der Landesregierung zu dem sogenannten Zukunftsvertrag konnte noch nicht im Detail beraten werden. Vielleicht findet man in den laufenden Beratungen ja eine Lösung, wie den Kommunen im Blick auf ihre Kassenkredite Entlastung verschafft werden könnte. Ein Beschluss dazu liegt jedenfalls noch nicht vor.

Gleichwohl ist festzuhalten, dass sowohl durch die Anträge der Regierungskoalition als auch durch die Landesregierung das Zahlenwerk jeweils aktualisiert worden ist und damit die jeweilige Beratungsgrundlage geschaffen wurde.

Bevor ich Ihnen die Änderungsvorschläge des Ausschusses für Haushalt und Finanzen zu den beiden Gesetzentwürfen erläutere, möchte ich kurz auf die Veränderungen eingehen, die Ihnen der Ausschuss für Haushalt und Finanzen zu den Einzelplänen und zum Zahlenwerk des Haushalts empfiehlt.

Zur abschließenden Beratung wurden im Ausschuss für Haushalt und Finanzen zwei Änderungsanträge vorgelegt. Hierbei handelte es sich um den Antrag der Fraktionen der CDU, der FDP und der SPD zu den Kosten der Neukonzeption des Plenarbereichs des Landtages und um einen Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen, der aus einer technischen und einer politischen Liste bestand. Ein Vertreter des Finanzministeriums hat das sich aus diesen Anträgen ergebende Deckungserfordernis für den Haushaltsplanentwurf 2010 erläutert:

Aus der sogenannten technischen Liste ergibt sich ein Mehrbedarf von insgesamt 46 Millionen Euro. Wie er sich im Einzelnen zusammensetzt, darauf möchte ich jetzt nicht eingehen; das liegt Ihnen in den Beratungsunterlagen vor.

Der Mehrbedarf, der sich aus der sogenannten politischen Liste ergibt, beträgt 19 Millionen Euro. Auch insofern will ich nicht in die Einzelheiten gehen.

In die sogenannte technische Liste sind das Ergebnis der Steuerschätzung vom 4. November 2009 sowie die prognostizierten Auswirkungen des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes eingearbeitet.

Danach lassen sich die einzelnen Auswirkungen auf die Einnahmen und Ausgaben des Landeshaushalts wie folgt darstellen:

- plus 108 Millionen Euro Mehreinnahmen Steuern (Steuerschätzung),
- minus 245 Millionen Euro Mindereinnahmen aus Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen (Steuerschätzung),
- plus 120 Millionen Euro Mehreinnahmen Förderabgabe,
- minus 264 Millionen Euro Mindereinnahmen Wachstumsbeschleunigungsgesetz,
- plus 126 Millionen Euro Kompensation des Bundes wegen der Kindergelderhöhung,
- plus 25 Millionen Euro Auswirkungen der obigen Positionen auf den kommunalen Finanzausgleich,
- minus 13 Millionen Euro für den Ausgleich zwischen Land und Kommunen wegen der Kindergelderhöhung.

Saldiert, so der Vertreter des Finanzministeriums, ergebe dies einen Betrag von minus 143 Millionen Euro.

Er wies ferner darauf hin, dass die Belastung des Landeshaushalts aus dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz in Höhe von netto 135 Millionen Euro durch eine Entnahme aus der allgemeinen Rücklage finanziert werden solle. Der Hintergrund hierfür sei, dass mit dem Dritten Nachtrag 2009 Rücklagen in Höhe von 745 Millionen Euro durch Kreditermächtigung gebildet worden seien. Davon seien bislang 595 Millionen Euro zur Finanzierung des Haushaltsplanentwurfs 2010 verplant. Mithin stünden noch 150 Millionen Euro Rücklagen zur Verfügung, die allerdings im Planungsjahr 2011 als Deckungsmittel eingeplant seien. Ein vorzeitiges Verbrauchen dieser Rücklage führe insofern zu einem höheren Handlungsbedarf im Jahr 2011.

Im Saldo führten die politische Liste - einschließlich Landtagsneubau - und die technische Liste - ohne Wachstumsbeschleunigungsgesetz, einschließlich Steuerschätzung - zu einem Deckungsbedarf von rund 68 Millionen Euro. Wegen der guten Liquiditätslage im laufenden Jahr 2009 habe die zusätzliche Kreditermächtigung aus dem Dritten Nachtrag 2009 bislang nicht in Anspruch genommen werden müssen. Die deswegen seinerzeit im Haushaltsplanentwurf 2010 veranschlagten Zinsbelastungen von 95 Millionen Euro fielen somit im Jahr 2010 nicht an. Dies geschehe erst im Jahr 2011. Diese Zinsersparnisse sollten zur Deckung der benötigten Mittel herangezogen werden.

Der fraktionsübergreifende Antrag von CDU, FDP und SPD zur Neukonzeption des Plenarbereichs wurde im Ausschuss für Haushalt und Finanzen gegen die Stimmen der Linken und der Grünen beschlossen. Dafür sind im Haushaltsjahr 2010 Barmittel in Höhe von 8 Millionen Euro vorgesehen. Darüber hinaus sollen Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 37 Millionen Euro ausgebracht werden, aufgeteilt auf 15 Millionen Euro im Jahr 2011 und 22 Millionen Euro im Jahr 2012.

Die übrigen Positionen des Zahlenwerks will ich hier nicht im Detail vortragen. Sie werden von den Fraktionen sicherlich in der Debatte kommentiert werden.

Hinweisen möchte ich aber noch darauf, dass die Fraktion der CDU bei den Beratungen im Ausschuss für Haushalt und Finanzen auf die Feststellung Wert gelegt hat, dass sie das Ziel, künftig ohne Nettoneuverschuldung auszukommen, nicht aufgegeben habe, sondern es schrittweise wieder erreichen wolle. Auch sei ihr fester Wille, das Wachstumsbeschleunigungsgesetz zu unterstützen.

Die FDP hat in ähnlicher Weise argumentiert. Auch ihr gehe es im Wesentlichen darum, Steuererleichterungen zu schaffen, um Unternehmen und Privatpersonen zu unterstützen. - Herr Grascha freut sich, dass ich das so hervorhebe.

Die Vertreter der SPD-Fraktion sahen sich in ihrer Kritik am Dritten Nachtrag 2009 bestätigt und verwiesen auf die anhängige Klage. Diese Maßnahme habe ausschließlich dazu gedient, Reserven für die Zukunft anzulegen, damit die Koalitionsfraktionen weiterhin ihre Legendenbildung betreiben könnten, dass in Niedersachsen eine solide Haushaltsführung zu beobachten sei.

Die Vertreter der SPD betonten, dass die Vielzahl der Verpflichtungsermächtigungen die Handlungsbedarfe im Jahr 2011 deutlich verstärkten. Sie bezweifelten auch, dass das Wachstumsbeschleunigungsgesetz tatsächlich zusätzliches Wachstum bringe, und untermauerten dies mit dem Hinweis auf das Gutachten des Sachverständigenrates.

Für den Vertreter der Fraktion der Linken hat das Zahlenwerk ein völlig anderes Bild ergeben. Seiner Meinung nach rutscht das Land immer tiefer in die roten Zahlen. Die letzten Reserven seien aufgebraucht. Die Hoffnung, dass die Zinsen so niedrig blieben wie bisher, sei eine schlechte Basis für die künftige Finanzpolitik in Niedersachsen. Insgesamt lehne die Fraktion der Linken den Haushaltsantrag ab.

Der Vertreter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen argumentierte ähnlich und kündigte für die Beratung im Plenum einen eigenen Änderungsantrag an, wie übrigens auch die beiden anderen Fraktionen der Opposition.

Ich komme nun zu den beiden Gesetzentwürfen.

Der Ausschuss hat zu den Gesetzentwürfen die kommunalen Spitzenverbände und den Landesrechnungshof angehört. Ich möchte aus den Stellungnahmen einen Punkt besonders hervorheben: Die kommunalen Spitzenverbände haben darauf hingewiesen, dass sich die Kassenkredite wieder ins Negative entwickelten und dass sich diese Situation angesichts der drohenden Einnahmeverluste in vielen Kommunen noch verschlimmern werde.

Zum Entwurf des Haushaltsgesetzes empfiehlt der Ausschuss zwei minimale Änderungen, auf die ich hier nicht näher eingehen will.

Was den Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes angeht, möchte ich nur in Stichworten darstellen, welche Punkte angesprochen worden sind.

Zum einen ist der kommunale Finanzausgleich und zum anderen das Besoldungsgesetz mit Zulagen für Lehrkräfte zu nennen.

Darüber hinaus hat der Ausschuss mehrheitlich beschlossen, bei der Besoldungsordnung B einige Veränderungen herbeizuführen, um die Einstufung einiger Leitungsämter bei den Polizeibehörden zu ändern.

Zum Brandschutzgesetz ist vorgesehen, Gebühren und Entgelte für Freiwilligenleistungen deutlicher zu klassifizieren, sodass es dort nicht zu Komplikationen kommen kann.

Der letzte wichtige Punkt ist eine Änderung des Schulgesetzes hinsichtlich der Finanzhilfeleistungen für Lehrkräfte an Schulen freier Trägerschaft.

Weitere Details erspare ich mir. Ich gehe davon aus, dass diese in den vielen Debattenbeiträgen noch ausgeprägt zur Diskussion gestellt werden.

Ich möchte mich abschließend bei allen bedanken, die sich dieses Jahr sehr intensiv mit dem Haushalt und den Haushaltsberatungen auseinandersetzen mussten. Sie haben eben hier im Plenum zur Kenntnis nehmen können, dass dieser Haushalt unter ganz besonderen Bedingungen diskutiert und letztendlich verabschiedet werden wird. Ich will hier zwar keine Spekulationen in den Raum stellen. Aber ich glaube, der Haushalt wird in wenigen Wochen erneut auf dem Prüfstand stehen.

Ich bedanke mich insbesondere bei den vielen fleißigen Helfern in der Landtagsverwaltung und insbesondere im Finanzministerium, die die Beschlussvorlagen so aufbereitet haben, dass wir heute beratungsfähig sind.

(Beifall)

Im Namen des Ausschusses für Haushalt und Finanzen bitte ich Sie, den vorliegenden Beschlussempfehlungen zu den Gesetzentwürfen und zu den Einzelplänen zuzustimmen.

Schönen Dank.

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Danke schön. - Wir beginnen jetzt die Haushaltsberatung für das Jahr 2010:

Allgemeinpolitische Debatte (über Regierungs- und Haushaltspolitik)

Der Ältestenrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist davon ausgegangen, dass die Landesregierung in diesem Beratungsteil eine Redezeit von insgesamt 20 Minuten nicht überschreiten wird.

Für die SPD-Fraktion hat sich Herr Kollege Jüttner zu Wort gemeldet. Bitte schön!

Wolfgang Jüttner (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Dem Lob von Herrn Allers an die Beschäftigten in der Landtagsverwaltung und im Ministerium schließen wir uns gerne an.

(Beifall bei der SPD und bei der LINKEN)

Aber die Zahlen, die sie dort haben zusammenstellen müssen, also das, was Landesregierung und die beiden Regierungsfractionen zu verantworten haben,

(Dr. Karl-Ludwig von Danwitz [CDU]:
Das ist noch besser!)

ist eine reine Bankrotterklärung, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei der LINKEN)

Nach mir wird Herr McAllister in der üblichen Art pflichtschuldig wieder erzählen, wie großartig alles angeblich wieder ist, Finanzkonsolidierung usw.

(Zustimmung bei der CDU - David McAllister [CDU]: Ja! - Dr. Karl-Ludwig von Danwitz [CDU]: Ihr könnt das leider nicht!)

Sie, Herr McAllister, haben zusammen mit Herrn Wulff und Herrn Möllring zu verantworten, dass im Land Niedersachsen allein in dieser Wahlperiode 8,7 Milliarden Euro neue Schulden aufgenommen werden.

(Ursula Körtner [CDU]: Das ist doch albern!)

Sie tragen dazu bei, dass die Einnahmen des Landes an Stellen, an denen es weiß Gott nicht nötig wäre, dass dort geschmälert wird, durch den Beschluss im Bundesrat am kommenden Freitag um knapp 150 Millionen Euro zurückgehen werden. Sie haben den niedersächsischen Kommunen durch eine Entscheidung im Bundesrat, wie Sie letzte Woche haben einräumen müssen, in diesem Jahr Unterkunftskosten in Höhe von zusätzlich

150 Millionen Euro aufs Auge gedrückt, meine Damen und Herren, mal eben zwischendurch, was mit dieser Aussage erstmalig öffentlich wird.

Sie haben u. a. durch eine Reduktion des Personals der Tarifbeschäftigten in der Steuerverwaltung um sage und schreibe 25 % seit 2003 massiv dazu beigetragen, dass die möglichen Einnahmen des Landes nicht realisiert worden sind, meine Damen und Herren. Das ist Ihre solide Finanzpolitik!

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Sie haben in den letzten Jahren seit 2005 den niedersächsischen Kommunen im kommunalen Finanzausgleich 666 Millionen Euro vorenthalten, meine Damen und Herren.

Herr Möllring wurde ja nicht müde, immer wieder zu wiederholen, dass Sie auf dem Weg seien, 2010 die Nettoneuverschuldung auf null zu bringen und mit der Tilgung zu beginnen. Das haben Sie uns noch im Mai dieses Jahres hier erzählen wollen.

(Zuruf von der SPD: Unerhört!)

Wenige Tage später, meine Damen und Herren, müssen Sie feststellen, dass das irgendwie nicht aufgeht. Dann kommen Sie mit einer Presseerklärung, in der Sie den Haushaltsentwurf für das Jahr 2010 vorstellen. Wir stellen fest: Die Neuverschuldung in 2009 wird auf 2,3 Milliarden Euro gesetzt. Die Neuverschuldung in 2010 wird auf 2,3 Milliarden Euro gesetzt. - Meine Damen und Herren, wie lautete die Überschrift dieser Presseerklärung? - Finanzieller Konsolidierungskurs wird solide fortgesetzt. - Bei dem, was Sie mit „solide“ meinen, läuft es mir kalt den Rücken runter. Das möchte ich nur einmal feststellen.

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Sie verfügen wirklich über eine begnadete Verdrängungskunst. Das muss ich schon sagen.

Ein bisschen weniger Selbstgefälligkeit, Herr Wulff, wäre wirklich einmal angebracht. Sie stellen sich im Mai dieses Jahres in dieser aufgewühlten Situation hier hin und erklären uns, dass im Jahre 2017 in Niedersachsen die Neuverschuldung auf null sei.

(Ernst-August Hoppenbrock [CDU]:
So machen wir das!)

Das ist Ausdruck Ihrer Planung und Ihres soliden Vorgehens.

Sie sollten einmal über Folgendes nachdenken: Ihr Finanzminister Schäuble stellt in dieser Woche den Bundeshaushalt vor. Er sieht sich außerstande, die mittelfristige Finanzplanung vorzulegen. Das heißt: Sie wissen, was im Jahre 2017 hier geht. Herr Schäuble - auch er hat ein paar gute Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter - weiß heute noch nicht, was im Jahre 2011 in Deutschland hinsichtlich der finanziellen Lage passiert. Alles, was Sie hier auf den Tisch legen, ist doch unerhört und von vorne bis hinten nicht stichhaltig!

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Deshalb sage ich: Kommen Sie von Ihren Träumereien herunter, und gehen Sie ins Leben hinein! Dann sehen Sie, wie die tatsächliche Lage ist.

In den letzten Monaten und Jahren gab es in der Bildungslandschaft in Deutschland viel Bewegung. Es gibt eigentlich nur eine Konstante, meine Damen und Herren, und das ist die Tatsache, dass die museale Bildungspolitik in Niedersachsen aufrechterhalten bleibt. Hier ist 19. Jahrhundert angesagt. Das Kultusministerium in Hannover ist der Hort der bildungspolitischen Reaktionen,

(David McAllister [CDU]: Was?)

und die einzelnen Unterstützer sitzen hier vorne in der Führung der CDU-Fraktion und in der Staatskanzlei, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Nun hätte man ja denken können, mit dem personellen Wechsel von Herrn Althusmann in das Kultusministerium hätte es dort eine leichte Aufhübschung geben können.

(Zuruf von der CDU: Was?)

- Eine programmatische Aufhübschung. - Beim Regierungshandeln hat sich das aber noch nicht sehr ausgewirkt. Herr McAllister, in der Arbeit Ihrer Fraktion hat sich das jedoch unheimlich ausgewirkt. Wir merken hier in der Zwischenzeit jeden Monat, wie sehr er Ihnen fehlt.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und Zustimmung von Dr. Manfred Sohn [LINKE] - Karl-Heinz Klare [CDU]: Das ist aber eine Ehre!)

- Sie haben doch gefragt: Haben Sie auch ein Lob übrig?

Niedersachsen hat mehrere rote Laternen. Die problematischste ist, wie ich glaube, die im Bereich der frühkindlichen Bildung. Sie laufen hinter den anderen 15 Bundesländern her. Ich kann nichts dafür, wenn Sie nicht in Bildern denken können, aber es ist halt so.

(Karl-Heinz Klare [CDU]: Sie kennen die Ausgangspunkte nicht!)

Obwohl Niedersachsen im Bereich der frühkindlichen Bildung Schlusslicht ist, war sich der Ministerpräsident nicht zu schade, in diesem Sommer wenigstens eine präzise Aussage zu machen, wie auf die Finanzkrise reagiert wird, und zwar indem er die Beitragsfreiheit im Kita-Bereich auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben hat. Das war ein schwerwiegender Bruch der Koalitionsvereinbarung und ein schwerwiegender politischer Fehler.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Herr Wulff, wenn Sie am Freitag im Bundesrat mit Nein stimmen - wir helfen an dieser Stelle gerne mit, auch was die argumentative Außenwirkung angeht -, dürfte dadurch ungefähr das zusammenkommen, was Beitragsfreiheit an Kosten verursachen würde. Das wäre doch ein Signal in das Land hinein. Sie reden davon, Bildung habe Vorrang. Hier ist eine Möglichkeit, dem Rechnung zu tragen. Am Freitag kann Bildung Vorrang bekommen, wenn das Geld aufgrund der unsinnigen Maßnahmen, auf die ich noch zu sprechen komme, nicht dem Bund zufließt, sondern für die Kinder - auch hier in Niedersachsen - ausgegeben wird. Das wäre unser Vorschlag.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und Zustimmung von Ina Korter [GRÜNE] und Dr. Manfred Sohn [LINKE])

Bildung kostet Geld, Dummheit ist teurer. Das war das Motto der letzten Demonstration zum Bildungsbereich in Niedersachsen am vergangenen Sonnabend in Hameln, bei der 500 Menschen unterwegs waren. Es gab in den letzten Monaten doch kaum einen Tag, an dem nicht irgendwer in Niedersachsen gegen die Bildungspolitik von Schwarz-Gelb demonstriert hat. Das müsste Ihnen doch zu denken geben.

(Lebhafter Beifall bei der SPD, Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung von Dr. Manfred Sohn [LINKE])

Natürlich geben Sie Geld für Bildung aus. Sie geben für Bildung sogar mehr aus als im Jahr zuvor.

In der letzten Woche ist der Bildungsfinanzierungsbericht vorgelegt worden, der das bestätigt.

(Karl-Heinz Klare [CDU]: Ja, jedes Jahr!)

Niedersachsen legt leicht zu. Alle anderen Flächenländer legen aber deutlich zu. Was ist die Konsequenz Ihres Tuns? - Wir fallen weiter zurück. Wir aber wollen nicht akzeptieren, dass Niedersachsen im Vergleich der Länder in der Bildungspolitik zurückfällt.

(Lebhafter Beifall bei der SPD sowie Zustimmung von Ina Korter [GRÜNE], Dr. Manfred Sohn [LINKE] und Patrick-Marc Humke-Focks [LINKE])

Was hätte das, was Sie in dieser Woche beschließen wollen, zur Folge? - Sie bleiben Schlusslicht im Bereich der frühkindlichen Bildung. Es bleibt bei einem Anteil von 7 bis 8 % der Kinder ohne Abschluss. Die Bertelsmann-Stiftung hat vor wenigen Wochen ein Gutachten herausgebracht, in dem deutlich geworden ist, dass dies aus wirtschaftspolitischen Gründen eine absolute Fehlentwicklung ist. Wir können niemanden zurücklassen. In dem Gutachten wird die erhöhte Wertschöpfung ausgerechnet, wenn wir auf dem Weg in eine Bildungszukunft alle mitnehmen. Sie ignorieren das. In Niedersachsen bleiben rund 8 % der Kinder ohne Abschluss - ein fataler Fehler!

Sie machen sich inzwischen für Ganztagspädagogik stark. Ich stelle fest: Die Ganztagspädagogik bei Ihnen hat mit Pädagogik wenig zu tun. Sie ist vor allem halbherzig.

(Karl-Heinz Klare [CDU]: Sie haben gar keine Ahnung!)

In diesen Tagen wird in vielen kommunalen Parlamenten über das diskutiert, was sie im nächsten Jahr tun wollen. Das gilt für Hannover und auch für Osterholz, wo ich in der letzten Woche war. Viele kommunale Mandatsträger sind inzwischen der Meinung, sie seien formell zwar nicht zuständig, aber das Thema sei ihnen so wichtig, dass sie kommunales Geld dafür ausgeben. Sie reden von Konnexität. Durch Unterlassung schaffen Sie zwar keine Kosten. Aber Sie zwingen die kommunale Seite dazu, Landesaufgaben zu übernehmen, und das ist nicht akzeptabel.

(Lebhafter Beifall bei der SPD sowie Zustimmung von Miriam Staudte [GRÜNE] und bei der LINKEN)

Das Thema Schulasistenz bleibt für Sie weiter ein Fremdwort. Sie haben den Druck gespürt und deshalb mit einer Verpflichtungsermächtigung wenigstens das abgesichert, was im Hauptschulbereich schon vorhanden ist. Schulsozialarbeit ist aber kein Thema, bei dem es nur für die Hauptschulen ein Privileg gäbe. Wir brauchen Schulsozialarbeit in allen Schulen. Wir brauchen Schulasistenz, um eine umfassende Beratung und Förderung von Kindern möglich zu machen. Hier gehört ein Akzent gesetzt. Diesen vermissen wir aber bei Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

Sie tragen durch Ihr Gesamtschulverhinderungsgesetz dazu bei, dass die Schülerbeförderung in vielen Teilen des Landes zahlenmäßig dramatisch ansteigt. Es geht bei diesem Thema nicht nur um Bildung, sondern auch um kommunale Kosten. Der gegenwärtige Zustand ist nicht akzeptabel. Sie tragen dazu bei, dass Schulen aus dem Dorf vertrieben werden. Eine Gemeinde in Niedersachsen mit gut 10 000 Einwohnerinnen und Einwohnern ist in der Lage, ein vierzügiges Bildungsangebot vor Ort vorzuhalten. Das müssten auch Sie wissen. Wenn man die rechtlichen Voraussetzungen dafür schaffen würde, hätte man in sehr, sehr vielen niedersächsischen Kommunen ein integriertes oder kooperatives Angebot, das sämtliche Bildungsgänge umfassen würde. Die Kinder könnten dann im Dorf bleiben und würden nicht klassenweise - zum Teil sogar bis über die Landesgrenzen hinaus - aus dem Dorf getrieben. Es ist doch überhaupt nicht zulässig, was dort passiert.

(Starker Beifall bei der SPD sowie Zustimmung von Elke Twesten [GRÜNE] und bei der LINKEN)

Ich war in der letzten Woche in Uchte im Landkreis Nienburg. Dort gibt es aus jedem Schuljahrgang weit mehr als eine Klasse, die täglich zum Gymnasium nach Petershagen in Nordrhein-Westfalen fährt. Warum? - Weil von Ihnen vor Ort unterbunden wird, dass eine gymnasiale Beschulung stattfinden kann. Dieses Problem ist nur lösbar, wenn Sie endlich einsehen, dass Ihre Verhinderungsstrategien ins Leere laufen. Die Eltern wählen das ab, was Sie tun, und trotzdem bleiben Sie bockbeinig. Ich sage Ihnen, dass das nicht mehr lange gut gehen wird.

(Lebhafter Beifall bei der SPD sowie Zustimmung bei den GRÜNEN und Beifall bei der LINKEN)

Natürlich ist die finanzielle Lage des Landes angespannt. Gleichwohl haben wir Ihnen einen Haushaltsantrag auf den Tisch gelegt, der Umschichtungen von mehr als 350 Millionen Euro vorsieht. Diese Umschichtungen wollen wir vor allem im Bereich der Bildungspolitik vornehmen. Dort gehören sie hin. Wir wollen, dass 30 Millionen Euro mehr an Investitionsmitteln in die Krippen fließen, damit die Rechtsansprüche 2013 überhaupt realisiert werden können und die Kommunen bei diesem Thema nicht allein gelassen werden. Wir wollen, dass 30 Millionen Euro dafür eingesetzt werden, die Qualität der frühkindlichen Bildung zu verbessern. Wir haben im September letzten Jahres hier einen Gesetzentwurf eingebracht, in dem es um Verfügungsstunden und vor allen Dingen um den Personalschlüssel im frühkindlichen Bereich ging. Sie haben diesen Gesetzentwurf abgelehnt. Sie hätten jetzt die Möglichkeit, die qualitative Verbesserung, die von den Bildungs- und gesellschaftlichen Organisationen in Niedersachsen dringend gewünscht wird, zu erreichen, indem Sie unserem Änderungsantrag zustimmen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Wir haben 39 Millionen Euro veranschlagt, um die Beitragsfreiheit im Bereich der frühkindlichen Bildung zu erweitern und diesem Thema nicht den Garaus zu machen, wie Herr Wulff es angekündigt hat.

Wir wollen den Vorbereitungsdienst für Lehrämter verbessern, und wir wollen 2 000 Vollzeitlehreereinheiten, wie es so schön heißt, veranschlagen, weil wir wissen, dass es nicht nur darum geht, kleinere Klassen perspektivisch in Angriff zu nehmen, sondern auch die Schulleitungen mit einem neuen Konzept ausgestattet werden müssen und Schulpsychologie und Schulsozialarbeit dringend geboten sind. Wenn wir mehr als 150 Millionen Euro in den Kultushaushalt geben, beseitigen wir damit nicht alle Probleme - so naiv ist doch keiner -, aber wir würden die heutige Alltagssituation deutlich verbessern, und das ist dringend geboten.

(Beifall bei der SPD)

Wir fühlen uns durch eine neue Untersuchung des HIS aus Hannover übrigens darin bestätigt, dass die Studiengebühren endlich abgeschafft werden müssen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Sie grenzen aus; so sind sie übrigens auch gemeint. Wer nicht will, dass die Hochschulen unter

der Abschaffung der Studiengebühren leiden, sondern wer will, dass die Lehre verbessert wird, der muss mit der Abschaffung der Studiengebühren die entsprechende Summe als Einnahmen der Hochschulen veranschlagen. Genau das tun wir, und wir hoffen, dass das mittelfristig dann auch überall durchzusetzen ist. Wie Sie wissen, haben wir in Niedersachsen die niedrigsten Studienanfängerquoten. Das ist kein Zeichen von Qualität und wird uns weiter zurückwerfen, wenn wir hier nicht handeln und neue Akzente setzen.

Wir setzen diese Akzente, meine Damen und Herren, aber das kostet Geld. Das notwendige Geld ist solide erwirtschaftet.

(Lachen bei der CDU - Zurufe von der CDU - David McAllister [CDU]: Jetzt musst du selber lachen!)

- Weil ich derartige Zwischenrufe zur Genüge kenne. Aber warum lachst du denn?

(David McAllister [CDU]: Über dich!)

Meine Damen und Herren, auf manchen Politikfeldern liegt es nicht einmal am Geld, dass Ihnen alles in die Hose geht. Das gilt z. B. für den Bereich der Energie- und Klimapolitik. Interessant war die Verleihung des Staatspreises in der letzten Woche. Ich glaube, außer mir war kein Abgeordneter bei der Verleihung anwesend. Doch, Herr Schwarz saß links neben mir.

(Christian Dürr [FDP]: Ich war auch da!)

- Oh, dann saßen Sie aber weit hinten.

(Heiterkeit bei der SPD)

Meine Damen und Herren, bei der Verleihung des Staatspreises hat Herr Wulff eine Rede auf Herrn Wobben halten müssen. Diese Rede war ganz interessant. Er hat ihn natürlich gelobt; wenn jemand einen Staatspreis bekommt, geht das ja nicht ohne Lob.

(Zurufe von der CDU)

- Ja, die Jury war unabhängig von der Landesregierung. - Natürlich hat Herr Wobben auch aus Sicht der Landesregierung sehr große Verdienste - ich nenne hier nur die Zahl der Beschäftigten -, keine Frage. In der Rede von Herrn Wulff ist aber schon deutlich geworden, dass er relativ wenig Verständnis hat für die deutliche Positionierung von Herrn Wobben, was das Thema regenerative Energien angeht. Diese Landesregierung hat einen anderen Energiemix im Kopf. Hier hat Kohle noch

einen großen Stellenwert, obwohl wir gut beraten sind, davon einen Schritt weit wegzukommen.

Ein zweiter Punkt, bei dem Herr Wobben ebenfalls sorgfältig sortiert ist. Die Verlängerung von Restlaufzeiten ist ein schwerer Angriff auf die Investitionsstätigkeit in Niedersachsen. Ich sage Ihnen das in dieser Klarheit.

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Die gegenwärtige Verunsicherung in der Branche führt wirklich zur Stornierung von Aufträgen. Es ist vollkommen klar und jeder Fachmann wird Ihnen bestätigen: Eine Verlängerung von Restlaufzeiten ist ein zentraler Angriff auf die Investitionen im regenerativen Bereich. Das klima- und das beschäftigungspolitische Interesse von Niedersachsen liegt eindeutig im Bereich der regenerativen Energien, und genau hier fehlen die Signale dieser Landesregierung.

(Starker Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Im Rahmen einer Grundsatzdebatte muss man auch über das dauerhafte Betteln Niedersachsens reden, endlich das Atomklo Deutschlands zu werden. Das ist peinlich und kein Beleg dafür, dass sich diese Landesregierung für die Interessen des Landes Niedersachsen stark macht. Ich kann mir keine andere Landesregierung vorstellen, die so gegen die Interessen der eigenen Bevölkerung arbeitet, wie die Niedersächsische Landesregierung im Bereich der Atompolitik.

(Starker Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN - Heinz Rolfes [CDU]: Peinlicher Auftritt!)

„Schein statt Sein“ ist das Motto niedersächsischer Sozialpolitik, zumindest bei Schwarz-Gelb. Wir diskutieren hier seit Jahren über die Bedeutung des Themas Pflege. Im Dezember letzten Jahres ist das Thema auch bei Frau Ross-Luttmann angekommen, und sie hat ein Pflegepaket angekündigt, mit mehr als 10 Millionen Euro pro Jahr dotiert. Aus diesem Paket ist nichts geworden, es blieb bei der Ankündigung. Das Einzige, was die Landesregierung im Bereich Pflege in diesem Jahr gemacht hat: Im Februar hat sie im Bundesrat die Einführung von Mindestlöhnen im Bereich Pflege abgelehnt. - Das ist ihr einziger Beitrag zur Zukunft der Pflege in Niedersachsen.

(Beifall bei der SPD)

Dazu passt dann auch: Für die Älteren wird nichts getan, und bei den Jungen ist es ähnlich. Die Kinderförderprogramme werden im Sozialministerium dazu genutzt, die globalen Minderausgaben zu erwirtschaften. Das ist die Akzentsetzung im vorgeblich sozialen Niedersachsen. Das stellen wir uns anders vor, und das muss auch anders werden in Niedersachsen.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte ein paar Bemerkungen zum Thema „Kommunale Demokratie“ machen. Kommunen sind Teil des Landes. Wir als Landespolitiker sind dafür verantwortlich, dass kommunale Selbstverwaltung überhaupt stattfinden kann. Wie ist die augenblickliche Lage? Es ist egal, wen wir fragen, ob Frau Roth aus Frankfurt, den obersten sozialdemokratischen Kommunalpolitiker, Herrn Weil, oder einen der drei kommunalen Spitzenverbände, wir werden immer hören: Die Lage ist dramatisch - Und sie ist dramatischer in Niedersachsen: 4,5 Milliarden Euro Kassenkredite, die Haushalte 2010 dürften nach geltendem Recht weitestgehend nicht genehmigungsfähig sein, die Leistungserbringung im kommunalen Bereich ist - ich will es vorsichtig sagen - durchwachsen.

Das hat damit zu tun, dass es spätestens nach der Schaffung der Region Hannover und der Abschaffung der Bezirksregierungen zu Verwerfungen gekommen ist, die es notwendig machen würden, mit raumordnerischer Kompetenz einzugreifen, um zu einem handhabbaren und praxistauglichen Leitbild in Niedersachsen zu kommen. Was erleben wir? Der Berg kreißte und gebar eine Maus, den Zukunftsvertrag.

(David McAllister [CDU]: Das ist doch keine Maus!)

- Ein Mäuschen.

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, meine Prognose ist, dass zwei bis drei Dutzend Kommunen durch diesen Zukunftsvertrag möglicherweise Hilfe bekommen, weil sie beim Umgang mit den Kassenkrediten Erleichterung erfahren. Aber das war es dann auch. Einige Kommunen werden nach wenigen Jahren wieder strukturelle Defizite haben, und für alle anderen Kommunen in Niedersachsen ist der Zukunftsvertrag ohne jede Bedeutung. Fahren Sie durchs Land, und Sie werden erfahren: Für die Spitzenverbände und für die Landesparteien war das ein Thema, aber vor Ort weiß kaum jemand

von diesem Vertrag. Alle haben den Eindruck, mit ihnen vor Ort habe das nur wenig zu tun. Ich glaube, dieser Eindruck ist auch richtig. Diese Regierung ist in Sachen öffentliche Verwaltung, Landesplanung und Raumordnung ein Komplettversager, meine Damen und Herren - sie hat dabei komplett versagt.

(Beifall bei der SPD)

Es bräuchte eine angemessene Finanzausstattung. Aber - und Sie nehmen das im Zukunftsvertrag wieder auf - was machen Sie? - Sie verstecken sich hinter der Verteilungssymmetrie nach dem Motto: Wenn ich kein Geld habe, dann sollen die Kommunen gefälligst auch nichts zur Verfügung haben. - Meine Damen und Herren, was hat das mit angemessener Finanzausstattung zu tun?

Unser Vorschlag ist ein Stabilisierungsfonds.

(Oh! bei der CDU)

Ich weiß, das ist auch nur ein Teil der Antwort. Aber ein solcher Fonds schafft wenigstens etwas größere Planungssicherheit bei den Kommunen.

(Zuruf von der CDU: Das ist die falsche Antwort!)

Ein Sondervermögen in Höhe von 408 Millionen Euro haben wir in unserem Antrag vorgesehen. Ich glaube, das ist ein sinnvoller Beitrag zur Stärkung der kommunalen Seite.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich weiß, wie schwer Sie sich bei dem Thema „Wie organisiere ich Landesverwaltung und Kommunalverwaltung in Niedersachsen?“ tun. Auch uns ist natürlich zu Ohren gekommen, dass die Staatskanzlei dem Innenministerium verboten hat, überhaupt an dem Thema zu arbeiten. Auf Dauer wird es nicht reichen, meine Damen und Herren, zu glauben, mit 35 Millionen Euro hätte man so viele Lockmittel, dass Fusionen von unten indirekt erzeugt werden.

(David McAllister [CDU]: 70 Millionen Euro!)

- Ja, die anderen 35 Millionen Euro müssen sie aber bezahlen. Nun erzähl doch nichts! Das sind 35 Millionen Euro!

(David McAllister [CDU]: Ja!)

Meine Damen und Herren, jedem ist doch klar, dass es Verwerfungen in Niedersachsen gibt. Jedem ist klar, dass das nicht friktionsfrei geht, zu-

mindest nicht für die beiden großen Volksparteien. Das wissen wir doch auch.

(Ulf Thiele [CDU]: Welche zwei? - Björn Thümler [CDU]: Welche Volksparteien?)

Sie haben überhaupt nicht erkannt, dass unser Antrag zur Einsetzung einer Enquetekommission eine ausgestreckte Hand zur Mitwirkung war. Denn solche Dinge werden sinnvollerweise nicht innerhalb einer Wahlperiode erledigt. Auch wir wissen, dass ein entsprechender Beschluss Bindungswirkung entfalten könnte. Aber es ist doch nicht verantwortlich, dass dieser Landtag, nur weil einzelne Abgeordnete Angst um ihre persönliche Zukunft haben, eines der wichtigsten Themen des Landes nicht behandelt. Das geht nicht, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte zwei Bemerkungen zur Wirtschafts- und Verkehrspolitik machen. Hier geht es ja um die allgemeine Behandlung aller Themen, deswegen sind Details kaum möglich. Wir haben in den letzten Wochen einen Wettbewerb veranstaltet, in dem wir die schlechteste Landesstraße in Niedersachsen gesucht haben. Es gab darauf eine große Resonanz. Viele haben sich angemeldet; denn die Lage ist hoch defizitär, meine Damen und Herren.

(David McAllister [CDU]: Kenne ich nicht!)

- Ja genau, Augen zu, dann sieht man die Probleme und die Realität nicht, Herr Fraktionsvorsitzender.

Wir haben mit Genugtuung zur Kenntnis genommen, dass die Regierungsfaktionen etwas draufgelegt haben.

(Heinz Rolfes [CDU]: Wie viel habt ihr denn damals ausgegeben?)

Das ist in Ordnung. Aber, meine Damen und Herren, der Text des Landesrechnungshofes lautet anders. Deswegen haben wir noch etwas draufgepackt, weil in diesem Bereich ein ungeheurer Investitionsstau durch Unterlassung aufgelaufen ist. Wir haben die Mittel noch mal erhöht und eine Verpflichtungsermächtigung für die nächsten zwei Jahre ausgebracht, damit dieser Investitionsstau endlich abgebaut wird. Wir wollen nicht zuschauen, wie das Landesvermögen verrottet. Das ist der Ansatzpunkt, unter dem wir arbeiten.

(Beifall bei der SPD)

Herr Wulff, bestimmte Dinge holen einen ja immer wieder ein. Ihre Rede aus dem Jahre 1999 über die Notwendigkeit einer zweistelligen Investitionsquote könnte weiter gelten. Wir stellen nur fest: In Ihrer Mittelfristigen Planung sind Sie im Jahre 2013 nicht bei 10 % angelangt - das haben Sie als Untergrenze genannt -, sondern bei 5,7 %, meine Damen und Herren.

(Gerd Ludwig Will [SPD]: Unerhört!)

Niedersachsen ist das Schlusslicht in Deutschland! Wer nicht investiert, der sichert keine Zukunftsfähigkeit, meine Damen und Herren. Das ist ein schwerwiegender Fehler, den Sie hier begehen.

(Beifall bei der SPD)

Der letzte Block aus unserem Haushaltsantrag hat mit der Leistungserbringung der Landesverwaltung zu tun. Wir dürfen nicht unterschätzen, meine Damen und Herren, in welcher Situation sich die 180 000 Beschäftigten im Land Niedersachsen befinden. Ich will dazu drei Problemkreise aufzeigen, die ich sehe. Das eine ist ein hochgradiges Motivationsproblem. Das hat übrigens sehr viel damit zu tun, dass Sie nach 2003 ausschließlich auf Kosten der Beschäftigten des Landes einen Konsolidierungsbeitrag entwickelt haben. Das ist so, das wirkt nach.

(Beifall bei der SPD)

Er wird übrigens dadurch ergänzt, dass Tausende keine sachgerechte Bezahlung erhalten, weil die entsprechenden Stellen nicht vorhanden sind; sie leisten die Arbeit, aber das Geld dafür bekommen sie nicht.

Das Zweite hat etwas mit Einnahmeverlusten aufgrund von Personalmangel zu tun. Das gilt insbesondere für die Steuerverwaltung.

Das Dritte - auch das haben wir im Land einige Male erlebt - ist: Es gibt eine Verfahrensverschleppung in der Justiz. Verfahrensverschleppungen in der Justiz sind nicht gut für die öffentliche Wahrnehmung. Wenn Ganoven länger frei herumlaufen, wenn Verfahren nicht zu Ende gebracht werden, wenn Verfahren aufgrund der vorherrschenden rechtlichen Bedingungen sogar abgebrochen werden müssen, dann wirkt sich das negativ auf die Wahrnehmung der Qualität öffentlicher Verwaltungen aus. Deshalb, meine Damen und Herren, haben wir in unserem Antrag mehr als 1 000 Stellenhebungen veranschlagt, 49 Stellen zusätzlich für die Justiz ausgebracht und 135 Anwärterstellen in

der Steuerverwaltung eingeplant - die finanzieren sich weiß Gott selbst und sind dringend notwendig.

(Beifall bei der SPD - Björn Thümler [CDU]: Na klar! Das kann man so aus dem Ärmel schütteln! Das ist kein Problem!)

Mit diesem Ihnen vorliegenden Antrag zu Umschichtungen in Höhe von gut 350 Millionen Euro setzen wir eigene Akzente, die gut für das Land und solide finanziert sind.

Meine Damen und Herren, wir haben Ihnen noch einen zweiten Antrag für ein zukunftsfähiges Niedersachsen vorgelegt. Darin sind unsere Vorstellungen formuliert, die über den Tag hinausgehen. Sie sind ohne konkrete Deckungsvorschläge; denn sie sollen eine Grundsatzdebatte auslösen - auch hier im Niedersächsischen Landtag.

Dazu möchte ich noch einige Anmerkungen machen. Was steht uns im Jahre 2011 bevor, wenn das Haushaltsjahr vorbei ist, über das wir in dieser Woche beschließen werden? - In Berlin wird es im Jahre 2011 eine Mindersausgabe von 10 Milliarden Euro geben, um die Schuldenbremse zu bedienen. Im Jahre 2012 werden es 20 Milliarden Euro sein, im Jahre 2013 30 Milliarden Euro. So geht das weiter. Außerdem beabsichtigt Schwarz-Gelb, die Steuern zu senken. Dadurch ergeben sich weitere Kosten in Höhe von 10 Milliarden Euro beim Bund, meine Damen und Herren.

In den heutigen Zeitungen kann man lesen, dass in Berlin in 2011 harte Verteilungskämpfe anstehen. Davon können Sie ausgehen: Es werden harte Verteilungskämpfe anstehen.

Wie sieht das in Niedersachsen aus? Im Jahre 2011 geht die Neuverschuldung nach Ihrer Planung um 1,95 Milliarden Euro hoch. Es gibt einen zusätzlichen Handlungsbedarf in Höhe von 800 Millionen Euro, bei dem ungeklärt ist, wie er gedeckt werden kann. Im Jahre 2012 wollen Sie die Neuverschuldung auf 1,6 Milliarden Euro reduzieren. Zum Ausgleich steigt dafür aber der Handlungsbedarf um 300 Millionen Euro. Das kommt immer aufs Gleiche raus. 2013 reduzieren Sie die Neuverschuldung, dafür geht dann der Handlungsbedarf auf 1,3 Milliarden Euro hoch, meine Damen und Herren. Die in Berlin vorgesehene Steuersenkung kostet das Land im Jahre 2011 1,02 Milliarden Euro. Über all das wird die Koalition bei der Klausur im Januar reden. Wir sind schon ganz gespannt, was dabei herauskommt.

Was aber heißt das für die Kommunen in Niedersachsen? Auch darüber sollten wir hier reden. Der Finanzausgleich bringt ihnen im Jahr 2011 eine Mindereinnahme von 480 Millionen Euro. Die eigenen Steuereinnahmen reduzieren sich im Jahre 2011 um 821 Millionen Euro. Die in Berlin vorgesehene Steuersenkung in 2011 kostet die niedersächsischen Kommunen 360 Millionen Euro, meine Damen und Herren. Den Anstieg der Arbeitslosenzahlen und die Kosten der Unterkunft habe ich noch gar nicht erwähnt, genauso wenig wie die Gewerbesteuer, die zur Disposition steht, und den Wegfall der Privilegierung kommunaler Unternehmen bei den Mehrwertsteuersätzen.

(Vizepräsident Hans-Werner Schwarz übernimmt den Vorsitz)

Zu gut Deutsch: Auf die Kommunen kommt ein Riesenpaket zu, meine Damen und Herren. Und Sie wollen uns hier erzählen, dass das alles ohne Auswirkungen bleibt, ohne Auswirkungen auf Bildung, Soziales, Kommune und Bedienstete des Landes? - Das glauben Sie doch selbst nicht!

(Beifall bei der SPD)

Vor diesem Szenario diskutieren wir in dieser Woche das sogenannte Wachstumsbeschleunigungsgesetz, ein Gesetz mit vier Schwerpunkten: Erstens. Die Konzerne verbessern ihre Bilanzen zu Lasten des deutschen Fiskus. Zweitens. Die Erbschaftsteuern dürften wieder verfassungswidrig sein. Sie kosten das Land im Zweifel bis zu 400 Millionen Euro im Jahr. Drittens. Das Kindergeld kommt den Begüterten sehr zugute, den Durchschnittsverdienern mit 20 Euro zugute und denen, die nichts haben, mit null zugute, meine Damen und Herren. Das ist ein Beitrag zur gesellschaftlichen Umverteilung, das will ich Ihnen einmal sagen!

(Beifall bei der SPD)

Viertens. Zum reduzierten Mehrwertsteuersatz im Hotelbereich gab es eine Anhörung. 15 Verbände haben gesagt: Ganz, ganz falsch! - Der 16. Verband hat gesagt: Sehr, sehr gut! - Das war der DEHOGA. Ich meine, es kann nicht deutlicher werden, wie Lobbyismus in dieser Gesellschaft funktioniert, meine Damen und Herren. Da haben Sie echt einen eingeschickt.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb sagen wir: Dieses Gesetz gehört abgelehnt! - Jetzt kommen die Schlaumeier und sagen: Lasst uns doch eine Kompensation machen. -

Auch Herr Wulff hat sich an der Debatte beteiligt. Dazu kann ich Ihnen nur eines sagen: Mist bleibt Mist, selbst wenn der Bund finanziert und die Länder aus der Finanzierung heraus sind; denn dieses Gesetz mit seinen 8,5 Milliarden Euro wird über Neuverschuldung finanziert. Es ist für 80 Millionen Deutsche ziemlich egal, ob diese Neuverschuldung beim Land oder beim Bund ressortiert. Wir alle zahlen nämlich bei dieser Veranstaltung drauf.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Deshalb - das wird die Debatte sein - muss deutlich werden, welche unterschiedlichen Politikverständnisse es in dieser Gesellschaft gibt. Ein Teil der demokratischen Rechten - nicht alle; ich glaube, die Sozialausschüsse in der CDU sehen das ganz anders - ist der Meinung, der Staat sei eine Krake, die Steuern müssten runter, die Staatsquote müsse runter. Übrigens: Im Berliner Koalitionsvertrag taucht das Wort „Gemeinwohl“ kein einziges Mal auf. Es interessiert Schwarz-Gelb nicht, was Gemeinwohl in Deutschland ist, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD)

Wir setzen ein anderes Staatsverständnis dagegen. Der Staat - das sind wir alle, meine Damen und Herren. Dieser Staat gewährleistet uns allen Sicherheit und Ordnung. Deshalb braucht es eine Polizei, die gut ausgebildet ist und die auch personell entsprechend stark ist. Dieser Staat gewährt Bildungschancen, deshalb müssen die Gebäude intakt sein, die Lehrerinnen und Lehrer gut ausgebildet sein, und es muss genügend von ihnen geben. Dieser Staat gewährleistet sozialen Ausgleich als Rechtsanspruch, meine Damen und Herren, und er gewährleistet eine Infrastruktur von Schiene, Straße und jetzt auch Breitband; ganz richtig!

All das ist notwendig, um Gemeinwohl aufrechtzuerhalten und Lebensqualität in Deutschland zu sichern, meine Damen und Herren. Für diese Aufgaben, die wir als öffentliche Aufgaben definiert haben, braucht es eine aufgabengerechte Finanzausstattung.

(Beifall bei der SPD)

Was ich bei Ihnen sehe - ich spitze es nur ganz leicht zu - ist ein Dreierschritt. Erstens den Staat aushungern, zweitens die restlichen Mittel auch noch ungerecht verteilen, und drittens bei totalem Marktversagen durch öffentliche Neuverschuldung die Krise überwinden.

Dieses Konzept ist hoch gefährlich! Damit muss Schluss sein in Berlin, in Hannover und überall in der Welt.

(Zuruf von der FDP: Weltrevolution!)

Darauf kommt es an.

Meine Damen und Herren, dieses Land braucht eine bessere Politik, die an langfristiger Sicherheit, an Chancen, an sozialem Ausgleich und an Zukunftsfähigkeit orientiert ist. So eine Politik gibt es nur mit uns.

Vielen Dank.

(Starker, nicht enden wollender Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Hans-Werner Schwarz:

Nächster Redner ist Herr McAllister von der CDU-Fraktion. Bitte schön, ich erteile Ihnen das Wort.

(Björn Thümler [CDU] - zur SPD -:
Zieht euch warm an!)

David McAllister (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Vorsitzende des Haushaltsausschusses, Herr Aller, hat für die diesjährige Aufstellung und Beratung des Landeshaushalts allen Beschäftigten der Regierung und der Landtagsverwaltung gedankt. Für meine Fraktion möchte ich mich ausdrücklich, ebenso wie auch mein Vorredner, dem Dank und dem Lob anschließen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich danke auch dem Oppositionsführer für seinen engagierten Debattenbeitrag. Uns einen hoffentlich zwei Ziele: erstens, zumindest subjektiv, das Beste für das Land zu wollen, aber zweitens auch, die Lage realistisch einzuschätzen und - insbesondere in diesen wahrlich nicht einfachen Zeiten - verantwortungsbewusst mit den öffentlichen Finanzen umzugehen. Meine Damen und Herren, beim zweiten Punkt hatte ich während der Rede von Herrn Jüttner erhebliche Zweifel.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Herr Jüttner, mir ist während Ihrer Rede aufgefallen, dass Sie kaum - eigentlich gar nicht - auf die Krise hingewiesen haben. Wir beraten in dieser Woche einen Landeshaushalt in einer außerordentlich schwierigen Zeit.

(Zurufe von der SPD)

- Sie mögen darüber lachen. Tatsache ist aber: Die Bewältigung dieser Krise, die einzigartig ist, stellt Bund, Länder und Kommunen insgesamt vor große Herausforderungen, vor so große Herausforderungen, wie wir das in der Geschichte unserer Bundesrepublik Deutschland noch nicht erlebt haben. Sie gehen darauf nicht ein. Insofern war Ihre Rede in Ton und Inhalt unangemessen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir erleben den größten Wirtschaftseinbruch in der Geschichte unserer Bundesrepublik. Die Prognosen gehen von einem Minuswachstum von 4,5 bis 5 % in diesem Jahr aus. Damit ist das Minus fünf- bis sechsmal so groß wie im bisher schlechtesten Jahr unserer Wirtschaftsgeschichte; das war bekanntlich das Jahr 1975, als das Bruttoinlandsprodukt um 0,9 % zurückging. Das hat natürlich gravierende Folgen für die Staatseinnahmen: Die Steuereinnahmen des Bundes gehen beispielsweise in diesem Jahr um 9,9 % zurück.

(Gerd Ludwig Will [SPD]: Deshalb auch eine Steuersenkung!)

Auf der anderen Seite gibt es international vereinbarte Ausgabensteigerungen. Alle Regierungen der führenden Industriestaaten haben sich darauf verständigt, international abgestimmt Konjunkturprogramme auf den Weg zu bringen, also zusätzliches Geld in den Kreislauf zu geben. Wegbrechende Einnahmen und zusätzliche Ausgaben treffen alle Industriestaaten.

(Gerd Ludwig Will [SPD]: Auf Pump finanziert!)

Schauen Sie sich die Haushaltsdebatten in Großbritannien, in Irland, in Griechenland oder wo auch immer an. Das trifft uns genauso auch in Deutschland - im Bund wie in den 16 Ländern wie in den Kommunen.

Herr Jüttner, Sie haben zu Beginn Ihrer Rede versucht, die Haushaltsentwicklung in Niedersachsen als niedersächsische Besonderheit darzustellen. Wenn das so wäre, Herr Jüttner, dann frage ich Sie: Wie kommt es, dass das SPD-geführte Rheinland-Pfalz statt einer ursprünglich vorgesehen Nettokreditaufnahme von 698 Millionen Euro laut Mipla jetzt 1 186 Millionen Euro neue Schulden macht, also fast 500 Millionen Euro mehr. Wenn es eine niedersächsische Singularität wäre, Herr Jüttner, dann erklären Sie mir bitte, warum Berlin - in Ihrer Wunschkonstellation, Rot-Rot regiert - in diesem Jahr 2,8 Milliarden Euro neue Schulden macht und nicht, wie ursprünglich vorgesehen, fast

null neue Schulden. Herr Jüttner, Sie machen den Menschen doch etwas vor, wenn Sie meinen, dass dies nur ein niedersächsisches Phänomen sei. Räumen Sie doch ein, dass diese Krise alle Länder, den Bund und die Kommunen gleichermaßen betrifft!

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dieser weltweite Finanztsunami hat auch für uns in Niedersachsen entsprechende Konsequenzen. Wir verzeichnen gravierende Steuereinnahmeausfälle. Die Steuerschätzung aus dem Mai dieses Jahres prognostizierte ein Minuswachstum von ungefähr 6 %. Das bedeutet in der Konsequenz Steuermindereinnahmen im Jahr 2009 in Höhe von 1,26 Milliarden Euro und im Jahr 2010 in Höhe von 2,4 Milliarden Euro. Die November-Steuerschätzung unterstellte bei ihren Berechnungen ein Minuswachstum von 5 % des BIP. Daraus ergeben sich für Niedersachsen weitere Steuermindereinnahmen in Höhe von 251 Millionen Euro in diesem Jahr und in Höhe von 137 Millionen Euro im nächsten Jahr.

Ich glaube, bei objektiver Betrachtung - Politik beginnt immer mit der Betrachtung der Realität -

(Lachen bei der SPD)

wird man feststellen müssen, dass diese Mindereinnahmen an einem Land mit einem Haushaltsvolumen von 25 Milliarden Euro nicht spurlos vorbeigehen können. Hinzu kommen die national wie international vereinbarten notwendigen Konjunkturprogramme. Wir haben den Dritten Nachtragshaushalt für das Haushaltsjahr 2009 hier im Landtag beschlossen, der eine Nettoneuverschuldung in Höhe von 2,3 Milliarden Euro vorsieht. Auch dieser Haushalt sieht genau so eine Neuverschuldung von 2,3 Milliarden Euro vor.

(Dr. Manfred Sohn [LINKE]: Macht zusammen?)

Meine Damen und Herren, damit eines klar ist: Das ist ärgerlich.

(Dr. Manfred Sohn [LINKE]: Ärgerlich ist das? - Das ist skandalös!)

Das ist bitter; keine Frage. Aber eines ist auch klar: Es wäre falsch, jetzt gegen die Krise anzusparen. Das schafft keine Sicherheit. Das würde alles schlimmer machen. Das hätte vor allem negative Auswirkungen auf die Konjunktur, auf unseren Mittelstand, auf die Infrastruktur usw. usf. Deshalb sage ich: Obwohl wir unseren Konsolidierungskurs

aus übergeordneten Gründen vorübergehend verlassen, ist diese Neuverschuldung ohne Alternative. Von Ihnen habe ich keinen einzigen Beitrag dazu gehört, wie wir es hätten anders machen sollen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Obwohl wir uns in der größten Finanzkrise in der Geschichte unserer Bundesrepublik Deutschland befinden, machen wir in Niedersachsen im Jahr 2010 nur 2,3 Milliarden Euro an neuen Schulden. Ich weise darauf hin, dass in dem letzten Haushalt zu Zeiten der früheren SPD-Landesregierung im Jahr 2002, als es keine Krise gab, 650 Millionen Euro zusätzliche Schulden gemacht worden sind.

(Björn Thümler [CDU]: Unglaublich!)

Wir brauchen uns insofern beim Thema „Umgang mit Landesfinanzen“ von Sozialdemokraten nicht belehren zu lassen!

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP - Björn Thümler [CDU]: Die Wahrheit ist bitter! - Zurufe von der SPD)

Einige - wie der geschätzte Kollege Tanke - machen Zwischenrufe, andere - wie Herr Jüttner und Herr Bartling - tun dies nicht, weil sie genau wissen, dass sie damals an führender Stelle mit Verantwortung dafür getragen haben, dass wir im Jahr 2003 diese schwierige Finanzsituation übernommen haben.

Vizepräsident Hans-Werner Schwarz:

Möchten Sie - - -

David McAllister (CDU):

Nein, ich möchte jetzt keine Zwischenfrage von Ihnen beantworten.

Herr Jüttner, ich will Ihnen noch etwas sagen: Sie haben sich hier vor zwei Jahren hingestellt und den Ministerpräsidenten aufgefordert, Milliarden auf den Markt zu schmeißen, um zusätzliche Volkswagenaktien zu kaufen. Wir sind froh, dass wir nicht auf Sie gehört haben; denn sonst hätten wir in diesem Land noch ganz andere Haushaltsprobleme.

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, wir haben den Landeshaushalt im September-Plenum ausführlich beraten. Die Koalitionsfraktionen haben so wie die Op-

positionsfraktionen den Landeshaushalt intensiv beraten. Wir haben eigene Schwerpunkte gesetzt. Stellvertretend für alle Politikbereiche möchte ich jetzt nur auf fünf Themen eingehen.

Erstens möchte ich mich der Umsetzung des Konjunkturpakets II und der „Initiative Niedersachsen“ zuwenden, die mit diesem Haushalt weiter fortgeführt wird. Die aktuelle Kabinettsvorlage zu diesem Thema, die der *Rundblick* heute dargestellt hat, belegt eindrucksvoll den Erfolg dieser Initiative.

(Kreszentia Flauger [LINKE]: Hofberichterstatter!)

Zum Stichtag 1. November 2009 ist die kommunale Investitionspauschale von 600 Millionen Euro in mehr als 85 % der Kommunen bereits angekommen. 1 393 Vorhaben im ganzen Land mit einem Investitionsvolumen von rund 468 Millionen Euro wurden begonnen. Zudem haben die Kommunen wesentlich mehr Geld investiert, als ihr Kofinanzierungsanteil - im Durchschnitt 20 % - ausmacht. Beim Programm „Kommunale Schwerpunkte“ - sei es bei der Förderung der Schulinfrastruktur, bei der Medienausstattung, bei den Innovations- und Zukunftszentren an den berufsbildenden Schulen und vielem anderen mehr - sind bisher insgesamt 173 Millionen Euro in 2 224 Infrastrukturvorhaben investiert worden. Der Ausbau der Breitbandversorgung im ländlichen Raum geht voran. Fördermittel für die Sanierung kommunaler Sportstätten stehen in Höhe von 50 Millionen Euro zur Verfügung. Ebenso erwähnen möchte ich an dieser Stelle die Förderung von Krankenhäusern und den Hochwasserschutz im Binnenland.

Vizepräsident Hans-Werner Schwarz:

Herr McAllister, gestatten Sie - - -

David McAllister (CDU):

Nein, danke.

Die kommunalen Förderprogramme mit nahezu allen Vorhaben und ebenso die reinen Landesmaßnahmen befinden sich damit allesamt in der Realisierung.

Was ich damit deutlich machen will, ist: Alle diese Programme, alle diese Maßnahmen helfen der Konjunktur, vor allem der Bauwirtschaft und dem örtlichen mittelständischen Handel und Handwerk.

Eines stelle ich auch fest: Kein Bundesland hat dieses Konjunkturprogramm so kommunalfreundlich und so zeitnah umgesetzt wie wir in Nieder-

sachsen. Deshalb ist das ein Riesenerfolg für diese Landesregierung.

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Zweitens. Wir als Koalition von CDU und FDP sind ferner stolz darauf, dass wir in Niedersachsen jetzt mehr Geld für Bildung, Wissenschaft und Forschung ausgeben als jemals zuvor. Der Bildungsetat umfasst Ausgaben in Höhe von 4,717 Milliarden Euro im Jahr 2010. Das sind 265 Millionen Euro mehr als im Vorjahr. Vor allem damit man auch die Glaubwürdigkeit der Argumente des Oppositionsführers kennenlernt: Das sind in Niedersachsen 1 Milliarde Euro mehr für die Bildung als im Jahr 2002. Das ist die Realität, auf die wir die Menschen in Niedersachsen in aller Deutlichkeit hinweisen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, in die Schulinfrastruktur wird investiert.

(Victor Perli [LINKE]: Das sind alles Bundesmittel, Herr McAllister!)

Der Hochschulpakt 2020 ist auf den Weg gebracht worden. Die Hochschulen haben Planungssicherheit. Außerdem holen wir bei den Betreuungsplätzen für die Kinder unter drei Jahren kräftig auf.

(Lachen bei der SPD und Zurufe von der SPD)

- Meine Damen und Herren, Sie haben in diesem Bereich bis 2003 überhaupt nichts auf den Weg gebracht.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Heiner Bartling [SPD]: Wir reden über 2010! Wir reden über 2010!)

Eines will ich noch sagen, Herr Jüttner: Sie hatten 13 Jahre lang Zeit, den Kindergartenbesuch in Niedersachsen beitragsfrei zu stellen. Nichts aber haben Sie gemacht! Wir hingegen haben das dritte Kindergartenjahr beitragsfrei gestellt! Wir lassen uns von Ihnen hier nicht belehren.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP - Heiner Bartling [SPD]: Was hat Adenauer 1956 gemacht? So was Bescheuertes! - Weitere Zurufe von der SPD)

Ich will auf einen einzigen Punkt zur Schulpolitik hinweisen: Die Koalitionsfraktionen von CDU und FDP haben als eine der wichtigsten Änderungen

zum Haushalt eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 12 Millionen Euro in den Haushalt eingestellt, damit das Hauptschulprofilierungsprogramm fortgesetzt werden kann. Wir tun dies, weil die Schulsozialarbeiter an den Hauptschulen eine erfolgreiche und wertvolle Arbeit leisten. Wir tun dies auch, weil es uns um die Schulform Hauptschule geht.

Herr Jüttner, ich habe Ihnen sehr aufmerksam zugehört und von Ihnen heute zum wiederholten Male gehört, wie Sie in öffentlicher Landtagsdebatte über unser Schulsystem reden.

(Björn Thümler [CDU]: Unverantwortlich!)

Der aktuellen Statistik des Kultusministeriums habe ich bezüglich der Übergangsquoten von Klasse 4 zu Klasse 5 im Jahr 2008 folgende Zahlen entnommen: 42,1 % der Schüler gehen aufs Gymnasium, 39,0 % auf die Realschule, 13,2 % auf die Hauptschule - hier eingerechnet sind bereits die Schüler in den KGSen -, 5 % besuchen eine IGS und 0,7 % die Waldorfschulen. Meine Damen und Herren, 5 % besuchen die Integrierten Gesamtschulen. Ich sage für meine Fraktion: Die Gesamtschulen sind eine wichtige Ergänzung des bestehenden Schulsystems.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Aber nicht überall!)

Wir haben durch eine Änderung des Schulgesetzes ermöglicht, dass in jüngster Zeit eine ganze Reihe von neuen Gesamtschulen auf den Weg gebracht werden konnten. Das sind 5 % der Schüler.

(Zuruf von der SPD: Und wie viele haben Sie ausgebremst?)

95 % der Fünftklässler besuchen nicht die Integrierte Gesamtschule, sondern besuchen Schulen mit einem differenzierten Angebot. Dann stellt sich der Oppositionsführer hier hin und bezeichnet dieses Schulsystem als reaktionär und museal.

(Björn Thümler [CDU]: Unverantwortlich! - Heiner Bartling [SPD]: Wo er recht hat, hat er recht! - Beifall bei der SPD und bei der LINKEN)

- Sie klatschen auch noch! Herr Jüttner, ich sage Ihnen eines in aller Deutlichkeit: 95 % der Schülerinnen und Schüler besuchen ein Schulsystem, das laut Herrn Jüttner reaktionär ist. Ich sage Ihnen eines: Wir lassen es nicht zu, dass Sie mit solchen Sprüchen Millionen von Eltern, Schülern und Lehrern diffamieren, die ihre Kinder dort zur

Schule schicken und die dort wertvolle Arbeit leisten.

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP - Oh! bei der SPD - Heiner Bartling [SPD]: Wir sind richtig traurig, dass Sie das nicht zulassen!)

- Das sind genau die Reaktionen,

(Unruhe bei der SPD)

wegen denen wir uns schulpolitisch mit Ihnen auf absehbare Zeit nicht einigen können,

(Heiner Bartling [SPD]: Das ist auch gut so! - Karl-Heinz Klare [CDU]: Aber Sie sind Opposition und haben nichts zu sagen!)

weil Sie in Wirklichkeit die Zwangseinheitsschule für alle wollen. Wir werden es nicht zulassen, dass das bewährte Schulsystem in diesem Land zerschlagen wird.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Es fiel wieder der Zwischenruf, die Hauptschule sei eine Restschule.

(Miriam Staudte [GRÜNE]: Immer diese Einheitsreden!)

13,2 % der Schüler der Klasse 5 sind in die Hauptschule eingeschult worden. 13,2 % bezeichnen Sie als Rest? - Dann kann man zunächst die Frage stellen: Wie qualifizieren Sie dann die Prozentzahlen von anderen Schulformen? Das soll nicht meine Frage sein. Aber wenn 13,2 % ein Rest sind - Herr Wenzel, die Grünen hatten bei der Landtagswahl 8 %, Herr Dr. Sohn, die Linke auch so ungefähr. Wenn 13,2 % ein Rest sind, was sind dann Ihre 8 %? Ein jämmerlicher Rest? Ein kläglicher Rest? - So können wir doch nicht miteinander umgehen!

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich komme nicht auf die Idee, Ihre Fraktion als Restfraktion zu titulieren.

(Dr. Manfred Sohn [LINKE]: Jetzt aber zum Haushalt, Herr McAllister!)

Drittens zur Infrastruktur. In diesem Landeshaushalt 2010 genießen die Investitionen besondere Priorität. Für den Bau des JadeWeserPorts in Wilhelmshaven stehen beispielsweise 67,8 Millionen Euro bereit.

Für NPorts stehen im Jahr 2010 108,2 Millionen Euro an Landesmitteln zur Weiterentwicklung und zur Substanzerhaltung der landeseigenen Häfen bereit. Insbesondere in Cuxhaven soll sehr umfangreich investiert werden im Rahmen der östlichen Erweiterung des Offshore-Basishafens. Wir sind fest entschlossen, Niedersachsen mit den Standorten Emden und Cuxhaven als Offshore-Basishäfen zu dem attraktiven Standort Nummer eins für die Offshore-Windenergienutzung zu machen.

Herr Jüttner, eine Anmerkung zu Ihrem energiepolitischen Teil: Sie werfen uns eine falsche energiepolitische Weichenstellung vor und unterstellen uns, wir hätten Probleme mit den erneuerbaren Energien. Ich frage Sie: Wie kommt es dann, dass Herr Gabriel mit der Landesregierung vereinbart hat, dass in Niedersachsen, in Oldenburg, das Deutsche Windenergieforschungszentrum in Zusammenarbeit mit der Universität Hannover entsteht? - Das müssen Sie Ihren Parteivorsitzenden schon fragen, als er als Umweltminister diese Entscheidung zugunsten Niedersachsens getroffen hat. Wir lassen uns unsere Energiepolitik von Ihnen nicht kaputtreden.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, die Koalitionsfraktionen von CDU und FDP haben entschieden, dass im nächsten Jahr 73,5 Millionen Euro in den Landesstraßenbauplafond investiert werden.

(Björn Thümler [CDU]: Sehr gut!)

Wir erhöhen damit den Ansatz um 15 Millionen Euro auf insgesamt, wie bereits gesagt, 73,5 Millionen Euro.

(Björn Thümler [CDU]: Noch besser!)

Dieses Geld soll fließen für den Erhalt der Bahnen, für den Erhalt von Bauwerken, für den Umbau von Kreuzungen und Ortsdurchfahrten, für die Beseitigung von Unfallhäufungsstellen, ferner 1,3 Millionen Euro für den Grunderwerb. Hinzu kommen - darauf sind wir stolz - 5 Millionen Euro für die Erhaltung von Radwegen und 7 Millionen Euro für den Neubau von Radwegen. Das muss die Öffentlichkeit wissen: Ab 2003 wären in Niedersachsen gar keine Radwege mehr gebaut worden, wenn die Sozialdemokraten die Wahl gewonnen hätten.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und Zustimmung bei der FDP)

Ein vierter Schwerpunkt ist die innere Sicherheit. Die Einführung des Digitalfunks bei der Polizei schreitet unverändert voran. Der Fuhrpark der niedersächsischen Polizei wird durch den Kauf von 1 000 Neufahrzeugen für 23 Millionen Euro modernisiert. Die Koalitionsfraktionen von CDU und FDP haben auf ihrer Haushaltsklausurtagung weitere Schwerpunkte gesetzt, z. B. für den Neubau für das Landeskriminalamt in Hannover und den Neubau für die Polizeiinspektion in Lingen.

Eine fünfte Anmerkung. Sie haben das Verhältnis von Land und Kommunen angesprochen, Herr Jüttner. Wir haben immer gesagt, dass wir die kommunale Selbstverwaltung erhalten wollen. Wir stehen für zukunftsfähige Kommunen aus eigener Kraft. Ich sage Ihnen eines ganz deutlich: Wir sind sehr zufrieden, dass die Landesregierung und die drei kommunalen Spitzenverbände in Niedersachsen mit ihren Unterschriften den Weg für den Zukunftsvertrag für starke Kommunen freigemacht haben.

(Beifall bei der CDU und Zustimmung bei der FDP)

Sie haben diesen Zukunftsvertrag erst als „Maus“ und dann sogar als „Mäuschen“ bezeichnet. Ich sage Ihnen eines in aller Deutlichkeit: Unser Dank gilt allen auf der Landes- wie auf der lokalen Ebene, die trotz höchst unterschiedlicher Interessenlagen und höchst unterschiedlicher parteipolitischer Versuchungen zu diesem Erfolg beigetragen haben. Wir danken Herrn Timmermann. Wir danken dem SPD-Oberbürgermeister Mädge und dem SPD-Landrat Reuter.

Sie mögen den Zukunftsvertrag als „Maus“ oder „Mäuschen“ abqualifizieren. Ich sage Ihnen: Es gibt verdammt viele Bürgermeister und Kommunalpolitiker in Niedersachsen, die auf diesen Zukunftsvertrag warten, z. B. der SPD-Bürgermeister in Land Wursten, Herr Neumann, z. B. Ihr SPD-Bürgermeister in Nordholz, Herr Jährling.

Sie können das alles abqualifizieren. Sie werden Ihrer kommunalpolitischen Verantwortung in diesem Haus schon seit Jahren nicht mehr gerecht!

(Lebhafter Beifall bei der CDU und Zustimmung bei der FDP)

Weil wir diesen Zukunftsvertrag mit Uwe Schünemann umsetzen wollen, stellen wir ab 2012 eine entsprechende Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 180 Millionen Euro in den Haushalt ein. Dann stehen jährlich bis zu 70 Millionen Euro für

Zins- und Tilgungsleistungen in den Kommunen bereit.

Diese Art der Politik ist für mich vorbildlich: gemeinsam in Partnerschaft mit den Kommunen die Sachen von unten nach oben zu bewegen. Wir werden diesen Weg weiter gehen. Wir lehnen zentralistische Forderungen nach einer Gebietsreform, wie sie die politische Linke in diesem Hause zunehmend erhebt, strikt ab. Wir wollen mit den Kommunen Politik machen und nicht gegen die Verantwortlichen vor Ort.

(Beifall bei der CDU und Zustimmung bei der FDP)

Meine Damen und Herren, damit gar kein Missverständnis aufkommt: CDU und FDP sind fest entschlossen, mit der Landesregierung die Haushaltskonsolidierung fortzusetzen. Mit Beendigung des Konjunkturpakets II Ende 2010 werden wir spätestens ab 2011 verschärfte Konsolidierungsschritte tätigen müssen.

Unser Ziel ist klar formuliert: Ab 2011 wollen wir die Nettokreditaufnahme um 350 Millionen Euro jährlich absenken, um bis 2017 einen Haushalt ohne Nettokreditaufnahme zu erreichen. Das ist zwei Jahre eher, als es die Grundgesetzänderung vorsieht.

Das ist ein sehr ambitioniertes Ziel. Aber wir sind fest entschlossen, dieses Ziel zu erreichen. Wir haben seit 2003 bewiesen, als wir die Nettokreditaufnahme von 3 Milliarden Euro aus der Zeit von Sigmar Gabriel trotz der Störversuche der Opposition auf 250 Millionen Euro abgesenkt haben, dass wir diesen Weg gehen können.

Auf Sie können wir uns dabei nicht verlassen. Wir wissen seit 2003, dass mit Ihnen kein Staat zu machen ist.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und Zustimmung bei der FDP)

Meine Damen und Herren, schauen wir uns zum Schluss die Haushaltsvorschläge der Opposition an.

Beginnen wir mit der Premiumopposition; das sind die Grünen.

Herr Wenzel, Sie wissen im Gegensatz zu manchen Ihrer Mitstreiter auf der ganz linken Seite, dass man jeden Euro nur einmal ausgeben kann. Da sind Sie durchaus weiter als der Kollege Jüttner oder erst recht als die Kollegen von der ganz linken Truppe.

Wir begrüßen deshalb ausdrücklich, dass Sie sich in Ihrem Haushaltsantrag zu einer klaren Schuldenbegrenzung bekennen. Wir können es Ihnen nicht verübeln, dass Sie die notwendigen Mehrausgaben zum allergrößten Teil durch die Ablehnung des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes erwirtschaften wollen. Für eine Partei, die im Bund wie in Niedersachsen in der Opposition ist, ist das eine konsequente, letztlich aber auch folgenlose Kalkulation.

Ich finde gut, dass Sie, Herr Klein und Ihre Mitstreiter die Berichte des Landesrechnungshofes sehr sorgsam gelesen haben, um mögliche Einsparvorschläge zu identifizieren. Auch das unterscheidet Sie von den anderen Oppositionsfraktionen, für die Konsolidierungsvorschläge konkreter Art weitgehend Fremdwörter sind.

Es ist auch redlich von den Grünen, dass sie in ihrem Antrag zu einer Reihe von Einzelmaßnahmen ausdrücklich auf den Haushaltsvorbehalt hinweisen.

(Heinrich Aller [SPD]: Seid vorsichtig!
Der schmeißt sich an euch heran! Das wird jetzt aber eng!)

Das zeugt insgesamt von wesentlich mehr Sorgfalt und Mühe, als es bei den anderen der Fall ist.

Herr Wenzel, ich will nur einen einzigen Punkt erwähnen, bei dem Sie meines Erachtens definitiv falsch liegen. Sie fordern u. a., das sogenannte Aufstockungsprogramm des Bundes um 100 Millionen Euro zu kürzen. Sie wissen genau, dass darin beispielsweise 20 Millionen Euro zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung enthalten sind. Das funktioniert so nicht. Frau Korter kann hier nicht vormittags die vermeintlich schlechte Unterrichtsversorgung in Niedersachsen kritisieren, wenn Sie hier nachmittags mit entsprechenden Haushaltsanträgen kommen und die Landesregierung für genau diese Maßnahmen kritisieren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich komme nun zu den Vorschlägen der Fundamentalopposition.

(Pia-Beate Zimmermann [LINKE]: Wer ist das denn?)

Zu den Vorschlägen der Linksfraktion fällt uns als Koalition leider wenig ein.

(Dr. Manfred Sohn [LINKE]: Das haben wir uns gedacht! - Lachen bei der LINKEN)

Sie sind aber letztlich konsequent; denn erstens interessieren Sie sich gewöhnlich nicht sehr für die finanzielle Leistungsfähigkeit des Landes. Herr Dr. Sohn, für Sie ist Parlamentsarbeit ja ohnehin nach eigener Aussage nachrangig. Sie bewegen sich ja lieber auf der Straße.

(Kreszentia Flauger [LINKE]: Sie interessieren sich lieber gar nicht für die Straße!)

Herr Dr. Sohn, Sie haben in der mir fremden Zeitung *Junge Welt* am 29. Juli 2008 geschrieben - ich zitiere -:

„Es gibt eine Art von Opposition, in der der größte Teil der Zeit und Kraft sowohl ihrer Parlamentarier als auch ihrer Mitarbeiter darauf verwendet wird, detaillierte Gesetzentwürfe auszuarbeiten, als seien sie eine Regierung im Wartestand. Das ist nicht nur dummes Zeug und Zeitverschwendung. Wer so handelt, begeht ein Verbrechen gegen die begrenzten Ressourcen jeder politischen Kraft.“

(Ursula Helmhold [GRÜNE]: Das hatten wir doch beim letzten Mal schon! - Kreszentia Flauger [LINKE]: Sie wiederholen sich!)

Natürlich ist es so, dass die Regierung konkrete Gesetzentwürfe vorlegen soll. Ich bleibe aber ausdrücklich bei meiner grundsätzlichen Kritik, welche Vorstellung von Parlamentarismus Sie haben. Dazu sage ich Ihnen eines sehr deutlich: Ich finde, die Art und Weise, wie beispielsweise die Grünen Oppositionsarbeit mit konkreten und detaillierten Vorschlägen machen, ist verantwortungsbewusster und seriöser als dieser Linkspopulismus von der Linkspartei.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Herr Dr. Sohn, da Sie die Parlamentsarbeit gering schätzen, wollen wir uns auch nicht näher mit Ihren Entschließungsanträgen beschäftigen.

(Kreszentia Flauger [LINKE]: Unsere Gesetzentwürfe haben Sie schon gelesen, oder?)

Lassen Sie mich noch eines ergänzen: In Ihrer Pressemitteilung vom 11. Dezember 2009 fordern Sie in 168 Änderungsanträgen insgesamt 1,5 Milliarden Euro Mehrausgaben.

(Dr. Manfred Sohn [LINKE]: Hört, hört! Ziemlich detailliert, gelle?)

Zusätzlich wollen Sie auch noch die Neuverschuldung von 2,3 Milliarden Euro abdecken. Köstlich sind aber Ihre Gegenfinanzierungsvorschläge - alles fiktiv, alles virtuell -: Wiedererhebung einer reformierten Vermögensteuer, Einführung einer Großerbensteuer,

(Beifall bei der LINKEN)

Anhebung der Körperschaftsteuer und Einführung einer Börsenumsatzsteuer. - Aber wissen Sie, was an Ihrer Pressemitteilung peinlich ist, Frau Flauger - deshalb hätte ich Ihnen empfohlen, dass Sie nicht geklatscht hätten -: Sie haben Milliarden und Millionen verwechselt. Hier steht nämlich: Wiedererhebung einer reformierten Vermögensteuer bringt ungefähr 1 Million Euro, und die Einführung einer Börsenumsatzsteuer bringt 1,1 Millionen Euro. - Das aber ist auch konsequent: Ob Milliarde oder Million - Sie verbrennen sowieso virtuelles Geld, das gar nicht vorhanden ist. Insofern ist das auch völlig egal.

(Heiterkeit und starker Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Kommen wir nach der Premiumopposition und der Fundamentalopposition zur dritten Opposition, nämlich zu den Sozialdemokraten.

In Ihrem Wunschkatalog befindet sich wie üblich eine ganze Menge an Forderungen. Herr Jüttner hat sich die Mühe gemacht, sie weitgehend alle vorzutragen.

Es sind letztlich - das wissen auch Sie - Mehrausgaben ohne realistische und seriöse Gegenfinanzierungsvorschläge. Das kennen wir ja nun schon aus den letzten Jahren.

(Heinrich Aller [SPD]: Das müssen Sie gerade sagen!)

Allerdings war in diesem Jahr Ihr Verhalten im Vorfeld der Haushaltsdebatte ganz besonders grotesk.

Letzten Freitag machen Herr Jüttner und Frau Geuter ein Pressefrühstück und stellen die Änderungsanträge zum Haushalt vor: Mehrausgaben in Höhe von Hunderten von Millionen von Euro, letztlich schuldenfinanziert.

Am gleichen Tag, wenige Stunden später, geht eine gemeinsame Pressemitteilung von SPD und Grünen heraus, in der mit der Begründung einer zu hohen Neuverschuldung eine Klage gegen den Dritten Nachtragshaushalt 2009 angekündigt wird.

Sie handeln nach dem Motto: Was schert mich mein Geschwätz vom Vormittag - Hauptsache Freibier für alle!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Wolfgang Jüttner [SPD]: Geht es noch billiger?)

Unabhängig davon halten wir Ihre Klage vor dem Staatsgerichtshof gegen den Dritten Nachtragshaushalt 2009 für unbegründet.

Erstens. Es gibt wegen der einzigartigen Finanzkrise eine erhebliche Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts.

Zweitens. Allein die Tatsache, dass es überhaupt einen Dritten Nachtragshaushalt 2009 gab, zeigt doch, wie außergewöhnlich die Situation und die Folgen sind.

Drittens. Entscheidendes Kennzeichen dieser außergewöhnlichen Situation ist eine nie dagewesene hohe Prognoseunsicherheit.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Und was ist mit der Stellungnahme des Bundesrechnungshofs? - Heinrich Aller [SPD]: Haushaltslegende III ist das!)

Viertens. Weil das so ist - wegen der besonderen Entwicklungen -, müssen die Jahre 2009 und 2010 letztlich als Einheit gesehen werden, auch wenn sie haushaltsrechtlich nicht so behandelt werden. Die Krise und die Wirkung der Konjunkturpakete halten sich ebenso wenig an Haushaltsjahre wie die steuerlichen Ergebnisse niedersächsischer Unternehmen.

(Heinrich Aller [SPD]: Also doch Doppelhaushalt!)

Insofern können wir zusammenfassend sagen: Die 2,3 Milliarden Euro sind der Sache und der Höhe nach als Ultima Ratio geboten. Das sollte man gerade dieser auf Verschuldungsbegrenzung großen Wert legenden Landesregierung von Christian Wulff und insbesondere unserem Finanzminister Hartmut Möllring objektiv attestieren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Um es noch grotesker werden zu lassen, Herr Jüttner: Sie stützen Ihre Klage gegen den Dritten Nachtragshaushalt 2009 u. a. mit der Begründung, die Landesregierung nehme mehr Kredite als notwendig in Anspruch, und diese Mittel würden in die Rücklage fließen. Sie kritisieren dieses Vorgehen als verfassungswidrig.

Im Änderungsantrag der SPD-Fraktion zum Haushalt steht zum Einzelplan 13: Zusätzliche Einnahmen: Entnahme aus der allgemeinen Rücklage: 150 Millionen Euro. - Sie kritisieren also etwas als verfassungswidrig, zerren uns vor den Staatsgerichtshof und fassen selbst genauso da hinein. Das ist völlig widersprüchlich und unlogisch und zeigt die ganze finanzpolitische Misere der SPD.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Heiner Bartling [SPD]: Es zeigt, dass Sie keine Ahnung von Haushaltsrecht haben!)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich abschließend noch etwas zum Wachstumsbeschleunigungsgesetz sagen.

(Dieter Möhrmann [SPD]: Was sagt denn der Landesrechnungshof dazu?)

Die Kritik der Opposition am Wachstumsbeschleunigungsgesetz steht in keinem Verhältnis.

Erstens. Diese Krise kostet das Land Niedersachsen insgesamt allein im nächsten Jahr 2,4 Milliarden Euro; so die Mai-Steuerschätzung.

Zweitens. Die von der Großen Koalition, also von SPD-Bundesfinanzminister Steinbrück auf den Weg gebrachten Entlastungen - - -

(Heinrich Aller [SPD]: Die Große Koalition - Steinbrück! Ich lache mich tot!)

- Leiden Sie an partieller Amnesie? Herr Steinbrück war doch noch bis vor wenigen Monaten Finanzminister! Was reden Sie denn da, Herr Aller?

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und bei der FDP - Heiner Bartling [SPD]: Wie heißt denn die Dame, die die Kanzlerin ist?)

Die Entlastungen, die die Große Koalition - Union und SPD gemeinsam - auf den Weg gebracht hat, belasten den Landeshaushalt mit 500 Millionen Euro. Dazu gehören die Absetzbarkeit der Krankenkassenbeiträge - 364 Millionen Euro - und die Veränderungen im Steuerrecht im Umfang von insgesamt 132 Millionen Euro.

Jetzt geht es um das Wachstumsbeschleunigungsgesetz, das 135 Millionen Euro weniger für Niedersachsen in 2010 bedeutet. Das ist natürlich ein Bruchteil der Summen, die ich soeben vorgebracht habe.

Ich frage Sie, wenn es Ihnen denn wirklich um die Sache geht: Wo war Ihr Aufschrei, als die Große

Koalition damals die Entlastung beschlossen hatte? Damals haben Sie nicht protestiert, weil Sie, wie wir auch, der Meinung gewesen sind, dass dies gerade in diesen schwierigen krisenbedingten Zeiten sinnvolle Maßnahmen sind.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir können diese 135 Millionen Euro ohne zusätzliche Neuverschuldung im Haushalt vertretbar darstellen.

Aber ich will noch etwas zu den Details sagen. Herr Jüttner, 90 % dieses Gesetzes finden unsere Zustimmung; über 10 % kann man in der Tat streiten. Aber Sie wissen auch, dass jeder Gesetzentwurf insbesondere in einem föderativen Staat letztlich ein Kompromiss ist. Niedersachsen wird mit sehr guten Argumenten am Freitag für dieses Wachstumsbeschleunigungsgesetz stimmen können.

Erstens. Man kann hinsichtlich der Ermäßigung des Mehrwertsteuersatzes für Beherbergungsleistungen durchaus unterschiedlicher Auffassung sein. Weil Sie vorhin gesagt haben, nur ein einziger Verband habe dies gelobt, will ich nur Sven Ambrosy, Landrat von Friesland, SPD-Landesvorstandsmitglied, in der *Hotel- und Gaststättenzeitung* vom 3. November zitieren:

„Ab dem 1. Januar 2010 will die Bundesregierung die Mehrwertsteuer auf Beherbergungsleistungen von 19 auf 7 % senken und macht damit auch den Tourismusverband Niedersachsen (TVN) glücklich. Dessen Vorsitzender Sven Ambrosy, im Hauptberuf Landrat des Kreises Friesland, macht darauf aufmerksam, dass die entsprechende Mehrwertsteuer in den Niederlanden lediglich 6 % beträgt.“

Ich finde, Sven Ambrosy, mit dem ich zusammen studiert habe, hat eine so miese öffentliche Behandlung durch den SPD-Fraktionsvorsitzenden nicht verdient.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Zweitens. Die geplanten Änderungen zur Unternehmenssteuerreform sind richtig, weil sie in der Krise auch unsere niedersächsischen Betriebe entlasten und Wachstumsbremsen lockern können.

Drittens. Auch die angedachten Änderungen bei der Erbschaftsteuer sind absolut richtig, weil es im

Lichte von Artikel 6 des Grundgesetzes, der die Familie ausdrücklich schützt, nicht richtig war, Geschwister und deren Kinder, also Nichten und Neffen des Erblassers, so zu behandeln, wie es der SPD-Bundesfinanzminister ursprünglich durchgesetzt hatte.

Viertens. Man könnte auch etwas zur Verstärkung der Förderung von Biogasanlagen oder zur weiteren steuerlichen Ermäßigung für den Agrardiesel sagen.

Aber ich will auf das aus unserer Sicht Entscheidende, auf den größten Posten des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes noch eingehen: Herr Jüttner, Sie haben dieses Gesetz als „unsinnige Maßnahme“ und „Mist“ bezeichnet. Das größte Volumen des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes macht die Erhöhung des Kindergeldes um 20 Euro und der Kinderfreibeträge aus.

(Beifall bei der CDU)

Ich sage Ihnen aus tiefster Überzeugung: Dieses Geld ist für Kinder und Familien da. Es fließt direkt wieder in den Konsum. Dies ist eine wichtige Entlastung von Menschen in der Mitte unserer Gesellschaft.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Das ist eine finanzielle Entlastung für die schweigende Mehrheit oder vielleicht eine schweigende Minderheit in diesem Land.

(Zurufe von der LINKEN)

Das sind junge Menschen, die heiraten, eine Familie gründen, morgens aufstehen, ihre Kinder zur Kindertagesstätte oder in die Schule fahren

(Helge Limburg [GRÜNE]: Eben nicht, weil es nicht genügend Plätze gibt!)

und dann arbeiten gehen, wobei sie im Pendlerland Niedersachsen zum Teil weite Wege fahren. Es sind tüchtige, fleißige Menschen, die abends mit ihren Kindern noch die Hausaufgaben machen und die sich ehrenamtlich engagieren, ob im Elternrat, im Sportverein oder der Feuerwehr. Diese Menschen kennen die Polizei eigentlich nur aus dem *Tatort* vom Sonntagabend, weil sie sich ansonsten an Recht und Gesetz halten.

Meine Damen und Herren, es sind diese ganz normalen Lebensentwürfe, die jetzt begünstigt werden sollen. Ich sage Ihnen eines in aller Deutlichkeit und mit großer Leidenschaft: Dies soll denjenigen zugute kommen, die unsere Gesellschaft zusammenhalten, die mit ihren Steuern und Abga-

ben unseren Sozialstaat mitfinanzieren, die mit ihrer Entscheidung für Kinder unserem Land eine Zukunft geben. Sie haben keine lautstarke Lobby in Berlin und werden durch das bestehende Steuersystem extrem benachteiligt. Ich sage Ihnen aus vollem Herzen: Wir wollen, dass genau diese Menschen entlastet werden. Die schweigende Mitte in unserem Land soll mehr Netto vom Brutto haben.

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, es gibt beachtliche Argumente dafür, dass Niedersachsen diesem Wachstumsbeschleunigungsgesetz am Freitag im Bundesrat zustimmen wird und es eine Mehrheit finden wird. Letzte Details werden am Mittwoch oder vielleicht sogar erst am Donnerstag spät in der Nacht endgültig beraten werden.

Ich fasse zusammen: Dieser Haushalt 2010 ist ein weiteres Zeichen politischer Handlungsstärke dieser Regierung und ihrer Koalitionsfraktionen. Er setzt erkennbar klare politische Schwerpunkte in den wichtigen Zukunftsbereichen unseres Landes. Der verantwortliche Umgang mit den Landesfinanzen ist und bleibt ein Markenzeichen dieser Regierungskoalition.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Stürmischer, nicht enden wollender, rhythmischer Beifall bei der CDU und bei der FDP - Bravo! bei der CDU)

Vizepräsident Hans-Werner Schwarz:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, bevor ich Herrn Klein zu einer Kurzintervention aufrufe, weise ich noch einmal darauf hin, dass wir uns in der vergangenen Woche im Ältestenrat über den Umgang im Parlament unterhalten haben. Ich gehe davon aus, dass Sie, Frau Reichwaldt, diese Diskussion auch in Ihre Fraktion getragen haben. Wenn ein Kollege von Ihnen den Begriff „Kasper“ gebraucht, was sonst nicht weiter zu uns gelangt ist, dann gehört dies nicht zu dem anständigen Ton, den wir hier pflegen wollen.

(Heiner Bartling [SPD]: Was ist mit „Haufen“?)

Ich bitte nun Herrn Klein um seine Kurzintervention. Sie haben anderthalb Minuten, Herr Klein!

Hans-Jürgen Klein (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Kollege McAllister, zunächst einmal möchte ich sagen, dass ich wirklich froh bin, dass Sie die-

se Rede überlebt haben. Zeitweilig war ich richtig in Sorge. Mit Bluthochdruck ist nicht zu spaßen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Gemeldet habe ich mich zum Aufstockungsprogramm und zu den 20 Millionen Euro für Lehrer. Wir haben in unserem Änderungsantrag genau diesen Posten noch ausgeschlossen. Eigentlich waren wir der Meinung, dass dies nicht notwendig ist. Wir haben eine Aufstellung bekommen, die besagt, dass 100 Millionen Euro dieses Aufstockungsprogramms wegen nicht begonnener Maßnahmen noch frei sind. Diese Mittel haben wir in unserem Antrag gekürzt. Uns wäre nicht im Traum eingefallen, dass diese 20 Millionen Euro seit Januar auf dem Konto liegen und Sie in dieser Angelegenheit noch nichts unternommen haben. Dies konnte ich mir nun wirklich nicht vorstellen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Darüber hinaus muss ich einfach nur noch auf unseren Antrag in Bezug auf die Bildungsausgaben hinweisen. Sie haben ihn ja sehr genau gelesen. Dann werden Sie auch gesehen haben, dass allein dort über 90 Millionen Euro für den Schulbereich angesetzt sind. Insofern müssen wir uns, glaube ich, überhaupt keine Sorgen machen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Hans-Werner Schwarz:

Nächster Redner ist Herr Dr. Sohn von der Fraktion DIE LINKE. Bitte sehr, Herr Dr. Sohn!

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Manfred Sohn (LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Wulff, diese Regierung hat - das zeigt der Haushaltsplan sehr deutlich - jeden Gestaltungswillen verloren, jede Vision von einem sozialen, humanen und ökologisch verträglichen Niedersachsen 2020. Sie führt gegenwärtig einen Angriff auf die Grundlagen der kommunalen Demokratie, und vor allem führt sie Niedersachsen immer tiefer in den Schuldenmorast. Das sind die Kernpunkte dieses Haushaltsentwurfs.

(Beifall bei der LINKEN)

Angetreten war diese Regierung anders. In der Koalitionsvereinbarung 2008 steht wörtlich - ich lese Ihnen das noch einmal vor; wir lesen Ihnen das wahrscheinlich auch in den Folgejahren noch vor -:

„Ab dem Jahr 2010 soll nicht nur die Neuverschuldung beendet, sondern auch mit dem Schuldenabbau begonnen werden.“

Meine Herren, guten Morgen! Es ist 2010.

(Beifall bei der LINKEN)

Statt dieser vollmundigen Erklärungen möchten Sie vom Oktober 2009, also dem letzten Nachtragshaushalt für dieses Jahr, bis zum Dezember 2010 neue Schulden in Höhe von 4,6 Milliarden Euro aufnehmen.

Statt also die Neuverschuldung zu beenden, häuft die Regierung Wulff/Bode neue Schulden auf, und zwar so viel in so kurzer Zeit wie noch keine Landesregierung.

(Beifall bei der LINKEN)

Herr McAllister, laute Stimme und roter Kopf machen noch keine schwarzen Zahlen.

(Beifall bei der LINKEN - Ulf Thiele [CDU]: Warum sind Sie denn so laut?)

Selten also hat sich Vollmundigkeit so blamiert. Dagegen hilft auch nicht, das Märchen 2010 jetzt durch das Märchen 2017 zu ersetzen.

Das Hauptargument, das eben in der Rede noch einmal ausführlich strapaziert worden ist, lautete: Aber wir sind doch in einer schweren Wirtschaftskrise. - Das ist richtig. Aber treffen Sie die angemessenen Maßnahmen? Das ist die Kernfrage auch dieser Haushaltsdebatte.

Es gibt einige Anlehnungen an den berühmten New Deal in den USA 1933. Mit Verweis auf den damaligen Erfolg wird gesagt: In einer solchen Krise muss man eben Geld in die Wirtschaft pumpen. Man darf in der Krise nicht auch noch weiter sparen. - Das ist der richtige Teil. Die Ausgabensteigerung ist grundsätzlich richtig.

Aber wenn man das als Messlatte anlegt, ist die Frage zu stellen: Was haben Sie gemacht? - Sie haben in Ihren Erklärungen - das spiegelt sich in den Zahlen wider - darauf verwiesen, dass Sie in den wesentlichen Ausgabepositionen gar nichts geändert haben. Das ist auch tatsächlich so. Sie tun so, als ob Sie wirklich Impulse in die Wirtschaft gäben. Sie tun es aber überhaupt nicht; denn die wesentlichen Ausgabepositionen ändern sich gar nicht.

Das Wesentliche, was Sie tun müssten, wenn Sie eine solche antizyklische Politik betreiben wollten - das werden wir Ihnen im weiteren Verlaufe der

Debatte noch auffächern; das findet sich auch in unseren entsprechenden Anträgen wieder -, wäre: jetzt mehr Bildung, jetzt mehr soziale Gerechtigkeit, jetzt mehr Schienen in Niedersachsen, jetzt mehr Schulen, jetzt mehr Krankenhäuser. - Davon machen Sie überhaupt nichts.

(Beifall bei der LINKEN)

Die andere Frage ist natürlich: Wie finanziert man das auf der Einnahmeseite? Da ist unser Vorschlag - der übrigens den historischen Erfahrungen entspricht, wie das tatsächlich funktionieren kann -, das spekulierende Geld, das die Finanzblasen verursacht hat, dort oben abzuschöpfen. Das ist der Kern unserer Vorschläge: mehr Vermögensteuer, mehr Großerbensteuer, Körperschaftsteuer und Börsenumsatzsteuer. Diese vier Maßnahmen, zusammengenommen mit verbessertem Steuervollzug, sind die Einnahmeseite eines wirklichen Krisenbekämpfungspaketes, von dem Ihre Regierung meilenweit entfernt ist.

(Beifall bei der LINKEN)

Unsere Vorschläge sind - darauf wurde hingewiesen - gegenfinanziert.

(Lachen bei der CDU und der FDP - Karl-Heinz Klare [CDU]: Aber die Zahlen stimmen nicht! - Christian Dürr [FDP]: In Millionen oder Milliarden gegenfinanziert, Herr Dr. Sohn?)

Wir sind - auch das hat Herr McAllister genannt - einigermassen stolz darauf, dass wir sagen können: Unsere Gegenfinanzierung führt dazu, dass ungefähr 40 Millionen Euro übrig bleiben. Damit könnten erstmals neue Schulden getilgt werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Das eigentlich Bemerkenswerte an dieser Haushaltsdebatte - wie übrigens auch an der letzten - ist die erstaunliche und in gewisser Weise sogar traurige Tatsache, dass die Linke inzwischen die einzige Kraft in diesem Hause ist, die ernsthaft an dem Ziel der Haushaltskonsolidierung festhält,

(Beifall bei der LINKEN - Lachen bei der CDU und bei der FDP)

und zwar nicht irgendwann 2017, sondern jetzt, Herr McAllister. In Ihre Richtung und auch zu SPD und Grünen möchte ich sagen - Herr Försterling guckt immerhin aufmerksam -: Wahr ist in der Tat, dass tatsächlich kein Landeshaushalt und auch kein kommunaler Haushalt in Zukunft sanierbar sein wird ohne eine Politik von mehr sozialer Ge-

rechtigkeit, also ohne Umverteilung von oben nach unten statt umgekehrt.

(Beifall bei der LINKEN)

Herr McAllister, es wird Sie verfolgen, auch wenn Sie das nicht freut: Wir haben im letzten Jahr diese inzwischen lange vergriffene Broschüre mit unseren detaillierten Vorschlägen, mit unseren Alternativen für den Haushalt gemacht.

(Der Redner zeigt die Broschüre „Für ein soziales Niedersachsen“ seiner Fraktion)

Das wird eine Serie. Dies ist ein Vorabdruck der Broschüre für dieses Jahr, in der wir diese Vorschläge machen.

(Der Redner zeigt eine weitere Broschüre)

Auch diese Broschüre wird sich großer Beliebtheit bei Gewerkschaften, in sozialen Kreisen usw. erfreuen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir legen also Alternativen entsprechend der Linie „sozial und solide finanziert“ vor. Wir legen auch ordentliche Kürzungen vor: Kürzungen an Schünemanns Schnüfflertruppe, Kürzungen am unsinnigen Landtagsneubau und Kürzungen an der genauso unsinnigen Y-Trasse.

(Beifall bei der LINKEN)

Diese beiden wesentlichen Punkte - Ihre mangelhafte Ausgaben- und Ihre feige Einnahmenpolitik - unterscheiden sich zwischen den Haushaltsjahren 2009 und 2010 nicht wesentlich. Ein wesentlicher Unterschied allerdings besteht zwischen diesen beiden Haushaltsplänen - das hat Herr Jüttner heute Morgen schon angeschnitten -, und zwar in der Frage der kommunalen Demokratie und ihrer Grundlage, nämlich der kommunalen Finanzkraft.

Sie haben in Ihrem Plan - in der Mittelfristigen Planung schreibt sich das sogar für die Folgejahre fort - Kürzungen der Zuweisungen an die Kommunen von rund 500 Millionen Euro. Sie registrieren natürlich wie die Kommunen auch massive Gewerbesteuerausfälle. Sie haben jetzt schon die Situation, dass die Kommunen Kassenkredite in Höhe von 4,4 Milliarden Euro angehäuft haben. Dieser Situation steht Herr Wulff mit verschränkten Armen gegenüber, entsprechend seiner Leitlinie: Das lässt mich alles kalt. - Das ist ja zunehmend die Leitlinie dieses Ministerpräsidenten: Soziale Fragen? Kommunale Fragen? Das lässt mich alles

kalt. - Das ist die Überschrift des Nichthandelns dieses Ministerpräsidenten.

Getoppt wird er nur noch durch den Innenminister Schünemann, der meint, es sei die Zeit für Erpressungsmanöver gekommen. Er sagt nämlich: Wenn ihr von euren Kassenkrediten herunterkommen wollt, dann könnt ihr das machen. Ich erlasse sie euch, wenn ihr euch zwangsvereinigt. - Diese Schünemann-Erpressung macht das ganze Ausmaß der Verzweiflung dieser Landesregierung angesichts der wachsenden Schuldenberge von Land und Kommunen deutlich.

Nun besteht die Landesregierung nicht nur aus Wulff und Schünemann. Vielmehr ist das die Landesregierung Wulff/Bode, auch wenn Herr Bode heute entschuldigt ist. Herr Bode hat sich in den letzten Tagen zweimal als Krisenbändiger hervorgetan.

In Kopenhagen tagt im Moment, wie Sie wissen, eine wichtige Konferenz, die von 100 000 Demonstranten aufgefordert ist, endlich Taten zur Rettung des Klimas vorzuweisen. Gleichzeitig kündigt die Bahn genau in diesen Tagen einen Kahl Schlag von 4 000 Stellen an, und der CDU-Verkehrsminister steht mit verschränkten Armen daneben.

(David McAllister [CDU]: Was für ein CDU-Verkehrsminister?)

Herr Bode handelt; denn er weiß: Von 1990 bis 2007 sind die CO₂-Emissionen im europäischen Verkehrssektor um 36 % gestiegen. Was schlägt er also, passend zum Klimagipfel, vor? - Einen achtspurigen Ausbau der A 2. Das ist sein Beitrag zum Klimawechsel.

Herr McAllister, weil die *Junge Welt* erwähnt worden war - das ist die einzige Tageszeitung mit gegenwärtig wachsenden Auflagen -, möchte ich darauf hinweisen, dass das die einzige bundesweite Tageszeitung ist, die Herrn Bode gewürdigt hat. Herr Bode hat nämlich am 11. Dezember von der *Jungen Welt* den Titel „Klimaschützer des Tages“ bekommen. Wir beglückwünschen die Regierung zu dieser Auszeichnung.

(Beifall bei der LINKEN)

Aber Herr Bode ist ja nicht nur Verkehrsminister, sondern auch Wirtschaftsminister. Herr McAllister hat ja ausführlich zur Krise als Grundlage dieses Haushaltsentwurfs geredet. Am 8. Dezember hat die IHK in Braunschweig getagt. Dort hat Herr

Bode eine schöne Rede gehalten mit dem schönen Schlusssatz:

„Gemeinsam werden wir 2010 und 2011 aus der Krise kommen.“

Das ist ja das Kernmantra dieser Regierung. Das wird unserer festen Überzeugung nach nicht passieren. Es ist sinnlos, hier im Hause etwas von marxistischer Krisentheorie zu erklären, wo die meisten noch nicht einmal den Unterschied zwischen Mehrwertrate und Profitrate verstehen, ausgenommen vielleicht Frau Andretta. Aber der Kern dessen, was passiert ist, ist doch zunehmend klar: Weil in der Industrieproduktion jahrzehntelang Renditen sanken, haben sich - auch gefördert durch Ihre Deregulierungspolitik - offensichtlich immer mehr Finanzblasen in der Hoffnung auf künftige Renditen gebildet. Das ist das, was im Kern passiert ist.

(Christian Grascha [FDP]: Das war die SPD, das war nicht Schwarz-Gelb!)

Dorthin ist das Geld geflossen. Das sind die sogenannten toxischen Papiere, die sich oben immer mehr angehäuft haben.

Aber der Kern der Krise, Herr McAllister, deutet damit auf die reale Produktion von Waren und Dienstleistungen und das Stocken in diesen Bereichen.

(Wilhelm Heidemann [CDU]: Sehr interessant!)

- Ja, das ist interessant. - Unser Wirtschaftsminister sieht das nämlich völlig anders. Er sagt laut *Braunschweiger Zeitung* vom 9. Dezember, also nach dieser IHK-Tagung, der Schlüssel zur Überwindung der Krise sei die ausreichende Versorgung der Unternehmen mit Krediten. „Das ist die Kernfrage“, sagte Bode. Dann wird wörtlich zitiert:

„Die Kreditwirtschaft muss bereit sein, mehr Risiko einzugehen“, forderte der Minister.“

(Kreszentia Flauger [LINKE]: Genial!)

Nun geht eher ein Kamel durch ein Nadelöhr, als dass Liberale auf Marxisten hören. Aber er sollte wenigstens auf seine eigenen Leute hören oder sie wenigstens zur Kenntnis nehmen. Zwei Tage vorher stand in der *Wirtschaftswoche* die explizite Warnung an die Banken durch Herrn Professor Unsinn, mehr Risiken einzugehen. Manchmal redet er auch sinnvolle Sachen. Er sagt dort unter der Überschrift „Die Spätfolgen der Finanzkrise sind gravierender als erwartet“ Folgendes:

„Besonders viele der toxischen Papiere“

- davon habe ich Ihnen schon ein bisschen erklärt -

„sind in Deutschland gelandet, und das nicht nur bei den Landesbanken. Dadurch sind die Banken geschwächt, und die Kreditvergabe wird behindert. ... Die Tragweite dieser Ereignisse können wir heute noch gar nicht ermessen. Zum Einen ist das deutsche Bankensystem sehr viel mehr geschädigt, als es die Bankbilanzen bisher zeigen. Kaum mehr als 40 % der nötigen Abschreibungen auf die toxischen Papiere sind bislang realisiert. 60 % stehen noch aus, was bedeutet, dass die deutschen Banken mehr als die Hälfte ihres Eigenkapitals ... verlieren.“

Das ist die Situation, in der jeder vernünftige Banker sagt: Ich werde natürlich nicht risikofreudiger als vor diesen Verlusten sein. - Aber Herr Bode, Ihr Wirtschaftsminister, sagt: Jetzt müsst Ihr risikofreudig werden.

Herr Sinn sagt weiter:

„Dennoch gehen die Dimensionen der Krise weit über das hinaus, was man noch vor Monaten für möglich gehalten hätte.“

- Wir schon, er nicht, Sie noch nicht einmal jetzt. -

„So positiv die Börsenmeldungen und Wachstumszahlen in letzter Zeit waren, so schockierend sind die Hintergründe der Krise.“

Davor verschließen Sie mit diesem Haushaltsentwurf konsequent Ihre Augen und Ohren.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie können darauf wetten, auf wen die Banker hören, auf Herrn Bode oder auf Professor Sinn.

Herr Bode ist außerdem ja auch noch Arbeitsminister. Ich bin ja froh, dass er sich bisher auf Wirtschaft und Verkehr beschränkt und nur dazu Unsinn sagt. Mir graut vor der Vorstellung, er sagt ähnlichen Unsinn auch noch zu Arbeitsproblemen.

(Beifall bei der LINKEN - Zustimmung von Helge Limburg [GRÜNE] - Klaus Rickert [FDP]: Das ist eine Unverschämtheit! - David McAllister [CDU]: Was wäre Ihre Rede ohne Bode!)

Vermutlich werden Sie jetzt Folgendes machen, und das ist natürlich das Kerndrama Ihrer Politik: Aus den privaten Schulden der Banken werden Sie staatliche Schulden machen. Das ist der Kern der gesamten Haushaltspolitik, Herr McAllister.

(Kreszentia Flauger [LINKE]: Das ist Ihre Art der Verstaatlichung!)

Sie häufen Schulden über Schulden an und verbinden das mit einem Raubzug gegenüber den sozial Bedürftigen und den Kommunen.

(Beifall bei der LINKEN)

Das wird am allerdeutlichsten am Schuldenbeschleunigungsgesetz. Auch das ist hier ausführlich thematisiert worden und völlig unstrittig. Das Land bürdet sich damit - das ist der Wille der Regierung Wulff/Bode - eine zusätzliche dreistellige Millionen-summe auf den sowieso überstrapazierten Haushalt auf. Den Kommunen wird noch einmal eine zweistellige Millionen-summe aufgebürdet, und das in den Folgejahren mit steigender Tendenz.

(Wilhelm Heidemann [CDU]: Mephisto könnte es nicht besser machen!)

Aber auch da steht Herr Wulff kalt und regungslos daneben.

Meine Damen und Herren, man weiß ja, dass in der Krise die Kurzarbeit ab und zu ein ganz taugliches Instrument zur vorübergehenden Linderung von Problemen ist. Allerdings muss diese Begeisterung für Kurzarbeit nicht so weit gehen, Herr McAllister, dass jetzt eine ganze Landesregierung dabei ist, in geistige Kurzarbeit zu gehen. Man sollte sich daran erinnern: Wenn die Kiste nicht herumgerissen wird, ist die Kurzarbeit die Vorstufe zur Arbeitslosigkeit.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Hans-Werner Schwarz:

Für die Fraktion der Grünen spricht jetzt Herr Klein. Herr Klein, ich erteile Ihnen das Wort.

Hans-Jürgen Klein (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Beim Thema Haushaltspolitik widmet sich die Landesregierung bevorzugt einer nostalgischen Betrachtungsweise. Das konnten wir eben beim Beitrag des Kollegen McAllister schon vernehmen. Ich glaube, ungefähr ein Dutzend mal kam die Jahreszahl 2002 vor.

Das war so, als unser Finanzminister lange Zeit die Auswirkungen der Bankenkrise auf Niedersachsen nicht zur Kenntnis nehmen wollte, und das ist heute wieder so, wo man lieber den alten Schuldenreduzierungsplänen nachtrauert, als sich dem gegenwärtigen Schuldenrausch entgegenzustellen.

In der Tat hatte sich etwas bewegt: In Zeiten sprudelnder Steuereinnahmen hat Schwarz-Gelb es immerhin geschafft, immer weniger Schulden aufzunehmen. Herr Finanzminister, Sie haben sich bemüht. So würde man in einem Arbeitszeugnis formulieren; denn eigentlich hätten Sie bei den hervorragenden Rahmenbedingungen wesentlich mehr gekonnt. Das haben wir, der Landesrechnungshof und viele andere Ihnen auch immer wieder vorgehalten.

(Klaus Krumfuß [CDU]: Sie sind der Landesrechnungshof?)

Mit dem Haushalt 2010 sollte dann der Höhepunkt erreicht werden. Die vermeintliche Null-Neuverschuldung schien in greifbare Nähe gerückt. Sie wissen so gut wie wir, dass diese Null nur vermeintlich war. Die Stichworte Schattenhaushalte und ein noch ungelöstes strukturelles Defizit von einer Milliarde Euro gehören eben auch zur finanzpolitischen Wirklichkeit der jüngeren Vergangenheit.

Zur finanzpolitischen Wirklichkeit der Gegenwart der Landesregierung und der Koalitionsfraktionen gehört der Offenbarungseid, wie er bereits mit dem Dritten Nachtrag 2009 geleistet wurde und wie er sich jetzt mit einem besonders ideenlosen und handlungsunwillig präsentierten Haushaltsentwurf 2010 wiederholt.

Herr Möllring, dass Sie frustriert sind, konnte man unlängst der *BILD* entnehmen. Aber muss das dann gleich so weit gehen, dass Sie Kolleginnen-schelte betreiben und in typischem Möllringsprech die arme Frau Ross-Luttmann für die 50 kg Kartoffeln verantwortlich machen, die Sie jetzt bei sich im Keller haben?

(David McAllister [CDU]: Das hat er nicht gemacht!)

Es ist richtig: Dieses Malheur wird uns eventuell ein Loch von 30 Millionen Euro in die Haushaltskasse reißen. Nur ist dieses Impfchaos schließlich eines der berühmten-berühmten Gesamtkunstwerke der schwarz-gelben Mehrheiten in Bund und Ländern.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, daran hat auch der Niedersächsische Finanzminister seinen Anteil. Er war doch bei der Haushaltsausschusssitzung im August dabei, als behauptet wurde, dass die Bundesregierung die nicht verimpften Impfstoffe möglicherweise zurückkaufen wird. Warum hat er als Finanzminister nicht gleich dafür gesorgt, dass vernünftige Vereinbarungen zwischen Bund und Land geschlossen wurden?

(Zustimmung von Helge Limburg [GRÜNE])

Rücksichtnahme auf die Bundesregierung ist doch erst seit dem 27. September die Losung.

Da wären wir beim Stichwort. Rücksichtnahme auf die Bundesregierung - das ist doch auch längst die Losung für Ihren Haushaltsentwurf und für den sogenannten Änderungsantrag der Regierungsfractionen, auf den ich später noch zurückkommen werde. Herr Ministerpräsident - vielleicht hört er es ja -, ich denke, Sie gehören neben dem Andenpakt jetzt auch dem Nichtangriffspakt mit der Bundeskanzlerin an. Jedenfalls deutet alles darauf hin.

(David McAllister [CDU]: Unterstützerpakt!)

Auch Ihr neuestes Grummeln gegen separate Friedensverhandlungen diene wohl eher der Domestizierung Ihres Amtskollegen in Schleswig-Holstein, als dass man es als Drohung gegen die Bundesregierung verstehen könnte.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zugeschrieben wird Ihnen ja auch die Aussage: Keine Extrawurst für Kiel! - Komisch ist nur, dass ich immer verstehe: Extrawürste für alle! - Offensichtlich ist es das, was dahintersteckt.

(Beifall und Lachen bei den GRÜNEN)

Jetzt muss man wohl jeden Unsinn machen, koste es das Land, was es wolle.

Was bedeutet denn dieses Schuldenerhöhungs-, Kommunenstrangulierungs-, CSU/FDP-Befriedigungs-, Klientelbedienungsgesetz

(Beifall bei den GRÜNEN - David McAllister [CDU]: So reden Sie über Familien mit Kindern!)

- kurz, aber völlig unzutreffend auch „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ genannt - in Zahlen?

Herr McAllister, wenn Sie Familien mit Kindern und der Konjunktur etwas Gutes tun wollten, dann nehmen Sie dieses Geld und stecken es in die

Kinderkrippen und Kindergärten und nicht in die Portemonnaies der Eltern!

(Beifall bei den GRÜNEN, bei der SPD und bei der LINKEN)

Also: Was kostet es? - Der Bund soll mit 4,63 Milliarden Euro, die Länder sollen mit 2,28 Milliarden Euro und die Kommunen mit 1,57 Milliarden Euro belastet werden. Auf den Landeshaushalt Niedersachsens kämen damit auf der Basis dieser Zahlen allein in 2010 Belastungen in Höhe von 264 Millionen Euro und auf die niedersächsischen Kommunen von brutto 68 Millionen Euro zu.

Was springt für uns alle dabei heraus? - Ich behaupte, der Satz des Jahres 2009 ist schon heute für mich Peter Harry Carstensens Satz: Ihr habt sie doch nicht alle!

(Zustimmung von Ina Korter [GRÜNE])

Erst fehlt es an Verstandesklarheit und später an Geld in der Landeskasse. Statt Geld für Zukunftsinvestitionen in Bildung und den ökologischen Umbau unserer Wirtschaft auszugeben, verschenken Union und FDP Steuermilliarden an Hoteliers und an Erben, die es nicht nötig haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie graben den Ländern und Gemeinden deren ohnehin schon klammen Mittel ab. Dieser schwarze gelbe Steuersenkungsunsinn ist teuer, wirkungslos und unsozial!

Als wirkungslos muss man auch die Haushaltsvorschläge der Regierungsfractionen bezeichnen.

(David McAllister [CDU]: Was?)

Dass Sie im Finanzbereich so blank sind, liebe Kollegen von der CDU und der FDP, macht mich schon etwas nachdenklich. Ihr missglückter Ausflug neulich ins grimmsche Märchenreich, Herr Kollege Hilbers, hat mich gleich wieder - wo ist er überhaupt? -

(Zurufe von der CDU: Hier! - David McAllister [CDU]: Dort sitzt die Wahrheit!)

- aha, da ist der Kollege Hilbers - an Ihre pompöse Haushaltspressekonferenz erinnert. Sieben auf einen Streich, nämlich Haushaltsexperten, haben Sie der Presse präsentiert.

(Ursula Helmhold [GRÜNE]: Masse statt Klasse!)

Die Herren McAllister, Dürr, Thümler, Grascha, Hilbers, Rickert und Rolfes traten auf.

(Klaus Rickert [FDP]: Sie haben überhaupt niemanden!)

Und das Ergebnis, Herr Rickert, zeigte reziproke Proportionalität, wenn Sie wissen, was das bedeutet.

(Lachen und Beifall bei den GRÜNEN - Karl-Heinz Klare [CDU]: Ich habe das noch nie gehört! Können Sie das wiederholen?)

- Reziproke Proportionalität, Herr Kollege Klare.

(Heiner Bartling [SPD]: Herr Klare war nur in der Grundschule!)

- Das ist aber bedauerlich, Herr Kollege Klare. Das ist nämlich ein Bildungstest gewesen. Da sind Sie durchgefallen.

Herr Kollege Hilbers, ich habe Ihre Änderungsvorschläge schnell einmal zusammengerechnet. Die Betonung liegt auf „schnell“.

(Ursula Helmhold [GRÜNE]: Das war übersichtlich!)

Sie haben die gigantische Summe von gut 32 Millionen Euro bewegt und dabei nach eigenen Aussagen 5 Millionen Euro eingespart bzw. umgewidmet. Respekt, kann ich nur sagen!

(Miriam Staudte [GRÜNE]: Wahnsinn!)

Wenn Sie sich zwischen den Feiertagen nach guter Lektüre sehnen, sollten Sie sich einmal unseren Änderungsvorschlag vornehmen. Darin finden Sie nämlich Haushaltsvorschläge, die diesen Namen auch verdienen

(Reinhold Hilbers [CDU]: Lauter Luftbuchungen!)

und inzwischen ja sogar durch Ihren Fraktionsvorsitzenden geadelt worden sind.

(Zuruf von Klaus Rickert [FDP])

Die Regierung Wulff/Rösler/Bode und die sie tragenden Regierungsfractionen, Herr Rickert, wollen mit diesem Haushalt und dem erst im Oktober beschlossenen Dritten Nachtrag 2009 die unvorstellbare Summe von 4 600 Millionen Euro an neuen, zusätzlichen Schulden zulasten des Landes Niedersachsen beschließen. Somit haftet jedes einzelne Mitglied dieser Regierungskoalition und jeder, der rechts und links von mir sitzt bzw. sitzen würde, wenn Sie vollzählig wären, für eine

Kreditsumme von mehr als 85 Millionen Euro pro Kopf - in so kurzer Zeit wahrlich eine unglaubliche Leistung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, das diesjährige Weihnachtsgeschenk von Schwarz-Gelb an jeden Menschen in Niedersachsen - sei es Baby oder Greis - ist damit ein zusätzlicher Schuldschein von 580 Euro. Das sollten Sie sich einmal merken.

Selbst diejenigen, die am meisten von Ihren Steuerplänen profitieren sollen, nämlich die besser verdienenden Eltern, werden nur mit 413 Euro pro Kind entlastet. Da kann ich nur sagen: Frohe Weihnachten!

Herr McAllister, vergessen Sie nicht, am Donnerstag endlich einmal die Schuldenuhr umzustellen. Sie tickt nämlich noch immer mit 8 Euro pro Sekunde. 146 Euro müssen es demnächst sein.

(Beifall bei den GRÜNEN - Ralf Briese [GRÜNE]: Schulden, Schulden, Schulden!)

Die Grünen-Landtagsfraktion hingegen legt Ihnen heute einen Änderungsantrag vor, der über 310 Millionen Euro für Grünen-Projekte umschichtet und der uns in die Lage versetzt, mit weiteren 380 Millionen Euro Ihre Neuverschuldung auf gut 1,9 Milliarden Euro zu drücken. Damit wollen wir die zwingend erforderliche Haushaltskonsolidierung bereits im Haushalt 2010 einleiten. Sie legen die Hände derweil in den Schoß. Ich befürchte in der Tat, Sie verfahren nach dem Motto: Was Möllring heute kann verschieben, das lässt er auch noch morgen liegen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Heinz Rolfes [CDU]: Das war es jetzt, oder was?)

- Das alles kommt erst noch, Herr Kollege.

Wir, meine Damen und Herren, starten eine massive Bildungsoffensive und treiben eine stabile gesamtstaatliche Bildungsfinanzierung voran. Hier wollen wir über eine entsprechende Umsetzung gemeinsam mit der Bundesebene gut 420 Millionen Euro bereitstellen. Dass die Bundesebene nicht einmal unwillig ist, etwas für die Bildung zu tun, wird ja aktuell diskutiert. Voraussetzung wäre natürlich, dass der Bildungsgipfel - ich glaube, am Mittwoch fängt er an - nicht wieder so ein Rohrkipperer wird wie der letzte.

Zusätzliche Krippenplätze, ein ausgeweitetes Kindergartenangebot, ein verbesserter Personal-

schlüssel und eine bessere Ausbildung im gesamten Kita-Bereich unterstreichen in unseren Anträgen die besondere Bedeutung der frühkindlichen Betreuung und Bildung.

Im Schulbereich setzen wir auf die Ganztagschule als zentrales Projekt und auf eine Qualifizierungsoffensive für individuell fördernden Unterricht. Die Abschaffung der Studiengebühren, Qualitätsverbesserungen im Studium und ein Stipendienprogramm, das diesen Namen verdient, runden das Konzept ab.

Im Wirtschaftsbereich setzen wir auf ökologische Innovationen statt auf Autobahnen und wirkungslose Mitnahmeeffekte.

(Dr. Manfred Sohn [LINKE]: Aber kein Ausbau der A 2!)

Unsere fachpolitischen Sprecherinnen und Sprecher werden Ihnen in den nächsten Tagen die Einzelheiten dazu präsentieren.

Vorab aber ein gesonderter Blick auf den Personalbereich. Neben der Fortschreibung unseres Bildungsfinanzierungskonzepts ist die heutige und künftige Finanzierung der Personal- und Versorgungsausgaben eine zentrale Aufgabe der Landespolitik, der wir uns stellen. Wir haben bereits im letzten Jahre Reformen im Beamtenrecht ange-regt, die nicht bei jedem auf Gegenliebe gestoßen sind. Wer jedoch seine Verantwortung für das gesamte Landeswohl wahr- und ernst nimmt, der muss sich eben auch solchen unliebsamen Themen stellen. Wir tun dies, allerdings sozial ausge-wogen.

Mit unserem Vorschlag, die für 2010 vorgesehenen Stellenhebungen ab A 11 zunächst ins nächste Jahr zu verschieben, lassen sich 600 000 Euro einsparen. Das betrifft aber eben nicht die Hebungen bei den Gehaltsklassen darunter. Im Gegen-teil: In diesem Bereich haben wir auch in diesem Jahr wieder ein eigenes Stellenhebungsprogramm in Höhe von 3 Millionen Euro aufgenommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

5 Millionen Euro werden wir für die Gesundheitsvorsorge der Landesbediensteten bereitstellen. Mit weiteren 55 Millionen Euro machen wir eine Abfüh-rung für jeden neu eingestellten Beamten möglich, um den Anstieg der Versorgungsleistungen wenigstens zu mindern. Diese zentrale Aufgabe konnte Herr Wulff seit 2003 nicht lösen. Mit diesem Haushalt verabschiedet sich die Koalition nun endgültig von dieser Aufgabe und dem Pensions-

fonds. Jetzt müssen die nächsten Generationen die Zeche zahlen.

Dass die Personaleinsparungen Ihrer Verwaltungsreform, Herr Möllring, Ihre Zielvereinbarung II, weitgehend eine Nullnummer geblieben sind, ist inzwischen schwarz auf weiß in der diesjährigen Denkschrift des Landesrechnungshofs dokumen-tiert worden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Beim Stichwort „Verwaltungsreform“ frage ich zum wiederholten Male: Was treibt den Finanzminister eigentlich um? - Er weigert sich wider besseres Wissen, die Organisationsruine Oberfinanzdirekti-on entsprechend den Vorschlägen des Landes-rechnungshofs zu verschlanken. Im Gegenteil: Er versucht, die OFD durch eine nicht nachvollziehba-re und nicht sachgerechte Fusion mit dem NLBV in ihrer mangelhaften Form auch noch zu konservie-ren.

Die Fakten sprechen eine andere Sprache. Der nach dem Rückzug der Bundeszuständigkeit ver-bliebene OFD-Torso hat viel zu viele Hierarchieebenen und könnte mit 115 statt 300 Stellen aus-kommen, wenn - ich sage: wenn - sich die OFD als zentrale Leitung der niedersächsischen Finanzäm-ter verstünde und nicht als einfache, aber teure Telefonauskunft für die Beamten, denen der schnelle Griff zum Hörer besser gefällt als der Blick in die Unterlagen.

Deshalb hat dieser Landtag beschlossen, dass zunächst eine Wirtschaftlichkeitsberechnung erfol-gen soll, bevor Entscheidungen fallen. Diesen Beschluss hat die Landesregierung missachtet. Sie hat auf Druck der Opposition eine Unterrichtung nachgeschoben, die man getrost als Realsatire pur bezeichnen kann. Das ist unverfroren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es ist interessant, zu erfahren, dass die Landesre-gierung nach eigenen Aussagen finanzielle Vortei-le gar nicht im Sinn hat. Sie erwartet vielmehr - ich zitiere; das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen - eine verbesserte Qualität des Verwal-tungshandelns durch intensivierete Kommunikation mit einem wechselseitigen Lernen. - Dazu kann ich nur sagen: Uff! Das erinnert doch sehr an des Kai-sers neue Kleider.

(Zuruf von Heinz Rolfes [CDU])

- Herr Rolfes, wie funktioniert denn die intensivierete Kommunikation zwischen dem Beihilfesachbear-beiter in Aurich und dem Erbschaftsteuerfachmann

in Hannover? Sie können ja noch nicht einmal zusammen mittagessen gehen. Mit dieser inhaltslosen und aufgeblähten Sprechblase könnten Sie auch die Fusion der Landwirtschaftskammer mit den Schulämtern begründen.

(Roland Riese [FDP]: Gute Idee!)

Der Vollständigkeit halber muss erwähnt werden, dass Schwarz-Gelb weder auf Landes- noch auf Bundesebene für die Kommunen eine lösungsorientierte Perspektive bietet. Auch der Zukunftsvertrag bietet diese nicht. Im Gegenteil: Man kann eher von einer Bedrohung sprechen. Die schon beschlossenen Einnahmereduzierungen bei der Gewerbesteuer und die noch diskutierte komplette Abschaffung dieser wichtigen Einnahmequelle für die Kommunen machen dies doch überdeutlich. Die angedrohte Besteuerung der kommunalen Daseinsvorsorge zeigt, dass die FDP ihre Privatisierungsideologie weitertreiben will, als hätte es die Finanzkrise nie gegeben. Diese Haltung der FDP erstaunt nicht einmal.

Umso erstaunlicher fand ich allerdings eine Meldung in der vergangenen Woche, nach der ausgerechnet die FDP Finanzminister Schäuble zum Sparen aufforderte. Da hat wohl wieder einmal jemand in der FDP in ihrem Sparbuch geblättert. Ich kann hier nur sagen: Achtung, Sparen heißt bei der FDP vor allen Dingen Sparen bei den anderen. Von den 10 Milliarden Euro, die Gegenstand Ihrer Einsparvorschläge sind, sollen allein 6 Milliarden Euro im Bereich Arbeit und Soziales umgesetzt werden. Da ist es doch wirklich kein Wunder, dass Neoliberalismus immer mehr zum Schimpfwort geriert.

Im gleichen Fahrwasser war übrigens der Ministerpräsident gestern Abend bei Anne Will unterwegs. Die Milliardengeschenke für die Hotellobby hat er als zu schluckende Kröte bezeichnet.

(Zuruf: Hört, hört!)

Ich frage den Ministerpräsidenten einmal - ich hoffe, er hört meine Ausführungen -: Haben Sie sich denn bei den Koalitionsverhandlungen nicht getraut, dem Bayern Horst genauso energisch entgegenzutreten wie jetzt dem Peter Harry? Sie haben die höchst umstrittene Steuersenkung u. a. mit dem Hinweis auf den Sanierungsstau bei vielen Hotels entschuldigt. Pardon: Wenn Sie die privatwirtschaftlichen Interessen der Hotelbranche inhaltlich in einen Zusammenhang mit den täglichen Sorgen vieler Schulleiterinnen und Schulleiter in unserem Land bringen, die um die marode Hei-

zungsanlage fürchten oder mit undichten Decken zu kämpfen haben, dann ist das - mit Verlaub, Herr Ministerpräsident - eine grobe Dreistigkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren von CDU und FDP und insbesondere Herr Ministerpräsident, wir fordern Sie auf: Schützen Sie die Kröten, statt sie zu schlucken, und lehnen Sie im Bundesrat das Wachstumsbeschleunigungsgesetz ab.

Herzlichen Dank.

(Starker Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Hans-Werner Schwarz:

Mir liegt die Wortmeldung zu einer Kurzintervention von Herrn Kollegen McAllister vor. Bitte, Herr McAllister, Sie haben für anderthalb Minuten das Wort.

David McAllister (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte kurz auf das eingehen, was der Kollege Klein vorgetragen hat. Er hat das Wachstumsbeschleunigungsgesetz mehrfach scharf kritisiert. Ich will hier deutlich machen, dass weit über 50 % der Mindereinnahmen, die dieses Gesetz verursacht, dadurch zustande kommen, dass der Familienfreibetrag und das Kindergeld erhöht werden. Ich habe bereits vorhin deutlich zu machen versucht, dass größtenteils Familien mit Kindern von den steuerlichen Entlastungen profitieren.

Sie haben uns vorgeschlagen, wir sollten das Geld besser für diesen oder jenen Zweck ausgeben. Was diese Frage angeht, so unterscheiden wir uns in unseren gesellschaftlichen Ansätzen. Wir glauben, dass diejenigen, die Leistungsträger in der Gesellschaft sind, die die höchste Steuerlast tragen, einen Teil ihrer Steuerlast reduziert bekommen sollten. Das Geld ist beim Bürger besser als in den Händen des Staates aufgehoben. Das ist eine ganz grundsätzliche Anmerkung.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ein zweiter Punkt. Herr Klein, Sie haben die Schuldenuhr angesprochen. Die Schuldenuhr gehört dem Bund der Steuerzahler. Das wissen Sie. Der Bund der Steuerzahler hat damals den Versuch unternommen, die Schuldenuhr an prominenter Stelle im Landtag aufzuhängen. Das ist an der SPD-Regierungsmehrheit gescheitert. Nun hängt diese Uhr seit vielen Jahren bei uns im Fraktionsaal. Dort wird sie auch hängen bleiben. Ich kann Sie beruhigen: Wir haben schon Kontakt mit Herrn

Zentgraf aufgenommen. Herr Zentgraf wird die neuen Zahlen entsprechend einpflegen. Dann wird die Uhr auch entsprechend umgestellt werden. Das gilt in guten wie in schlechten finanzpolitischen Zeiten. Dies sage ich, damit bei Ihnen kein Missverständnis aufkommt.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Hans-Werner Schwarz:

Herr Klein möchte antworten. Bitte schön!

Hans-Jürgen Klein (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Hinweis auf die Schuldenuhr beruhigt mich jetzt natürlich. Nun aber zu den Maßnahmen des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes und dem Familienlastenausgleich. Ich denke, man muss doch wirklich noch einmal deutlich auf Folgendes hinweisen. Ich habe beim letzten Mal im Plenum gesagt, dass wir es hier sozusagen mit dem ersten Versuch des Dreistufenmodells der FDP zu tun haben. Die Situation ist die, dass diejenigen, die den Höchststeuersatz zahlen, aufgrund der vorgesehenen Regelung pro Kind mit weit über 400 Euro pro Jahr profitieren. Die Normaleltern profitieren mit 240 Euro.

(Klaus Rickert [FDP]: Was sind denn Normaleltern?)

- Herr Rickert, für Sie formuliere ich es noch einmal ganz genau: Die normal verdienenden Eltern, die nicht vom Steuerfreibetrag profitieren, bekommen Kindergeld. All die Kinder, die von Hartz IV oder anderen sozialen Leistungen leben, bekommen keinen müden Euro. Das ist nun wirklich alles andere als familiensozial, Herr Kollege McAllister.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Ich bleibe dabei - bei dieser Aussage befinde ich mich in guter Gesellschaft von sehr vielen Fachleuten -: Wenn Sie etwas für die Kinder tun wollen, gehört das Geld nicht in die Hände der Eltern, sondern es gehört in die Infrastruktureinrichtungen. Dort bekommen nämlich alle gleichmäßig etwas, anders als bei Ihrer Ideologie der Verteilung von unten nach oben, wie sie jetzt vorgesehen ist.

(Starker Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Hans-Werner Schwarz:

Für die FDP-Fraktion spricht jetzt Herr Dürr. Bitte schön, Herr Dürr!

Christian Dürr (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Klein, ich will auf Ihre Kurzintervention kurz antworten. Was Sie hier im Niedersächsischen Landtag gerade als Elternbild präsentiert haben, entspricht ausdrücklich nicht dem Bild, das wir vonseiten der Union und der FDP als Bild von Eltern in Niedersachsen haben.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Ursula Helmhold [GRÜNE]: Wollen Sie Gutscheine ausgeben?)

Wenn Sie sagen, die Eltern sollten das Kindergeld nicht mehr direkt bekommen, gilt das offensichtlich auch für die Eltern in Ihrer eigenen Fraktion. Im Falle von Herrn Limburg bin ich mir allerdings manchmal nicht ganz sicher, ob man nicht doch so verfahren sollte, wie Sie es vorgeschlagen haben, Herr Kollege Klein.

Herr Jüttner hat seine Rede heute Nachmittag durchaus mit angezogener Handbremse gehalten. Ich habe mich gefragt, warum das eigentlich so war.

(Zuruf von den GRÜNEN: Schade, dass ein junger Mensch schon so verboht ist!)

Ich glaube, das hängt bis zu einem gewissen Grade mit dem Thema Bundestagswahl zusammen. Herr Jüttner, insofern sind Sie durchaus entschuldigt. Ich merke, dass bis zu Ihnen noch nicht ganz durchgedrungen ist, warum die SPD bei der Bundestagswahl am 27. September ein so desaströses Ergebnis zu verzeichnen hatte. Das hängt ausdrücklich mit dem Thema Glaubwürdigkeit der SPD zusammen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Sie haben hier Änderungsanträge zum Haushalt 2010 eingereicht. Wir haben uns diese Änderungsanträge natürlich genau betrachtet, Herr Jüttner. Über das Jahr hinweg fordern Sie an vielen Stellen, mehr Geld auszugeben.

(Präsident Hermann Dinkla übernimmt den Vorsitz)

Wenn es dann aber zum Schwur kommt, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn es darum geht, Ihre Forderungen auch ganz konkret mit Haushaltsmitteln zu unterlegen, dann kneifen Sie, Herr Jüttner. Das ist typisch für die SPD hier im Landtag: Kneifen, wenn es darum geht, Verantwortung zu übernehmen, auch für den Landeshaus-

halt. Deswegen haben Sie auch keine Regierungsverantwortung in Niedersachsen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Ich will das an ein paar Beispielen deutlich machen und habe dafür bewusst keine Zeitungsartikel genommen, weil Sie dann ja immer sagen, das hätten Sie ganz anders gemeint und so gar nicht gesagt. Wir haben uns die Pressemitteilungen der SPD-Landtagsfraktion von diesem Jahr angesehen.

Ich beginne mit einer Pressemitteilung der Kollegin Dr. Andretta, die leider gerade hinausgegangen ist. In der Pressemitteilung 270 vom 28. Juli 2009 mit der Überschrift „Hochschulgesetznovelle entlastet Familien kaum“ schreibt Frau Dr. Andretta:

„Auch bei den Stipendien verberge sich hinter den schönen Worten nur heiße Luft, sagte Andretta. ‚Die geplante Studiengebührenbefreiung für ehrenamtliches Engagement ist ein Feigenblatt. Für diese Maßnahme ist im Haushalt 2009 gerade einmal eine Million Euro vorgesehen. Würde man die Förderung des ehrenamtlichen Engagements in diesem Bereich ernst nehmen, müsste der Betrag deutlicher höher ausfallen.“

Dazu findet sich nichts in Ihren Änderungsanträgen. Wieder einmal: Geschenke versprochen, aber nichts abgeliefert, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Ich mache weiter mit den Kollegen Uwe Schwarz und Marco Brunotte, den ich hier allerdings noch nicht oft habe sprechen hören.

(Dr. Manfred Sohn [LINKE]: Aber dafür spricht er viel besser als Sie!)

Bei den beiden geht es um die Wohnraumförderung in Niedersachsen. In der Pressemitteilung 296 vom 19. August dieses Jahres fordern beide mehr Mittel für die Wohnraumförderung. Die Überschrift lautet: „Wohnraumförderung des Landes ist unterfinanziert und falsch ausgerichtet“. Auch hier gilt: Geschenke versprochen, aber nichts abgeliefert, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Frau Dr. Andretta schreibt erneut am 25. September dieses Jahres in der Pressemitteilung 354 mit der Überschrift: „Wulff bricht Zukunftsvertrag mit den Hochschulen“:

„Diesen Vertrag hat die Landesregierung nun gebrochen. Erstmals in 2009 müssen die Hochschulen die Tarifierhöhungen in Höhe von 0,8 % aus ihren Etats finanzieren, die anderen Landesbetriebe bekommen die Tarif- und Besoldungserhöhungen dagegen in voller Höhe vom Land erstattet.“

Weiter heißt es in dieser Pressemitteilung:

„Wir werden das Thema auch im Landtag aufgreifen.“

Nichts ist geschehen, meine Damen und Herren! Geschenke versprochen, aber nichts abgeliefert.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Zu guter Letzt noch eine Pressemitteilung aus diesem Monat, vom 3. Dezember 2009, in der die Kollegin Daniela Behrens, die ich ansonsten, was das Fußballerische betrifft, insbesondere für ihre Mitgliedschaft im Fanclub von Werder Bremen sehr schätze, schreibt:

„Daniela Behrens: Kulturminister Stratmann kann sich nicht durchsetzen und die kommunalen Theater müssen das ausbaden“

Weiter heißt es in der Pressemitteilung:

„Stratmann müsse nun konsequent über die Finanzierung der kommunalen Theater neu nachdenken.“

(Frauke Heiligenstadt [SPD]: Das ist ja auch richtig!)

Im nächsten Absatz heißt es:

„Die Theater sind unterfinanziert. Wir brauchen eine ausreichende institutionelle Förderung.“

Auch hier gilt, meine Damen und Herren: Geschenke versprochen, nichts abgeliefert. - Wir haben 1 Million Euro für den Landeshaushalt 2010 eingestellt, um die kommunalen Theater zu fördern, und nicht Sie.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Herr Jüttner, es ist das eine, wenn man in Regierungsverantwortung steht, die angekündigten Dinge dann doch nicht zu tun, so wie Sie es zu rotgrünen Zeiten in Berlin gemacht haben. Das ist schon schlimm genug.

Wenn man allerdings in der Opposition sitzt und dann, wenn es Spitz auf Knopf kommt, nämlich bei

den Haushaltsberatungen, die Dinge, die man eigentlich tun wollte, dann auf einmal nicht mehr fordert, dann ist das nur noch peinlich. Ich hoffe für die Kinder in Niedersachsen, dass sich der Weihnachtsmann an Ihnen kein Beispiel nimmt, Herr Jüttner.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU -
Dr. Manfred Sohn [LINKE]: Sie glauben noch an den Weihnachtsmann?)

Der Haushalt 2009 ist geprägt - das ist vorhin schon gesagt worden - von der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise. Es ist keine Frage: Wir in Niedersachsen können uns davon nicht abkoppeln. Wir müssen deshalb ebenso wie der Bund alles dafür tun, dass es in Deutschland und in Niedersachsen wieder nach oben geht.

Meine Damen und Herren, Sie kennen die alte Haushälterregel, die lautet: 1 % mehr Wachstum bedeutet 250 Millionen Euro mehr für den Landshaushalt. Nur funktioniert das leider auch anders herum. Wenn wir jetzt nicht alles dafür tun, dass sich das Bruttoinlandsprodukt wieder deutlich nach oben entwickelt, dann schneiden wir uns im Hinblick auf die kommenden Jahre auch hier in Niedersachsen ins eigene Fleisch.

(Dr. Manfred Sohn [LINKE]: Wie viel Wachstum brauchen Sie denn dann, Herr Dürr?)

Ich will dazu eines deutlich sagen: Deutschland wird sich in den kommenden Jahren keine weiteren Konjunkturpakete mehr leisten können.

Präsident Hermann Dinkla:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Dr. Sohn?

Christian Dürr (FDP):

Des Kollegen Dr. Sohn? - Ja, aber gerne, Herr Dr. Sohn!

Dr. Manfred Sohn (LINKE):

Herr Dürr, weil es bei Haushaltsfragen ja immer um Rechenfragen geht, habe ich eine Rechenfrage an Sie: Wie viel Prozent Wachstum braucht das Land Niedersachsen, um Ihr Ziel, die Neuverschuldung auf null zu bekommen, zu realisieren?

Christian Dürr (FDP):

Sie wissen, Herr Dr. Sohn, dass wir die Neuverschuldung noch nicht im Jahr 2010 auf null bringen

werden. Insofern erübrigt sich die Frage an dieser Stelle.

(Dr. Manfred Sohn [LINKE]: Nein, nein! Was ist denn 2017?)

Wir haben übrigens einmal bei der Fraktion der Linken angerufen und nach deren Gegenfinanzierungsvorschlägen gefragt. Dazu hat mir mein Referent aufgeschrieben: Die Nachfrage bei der Linken hat ergeben, es gebe wohl so etwas wie ein Sparbuch, das sei auch in Arbeit, die Tatsache sei eventuell auch schon einmal erwähnt worden, aber konkret könne man uns dazu zurzeit nichts mitteilen. - Meine Damen und Herren, das zum Thema „Solide Finanzpolitik bei den Linken“!

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Ich will noch einmal deutlich sagen: Deutschland wird sich keine weiteren Konjunkturpakete mehr leisten können. Wir haben Geld ausgegeben, das in der Zukunft erst noch erwirtschaftet werden muss. Genau diese Zukunft ist angebrochen. Jetzt muss es darum gehen, den privaten Haushalten und den Unternehmen endlich wieder die Möglichkeit zu geben, etwas zu verdienen, damit sie die Steuern von morgen auch bezahlen können.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Ohne Wachstum werden wir den Wohlstand in Deutschland nicht sichern können, und ohne Wachstum werden wir auch die öffentlichen Haushalte nicht sanieren können. Deshalb wird Niedersachsen im Bundesrat am kommenden Freitag seinen Beitrag leisten. Ich bin der Landesregierung ausdrücklich dafür dankbar, dass sie in dieser Sache so klar Stellung bezogen hat, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Die Änderungen, die mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz auf Niedersachsen zukommen, sind in diesem Haushalt bereits abgebildet. Das Gesetz ist ein erstes und wichtiges Signal zum 1. Januar 2010.

(Unruhe)

Präsident Hermann Dinkla:

Herr Kollege, ich darf Sie kurz unterbrechen. - Es ist eindeutig zu laut im Plenarsaal. Sie haben auch nicht die Ihnen gebührende Aufmerksamkeit. Insofern sollten Sie kurz unterbrechen. - Jetzt können Sie fortfahren. Bitte!

Christian Dürr (FDP):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Das Gesetz ist ein erstes und wichtiges Signal zum 1. Januar 2010, weil wir nämlich den Familien mehr von dem lassen, was sie sich hart erarbeitet haben. Wir sagen deutlich: Leistung lohnt sich, gerade für die Familien. Wer mehr arbeitet, der soll auch etwas davon übrig behalten, vor allen Dingen für seine eigene Familie.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Herr Jüttner, Sie müssen den Familien, die mit diesem Gesetz entlastet werden, sagen, dass Sie keine Entlastung für sie wollen. Ich finde es schon interessant, dass gerade die Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen, die den Sozialdemokraten bei den vergangenen Wahlen scharenweise davongelaufen sind, von dieser Partei erneut im Stich gelassen werden. Meine Damen und Herren, Sie haben nichts, aber auch gar nichts aus Ihren Wahlergebnissen gelernt.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Ich will Ihnen im Zusammenhang mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz noch etwas zum Thema Unternehmens- und Erbschaftsteuer sagen. In der Krise sind kleine und mittlere Unternehmen das Rückgrat der Wirtschaft, Herr Dr. Sohn.

(Dr. Manfred Sohn [LINKE]: Das brechen Sie ja gerade!)

Die Korrekturen bei der Erbschaftsteuer sind deshalb zwingend notwendig. Die Linken tun ja manchmal so, als sollten Betriebe, die ihren Inhaber durch Tod verloren haben, volkseigene Betriebe werden. Das wird es mit uns nicht geben.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Dahinter steht nicht nur Ihr beängstigendes Bild von Eigentum. Es macht auch deutlich, wie egal Ihnen die Arbeitsplätze im Mittelstand eigentlich sind. Der Ministerpräsident hat gestern Abend bei Anne Will zu Recht gesagt, dass Niedersachsen die Krise auch deshalb nicht so stark getroffen hat, weil wir zum Glück noch kleine und mittlere Unternehmen in unserem Land haben.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Wenn wir, wie Sie es wollen, den Mittelstand kaputt machen, dann bestrafen wir damit zum einen Leistung und Eigenverantwortung.

(Zuruf von Kreszentia Flauger [LINKE]
- Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Ich bin mir sicher, Frau Flauger, dass Ihnen das noch egal ist. Aber vor allem vernichten wir damit Arbeitsplätze und somit die Existenzgrundlage für viele Familien in unserem Land. Eine Politik gegen den Mittelstand, die bei den Linken fest verwurzelt ist und sich bei der SPD übrigens immer breiter macht, wird es mit uns nicht geben, meine Damen und Herren.

(Kreszentia Flauger [LINKE]: Sie wissen genau, dass das nicht stimmt!)

Wir dürfen in Niedersachsen nicht an dem Ast sägen, auf dem wir alle zusammen sitzen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU -
Heinrich Aller [SPD]: Was soll dieser Quatsch? Sie treiben ja die Leute aus dem Saal, wenn Sie so weiterreden! -
Gegenruf von Björn Thümler [CDU]: Gehen Sie doch, Herr Aller! -
Zuruf von der SPD: Er soll mal etwas mehr Sachlichkeit reinbringen da vorne! -
Kreszentia Flauger [LINKE]: Sie sollten mal die Wahrheit sagen! -
Weitere Zurufe - Unruhe)

Präsident Hermann Dinkla:

Ich bitte erneut um etwas mehr Ruhe im Plenarsaal. - Herr Kollege, lassen Sie sich Zeit! - Jetzt können Sie fortfahren. Bitte!

Christian Dürr (FDP):

Ich komme zum Thema „Bildung und Ausbildung“. Denn ebenso wie der Mittelstand eine Grundlage für die Wirtschaft in Niedersachsen ist - darauf habe ich vorhin hingewiesen -, ist natürlich auch die Bildung eine Grundlage für unser Land. Daher wird sie für uns weiterhin Priorität haben.

Die Bildungsausgaben in Niedersachsen sind seit dem Jahr 2003, seitdem wir hier regieren, um insgesamt - das hat der Kollege McAllister vorhin zu Recht gesagt - 1 Milliarde Euro gestiegen - nicht um 1 Million Euro, Herr Dr. Sohn.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU - David McAllister [CDU]:
1 Milliarde Euro!)

Präsident Hermann Dinkla:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Möhrmann?

Christian Dürr (FDP):

Nein, vielen Dank. Ich hatte schon eine Frage von den Linken. Das reicht erst einmal.

Die Bildungsausgaben sind also seit 2003 bei einem Gesamthaushalt von 25 Milliarden Euro insgesamt um 1 Milliarde Euro gestiegen. Jedes Jahr stehen für diesen Bereich also mehr Mittel zur Verfügung. Das ist viel mehr, als es noch zu Ihrer Regierungszeit der Fall war, Herr Jüttner.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)

Wir haben die Bildungspolitik in den vergangenen Jahren zu Recht immer von allen schmerzhaften Kürzungen im Rahmen der Haushaltskonsolidierung ausgenommen. Im Gegenteil: Wir haben sogar zu ihren Gunsten umgeschichtet. Mittlerweile sind in Niedersachsen so viele Lehrer wie noch nie beschäftigt bei gleichzeitig sinkenden Schülerzahlen.

Wir haben in den vergangenen Jahren die Zahl der Ganztagschulen vervielfacht. Ich will deutlich sagen: Wir werden die Ganztagschulen weiter ausbauen; denn nur das schafft die Gerechtigkeit und auch die soziale Gerechtigkeit, die Bildungsgerechtigkeit, die wir gerade in diesem Bereich wollen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)

Frau Heiligenstadt, weil ich Sie gerade sehe: Ich kann mich noch sehr gut daran erinnern, wie Sie vor einem dreiviertel Jahr hier vorne den Teufel an die Wand gemalt haben. Sie haben behauptet, nach den Sommerferien würde die Unterrichtsversorgung in Niedersachsen geradezu zusammenbrechen, danach würden die Schulen nicht mehr fähig sein zu unterrichten.

(Karl-Heinrich Langspecht [CDU]:
Chaos!)

Fakt ist, dass Union und FDP gemeinsam mit der niedersächsischen Kultusministerin alles dafür getan haben, um die Unterrichtsversorgung zu gewährleisten. Meine Damen und Herren, wir haben es versprochen, wir haben Wort gehalten und es am Ende vor allen Dingen geschafft.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Wir setzen zu Recht das Hauptschulprofilierungsprogramm fort - Frau Heiligenstadt, Sie wollen diese Schulform ja immer noch abschaffen - und

stellen dafür eine Verpflichtungsermächtigung über 12 Millionen Euro in den Haushalt ein.

(Frauke Heiligenstadt [SPD]: Wir wollen gar keine Schulform abschaffen!)

Wir werden die Schulen in freier Trägerschaft, die - das will ich deutlich sagen - eine Bereicherung für unser gegliedertes, differenziertes Schulwesen sind, im Jahr 2010 zusätzlich mit 14 Millionen Euro unterstützen.

Schließlich werden wir die Schulleitungen in Niedersachsen, auf die nach Einführung der Eigenverantwortlichen Schule mehr Verantwortung zugekommen ist, unterstützen, indem wir eine niedersächsische Führungsakademie für das Schulwesen einrichten und dafür insgesamt 500 000 Euro zur Verfügung stellen. Das ist echte Hilfe für die Schulen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Ihre Strukturdebatten brauchen die Schulen jedenfalls nicht.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Wir wollen die Landesverwaltung und die Kommunen fit für die Zukunft machen. Im Rahmen des mit den kommunalen Spitzenverbänden verabredeten Zukunftsvertrages werden wir noch in diesen Tagen eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 180 Millionen Euro in den Landeshaushalt einstellen. Damit werden die Zusagen, die das Land getroffen hat, haushalterisch abgesichert. Nachdem die drei Verbände den Zukunftsvertrag in den vergangenen Wochen in ihren Gremien angenommen haben, stellen die Regierungsfractionen jetzt einen Änderungsantrag, damit diese Verpflichtungsermächtigung im kommenden Haushalt wirksam wird.

Mir ist dabei eines besonders wichtig: Anders, als es sich SPD, Grüne und Linke wünschen, wird es mit CDU und FDP keine Gebietsreform von oben geben, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Wir setzen genau das um, was wir im Koalitionsvertrag angekündigt haben. Um besondere Härten bei Fusionen zu vermeiden, wird das Land denjenigen helfen, die aus eigener Überzeugung zu dem Schluss gekommen sind, dass sie Aufgaben gemeinsam besser wahrnehmen können. Wir machen die Kommunen fit für die Zukunft, aber nicht mit obrigkeitstaatlichen Instrumenten. Denn die Kommunen vor Ort wissen viel besser, welche Synergieeffekte sich im Einzelfall ergeben können.

Gerade weil Niedersachsen ein Flächenland ist, brauchen wir eine zeitgemäße Infrastruktur. Der Kollege McAllister hat es vorhin schon gesagt: Für die Landesstraßen wollen CDU und FDP im Haushalt 2010 zusätzlich 15 Millionen Euro einstellen.

(David McAllister [CDU]: Genau!)

Insgesamt erreichen wir mit 73,5 Millionen Euro für die Landesstraßen einen Ansatz, wie es ihn zuletzt Anfang der 1990er-Jahre gegeben hat, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - David McAllister [CDU]: Hört, hört!)

Wir werden natürlich ein Übriges tun, um auch die anderen wichtigen Infrastrukturprojekte in Niedersachsen weiterzuführen. Das betrifft insbesondere den Bau der Küstenautobahn, deren Planung wir fortführen. Das betrifft im Übrigen auch die Y-Trasse. Ich bin der neuen Bundesregierung ausdrücklich dankbar dafür, dass sie sich noch einmal zu dieser bekannt hat. Schließlich wird noch in dieser Legislaturperiode der JadeWeser-Port eröffnet werden - *das* Infrastrukturprojekt, das wir vorangebracht haben.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Heinrich Aller [SPD]: Wer war das? Das hat drei Minister den Kopf gekostet!)

Selbstverständlich werden wir uns nicht nur um die ganz großen Projekte kümmern, sondern wir werden uns auch weiterhin um Innovationen für die Unternehmen in Niedersachsen kümmern. Die Stiftung Zukunfts- und Innovationsfonds Niedersachsen wird weiterhin auf einem hohen Niveau finanziert.

(Heinrich Aller [SPD]: Mit Schulden! - Wolfgang Jüttner [SPD]: Wir lösen den auf wegen Unfähigkeit!)

Herr Jüttner, wenn man allerdings den Änderungsantrag der SPD-Fraktion sieht, dann kann man schon fast vom Glauben abfallen. In einer Zeit, die vor allem für die Unternehmen von Veränderungen geprägt ist, also in einer Zeit, in der sie ihre Zukunft in aller erster Linie durch Innovation und neue Technologien sichern müssen, wollen Sie diese Stiftung einfach auflösen, meine Damen und Herren. Das ist schon fast unglaublich.

(Wolfgang Jüttner [SPD] lacht)

- Lachen Sie nicht, Herr Jüttner! - Eine Stiftung, die übrigens auch für ihre hervorragenden Kampagnen ausgezeichnet wurde, wollen Sie abschaffen

nach dem Motto „Das war nicht unsere Idee, deshalb muss sie weg“. Das wird mit uns nicht zu machen sein, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Gleichzeitig wollen wir unser Land wie auch bisher lebenswert erhalten. Wir alle zusammen freuen uns ausdrücklich über die Anerkennung des Niedersächsischen Wattenmeeres bzw. des Wattenmeeres insgesamt als Weltnaturerbe und stellen daher zusätzliche 500 000 Euro zur Verfügung, um den hohen Ansprüchen des Naturschutzes auch in diesem Bereich in Zukunft gerecht zu werden.

Für das Monitoring der Nordsee stehen im Rahmen eines Verbundprojektes zwischen Wirtschaftsministerium und Wissenschaftsministerium im kommenden Jahr ebenfalls weitere 500 000 Euro zur Verfügung. Meine Damen und Herren, damit zeigen wir, dass dieser einzigartige Naturraum für uns echte Priorität hat.

An dieser Stelle will ich die Gelegenheit nutzen und mich bei allen Beteiligten, die in den vergangenen Jahren und auch in diesem Jahr zum Erfolg des Landeshaushalts beigetragen haben, bedanken: bei der gesamten Landesregierung, insbesondere unserem Finanzminister Hartmut Möllring, seiner Staatssekretärin Frau Hermenau, Herrn Ellerbrock als Abteilungsleiter sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Finanzministerium und in allen anderen Häusern sowie in unseren Fraktionen. Herzlichen Dank für die herausragende Arbeit, meine Damen und Herren!

(Lebhafter Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Solide Finanzpolitik in Niedersachsen hat einen Namen. Sie trägt den Namen CDU und FDP. Wir haben seit dem Jahr 2003 den Landeshaushalt konsequent saniert. Wir haben alle Ausgaben und Aufgaben auf den Prüfstand gestellt.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Wir haben zugunsten von Bildung, Forschung und Innovation umgeschichtet und mit der hemmungslosen Verschuldungspolitik der SPD Schluss gemacht.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU - Wolfgang Jüttner [SPD]: 2,3!)

Ohne diese Vorarbeit, die *wir* geleistet haben, Herr Jüttner, hätte die Krise das Land und vor allem den Landeshaushalt viel stärker getroffen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Dass wir heute trotzdem handlungsfähig sind, haben wir auch dem Vertrauen der Niedersächsinen und Niedersachsen zu verdanken, die uns im Jahr 2008 mit der Wiederwahl dieser Regierung auf unserem Weg bestärkt haben.

Herr Jüttner, ich glaube, das ist der eigentliche Unterschied zwischen Ihnen und uns: Sie hatten zum Ende Ihrer Regierungszeit eine Kreditfinanzierungsquote von 14 %. Während der leichten Konjunkturdelle Anfang dieses Jahrzehnts, also 2000 bis 2002, haben Sie 14 % Ihrer Ausgaben über neue Schulden finanziert und damit eine Netto-neuverschuldung verursacht, die es in der Geschichte Niedersachsens vorher nicht gegeben hat und die es auch in Zukunft nicht geben wird, meine Damen und Herren.

Jetzt ist unser Land, wie auch Sie es immer betonen, in der schwersten Finanz- und Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg.

(Dr. Manfred Sohn [LINKE]: Die hat Ihresgleichen gemacht! - Unruhe)

Präsident Hermann Dinkla:

Herr Kollege, ich darf noch einmal kurz unterbrechen. - Wenn jetzt wieder mehr Ruhe eingekehrt ist, fahren Sie bitte fort.

Christian Dürr (FDP):

Damit er die Zahl nicht vergisst, wiederhole ich sie: 14 % haben Sie über neue Schulden finanziert.

Jetzt befindet sich unser Land in einer schweren Wirtschafts- und Finanzkrise, der schwersten seit dem Zweiten Weltkrieg. Diese Landesregierung, meine Damen und Herren, kommt mit 9 % an neuen Krediten aus.

Ich will deutlich sagen: Das muss eine Ausnahme bleiben, das ist immer noch zu viel. Aber wenn jemand noch einen Beweis gebraucht hätte, warum in einer solchen schweren Krise die SPD nicht am Ruder sein darf, dann hätte er ihn jetzt. Wer nicht einmal bei unruhiger See das Boot steuern kann, meine Damen und Herren, der darf schon gar nicht im Sturm am Ruder sein.

(Stefan Wenzel [GRÜNE]: Sülz, sülz, sülz!)

Deshalb stehen wir auf der Brücke.

Herzlichen Dank.

(Stürmischer, nicht enden wollender Beifall bei der FDP und bei der CDU -

Kreszentia Flauger [LINKE]: Ganz dürr, Herr Dürr!)

Präsident Hermann Dinkla:

Zu einer Kurzintervention erteile ich dem Kollegen Jüttner von der SPD-Fraktion das Wort.

Wolfgang Jüttner (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Erste Bemerkung. Zur hohen Verschuldung 2002/2003 empfehle ich Ihnen den Beschluss der Landesregierung Wulff/Möllring in der Mipla 2003. Darin ist genau erklärt, warum das so passiert ist und warum das nicht anders gehen konnte - für diejenigen, die lesen können.

Zweite Bemerkung. Diese innovative Stiftung, Herr Dürr, von der Sie geredet haben, ist ausschließlich aus der Neuverschuldung des Landes beschiedt worden und hatte das hohe Ziel, Zustiftungen zu erreichen. Wissen Sie, wie hoch die Zustiftungen bis heute sind? - Null Euro, meine Damen und Herren. Das ist ein Nebenhaushalt und nichts anderes, ausschließlich über Schulden finanziert!

(Beifall bei der SPD)

Dritte Bemerkung. Bei der Erbschaftsteuer geht angeblich die Welt unter. In Berlin fand dazu gerade die Anhörung statt. Die Steuergewerkschaft hat erklärt, es gebe kein einziges Beispiel, dass aufgrund der Zahlung der Erbschaftsteuer eine Firma an den Rand der Existenz oder in die Insolvenz getrieben worden sei. So viel von den Fachleuten zu dem Thema.

(Kreszentia Flauger [LINKE]: Ammenmärchen!)

Vierte Bemerkung: Sie sagen, der Bildungshaushalt sei so dramatisch gestiegen, weil Sie so gut sind. - Wissen Sie, was der Hintergrund dafür ist? Der gesamte Bereich der frühkindlichen Bildung, der zu unserer Regierungszeit im MS ressortierte, ist umgebucht worden, meine Damen und Herren. Ihr Bildungshaushalt ist gestiegen, aber drastisch weniger als der aller anderen Flächenländer in Deutschland! Das ist das Problem, darauf habe ich hingewiesen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Letzte Bemerkung: Mit den 4,6 Milliarden Euro, die in dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz für Kinder vorgesehen sind, könnte man sämtliche Kinder in Deutschland in der Kita beitragsfrei stellen und könnte außerdem noch das Mittagessen in

den Menschen bezahlen, meine Damen und Herren. Die Frage ist nicht, ob wir etwas für Kinder ausgeben oder nicht, sondern ob wir etwas Sinnvolles für Kinder finanzieren oder ob wir darüber gesellschaftliche Umverteilung betreiben wie Sie.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Hermann Dinkla:

Zu einer weiteren Kurzintervention erteile ich der Kollegin Helmhold von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

(David McAllister [CDU]: 20 Euro Kindergeld sind gesellschaftliche Umverteilung? Lächerlich! So etwas Familienfeindliches! - Heinz Rolfes [CDU]: Das ist purer Sozialismus! - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Frau Kollegin, wir haben Zeit. - Bitte schön!

Ursula Helmhold (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Dürr, ich möchte drei Bemerkungen zu Ihrer angeblichen Familienförderung anbringen.

Erstens. Der Kollege Klein hat es Ihnen eben noch einmal erläutert. Das Motto, nach dem Sie das machen, lautet: Wer schon hat, dem wird gegeben. - Ich habe hier wieder gehört, wie Sie predigen, dass Sie das tun, damit es sich für diejenigen lohnt, die arbeiten. Merken Sie eigentlich gar nicht, Herr Dürr, wie Sie damit diejenigen Menschen diskriminieren, die auf Transferleistungen angewiesen sind und einfach keine Arbeit bekommen? Merken Sie es nicht? Oder ist das Absicht?

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Zweite Bemerkung. Wir sind uns mit allen Verbänden, die sich mit diesem Thema beschäftigen, darin einig, dass die beste Förderung für Kinder und ihre Eltern in dem Ausbau einer vernünftigen Infrastruktur liegt. Bildung und Betreuung für alle erhöht erstens die Chancen für alle Kinder und zweitens die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für die betroffenen Eltern. Davon haben sie sehr viel mehr als von 40 Euro, 20 Euro oder eben auch überhaupt nichts im Monat.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Dritte Bemerkung. Herr Dürr, Sie haben hier eben gesagt, das Geld ist bei den Eltern besser aufgehoben, außer vielleicht bei Herrn Limburg. - Das ist

eine unverschämte Bemerkung. Ich weise sie zurück und erwarte, dass Sie sich dafür entschuldigen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Präsident Hermann Dinkla:

Für die FDP-Fraktion antwortet der Kollege Dürr. - Mir lagen zwei Wünsche für Kurzinterventionen vor, und ich gehe davon aus, dass Sie Stellung nehmen wollen. Bitte!

(Heinrich Aller [SPD]: Erst einmal entschuldigen!)

Christian Dürr (FDP):

Was den Kollegen Limburg betrifft, ich glaube, da trennt uns an dieser Stelle gar nicht so viel. Er ist ein sehr freundlicher, netter Kollege. Wir haben allerdings inhaltlich andere Auffassungen.

Ich sage auch sehr offen, Herr Kollege Limburg: Was ich vorhin auf Twitter gelesen habe, was Sie hier aus dem Plenum geschrieben haben, ist auch nicht gerade parlamentarisch, wenn dort der Innenminister als „unerträglicher Hetzer“ titulierte wird.

(Lebhafte Zurufe von der CDU: Unerhört! Unglaublich! Entschuldigen! Was ist das denn jetzt wieder? Frau Helmhold, so geht das gar nicht! - Unruhe)

Das finde ich auch nicht schön. Das sage ich ganz ehrlich, das finde ich nicht gut. Aber da ich weiß, dass auch der Kollege Limburg grundsätzlich einsichtig ist, kann ich nur sagen, dass seine Kinder bei ihm garantiert in hervorragenden Händen sind, Frau Helmhold, damit Sie auch da ganz beruhigt sein können.

(Anhaltende Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Ich möchte noch einmal auf den Innovationsfonds eingehen, Herr Jüttner.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Aber ich habe recht!)

Die ganzen Anzeigen, die deutschlandweit geschaltet wurden, die im Fernsehen gelaufen sind - den Fernsehspot kennen Sie -, die Anzeigen in vielen Magazinen, die national erscheinen, die für Niedersachsen geworben haben, waren eine so hervorragende Werbung für unser Land, eine so hervorragende Werbung für unseren Wirtschafts-

standort, wie es eine SPD-Landesregierung nie geschafft hat. Dieser Innovationsfonds ist goldrichtig für Niedersachsen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Ich möchte auch zwei Sätze zum Thema Bildung sagen, weil wir da noch einiges aufzuholen haben, insbesondere bei der frühkindlichen Bildung. Herr Jüttner, was ist denn der Grund dafür, dass Niedersachsen bei der frühkindlichen Bildung so weit hinten liegt?

(Unruhe)

Präsident Hermann Dinkla:

Herr Kollege, ich unterbreche noch einmal. Sie können davon ausgehen, dass das nicht zulasten Ihrer Redezeit geht. - Ich möchte wirklich bitten, dass die Gespräche in den Fraktionen jetzt eingestellt werden. - Bitte!

Christian Dürr (FDP):

Danke, Herr Präsident. - Es hängt damit zusammen, dass Sie bei der frühkindlichen Bildung in den 90er-Jahren nichts, aber auch gar nichts getan haben, meine Damen und Herren. Wir müssen jetzt Ihren Scherbenhaufen aufräumen. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Zum Schluss, Frau Kollegin Helmold, zum Thema der Erhöhung des Kindergeldes und der Entlastung der Familien in Deutschland. Natürlich gilt unsere Solidarität den Menschen, die keine Arbeit haben. Das ist überhaupt keine Frage, weder für Union noch für FDP. Aber eines bleibt am Ende auch richtig, diese Formel muss weiterhin für alle in Deutschland aufgehen: Wer mehr arbeitet, wer morgens aufsteht, wer sich um seine Familie auch finanziell kümmern kann, weil er einen Job hat, derjenige muss am Ende des Monats mehr übrig haben als derjenige, der nicht arbeitet. Das muss wahr bleiben in Deutschland!

(Beifall bei der FDP und bei der CDU -
Ursula Helmhold [GRÜNE]: Was ist mit denen, die arbeiten und nicht genug haben? - Dörthe Weddige-Degenhard [SPD]: Kämpfen wir gemeinsam für den Mindestlohn!)

Präsident Hermann Dinkla:

Mir liegt jetzt als nächstes die Wortmeldung vom Kollegen Dr. Sohn vor. Sie haben eine Restredezeit von 4:52 Minuten. Bitte!

Dr. Manfred Sohn (LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Dürr, das, was Sie gesagt haben, stand ja offensichtlich seitens der FDP ein bisschen unter der Überschrift: Mut zum Leichtmatrosen auf der Brücke.

(Hans-Werner Schwarz [FDP]: So ein Quatsch! Das sind doch nur Sprüche!)

Denn das, was Sie da gebracht haben, war, was den letzten Punkt anlangt, blamabel, weil das, was Sie eben über diejenigen gesagt haben, die morgens aufstehen und versuchen, ihre Familie bzw. sich durchzubringen, ja wohl auch die vielen betrifft, die morgens aufstehen und zu schlechten Löhnen arbeiten.

(Ursula Helmhold [GRÜNE]: So ist es!)

Davon gibt es nämlich grausam viele, und seitdem Sie am Drücker sind, immer mehr.

Ihre völlige Weigerung, über Mindestlohn auch nur zu reden, ist ja das eine. Was aber noch viel schlimmer ist, Herr Dürr, ist Folgendes: Mit diesem Schuldenbeschleunigungsgesetz werden nicht nur die Schulden des Staates beschleunigt. Mit diesem Schuldenbeschleunigungsgesetz - Sie werden es der Presse entnommen haben - gilt ja auch für viele, die Arbeit haben, dass sie weniger Netto vom Brutto haben als vorher.

Sie beschleunigen mit diesem Gesetz die Schulden vieler, die morgens aufstehen und für beschissene Löhne zur Arbeit gehen müssen, weil sie keine andere - - -

(David McAllister [CDU]: Was ist das denn? - Weitere Zurufe von der CDU)

Den Ordnungsruf nehme ich gern in Kauf, weil diese Bezeichnung mancher Löhne, die Sie zu verantworten haben - - -

Präsident Hermann Dinkla:

Herr Dr. Sohn, ich darf Sie unterbrechen. Den Gefallen werde ich Ihnen jetzt auch tun. Sie bekommen einen Ordnungsruf, weil Ihre Wortwahl unangemessen war. Sie können dies korrigieren, aber ich gehe nicht davon aus, dass Sie das möchten.

(Victor Perli [LINKE]: Wo er recht hat, hat er recht!)

Der Ordnungsruf ist Ihnen also sicher. Den erteile ich Ihnen hiermit.

Dr. Manfred Sohn (LINKE):

Meine zweite Anmerkung, Herr Dürr, betrifft Ihre Rechnung von eben. Ich kann ja verstehen, dass Sie das so schnell nicht machen. Wir haben das gemacht, Herr McAllister, obwohl wir tagsüber auf den Straßen und in den Betrieben sind. Nachts und abends aber arbeiten und rechnen wir fleißig, während andere auf Empfängen sind.

(Karl-Heinz Klare [CDU]: Frag mal La-fontaine, wo der überall ist!)

Wir haben das aufgrund der Vorschläge der FDP einmal nachgerechnet. Wenn in Niedersachsen ab 2017 - nicht ab 2011 - alle von der FDP - das ist bei der CDU nicht ganz so schlimm - ab 2010 geforderten Steuersenkungen in Kraft treten würden, dann bräuchten Sie in der Bundesrepublik Deutschland bei gleichbleibender Ausgabenhöhe des Landes und des Bundes eine stabile Wachstumsquote von ungefähr 16 %.

(Christian Dürr [FDP]: Das ist doch Quatsch!)

Das ist Ihre Rechnung: Wir nehmen zwar weniger Steuern ein, dadurch aber beschleunigen wir das Wachstum, und dadurch gleichen wir die Steuerausfälle wieder aus. - Damit landen Sie bei 16 %. Wenn Sie zu anderen Zahlen kommen, kriegen Sie ein Bier von mir. Sie werden bei nüchterner Berechnung Ihrer Zahlen aber leider nicht zu einem anderen Ergebnis kommen.

Wenn das, Herr Dürr, keine verantwortungslose Steuerpolitik ist, dann weiß ich nicht, was verantwortungslose Steuerpolitik ist.

(Zustimmung bei der LINKEN - Christian Grascha [FDP]: Ihre Politik!)

Eine weitere Anmerkung möchte ich zu dem machen, was Herr Jüttner vorhin völlig korrekt zum Steuervollzug gesagt hat.

Das, was Herr Jüttner gesagt hat, betrifft ja die Vergangenheit, nämlich das systematische Herunterfahren des Steuervollzugs durch Herrn Möllring und andere in den letzten Jahren.

Das betrifft aber auch und noch dramatischer die Zukunft. Die Steuergewerkschaft, die hier schon genannt worden ist, hat ausgerechnet, dass in den Jahren 2010 bis 2012 voraussichtlich 300 Beschäftigte aus der niedersächsischen Steuerverwaltung ausscheiden; in den folgenden Jahren bis 2020 jährlich ca. 500. Dieser Aderlass wird angesichts der Personalpolitik dieses Landes natürlich dazu führen, dass die Steuerfestsetzung in Niedersach-

sen nicht mehr nach Recht und Gesetz erfolgen kann. Das ist offensichtlich - anders kann das nicht interpretiert werden - auch das Ziel dieser Landesregierung.

Eine letzte Anmerkung. Ich hatte vorhin noch etwas vergessen. Zu einer ordentlichen Haushaltsrede gehört natürlich auch ein Lob. Ich hatte vergessen, zu erwähnen, dass heute immerhin die Meldung durch die Presse ging, dass Niedersachsen das Münzkabinett von der Deutschen Bank kauft. Für 5 Millionen Euro hat Stratmann das jetzt gekauft. Das ist sehr ordentlich; man weiß nicht, ob das Geld wirklich da ist. Aber immerhin beruhigt eines: Jetzt ist doch wieder ein bisschen Hartgeldwährung im Lande angesichts einer Politik der Staatsverschuldung, die wahrscheinlich nur durch Inflation gelöst werden kann.

Weil Herr McAllister vorhin so nett war, auf unsere verschiedenen Rechnungen einzugehen, überreiche ich ihm jetzt meinen Vorabdruck dieser wunderbaren Broschüre, in der alles noch einmal steht.

Schönen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Hermann Dinkla:

Ich erteile dem Kollegen McAllister das Wort **zur Geschäftsordnung**. Bitte schön!

David McAllister (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe mich aus einem ganz bestimmten Grund zur Geschäftsordnung gemeldet.

Aufgrund der Ereignisse in der letzten Landtagssitzung waren wir uns insbesondere in der Sitzung des Ältestenrates darin einig, dass wir auf allen Seiten versuchen wollen, einen anderen Umgangsstil zu pflegen. Insbesondere Sie, Frau Helmhold, haben dafür ja ganz intensiv geworben. Wir haben über den Stil sowohl im Ältestenrat als auch in vielen Einzelgesprächen zwischen den Fraktionen, auch den Fraktionsvorsitzenden, gesprochen.

Nun habe ich mir gerade geben lassen, was der Kollege Limburg von Bündnis 90/Die Grünen heute auf Twitter - für eine größere Öffentlichkeit bestimmt - abgeschickt hat. Ich zitiere wörtlich:

„Schünemann spricht wie HC Strache (FPÖ) und Gerd Wilders. Unerträglicher Hetzer!“

Meine Damen und Herren, der Kollege Limburg vergleicht den ehrbaren Innenminister des Landes Niedersachsen mit einem Rechtsradikalen aus den Niederlanden und diffamiert ihn darüber hinaus in beleidigender Art und Weise. Meine Damen und Herren, das geht so definitiv nicht!

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Herr Kollege Limburg, Sie schütteln den Kopf. Sie sind jung, Sie sind engagiert. Vielleicht ist uns ja gemeinsam, dass wir gern auch die harte politische Auseinandersetzung pflegen.

Aber, meine Damen und Herren, alles hat seine Grenzen. Deshalb fordere ich Sie auf, sich hier für diesen unpassenden Vergleich öffentlich zu entschuldigen. Herr Wenzel und insbesondere Frau Helmhold, wir erwarten von der Führung der Grüne-Fraktion eine Distanzierung zu diesen Aussagen; denn insbesondere Sie, Frau Helmhold, sollten sich eines genau merken: Man kann die moralische Latte nicht 2 m hoch anlegen, wenn man selbst maximal 30 cm hoch springen kann.

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Präsident Hermann Dinkla:

Ich erteile der Kollegin Helmhold von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort. Ebenfalls zur Geschäftsordnung.

Ursula Helmhold (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben uns darüber verständigt, wie wir in diesem Parlament künftig miteinander umgehen wollen. Wir werden sicherlich Gelegenheit haben, das, was heute hier passiert ist, im Ältestenrat nachzuarbeiten.

(Heinz Rolfes [CDU]: Jetzt reicht es aber langsam!)

Was eine Äußerung in Twitter angeht, so unterliegt diese erstens nicht dem, was wir über den Umgang in diesem Parlament miteinander besprochen haben.

(Widerspruch bei der CDU - Zurufe von der CDU: Unglaublich!)

Zweitens. Was parlamentarisch und was unparlamentarisch ist, darüber sprechen wir und darüber entscheidet das Präsidium.

Wenn aus einer Plenardebatte heraus getwittert wird und der Kollege sagt - Zitat -, „Schünemann spricht wie HC Strache (FPÖ) und Gerd Wilders. Unerträglicher Hetzer!“, so bitte ich Sie, nicht zu vergessen, dass dies vor dem Hintergrund der Ausführungen des Innenministers passiert ist, der wieder einmal in unerträglicher Weise - - -

(Lebhafte Zurufe von der CDU und von der FDP - Ministerpräsident Christian Wulff: Das ist ja ungeheuerlich, was Sie hier sagen!)

Präsident Hermann Dinkla:

Frau Kollegin, ich darf Sie unterbrechen. Ihre Ausführungen sind in keiner Art und Weise durch einen Beitrag zur Geschäftsordnung abgedeckt. Ich möchte Sie bitten - - -

(Anhaltende lebhafte Zurufe von der CDU und von der FDP)

Ursula Helmhold (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine sehr - - -

Präsident Hermann Dinkla:

Jetzt möchte ich Sie bitten, zunächst einmal keine weiteren Ausführungen zu machen. Ich werde die Sitzung kurz unterbrechen, damit hier wieder Ruhe einkehrt.

Ursula Helmhold (GRÜNE):

Nein, so geht das nicht, Herr Präsident!

(Björn Thümler [CDU]: Sie sollten sich schämen!)

Herr Kollege McAllister hat sich zur Geschäftsordnung gemeldet und hat hier Vorwürfe erhoben. Ich habe mich daraufhin ebenfalls zur Geschäftsordnung gemeldet und spreche zu eben diesen Vorwürfen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Sollten Sie mir jetzt das Wort verbieten wollen, Herr Präsident, beantrage ich eine Sondersitzung des Ältestenrates, um das zu klären.

(Björn Thümler [CDU]: Eine gute Idee! - Heinz Rolfes [CDU]: Das ist ja unglaublich! - Weitere Zurufe von der CDU)

Ich gehe davon aus, dass ich weiter ausführen kann.

Die Äußerungen sind gefallen vor dem Hintergrund der Einlassungen des Innenministers, der wieder einmal nichts weiter zu tun hatte, als Einwanderern zu unterstellen, dass sie in die Sozialsysteme einwandern wollten.

(Heinz Rolfes [CDU]: Das ist unglaublich! - Christian Dürr [FDP]: Das ist doch gar nicht wahr!)

Er lässt keine Gelegenheit aus, dies zu tun. Vor diesem Hintergrund hat sich mein Kollege geäußert.

(Beifall bei der LINKEN - Zurufe von der CDU)

Vor diesem Hintergrund finde ich es in dem Medium Twitter berechtigt.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN - Starke Unruhe bei der CDU und bei der FDP - Zuruf von der CDU: Unverschämtheit!)

Präsident Hermann Dinkla:

Ich erteile dem Herrn Ministerpräsidenten das Wort.

Christian Wulff, Ministerpräsident:

Ich möchte den Präsidenten ausdrücklich bitten, die Sitzung zu unterbrechen und den Ältestenrat mit dieser Frage zu befassen. Denn die Landesregierung muss sich ihrerseits damit befassen, ob sie an dieser Sitzung weiterhin teilnehmen kann, wenn hier in dieser Art und Weise mit der Regierung umgegangen wird.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und bei der FDP - Zuruf von der CDU: So ist es!)

Präsident Hermann Dinkla:

Ich unterbreche die Sitzung für eine Sondersitzung des Ältestenrates. Um 18.30 Uhr werden wir, so hoffe ich, mit der Sitzung fortfahren.

(Unterbrechung der Sitzung von 18.11 Uhr bis 18.52 Uhr)

Präsident Hermann Dinkla:

Ich eröffne die Sitzung wieder.

Mir ist mitgeteilt worden, dass der Kollege Limburg die Möglichkeit nutzen möchte, nach § 76 unserer

Geschäftsordnung eine **persönliche Bemerkung** zu machen. Ich erteile ihm dazu das Wort.

(Unruhe)

Darf ich noch einmal um Ruhe bitten!

Helge Limburg (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bezüglich der von mir getätigten Äußerungen auf dem Internetmedium Twitter von heute Vormittag zur Debatte um die Bleiberechtsregelung erkläre ich, dass ich die Kritik am niedersächsischen Innenminister in der Sache aufrechterhalte. Aber die Wortwahl, insbesondere soweit bei Ihnen der Eindruck entstanden ist, ich würde ihn in die Nähe von Rechtsradikalen rücken, nehme ich ausdrücklich zurück.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Hermann Dinkla:

Herr Kollege, eine Nachfrage: Es ging auch um einen konkreten Begriff.

(Zurufe von den GRÜNEN: Das hat er doch gesagt!)

- Ich möchte es jetzt präzise haben!

(Widerspruch bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Helge Limburg (GRÜNE):

Auch das, Herr Präsident. Den Begriff „unerträglicher Hetzer“ in Bezug auf den niedersächsischen Innenminister nehme ich hiermit zurück.

Präsident Hermann Dinkla:

Mir liegt jetzt noch eine Wortmeldung vor, die vorhin nicht abgearbeitet werden konnte. Herr Kollege Adler wollte sich noch **zur Geschäftsordnung** melden. Ich erteile ihm jetzt das Wort.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Jetzt aber keine neue Aufregung! - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Hans-Henning Adler (LINKE):

Ich spreche zu dem Geschäftsordnungsantrag des Kollegen McAllister und weise darauf hin, dass das nach unserer Geschäftsordnung gar kein Geschäftsordnungsantrag war. Ich lese deshalb § 75 Abs. 2 unserer Geschäftsordnung vor. Dort steht:

„Ein Mitglied des Landtages, das das Wort zur Geschäftsordnung erhalten hat, darf sich nur zur verfahrensmäßi-

gen Behandlung des gerade anstehenden oder des unmittelbar vor ihm behandelten Beratungsgegenstandes oder zum Ablauf der Sitzungen des Landtages äußern.“

(Zurufe aus der CDU: Das hat er doch!)

Eine Äußerung in dem Medium Twitter ist keine Äußerung innerhalb des Landtages, und zwar schon deshalb nicht, weil nicht alle Mitglieder des Landtages das mitbekommen.

Es gibt ja den Unterschied zwischen Immunität und Indemnität. Unter die Indemnität fällt das, was im Landtag geschieht. Das wird auch im Landtag protokolliert. Was Sie angesprochen haben, fällt allenfalls unter die Immunität. Wenn es einen beleidigenden Charakter hat, wäre das dort zu erörtern. Hier hat die ganze Sache einen völlig falschen Verlauf genommen, weil ein unzulässiger Geschäftsordnungsantrag gestellt wurde.

(Beifall bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Präsident Hermann Dinkla:

Herr Kollege, nur zur Klarstellung: Herr Kollege McAllister hat sich nicht ausschließlich auf das, was in Twitter kommuniziert worden ist, berufen, sondern auf die Debatte, die hier geführt worden ist. Insofern habe ich das als einen Geschäftsordnungsantrag akzeptiert.

Vielen Dank.

(Widerspruch bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Weitere Wortmeldungen liegen mir hierzu nicht vor.

Mir liegt dann die Wortmeldung des Herrn Finanzministers vor. Ich erteile ihm das Wort.

Hartmut Möllring, Finanzminister:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst darf ich mich nach dem Dank, der uns hier für die geleistete Arbeit entgegengebracht wurde, umgekehrt dafür bedanken, dass der Landtag und seine Ausschüsse den Haushaltsplanentwurf 2010 so zügig beraten haben, dass wir wie auch in den letzten Jahren, seit 2003, den jeweiligen Haushalt vor Beginn des neuen Haushaltsjahres verabschieden und damit zum Gesetz machen können. Dafür herzlichen Dank!

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Mit diesem Haushaltsplan haben wir die krisenbedingten Maßnahmen abgesichert und den Weg in die Zukunft bereitet. Die Idee, den Haushaltsplanentwurf 2010 noch zu stoppen, halte ich für abwegig. Wenn wir den Haushaltsplan 2010 nicht in diesem Jahr beschließen könnten, müssten wir mit einer vorläufigen Haushaltsführung ins neue Jahr starten. Das hielte ich wirklich für völlig absurd; denn ohne Haushalt würde Niedersachsen als Sozialpartner, als Investor und als Arbeitgeber ausfallen.

Ich will das etwas verdeutlichen: Alles das, was keine Pflichtaufgabe ist, kann während einer vorläufigen Haushaltsführung nicht bewilligt werden. Ich möchte Sie sehen, wenn wir den Frauenhäusern, anderen sozialen Einrichtungen und Kulturinstitutionen kein Geld bewilligen könnten, weil wir keinen Haushalt hätten. Das Gleiche gilt für die Investitionen und natürlich auch für neue Stellen, die wir mit diesem Haushaltsplan schaffen. Man kann nicht auf der einen Seite sagen, dass wir hier und dort nicht genug Personal haben, und auf der anderen Seite durch Haushaltsverweigerung die Besetzung dieser Stellen verhindern.

(Anhaltende Unruhe)

Präsident Hermann Dinkla:

Herr Minister, ich darf Sie kurz unterbrechen. - Ich habe ja Verständnis dafür, dass der Vorgang von vornherein jetzt in den Reihen der Fraktionen noch nachdiskutiert wird. Aber ich bitte darum, jetzt den Ausführungen des Herrn Minister Gehör zu schenken.

Hartmut Möllring, Finanzminister:

Das ganze Konjunkturprogramm II ginge genauso daneben. Das hieße, dass wir ohne Hochbau, ohne neue Fahrzeuge und Technik keine die Konjunktur stützenden Effekte, sondern stattdessen Stillstand hätten. Diese Konsequenzen sind meines Erachtens nicht hinnehmbar. Deswegen ist und war es richtig, dass wir die Ausschussberatungen durchgeführt haben und den Haushalt jetzt beschließen können. Dem Hohen Hause vielen Dank dafür, dass das hier heute Morgen so bekräftigt worden ist.

Die Auswirkungen des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes haben wir im Zuge der Ausschussberatungen eingearbeitet. Das ist uns im Rahmen der geplanten Nettokreditaufnahme gelungen.

Der Kollege Wenzel, der im Moment nicht da ist,

(Heinz Rolfes [CDU]: Doch, da hinten steht er!)

hätte sich von seinen Haushaltsfachleuten dahingehend beraten lassen können, dass wir, egal ob wir es eingearbeitet hätten oder nicht - wir haben es eingearbeitet -, selbst wenn das Gesetz nicht kommen würde, nicht die Steuermindereinnahmen hätten, die dieses Gesetz vorsieht. Aus Haushaltsplansicht wäre das nicht das Schlimmste.

Wenn wir den Haushalt vor Verabschiedung des Gesetzes beschlossen hätten, hätten wir umgekehrt trotz der Änderung durch das Wachstumsbeschleunigungsgesetz rechtlich auch keinen Nachtragshaushalt gebraucht. Wir haben aber Vorsorge getroffen. Deshalb war der Geschäftsordnungsantrag sicherlich zulässig, inhaltlich aber nicht berechtigt. Wir werden das Gesetz mittragen - der Ministerpräsident hat es hier gesagt -, weil wir die Maßnahmen zur Unterstützung der Unternehmen in der Krise für alternativlos halten und weil wir gerade den Schwächsten in unserer Gesellschaft sowie den Familien in schwierigen Zeiten beistehen wollen.

Wie gesagt: Die zu erwartenden Einnahmeausfälle in Höhe von 135 Millionen Euro halten wir für vertretbar. Dabei beteiligen wir die Kommunen fair an der Kompensationszahlung des Bundes; das ist selbstverständlich. Dies haben wir auch schon bei der Kindergelderhöhung zum 1. Januar 2009 gemacht. Als das Kindergeld dieses Jahr erhöht worden ist, habe ich keine Kritik von dieser Seite gehört. Warum dies dann im nächsten Jahr falsch sein soll, hat man mir bisher noch nicht erklären können.

Selbstverständlich haben wir auch die Ergebnisse der aktuellen November-Steuerschätzung berücksichtigt. Bisher liegen die Steuereinnahmen noch einigermaßen im Rahmen - darüber ist mehrfach berichtet worden -, was vor allem an der überproportional starken Umsatzsteuer liegt. Trotzdem mussten wir für dieses Jahr ein Minus von 1,3 Milliarden Euro einplanen. Wie die aktuelle Steuerschätzung zeigt, ist das richtig gewesen.

(Petra Emmerich-Kopatsch [SPD]:
Warum muss man dann in diesem
Jahr 2,3 Milliarden Euro aufnehmen?)

In diesen Tagen werden wir nämlich eine Ausgleichszahlung - - - Wie war die Frage?

(Petra Emmerich-Kopatsch [SPD]:
Warum muss man dann in diesem
Jahr 2,3 Milliarden Euro aufnehmen?)

- Frau Emmerich-Kopatsch, das will ich gerne erklären. Die SPD möchte 150 Millionen Euro aus der allgemeinen Rücklage zur Deckung ihres Haushaltsvorschlags verwenden. David McAllister, der Fraktionsvorsitzende der CDU, hat vorhin darauf hingewiesen. Wenn das in dem Vorschlag der SPD so richtig ist, dann nehme ich an, dass das auch allgemein für richtig anerkannt wird.

In diesen Tagen werden wir eine Ausgleichszahlung im Finanzausgleich in Höhe von rund 800 Millionen Euro leisten müssen. Für das letzte Quartal 2009 werden wir - dies ist schon jetzt erkennbar - ebenfalls eine Ausgleichszahlung leisten müssen. Dies alles wird uns wegen der rückwirkenden Ermittlung und Abrechnung der Ausgleichsbeträge noch weit ins Jahr 2010 hinein beschäftigen.

Die zeitliche Zuordnung der jeweiligen Steuermindereinnahmen - auch dies habe ich hier schon einmal gesagt - ist ausgesprochen schwierig. Deshalb muss man die Jahre 2009 und 2010 gemeinsam betrachten. Natürlich sind die Rückzahlungen im März 2010 wirtschaftlich dem Jahr 2009 zuzurechnen, weil sie sich aus den Steuerströmen in diesem und im nächsten Jahr berechnen.

Die Nettokreditaufnahme, wie wir sie Ihnen vorschlagen, ist in der momentanen Lage richtig, auch der Höhe nach, weil es keine Alternativen gibt. In der aktuellen Situation können wir Einnahmeausfälle, die wir unbestritten haben, nicht durch Ausgabekürzungen auffangen. Das würde die „Initiative Niedersachsen“ und die Konjunkturprogramme von Bund und Land - zusammen mit den Gemeinden - torpedieren. Diese sind zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise nötig.

Herr Klein, das entsprechende Gesetz ist übrigens am 20. Februar dieses Jahres hier beschlossen worden. Sie können mir also nicht vorwerfen, dass seit 1. Januar 20 Millionen Euro im Kultusministerium herumliegen. Das geht nicht, weil sie am 20. Februar überhaupt erst zur Verfügung gestellt werden. Sie wissen ja, wie das haushaltstechnisch funktioniert. Die Mittel liegen nicht herum, sondern es ist ein bisschen kompliziert gebucht worden. Sie stehen dem Kultusministerium zur Verfügung, werden aber dann von den 100 Millionen Euro beim Einzelplan 13 wieder abgezogen. Das ist nur eine interne Verrechnung. Das Geld liegt nicht ungenutzt herum, sondern steht selbstverständlich ohne

Abstriche für die Unterrichtsversorgung zur Verfügung.

(Zustimmung bei der CDU)

Unser Programm, das wir gemeinsam mit Ihnen am 20. Februar aufgelegt haben, ist offensichtlich erfolgreich. Die Talsohle ist offenkundig durchschritten. Wir haben heute genau 4 257 Vorhaben in Niedersachsen, und es werden täglich mehr. Das Volumen dieser 4 257 Vorhaben beträgt 1,165 Milliarden Euro. Wenn Sie wissen, dass das ganze Programm nur 1,3 Milliarden Euro umfassen sollte, dann werden Sie feststellen, dass wir hier erfolgreich einen deutlichen Konjunkturschub gegeben haben. Sinn des Konjunkturprogramms ist es nämlich, zu investieren und dadurch die Konjunktur zu beleben. Dies erfordert eben zusätzliche Ausgaben. Aus diesem Grund haben wir bewusst auf kurzfristige tiefe Einschnitte in die Ressort Haushalte verzichtet.

Wir setzen weitere Prioritäten bei Bildung und Wirtschaft. Wir machen unser Land durch energische Maßnahmen zukunftsfest. Damit setzen wir die erfolgreiche Politik der letzten Jahre fort.

Niedersachsen hat sich auch jenseits der Haushaltspolitik hervorragend entwickelt. Das alles darf man jetzt nicht kurzerhand einreißen. Deshalb finanzieren wir trotz der Krise weiterhin in unsere Prioritäten.

Darüber hinaus ist es gelungen, weitere wichtige Akzente - ich möchte nur einige nennen - zu setzen. Wir haben das beitragsfreie dritte Kindergartenjahr mit einem Mittelvolumen von jährlich 100 Millionen Euro eingeführt. Das war ein erster Schritt in die richtige Richtung. Wir müssen uns ja nicht immer über die Vergangenheit streiten. Aber lassen Sie mich Ihnen sagen, dass das den Eltern deutlich mehr bringt als die 13 Jahre SPD-Regierung,

(Jutta Rübke [SPD]: Na, na, na!)

als nämlich versprochen worden war, die Personalkosten würden zu 100 % vom Land getragen. Das war 1990 vor der Wahl so versprochen worden. Herr Bartling erinnert sich noch daran. 2003, als Sie die Regierung abgegeben haben, war jedoch noch nichts davon umgesetzt, sondern wir haben dann das dritte Kindergartenjahr beitragsfrei gestellt.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Mit diesem Haushalt und den Folgehaushalten bis 2013 stehen für die neu zu schaffenden Krippen-

plätze 935 Millionen Euro zur Verfügung, gut ein Drittel von uns, nämlich 340 Millionen Euro als Landesanteil. Für die Betriebskostenförderung im Bereich der Kindertagespflege gibt es 181 Millionen Euro einschließlich des Bundesanteils von 52,5 Millionen Euro in den nächsten vier Jahren und den weiteren Bausteinen des bis 2010 laufenden Landesprogramms „Familien mit Zukunft“. An den Investitionen für neue Betreuungsplätze im Bereich der Kindertagespflege beteiligt sich das Land in den nächsten vier Jahren mit weiteren insgesamt 3,6 Millionen Euro.

Wir haben - dies kann man gar nicht häufig genug sagen - die höchste Zahl an Lehrerinnen und Lehrern aller Zeiten, seit es Niedersachsen gibt.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Jeder hundertste Niedersachse ist Lehrerin bzw. Lehrer. Das Haushaltsvolumen des Kultusministeriums beträgt 4,7 Milliarden Euro. Das ist fast jeder fünfte Euro des Landeshaushalts und 1 Milliarde Euro mehr als 2002. Es ist richtig, dass die Personalkostenanteile vom Sozialministerium damals, 2003, in das Kultusministerium gebucht worden sind. Aber wenn wir uns die Zahlen genau ansehen, stellen wir fest, dass wir den Kultushaushalt in den letzten sechs Jahren saldiert um mehr als 1 Milliarde Euro erhöht haben. Das müssen Sie vor dem Hintergrund sehen, dass wir damals einen Haushalt von gut 22 Milliarden Euro hatten. Jetzt haben wir Ihnen einen Haushaltsplanentwurf in Höhe von etwa 25 Milliarden Euro vorgelegt. Das heißt, von der Steigerung um 3 Milliarden Euro ist ein Drittel, nämlich 1 Milliarde Euro, ausschließlich in den Kultusbereich gegangen. Das zeigt, wo wir Prioritäten setzen und auch in Zukunft setzen werden.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Für die Unterrichtsversorgung werden jährlich zusätzlich 50 Millionen Euro ausgegeben. Auch dieses Geld wäre nicht vorhanden, wenn wir keinen Haushaltsplan beschließen könnten; denn das wäre zusätzliches Geld. 50 zusätzliche Stellen werden für pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an Förderschulen geschaffen.

Herr Jüttner, Sie haben darauf hingewiesen, dass man nicht nur das Hauptschulprogramm durchführen dürfe, sondern auch bei anderen Sachen etwas machen müsse. Auch diese Stellen dürften nicht besetzt werden. Sie hätten allerdings in Ihrer Rede, Herr Jüttner, fairerweise sagen müssen: Wir haben damals das Hauptschulassistentenpro-

gramm auf den Weg gebracht. Wir haben es aber auf drei Jahre begrenzt. 2003 war im Haushalt kein Geld mehr von uns vorgesehen. Dann hätten die Kommunen das alleine tragen müssen. - Das war ja Ihr Programm. Daraufhin haben unsere Schul- und Innenpolitiker gesagt: Wir können die Kommunen nicht hängen lassen. - Dann sind die Mittel auf Dauer im Landeshaushalt eingestellt worden. So ist es gewesen, Herr Möhrmann. Sie könnten natürlich sagen: Das war ein Trick von uns. Wir begrenzen das Programm erst einmal auf drei Jahre, geben dann die Regierung ab und lassen die anderen die Schularbeiten machen. - Ich wollte nur einmal darauf hingewiesen haben. Da können Sie ganz zufrieden sein.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Des Weiteren werden 104 zusätzliche Stellen für neue Ganztagschulen geschaffen. Herr Wenzel, da müssen Sie sich mit Ihren Schulpolitikern auseinandersetzen; denn wenn sie dem zugestimmt hätten, dass Sie gar keinen Haushalt haben wollen, dann ständen natürlich auch diese Stellen für Ganztagschulen nicht zur Verfügung. Sie müssen Ihren Kolleginnen und Kollegen in Zukunft dann bitte sagen: Nicht auf die Landesregierung schimpfen, denn wir haben versucht zu verhindern, dass es zusätzliche Stellen für Ganztagschulen gibt. - Das wäre dann fair.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir treffen nach der ersten Phase des Hochschulpaktes 2020 jetzt auch Vorsorge für die zweite Phase. Zusammen mit den bereits veranschlagten Mitteln für die erste Phase stehen den Hochschulen damit aufsteigende Beträge von 47 Millionen Euro im nächsten Jahr bis zu 135 Millionen Euro im Jahr 2013 zur Verfügung.

Wir führen neben den Maßnahmen für den Tiefwasserhafen, das Infrastrukturprojekt des Landes, zahlreiche Investitionsmaßnahmen in den niedersächsischen Seehäfen durch. Die Investitionszuschüsse für NPorts, also unsere Hafengesellschaft, können auf hohem Niveau noch weiter gesteigert werden. Im nächsten Jahr sollen 108,2 Millionen Euro zur Verfügung stehen.

(Beifall bei der CDU)

Vorhin hat, als es um eine Autofirma ging, jemand dazwischengerufen: BMW. - Wer etwas Ahnung hat, weiß, dass die Exporte von BMW über Cuxhaven gehen. Wenn wir dort nicht eine entsprechende Hafenstruktur vorhalten, gehen sie über andere

Häfen. Das heißt, auch das ist Wirtschaftspolitik direkt an der Küste.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir stellen für die Unterhaltung von Landesstraßen 18,6 Millionen Euro zur Verfügung. Das ist mehr als doppelt so viel wie im laufenden Haushaltsjahr. Das Investitionsbudget Landesstraßenbauplafond wird gegenüber 2009 um 15 Millionen Euro auf 73,5 Millionen Euro erhöht.

Wir übertreffen beim Deich- und Küstenschutz mit 69 Millionen Euro deutlich unsere Zielsetzung, nämlich jedes Jahr mindestens 60 Millionen Euro zur Verfügung zu stellen. Auch das ist in diesen Zeiten eine erhebliche Leistung.

Wir treiben natürlich auch die Einführung des Digitalfunks bei der Polizei unverändert voran. Dadurch hat die Polizei eh schon ein hohes Investitionsniveau. Dieses wurde durch das Konjunkturprogramm II noch einmal deutlich angehoben.

Wir sanieren mit 50 Millionen Euro aus dem Konjunkturprogramm II kommunale Sportstätten. Wir geben 4 Millionen Euro in das Programm „Dynamische Integration in den Arbeitsmarkt“.

Sie sehen also, dieser Haushalt ist dringend erforderlich, damit wir vom Beginn des Jahres 2010 an die Maßnahmen gleich umsetzen können. Gerade in der Krise gilt das alte Sprichwort: Wer schnell hilft, hilft doppelt. Das wollen wir tun. - Sie wollten das verzögern.

(Beifall bei der CDU)

Natürlich kann man sich - das ist ja klar - immer mehr wünschen. Wir haben ja bald Weihnachten. Dann kann man Wunschzettel schreiben. Es ist aber wie im richtigen Leben. Der Weihnachtsmann erfüllt einem auch nicht alle Wünsche. Die Erfüllung der Wünsche muss bezahlbar sein. Man kann die Wünsche nicht einfach in den Haushalt hineinschreiben. Ebenso wenig kann man in den Haushalt hineinschreiben: Ich wünsche mir, dass es keine Finanz- und Wirtschaftskrise gibt. So einfach ist es leider nicht.

(Vizepräsidentin Astrid Vockert übernimmt den Vorsitz)

Ich möchte den Fraktionen von CDU und FDP ganz herzlich danken, dass sie mit großem Augenmaß und hoher finanzpolitischer Verantwortung ihre Prioritäten gesetzt haben. Dies ergänzt die klare Linie, die wir verfolgen und die uns sicher auch aus der Krise führen wird. Deswegen beginnen wir auch schon im Januar 2010 mit den Pla-

nungen für den Haushalt 2011. Ich glaube, noch keine Landesregierung vor uns hat gesagt: Elf Monate, bevor das Haushaltsjahr überhaupt anfängt, setzen wir uns zusammen, prüfen, wo wir Ausgaben reduzieren und eventuell Einnahmen erhöhen können, damit wir für das Jahr 2011 gerüstet sind. Ich sage hier sehr deutlich: Im Januar 2010 geht es um die Vorbereitung der Haushaltsplanberatungen für 2011. Wir haben dafür dann zwölf Monate Zeit. Ich sage das auch deshalb, weil der Vorsitzende des Haushaltsausschusses vorhin unter Hinweis darauf, dass wir im Januar eine Klausurtagung durchführen, meinte, der Haushaltsplan 2010 sei schon bald wieder Makulatur. Der Haushalt 2010 wird von uns nur dann durch einen Nachtragshaushalt ergänzt, wenn irgendetwas Unvorhergesehenes passiert. Wir wollen im Januar 2010 über Vorhersehbares diskutieren, mit den Fraktionen darüber beraten und die Ergebnisse Mitte 2010 dann in die Haushaltsplanungen für 2011 einarbeiten, damit wir Ihnen nach der Sommerpause 2010 einen Haushaltsplanentwurf für 2011 vorlegen können, der genau auf das abzielt, was wir sechs Jahre lang getan haben, nämlich die Nettokreditaufnahme zu reduzieren und in die Konsolidierung einzutreten. Auf diese Weise hoffen wir, Ihnen zeigen zu können, dass wir das Ziel einer Neuverschuldung von null erreichen können.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir alle sind im Kabinett der Überzeugung, dass es dazu keine Alternative gibt. Wie mir der Beifall zumindest bei der Mehrheit zeigt, sieht die Mehrheit das auch so. Ich bin insofern davon überzeugt, dass wir eine gute Legislaturperiode hinlegen werden und auch in Zukunft wieder einen konsolidierten Haushalt vorlegen können.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt vor. Das heißt, dass wir morgen nach der Behandlung der Dringlichen Anfragen die Beratung mit der Debatte über die Haushaltsschwerpunkte Inneres, Sport und Integration sowie Justiz fortsetzen werden.

Ich rufe jetzt **Tagesordnungspunkt 7** auf:

Einzig (abschließende) Beratung:

Entwurf eines Niedersächsischen Gesetzes über die Anerkennung als Markscheiderin oder Markscheider (Niedersächsisches Markscheidergesetz - NMarkG) - Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 16/1735 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr - Drs. 16/1937 - Schriftlicher Bericht - Drs. 16/1994

Die Beschlussempfehlung lautet auf Annahme mit Änderungen.

Eine mündliche Berichterstattung ist nicht vorgesehen.

Im Ältestenrat waren sich die Fraktionen einig, dass über diesen Punkt ohne Besprechung abgestimmt wird. - Ich sehe und höre keinen Widerspruch. Ich lasse daher gleich abstimmen.

Wir kommen zur Einzelberatung. Ich rufe auf:

§ 1. - Hierzu liegt eine Änderungsempfehlung des Ausschusses vor. Wer will so beschließen? - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

§ 2. - Auch hierzu liegt eine Änderungsempfehlung des Ausschusses vor. Wer will so beschließen? - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

§ 3. - Auch hierzu liegt eine Änderungsempfehlung des Ausschusses vor. Wer will so beschließen? - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

§ 3/1. - Auch hierzu liegt eine Änderungsempfehlung des Ausschusses vor. Wer will so beschließen? - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

§ 3/2. - Auch hierzu liegt eine Änderungsempfehlung des Ausschusses vor. Wer will so beschließen? - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

§ 4. - Auch hierzu liegt eine Änderungsempfehlung des Ausschusses vor. Wer will so beschließen? - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

§ 5. - Auch hierzu liegt eine Änderungsempfehlung des Ausschusses vor. Wer will so beschließen? -

Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

§ 6. - Auch hierzu liegt eine Änderungsempfehlung des Ausschusses vor. Wer will so beschließen? - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

§ 7. - Auch hierzu liegt eine Änderungsempfehlung des Ausschusses vor. Wer will so beschließen? - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

§ 8. - Unverändert.

Gesetzesüberschrift. - Unverändert.

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Wer dem Gesetzentwurf seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Gesetzentwurf einstimmig angenommen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 8** auf:

Einzig (abschließende) Beratung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Ausführungsgesetzes zum Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetz - Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 16/1775 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung - Drs. 16/1938 - Schriftlicher Bericht - Drs. 16/1995

Die Beschlussempfehlung lautet auf Annahme mit Änderungen.

Eine mündliche Berichterstattung ist nicht vorgesehen.

Im Ältestenrat waren sich die Fraktionen einig, dass über diesen Punkt ebenfalls ohne Besprechung abgestimmt wird. - Gibt es Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall.

Wir kommen zur Abstimmung, und zwar zur Einzelberatung. Ich rufe auf:

Artikel 1. - Unverändert.

Artikel 2. - Hierzu liegt eine Änderungsempfehlung des Ausschusses vor. Wer will so beschließen? - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Artikel 3. - Unverändert.

Gesetzesüberschrift. - Unverändert.

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Wer dem Gesetz seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich, sich zu erheben. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Auch dieses Gesetz ist einstimmig verabschiedet worden.

Ich rufe jetzt auf den **Tagesordnungspunkt 9**:

Einzig (abschließende) Beratung:

Änderung der Geschäftsordnung des Niedersächsischen Landtages - Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP - Drs. 16/1906 - Beschlussempfehlung des Ältestenrates - Drs. 16/1964

Die Beschlussempfehlung lautet auf Annahme mit Änderungen.

Auch hier ist eine Berichterstattung nicht vorgesehen.

Im Ältestenrat waren sich die Fraktionen ebenfalls darüber einig, dass über diesen Punkt ohne Besprechung abgestimmt werden soll. - Auch hierzu sehe und höre ich keinen Widerspruch.

Bevor wir zur Einzelberatung kommen, möchte ich noch auf Folgendes hinweisen:

Mit der Annahme der Nr. 4 der Beschlussempfehlung wird § 38 Abs. 3 gestrichen, und der bisherige Absatz 4 wird Absatz 3.

Dies hat zur Folge, dass zwei Verweisungen auf § 38 Abs. 4, die in den §§ 57 und 58 enthalten sind, angepasst werden müssen.

Mit Ihrem Einverständnis werden daher, die entsprechenden Beschlussfassungen vorausgesetzt, folgende redaktionelle Änderungen vorgenommen: In § 57 Satz 2 wird die Verweisung „§ 38 Abs. 4“ durch die Verweisung „§ 38 Abs. 3“ ersetzt. In § 58 Satz 2 wird die Verweisung „§ 38 Abs. 4“ durch die Verweisung „§ 38 Abs. 3“ ersetzt.

Ich sehe in Ihre Gesichter und stelle fest, Sie haben es verstanden. Dann bitte ich darum, dieses zustimmend festzustellen per Handzeichen. Wer ist dafür? - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Es wurde einstimmig zugestimmt.

Wir kommen jetzt zur Einzelberatung. Ich rufe auf:

Nr. 1. - Unverändert.

Nr. 2. - Hierzu liegt eine Änderungsempfehlung des Ältestenrates vor. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstim-

men? - Stimmenthaltungen? - Der Änderungsempfehlung des Ältestenrats wurde gefolgt.

Nr. 3. - Unverändert.

Nr. 4. - Auch hierzu liegt eine Änderungsempfehlung des Ältestenrates vor. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Änderungsempfehlung des Ältestenrats wurde gefolgt.

Nr. 5. - Unverändert.

Nr. 6. - Auch hierzu liegt eine Änderungsempfehlung des Ältestenrates vor. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Änderungsempfehlung des Ältestenrats wurde gefolgt.

Nr. 7. - Unverändert.

Nr. 8. - Unverändert.

Nr. 9. - Auch hierzu liegt eine Änderungsempfehlung des Ältestenrates vor. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Änderungsempfehlung des Ältestenrats wurde gefolgt.

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Wer dem Gesetzentwurf seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich aufzustehen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist das Gesetz einstimmig beschlossen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 10**:

Einzig (abschließende) Beratung:

Antworten der Landesregierung auf Beschlüsse des Landtages zu den Haushaltsrechnungen für die Haushaltsjahre 2000 bis 2006 - Drs. 14/3982, Drs. 15/2328, Drs. 15/3282, Drs. 15/4198 und Drs. 16/611 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen - Drs. 16/1989

Der Ausschuss für Haushalt und Finanzen empfiehlt Ihnen den folgenden Beschluss:

„Die Landesregierung wird gebeten, die Feststellungen und Bemerkungen im Bericht des Ausschusses für Haushalt und Finanzen zu beachten und dem Landtag zu den dort genannten Zeitpunkten zu berichten.“

Eine Berichterstattung über die Ausschussberatung ist nicht vorgesehen.

Ich eröffne die Beratung. Zu Wort gemeldet hat sich von der Fraktion DIE LINKE Herr Kollege Dr. Sohn. Sie haben das Wort. Bitte schön!

Dr. Manfred Sohn (LINKE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Mit Rücksicht vor allen Dingen auf die Gänse der SPD oder die Gänse, die auf die SPD warten,

(Heiterkeit)

will ich es ganz kurz machen, vor allen Dingen wegen der abgedruckten Empfehlung hinsichtlich der Abstimmung.

Wir werden gegen die Empfehlung stimmen - ich habe das auch im Ausschuss gesagt -, weil wir bei verschiedenen Punkten - das wollen wir mit unserer Gegenstimme zum Ausdruck bringen - ein bisschen unmutig sind gegenüber der vielfältigen Verschieberei dieser Landesregierung, gegenüber Prüfaufträgen. Das wird uns, offen gestanden, ein bisschen viel. Als Signal dafür möchten wir dagegen stimmen.

Das war es. Auf zu den Gänsen!

Schönen Dank!

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Ich bedanke mich ganz herzlich. - Nun liegt eine weitere Wortmeldung von Herrn Kollege Hilbers von der CDU-Fraktion vor. Bitte schön!

(Zurufe)

- Es dauert nicht mehr lange. Bitte etwas Geduld, etwas leise! - Herr Kollege Hilbers, jetzt haben Sie das Wort.

Reinhold Hilbers (CDU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich werde es auch kurz machen, genauso kurz, wie es eben angesprochen worden ist.

Wir haben die Listen sehr sorgfältig bearbeitet. Die Bearbeitungszeiten werden im Wesentlichen eingehalten.

(Dr. Manfred Sohn [LINKE]: Eben nicht!)

Aber wenn Dinge eintreten, die sie verzögern, dann müssen die Zeiten eben auch angepasst werden.

Ich will nur daran erinnern, dass damals, als wir angefangen haben zu prüfen, die Listen doppelt so lang oder noch länger waren. Jetzt sind die Listen

wesentlich kleiner geworden. Die Zahl der noch zu erledigenden Tatbestände ist relativ gering.

Das ist alles unterwegs. Es wird alles geklärt, alles ist in besten Händen, und alles wird ordentlich abgearbeitet.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Danke schön, Herr Kollege Hilbers. - Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Ich schließe deshalb die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Bei Gegenstimmen der Fraktion DIE LINKE und von Frau Wegner ist der Beschlussempfehlung des Ausschusses gefolgt.

Ich bedanke mich ganz herzlich für die Konzentration, wünsche Ihnen einen wunderschönen Abend. Der SPD-Fraktion wünsche ich guten Hunger bei einem guten Gänseessen. Der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion DIE LINKE und der FDP-Fraktion wünsche ich guten Hunger bei anderen Gelegenheiten.

Wir sehen uns morgen früh um 9 Uhr wieder.

Schluss der Sitzung: 19.27 Uhr.